

Philosophie

<i>Nolte, Ernst: Nietzsche und der Nietzscheanismus (M.Zapata)</i>	285
<i>Kirchhoff, Jochen: Nietzsche, Hitler und die Deutschen (M.Zapata)</i>	285
<i>Taureck, Bernhard: Nietzsche und der Faschismus (M.Zapata)</i>	285
<i>Bidet, Jacques: Théorie de la Modernité. Suivi de Marx et le Marché (Th.Laugstien)</i>	287
<i>Schaefer, Alfred: Der Staat und das Reservat der Eigenheit: Hegel, Marx, Stirner (W.Dießner)</i>	289
<i>Schwemmer, Oswald: Die Philosophie und die Wissenschaften. Zur Kritik einer Abgrenzung (M.Jensch)</i>	290

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Meyer, Theodor A.: Das Stilgesetz der Poesie (C.Feldmann)</i>	292
<i>Trabant, Jürgen (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Romanischen Philologie in Berlin (P.Jehle)</i>	293
<i>Hijiya-Kirschnerreit, Irmela: Was heißt: Japanische Literatur verstehen (B.Damerau)</i>	295
<i>Meyer, Stephan: Kunst als Widerstand. Zum Verhältnis von Erzählen und ästhetischer Reflexion in Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« (S.Kramer)</i>	297
<i>Hörisch, Jochen, und Michael Wetzels (Hrsg.): Armaturen der Sinne (A.Honold)</i>	298

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Berking, Helmut, und Richard Faber (Hrsg.): Kulturosoziologie – Symptom des Zeitgeistes? (K.Hickethier)</i>	301
<i>Frank, Rainer: Kultur auf dem Prüfstand. Ein Streifzug durch 40 Jahre kommunaler Kulturpolitik (D.Kramer)</i>	302
<i>Wehling, Hans G.: Kulturpolitik (B.Wagner)</i>	304
<i>Kulturpolitische Gesellschaft und Kulturpädagogische Kooperative Köln: Kulturlandschaft Stadt (B.Wagner)</i>	304
<i>Münkler, Herfried, und Richard Saage: Kultur und Politik. Brechungen der Fortschrittsperspektive heute (B.Wagner)</i>	304
<i>Raphael, Max: Tempel, Kirchen und Figuren. Studien zur Kunstgeschichte, Ästhetik und Archäologie (N.Schneider)</i>	307

Erziehungswissenschaft

<i>Oelkers, Jürgen: Die große Aspiration. Zur Herausbildung der Erziehungswissenschaft im 19. Jahrhundert (K.Reich)</i>	309
<i>Hansmann, Otto, und Winfried Marotzki (Hrsg.): Diskurs Bildungstheorie I.: Systematische Markierungen (K.Reich)</i>	309
<i>Hansmann, Otto, und Winfried Marotzki (Hrsg.): Diskurs Bildungstheorie II: Problemgeschichtliche Orientierungen (K.Reich)</i>	309
<i>Kutscha, Günter (Hrsg.): Bildung unter dem Anspruch der Aufklärung (K.Reich)</i>	309
<i>Fischer, Wolfgang, und Dieter-Jürgen Löwisch (Hrsg.): Pädagogisches Denken von den Anfängen bis zur Gegenwart (K.Reich)</i>	309
<i>Kupffer, Heinrich: Pädagogik der Postmoderne (K.Reich)</i>	309
<i>Bracht, Ulla, D. Keiner und Hasko Zimmer (Hrsg.): Intelligenz und Allgemeinbildung 1848-1918 (H.-J.Gamm)</i>	313

(Fortsetzung Seite X)

Editorial	163
Volker Braun: Denkmal für einen Piloten	165
 Krieg ...	
<i>Mary Kaldor</i> Der imaginäre Krieg	167
<i>Andre Gunder Frank</i> Politische Ökonomie des Golfkriegs	177
<i>Georg Auernheimer, Jacques Bidet, Wolfgang Fritz Haug</i> Fragen zum Golfkrieg	187
 ... und Nation	
<i>Benedict Anderson</i> Die Erschaffung der Nation durch den Kolonialstaat	197
<i>Ronald Sury</i> Sozialismus und Nationalitätenkonflikte in Transkaukasien	213
<i>Georg Auernheimer</i> Nachdenken über Deutschland als Nation	227
<i>Thomas Gehrman</i> Fußball und Nationalismus	235
<i>Michael Schneider</i> Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie	243
<i>Wolfgang Bialas</i> DDR-Identität im Umbruch	257
<i>Ehrenfried Galander und Gunter Willing</i> Die MEGA vor der »Abwicklung«	265
* * *	
<i>Anja Weberling</i> : Technikkritik und Geschlechterverhältnisse	273
 <i>Besprechungen</i>	
Nietzsche und der Faschismus; Sozialphilosophie; Literatur und Medien; Kulturpolitik; Bildungstheorie; Dritte Welt; Israel	285
VerfasserInnen, Zeitschriftenschau, Summaries	327

Editorial

»Ein Krieg neuen Typs, noch kaum analysiert«, schrieben wir im letzten Heft an dieser Stelle, während auf den Irak und das annektierte Kuwait der beispiellose Bomben- und Raketenhagel des ersten hochtechnologischen Krieges der Geschichte niederging. Die Empörung wider den Krieg artikulierte sich zumeist moralisch und verfing sich in den Widersprüchen einer komplex überdeterminierten Konfliktlage. Anklagende Vereindeutigungen helfen nicht weiter. Für eine Gesamtschätzung ist es zu früh. Wir können nicht wissen, ob es der erste einer neuen Serie solcher Kriege war, nachdem sein für die USA triumphaler Ausgang die Form Krieg wieder rehabilitiert zu haben scheint, und ob also die UNO zum Instrument einer Welthegemonie der USA herabgesunken ist. Oder ob dieser Krieg nach dem Ende des Ost-West-Patts eine Abschreckung neuen Typs installiert hat und zur Aufwertung der UNO führt und somit vielleicht gar der letzte große Krieg war. Vorrangig scheint es uns darum zu gehen, die Fragen offenzuhalten und zu einer möglichst vielseitigen Durchleuchtung des widersprüchlichen Determinantengefüges beizutragen.

WFH

Zum vorliegenden Heft

Mary Kaldor untersucht den Golfkrieg als einen Versuch, die postfordistische Epoche, die durch die allgemeine Anwendung der Informationstechnologien gekennzeichnet ist, nach fordistischem Muster zu regulieren: in einem dualen Weltssystem unter Vorherrschaft der USA, die sich auf militärische Überlegenheit und Aufrüstung stützen, sowie auf einen massenhaften Konsens, der durch privaten Konsum und die Gegnerschaft zu einem bedrohlichen Gegensystem hergestellt wird. Nach dem Zerfall des Ostblocks könnte es nun von dämonisierten Militärdiktaturen der Dritten Welt repräsentiert werden.

Andre Gunder Frank diskutiert die ökonomischen und geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten. Die drei folgenden Beiträge fragen nach ideologischen Prozessen, die der Krieg auf nationaler wie internationaler Ebene auslöst oder manifest macht. Es geht um die Tendenz zu einem Weltstaat, die sich in der pervertierten Form des Staatsterrors namens einer »Gemeinschaft der Nationen« ankündigen könnte (*Jacques Bidet*), um die öffentliche Wirksamkeit eines »kulturellen Rassismus«, der die Kriegursachen in die Völkerpsychologie verschiebt (*Georg Auernheimer*) und um mögliche Mutationen in der politischen Kultur (*Wolfgang Fritz Haug*). Wir werden die Fragen weiterverfolgen. Das nächste Heft wird den Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Krieg in den Mittelpunkt stellen.

Der zweite Schwerpunkt behandelt den blutigen Prozeß der Nationbildung zunächst unter globalem Aspekt. *Benedict Anderson* führt vor, wie der Kolonialstaat, indem er »seine« Bevölkerung kategorisierte, Grenzen zog und Geschichtssymbole der kolonisierten Völker nutzte, um seine eigene Legitimität zu sichern, jene Nationen erst schuf, die ihn später im Namen nationaler Selbst-

bestimmung bekämpfen und besiegen sollten. Der gleiche Zusammenhang wird in der Fallstudie von *Ronald Suny* zum sowjetischen Nationalitätenkonflikt deutlich. Erst die offizielle Nationalitätenpolitik erzeugte in der transkaukasischen Region jenes Nationalbewußtsein, das sie durch Vorenthaltung politischer Autonomie zugleich verletzt hat.

In Deutschland hat aufwallendes Nationalgefühl die regierende Rechte in standgesetzt, die Hoffnungsfunken einer demokratischen Revolution auszutreten und das politische Kräfteverhältnis nachhaltig zu verschieben. Aber im Unterschied zum Nationalismus ist die Nation kein Gegner. Und selbst beim Nationalismus haben wir es, wie sich von Marx lernen läßt, mit Mächten zu tun, die das Verlangen nach einem solidarischen Gemeinwesen in einer zerrissenen Gesellschaft repräsentieren; in der Symbolik des Nationalen wirkt die entfremdete Macht der nicht auslebenden Gefühle. Der neokonservative Diskurs weiß sie instinktsicher anzusprechen, gestützt auf eine lange Erfahrung, sie manipulativ einzuspannen. Dagegen gilt es, einen politisch bewußten Umgang mit diesen Kräften zu lernen, der sie nicht unkontrolliert freisetzt, sondern perspektivisch befreit. *Georg Auernheimer* betrachtet die Schwierigkeiten der Linken und diskutiert die Frage eines demokratischen Nationalbewußtsein »von unten«. *Thomas Gehrman* hat den Nationalismus dort erforscht, wo er am handgreiflichsten auftritt, beim Fußball. *Michael Schneider* schildert die »Kolonisierung« der ehemaligen DDR durch das bundesdeutsche Kapital, die sich als großangelegte Zerstörung von Solidarbeziehungen im Namen der nationalen Solidarität darstellt. Zugleich treiben die freigelassenen Marktkräfte eine erneute Spaltung der Nation voran, die im Namen ihrer Einheit daherkommt. *Wolfgang Bialas* fragt vom Standpunkt des ehemaligen DDR-Bürgers nach Möglichkeiten einer neuen Identität, die diesen Prozessen standhält. Aus Halle erreichte uns schließlich ein Beitrag der von bundesdeutscher »Abwicklung« betroffenen Mitarbeiter der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), den wir in letzter Minute ins Heft genommen haben. Die Rettung dieses Projekts, das keine Sache der Deutschen allein ist, wird nur bei *internationaler* Solidarität möglich sein.

Anja Weberling besichtigt noch einmal die Rationalisierungsdebatten der Weimarer Republik, um nützliche Lehren für eine gewerkschaftliche Technologiepolitik zu gewinnen. Sie stößt auf eine Blockierung, die aufgrund der unbearbeiteten Entgegensetzung von Natur und Technik das Verhältnis zur Frauenarbeit bis heute belastet.

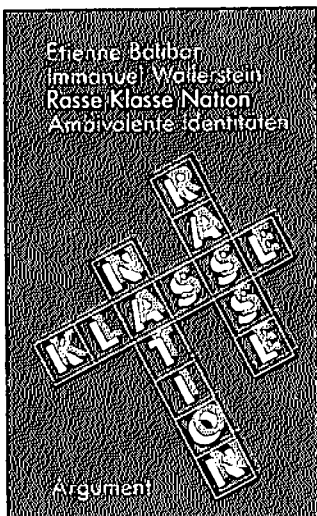
NR/TL

Volker Braun

Denkmal für einen Piloten

Eine Million erwachsener Männer, eingekleidete Exemplare der menschlichen Rasse, erwarten im Sand der arabischen Wüsten die tägliche Weisung. Sie liegen auf beiden Seiten einer sog. Front, einberufen, abkommandiert und eingegraben. Gleichermäßen gewohnt, Befehlen zu folgen, Gehorsam zu üben, ungefragt zu funktionieren und scheinbar automatisch zu töten. Der gleichlautende Auftrag, ehrlich gesagt: zu zerschlagen, *unschädlich zu machen*, was jenseits der Frontlinie hockt, den sog. Feind. Wir Übrigen, Ungezählten, beinahe die Menschheit, stehn in den Fabriken, in den Labors, glücklich beschäftigt, und spuren für den Lohn, fähig zu jeder Arbeit, die angeboten wird, an immer rasenderen Maschinen, in abgefeimteren Industrien. Mit immer gierigerem Griff in das Erdreich und in den Himmel, die sog. Ressourcen, Ölfelder und Regenwälder. Bedenkenloser, jedenfalls gewaltsamer Zugriff; ohne uns, ohne die Völker zu schonen an ihren angestammten Rastplätzen, die wir aufstören mit unseren Panzern. Der Krieg nur die letzte Konsequenz unserer ungeheuren Tätigkeit, die ihre Logik hat, ihr verrücktes Recht, ihr zwangsläufiges Finish. Die Spur wird nicht in Äonen untergehn. Aber einer, ein namenloser Soldat, russischer Pilot der Road Air, beauftragt, Raketenrampen in das Krisengebiet zu fliegen, verweigert den Dienst, auf der eisstarrenden Piste eines deutschen Flughafens verriegelt er seine Antonow; einer von uns und nicht von uns, und gibt einer menschlichen Regung nach, mitten im Krieg, mitten in der Arbeit, die uns bleibt, den Arbeitern aller Länder.

Was ist Neo-Rassismus?



*Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein*
Rasse Klasse Nation
Ambivalente Identitäten
*Übersetzt von Ilse Utz
und Michael Haupt*
279 S., br., DM 28,—

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus — vierzig Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft und zwanzig Jahre nach der Entkolonialisierung und der Aufhebung der Rassentrennung in den USA — fast überall auf der Welt auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um

mehr handelt als eine Episode, um mehr als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Der Rassismus, so Balibar und Wallerstein, ist die Kehrseite des bürgerlich-kapitalistischen »Universalismus« und mit diesem aufs engste verbunden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien. Das Verdienst der Autoren besteht darin, diese Widersprüchlichkeiten zu denken, ohne einseitig optimistischen oder pessimistischen Einschätzungen zu verfallen.

Weitere Veröffentlichungen zum Thema:

Theorien über Rassismus

Hg. von Otger Autrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht und Cornelia Wolf

Argument-Sonderband AS 164,
170 S., br., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Mary Kaldor

Der imaginäre Krieg*

Wie sind wir in diesen Krieg hineingeraten? Der Kalte Krieg ist gerade ein Jahr zu Ende. Letztes Jahr um diese Zeit schien es, als stünden wir an der Schwelle einer neuen Ära des Friedens und der internationalen Kooperation. Wie konnten dieser Optimismus und diese Euphorie so schnell zerstört werden? Wie ist es möglich, daß die amerikanische (und die britische) Kriegsmaschinerie – es sind mehr amerikanische Truppen und Waffen im Einsatz als in Europa auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges stationiert waren – Tag für Tag einen Feind aus der Dritten Welt, dessen Ausrüstung auf einem niedrigen technologischen Niveau ist, mit einem Bombenhagel eindeckt?

Natürlich ist es eine große Errungenschaft, daß die Vereinten Nationen so umgehend auf die Invasion Kuwaits durch einen Diktator reagierten, der zu beinahe jeder Gemeinheit fähig ist. Angesichts all der anderen Invasionen: Tibets durch China, Ost-Timors durch Indonesien, des Libanon durch Israel etc. – war es wirklich herzerwärmend zu sehen, wie die Weltgemeinschaft diesmal einen festen Standpunkt gegenüber einem Akt groben Unrechts einnahm und historisch beispiellose ökonomische Sanktionen verhängte. Was ist also schief gelaufen? Wie konnte diese globale Kooperation zu einem von der USA und Großbritannien geführten Krieg entarten? Wie konnten die Vereinten Nationen gekapert und zu einer kriegsproduzierenden Institution gemacht werden? Wie ist es möglich, daß eine Aktion, die sich als technologischer Genozid herausstellen wird, im Namen des Völkerrechts durchgeführt wird?

Manche sagen, die Antwort sei im Interesse des Westens am Öl zu suchen, und die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten auf zynische Weise die moralische Abscheu vor Saddam Husseins Verhalten ausgebeutet. Immerhin haben westliche Länder den Irak zuvor im Krieg gegen den Iran unterstützt, obgleich dieser durch einen ungesetzlichen Agressionsakt Iraks begonnen wurde. Im *Guardian* vom 24. Januar 1991 bekennt sich Douglas Hurd heiter zu den Ölinteressen. Nach der Besetzung Kuwaits, so seine Begründung, kontrolliere der Irak 18 % der Ölreserven der Welt. Und würde er Saudi Arabien besetzen, kontrollierte er 44 % der Weltölreserven. Wäre es in diesem Falle aber nicht ausreichend gewesen, Saudi Arabien zu verteidigen und den Druck auf Saddam Hussein durch Sanktionen aufrechtzuerhalten? Schadet dieser Krieg den Ölreserven nicht viel mehr als es ein akutes Devisenmangel leidender Irak hätte tun können?

Das Ende des Kalten Krieges bietet eine plausible Erklärung. Dieser Krieg muß mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung erklärt werden: Nicht einfach in dem Sinne, daß die USA als einzige Weltmacht übrig geblieben sind, sondern in einem umfassenderen Sinne mit den weitreichenden Konsequenzen, die dieser Zusammenbruch für die amerikanische Gesellschaft und Politik hat. Er ist eine Abwehrreaktion gegen eine tiefgreifende Störung, hervorgerufen durch das Ende

* Erschien unter dem Titel »War of Imagination« in *Marxism Today*, March 1991. Wir danken dem Verlag für die Überlassung der deutschen Rechte.

des Kalten Krieges. Um diesen Gedanken auszuführen und die Konsequenzen des Krieges zu beurteilen, ist es nötig, sich anzusehen, wie die Weltordnung bis 1989 geregelt war.

Der Kalte Krieg als Organisationsform der internationalen Beziehungen

Der Kalte Krieg war eine Form, die internationalen Beziehungen zu organisieren. Traditionellerweise wird er, von Linken wie Rechten, als tiefwurzelnder Konflikt zwischen Ost und West dargestellt. Die Drohung durch militärische Gewalt (Abschreckung) – so die allgemeine Auffassung – verhinderte den Ausbruch eines Krieges. Linke und Rechte unterschieden sich lediglich in ihrem Urteil über das Wesen dieses Konfliktes. Für die Rechte war es ein Konflikt zwischen Freiheit und Totalitarismus, für die Linke zwischen Kapitalismus und Sozialismus. In beiden politischen Strömungen gab es darüber hinaus die alternative Sichtweise, es handle sich um eine Rivalität zwischen Großmächten. Der Kalte Krieg läßt sich aber auch anders verstehen: nicht als Konflikt, sondern als eine Art von stillschweigender Übereinkunft. Im Osten und im Westen gab es zwei unterschiedliche Systeme, die fordistische Variante des Kapitalismus und die stalinistische oder poststalinistische Variante des Sozialismus. Aber beide standen nicht im Widerspruch zueinander. Sie brauchten einander, sie verhielten sich komplementär. In einer gemeinsamen Weltordnung, die den Zeitraum zwischen 1948 und 1989 kennzeichnete, waren sie aneinander gebunden.

Die militärische Konfrontation, die diese Weltordnung charakterisierte, muß als imaginärer Krieg begriffen werden, nicht als Abschreckung. In militärischen Übungen, Szenarios, Spionagespielen und in ihrer feindseligen Rhetorik verhielten sich beide Seiten Tag für Tag so, als ob der Zweite Weltkrieg nie zu Ende gegangen wäre, und das hatte tiefgreifende Folgen für das Funktionieren der jeweiligen Systeme. Der Zweite Weltkrieg hatte einige hartnäckige ökonomische und soziale Probleme gelöst. Der imaginäre Krieg reproduzierte, mindestens während der ersten zwanzig Jahre, diese Lösungen. Er schuf eine Kriegsatmosphäre, die genutzt werden konnte, um die Ökonomie zu regeln und sozialen Zusammenhalt zu erzeugen.

Der imaginäre Krieg – die fordistische Methode zur Regelung der internationalen Beziehungen

Was den Westen angeht, so kann man sagen, daß der imaginäre Krieg die Ära des fordistischen Kapitalismus bestimmt hat. Er kann als die fordistische Methode zur Regelung der internationalen Politik betrachtet werden. Das heißt nicht, daß er die Folge des Fordismus war (bzw. der Veränderungen, die sich in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in der kapitalistischen Produktionsweise ereigneten). Vielmehr war der imaginäre Krieg eine Form, mit den Widersprüchen fertig zu werden, die durch den Fordismus aufgeworfen worden waren. Er entstand nicht aus ökonomischen Gründen, sondern als Folge einer ganzen Reihe komplexer politischer Prozesse. Viele Merkmale der Nachkriegsperiode, die wir mit dem Fordismus assoziieren, wie zum Beispiel die hohen Militärausgaben

oder die private Konsumtion, können ebenso gut durch die politischen Institutionen erklärt werden, die die fordistische Ära formten.

Der Zweite Weltkrieg löste die Probleme der Depression der dreißiger Jahre. Er führte zu einer massiven Erhöhung der Staatsausgaben, in den USA wie in Europa, und er schuf einen parteiübergreifenden Konsens, ein Gefühl politischer Solidarität, sowohl innenpolitisch als auch zwischen den Alliierten, bei der Verfolgung der gemeinsamen Kriegsziele. Unmittelbar nach dem Krieg entwickelten sich die USA nach rechts, während Europa sich dramatisch nach links entwickelte. Die Institutionen der Vorkriegszeit hatten sich durch die Appeasement-Politik und durch Kollaboration diskreditiert. Die Nachkriegswahlen führten in allen europäischen Ländern zu linksstehenden Regierungen oder von der Linken geführten Koalitionen. Die USA verringerten die Staatsausgaben und die finanzielle Unterstützung ihrer vormaligen Alliierten, obwohl diese ökonomisch am Boden lagen und wegen des fiskalischen Konservatismus und der linken Politik der neuen Regierungen dringend Dollars benötigten.

Der Kalte Krieg war eine Form, um ein neues Gefühl von Solidarität zwischen den Alliierten entstehen zu lassen, zumindest zwischen den USA und Großbritannien. Den Verfechtern des New Deal in den Vereinigten Staaten gelang es, Unterstützung für eine starke Regierung zu mobilisieren, indem sie die sowjetische Bedrohung hervorhoben. Die Sozialdemokraten und die Labour Party konnten Respektabilität gewinnen, indem sie ihren Abstand zu den Kommunisten betonten. Diese neubegründete Kohäsion zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Westeuropas gab einen politischen Rahmen ab für die Regulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (einschließlich ihrer finanziellen und technologischen Aspekte und der Handelsbeziehungen) sowie für die Ausbreitung des Fordismus. Unter diesen Bedingungen konnten die USA zudem überzeugt werden, ihre überzähligen Dollars auszugeben.

Ich will hier nicht behaupten, Stalin hätte nichts mit den Ursachen des Kalten Krieges zu tun. Im Gegenteil, die Besetzung Osteuropas und das brutale Verhalten der Roten Armee waren unerläßliche Bestandteile. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Westen in den späten vierziger Jahren irgendetwas hätte tun können, um die damaligen kommunistischen Machtübernahmen zu verhindern. Möglicherweise hätten ein Abkommen über Deutschland und eine Marshall-Hilfe ohne Bedingungen zu einem anderen Ergebnis geführt. Wie auch immer, die Teilung Deutschlands, die Entscheidung, einen westdeutschen Staat zu gründen und der Aufbau der NATO schufen eine Rechtfertigung für die sowjetische Rolle in Osteuropa und umgekehrt.

Der Höhepunkt des Kalten Krieges ist zugleich die Periode, die als das goldene Zeitalter des Kapitalismus bekannt geworden ist. Die Entspannung und der neue Kalte Krieg in den siebziger und achtziger Jahren können als verschiedene Formen interpretiert werden, auf das Ende des goldenen Zeitalters zu reagieren: Die nach der fordistischen Formel funktionierende kapitalistische Expansion war ins Stocken geraten, und in Westdeutschland und Japan war eine neue Politik kapitalistischer Akkumulation entstanden, die auf postfordistischen Technologien basierte.

Vietnam war der Wendepunkt. Es ist kein Zufall, daß 1971 das erste Jahr des

US-amerikanischen Handelsdefizits war, das Jahr, in dem die USA den Dollar abwerteten und das System fester Wechselkurse von Bretton Woods aufgeben wurde. Es ist auch das Jahr, in dem Nixon und Kissinger nach Moskau reisten und die Entspannungspolitik in Gang setzten. Vietnam war ein wirklicher Krieg, und wirkliche Kriege sind sehr viel unvorhersehbarer als imaginäre Kriege. Vietnam polarisierte die öffentliche Meinung, statt einen neuen sozialen Zusammenhalt zu stiften. Vietnam war teuer. Während es zur Zeit des Koreakriegs an Dollars mangelte und die zusätzlichen Ausgaben der Vereinigten Staaten die amerikanische Wirtschaft stimulierten, führten die vermehrten Ausgaben zur Zeit des Vietnamkrieges zu Inflation und Handelsdefizit.

Seit den siebziger Jahren wurde der Kalte Krieg mehr und mehr zu einem Hindernis für die ökonomische und politische Stabilität. Der atlantische Kompromiß wurde von der Linken und den neuen sozialen Bewegungen, die nach dem Vietnamkrieg entstanden waren, in Frage gestellt. Innerhalb der Rechten wurde er von den Neoliberalen kritisiert, die eine liberale Form des Kapitalismus bevorzugten. Die amerikanischen Militärausgaben förderten die Expansion der Weltwirtschaft nicht mehr, sie verhinderten vielmehr finanzielle Regulierungsmaßnahmen. Weil die Militärausgaben die wissenschaftlichen und technologischen Ressourcen absorbierten, wirkten sie sich negativ auf die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Produkte aus und trugen daher zum Nachlassen der US-amerikanischen Fähigkeit bei, die Weltwirtschaft zu regeln. Vor allem konservierte der Kalte Krieg die amerikanischen Machtstrukturen und verhinderte so das Entstehen neuer politischer Institutionen, die die postfordistische Weltwirtschaft hätten regulieren können und es ermöglicht hätten, auf die dramatischen Veränderungen im Gleichgewicht der Weltwirtschaft zu antworten. Letztere resultierten aus der Einführung neuer, auf der intensiven Nutzung der Informationstechnologie beruhender Produktionsmethoden, insbesondere durch Japan und Westeuropa.

Die militärischen Denkschulen im imaginären Krieg

Der imaginäre Krieg bestand aus wirklichen militärischen Konfrontationen mit wirklichen Soldaten und wirklichen Waffen, bei denen wirkliche Ressourcen verbraucht wurden. Die Strategien und die Waffen, die dafür entworfen, gebaut und in den norddeutschen Ebenen ausprobiert wurden, hatten große Ähnlichkeit mit denen des Zweiten Weltkrieges. Die zivile Technologie verändert sich fortwährend je nach Marktbedürfnissen. Die militärische Technologie verändert sich in Kriegszeiten entsprechend den Bedürfnissen des Schlachtfeldes. Im Frieden folgt sie dem Trägheitsgesetz. Neue Erfindungen werden nur insoweit umgesetzt, als sie den Einsätzen und Strategien entsprechen, die die vorangegangenen Kriege bestimmt haben.

Der Zweite Weltkrieg war ein fordistischer Krieg. Eine Kombination von Massenproduktion und Verbrennungsmotor war der Grund für den Sieg der Alliierten. Entscheidend war die Fähigkeit der Sowjetunion und der USA, die deutsche Produktion zu übertreffen. Die monatliche Flugzeugproduktion von Fords *Willow Run Factory* entsprach der Hälfte des monatlichen Spitzenoutputs der

gesamten deutschen Luftfahrtindustrie. Mobile Angriffsoperationen waren das Merkmal des Krieges, und die Erfindung des Panzers und des Flugzeugs löste die Schützengräben des Stellungskrieges auf, die den Ersten Weltkrieg charakterisierten hatten.

Der Koreakrieg war sehr ähnlich. Der imaginäre Krieg in Europa war praktisch die Wiederaufführung der Einsätze und Methoden des Zweiten Weltkrieges. Wenn es auf beiden Seiten Asymmetrien gab, dann lassen sie sich aus den Unterschieden an der westlichen und der östlichen Front erklären. Es war, als ob die beiden Mächte nicht gegeneinander Krieg führten, sondern gegen irgendeine deutsche Phantomarmee. Besonders deutlich ist dies bei den Atomwaffen. Für die USA und Großbritannien waren Atomwaffen Terrorwaffen, eine Ausweitung der strategischen Bombeneinsätze. Interkontinentalraketen wurden als Bombenflugzeuge ohne Piloten gedacht. Die Russen hatten während des Krieges wenig bombardiert. (Sie hielten strategisches Bombardieren nämlich für barbarisch.) Ihre Atomwaffen waren eine Erweiterung der Artillerie, die für sie während des Zweiten Weltkrieges so entscheidend gewesen war.

Die Kriege in Vietnam und im Nahen Osten führten eine neue Dimension in diese strategischen Kalkulationen ein. Dank der Einführung der Informationstechnologien waren Genauigkeit und Zerstörungskraft der gesamten Waffensysteme außerordentlich erhöht worden. An der enorm gestiegenen Rate getroffener Panzer und Flugzeuge entzündete sich eine Diskussion über die Implikationen der neuen Technologie. Eine Denkschule argumentierte, mobile, offensive Operationen seien nicht länger möglich und zukünftige Kriege würden mehr dem Ersten als dem Zweiten Weltkrieg gleichen. In Westeuropa könne man bestenfalls eine Raumverteidigungsstrategie anwenden, die im Falle eines Krieges einen Angriff zum Stehen bringen und so Zeit für Verhandlungen geben würde. In den frühen achtziger Jahren wurden diese Ideen von der Friedensbewegung aufgegriffen als eine Alternative zur Abhängigkeit von Atomwaffen. Sie bildeten auch die Grundlage für Gorbatschows Konzept der »ausreichenden Verteidigungsfähigkeit« (*reasonable sufficiency*) und für die Verhandlungen über die Reduktion konventioneller Streitkräfte in Europa.

Die andere Denkschule war der Meinung, Angriffsoperationen würden nach wie vor notwendig sein und die militärische Technologie müsse daher so konstruiert werden, daß sie Angriffe decken und die Verteidigungslinien mit Flächenwaffen zerstören kann. Im Zusammenhang mit der *Air Land Battle Doktrin* wurden Konzepte wie *Emerging Technology* und *Deep Strike* entwickelt, die komplexe Flugzeuge mit allen möglichen Arten elektronischer Gegenmaßnahmen für den Schutz und die Nutzung verschiedener Arten von Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen beinhalteten, sowie eine Mischung aus nuklearen, chemischen und konventionellen Waffen. Einigen der konventionellen Waffen wird dieselbe Vernichtungskraft zugeschrieben wie Nuklearwaffen.

Die Entscheidung zwischen diesen beiden Denkschulen konnte nicht auf rationalen Berechnungen beruhen, da die unterschiedlichen Herangehensweisen in keinem Krieg erprobt werden konnten. Die getroffene Wahl war subjektiv und reflektierte die durch die Institutionen geformten Vorlieben der Militärstrategen. Daher war es die »Angriffsschule«, die den Beschaffungskampf gewann, und es

sind diese neuen Angriffswaffen, die im Golfkrieg benutzt wurden. Diese neuen Technologien könnte man postfordistisch nennen – das heißt, sie nutzen Informationstechnologien, aber sie tun dies innerhalb eines Rahmens, der von der fordistischen Ära bestimmt wird.

Wenn wir den Kalten Krieg als imaginären Krieg begreifen, als eine Situation, in der die fordistische Variante des Kapitalismus die stalinistische Variante des Sozialismus brauchte, eine Periode, in der die beiden Systeme sich durch eine niemals endende Konfrontation gegenseitig stützten, dann mußte der Zusammenbruch des Kommunismus zu einer dramatischen Reaktion im Westen führen. Der Golfkrieg kann als ein Kampf um die Kontrolle der Weltordnung nach dem Kalten Krieg dargestellt werden – als ein Versuch, die amerikanische Führungsrolle zu erhalten und eine politische Regulierungsform der postfordistischen Welt zu etablieren, die die politischen Institutionen des Fordismus beibehält.

Lange vor der Golfkrise haben die amerikanischen, französischen und britischen Verteidigungsministerien vor der Gefahr aus dem Süden gewarnt – vor der zunehmenden Zahl von Raketen, chemischen Waffen, vor Fanatikern, Fundamentalisten, Drogenhändlern usw. Im Juni 1990 sprach der konservative Abgeordnete George Walden in *Chatham House*. In dieser bemerkenswerten, mit einem ganzen Sortiment von Metaphern gespickten Rede zeichnete er ein klares Bild der revolutionierenden Folgen, die der Zusammenbruch des Kommunismus auf unsere Institutionen haben würde. Er beschrieb, wie die Rolle Großbritanniens durch den Kalten Krieg künstlich aufgeblasen worden war: »Was könnte besser geeignet sein, die nationale Stimmung zu heben, als eine Regierung, die die Fahne hochhält gegen die Übel des Kommunismus, den mörderischen Wahnsinn der dummdreisten argentinischen Generäle und die Intrigen der perfiden Franzosen?«

»Und nun ist das alles vorbei und vergangen ... die Kommunisten haben das Handtuch geworfen und uns im Ring stehenlassen, und da springen wir nun herum und halten nach einem neuen Gegner Ausschau. Mit Ausnahme des Nahen Ostens ... kühlen die heißen Plätze der Dritten Welt schnell aus.« – »Natürlich erhebt sich die Frage, was nützt die ganze britische Verteidigung und Diplomatie jetzt noch? Wenn in irgendeinem anderem Bereich die Nachfrage nach einem Produkt aus Gründen, die vollständig außerhalb der eigenen Kontrolle liegen, zusammenbricht, versucht man nicht, irgendwelche neuen Kunden aufzutreiben, sondern man schließt seinen Laden und eröffnet einen gewinnträchtigeren.« – »Aber man hat das beunruhigende Gefühl, daß womöglich etwas auf der Welt passiert, das nicht umkehrbar und für Großbritannien nicht von Vorteil ist. Um es einfach auszudrücken ... es gibt die Befürchtung ... daß Großbritanniens langer Tag in der internationalen Sonne sich seinem Abend zuneigt, und daß wir uns gezwungen sehen werden, weniger Zeit damit zu verbringen, uns auf Gipfeltreffen zu aalen und mehr Zeit damit, im nationalen Schrebergarten zu graben. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufstieg eines neuen Europa verbindet sich im Falle Großbritanniens ein Gefühl der Hoffnung mit einem deutlichen Gefühl des Verlustes.«

Wenn die Briten so empfanden, wieviel deutlicher muß das Gefühl des Verlusts in den Vereinigten Staaten gewesen sein, wieviel mehr beunruhigende Gefühle, daß etwas Unumkehrbares geschah. So viele Karrieren, Leben und Weltanschauungen sind in den Kalten Krieg investiert worden. Die Gewissensprüfungen, die im Clan der Sicherheitsexperten und überall in den Denkfabriken und Universitäten der Vereinigten Staaten im Jahre 1990 stattfanden, geben uns einen Hinweis auf dieses »Gefühl des Verlustes«.

Der Golfkrieg kann als Versuch gewertet werden, das Unumkehrbare umzukehren. Gerade in dem Augenblick, in dem die Gestalten des Establishment auf beiden Seiten des Atlantik von einer substantiellen Senkung der Militärausgaben sprachen, als die Bedeutung der Falken unter den politischen Führern verblaßte, als die Vereinigten Staaten aus ihrer internationalen Rolle herauszugleiten begannen und das neue selbstbewußte Europa kurz vor seiner Erschaffung zu stehen schien, marschierte der Irak in Kuwait ein. Und die Verfahren, die Routine und die Sprache des Kalten Krieges traten erneut in Aktion. Amerikanische Truppen wurden im wesentlichen nach einem Plan, Operation 90-1002, in Stellung gebracht, der in den frühen achtziger Jahren entwickelt worden war, um einen sowjetischen Vorstoß nach Süden aufzuhalten. Bush schwafelte gebetsmühlenartig über Gut und Böse, Richtig und Falsch, Hitler, München, Appeasement und benutzte all die Sätze, die wir nach den Revolutionen 1989 in Europa glaubten zum letzten Mal gehört zu haben. Die europäische Einheit zerfiel, die besonderen britisch-amerikanischen Beziehung wurden wiederbelebt, die Vereinten Nationen schlossen sich den US-Aktionen an, und es sah aus, als sollte der Golfkrieg der entscheidende Faktor der neuen, dem Kalten Krieg folgenden Ordnung werden.

Untergehende Imperien sind oft gefährlich. Die innenpolitischen Herrschaftsstrukturen werden durch die imperiale Rolle aufrechterhalten. Paul Kennedys Buch *The Rise and Fall of Empires* berührte eine empfindliche Seite des amerikanischen Staatswesens. Kann der Golfkrieg einen neuen internationalen Rahmen herstellen, in dem die USA dominieren und in dem sich ein Mechanismus zur Regulierung der internationalen Politik in einer postfordistischen Ära entwickelt? Man kann sich sicherlich ein solches Ergebnis vorstellen. Dieser Krieg hat etwas Unheimliches. Er ist als ein weit entfernt vor sich gehender chirurgischer Eingriff vorgeführt worden – ein technologischer Krieg von solcher Präzision, daß nur militärische Ziele getroffen werden. Alles, was wir erleben, ist ein Fernsehschirm, der uns demonstriert, wie spektakulär diese Ausrüstung und wie hilflos dieser Dritte-Welt-Feind ist.

Wenn Saddam Hussein leicht besiegt wird, wenn die Show ein Erfolg wird und wenn der Krieg seine gegenwärtige Popularität nicht verliert, dann werden die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Israel und Saudi-Arabien möglicherweise eine ständige Militärpräsenz am Golf etablieren. Das Pentagon entwickelt schon Pläne für eine langfristige Kontrolle, einschließlich des Baus von Trainings- und Freizeiteinrichtungen für Tausende von Truppen. Douglas Hurd hat die Gründung eines Golf-Kooperationsrates mit westlicher Unterstützung vorgeschlagen, um den arabischen Nationalismus und den islamischen Fundamentalismus in Schach zu halten.

Die Kosten einer ständigen Militärpräsenz könnten von Deutschland, Japan und den ölreichen arabischen Alliierten bezahlt werden. Auf diese Weise könnten riesige Geldreserven abgeschöpft werden, mit denen die langfristigen Außenbilanzdefizite zu finanzieren wären, unter denen die USA und Großbritannien wahrscheinlich leiden werden. Es wird eine postfordistische Welt entstehen, in der die Prioritäten der fordistischen Ära bestimmen werden, wie die neuen Informationstechnologien genutzt werden – eine Welt, in der Militärausgaben und

privater Verbrauch Vorrang haben und die energie- und transportintensiv ist. Es wird eine stagnierende Welt sein, in der die Kosten für militärische Abenteuer und private Konsumtion hauptsächlich von den Menschen in der Dritten Welt getragen werden, und zwar durch hohe Zinssätze, hohe Ölpreise und den Verzicht auf die Friedensdividende. Und es wird eine exklusive Welt sein, in der die reichen Ländern sich abschotten vor dem Einwanderungsdruck und der Bedrohung durch den Terrorismus.

Die reichen Länder werden sich unter dem Banner der Demokratie zusammenschließen gegen Saddam Hussein-artige Feinde aus dem Nahen Osten, der Dritten Welt und vielleicht sogar aus Osteuropa und der Sowjetunion. Saddam Hussein mag besiegt, vielleicht sogar getötet werden, aber das Saddam-Phänomen wird bestehen bleiben und aus dem Krieg womöglich gestärkt hervorgehen. Es ist das Phänomen des Fanatismus, des Fundamentalismus, der Brutalität und der Barbarei – ein Phänomen, das die Folge von Armut, Frustration und Impotenz ist, angesichts zur Neige gehender Ressourcen und der Zerstörung traditioneller Kulturen, bei gleichzeitiger Bereitschaft des Westens, entweder aus Profitgründen oder aus Gründen kurzfristiger geopolitischer Interessen Waffen und Technologie zu verkaufen. Ein neuer imaginärer Krieg zwischen Nord und Süd ist vorstellbar, Neo-Fordismus versus Fundamentalismus, Modernität versus Monstrosität. Diese beiden verschiedenen Systeme werden sich durch permanente Konfrontationen, die im Nahen Osten ausagiert werden, gegenseitig hochschaukeln.

Zukunftsperspektiven

Es kann aber auch sein, daß der Golfkrieg eher ein Vietnam wird als ein Korea, daß er das letzte Aufbäumen eines untergehenden US-Imperialismus ist. Er markiert vielleicht den Beginn einer Art westlicher Perestrojka. Erstens ist es sehr schwer vorstellbar, wie eine erneute amerikanische Hegemonie wirtschaftlich aufrechterhalten werden könnte. Dieser Krieg ist sehr teuer. Die militärischen Kosten der USA werden bislang auf 60 Milliarden Dollar geschätzt und diejenigen Großbritanniens auf ungefähr 90 Millionen Pfund. Sie sind damit ungefähr so hoch wie der gesamte Militärhaushalt für 1990/91. Es ist das teuerste Spektakel der Welt, und es kann in diesem Jahrhundert nicht wiederholt werden. Gut die Hälfte der Kosten werden von Deutschland, Japan und den Golfstaaten getragen. Wie lange werden diese Länder das amerikanische Defizit tolerieren, das eine sich intensivierende weltweite Rezession und eine erhöhte Belastung für die Länder Osteuropas und der Dritten Welt mit sich bringt?

Zweitens kann es schwierig werden, die amerikanische Hegemonie politisch aufrechtzuerhalten – sowohl aus innenpolitischen wie aus außenpolitischen Gründen. Westeuropa und Japan könnten in der Zukunft politische Probleme damit haben, den anglo-amerikanischen Interventionismus zu finanzieren. Bis jetzt hat man in Europa gezögert, die anglo-amerikanische Position zum Golf zu unterstützen. Dies hat bei der britischen und amerikanischen Presse zu Hohn und Spott über die Unwilligkeit europäischer Länder geführt, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. In der Tat ist in Großbritannien die kurzlebige,

post-thatcheristische pro-europäische Bewegung in einer Welle von Atlantizismus und Hurratriotismus hinweggeschwemmt worden. Die politische Union ist anscheinend von der Tagesordnung verschwunden. Aber in anderen europäischen Ländern werden andere Schlußfolgerungen gezogen, nämlich daß eine europäische Union, vielleicht unter Ausschluß Großbritanniens, jetzt erst recht wichtig ist, um das amerikanische Verhalten zu kontrollieren und um eine unizentrische Welt zu verhindern. Insbesondere in Spanien, Italien und Deutschland wird viel über eine Mittelmeer-KSZE (nach dem Vorbild der Konferenz von Helsinki zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) diskutiert. Man denkt an einen langfristigen institutionalisierten Prozeß des Dialogs und des Verhandels über alle Probleme der Region. Dies wird als eine Alternative zum Golf-Kooperationsrat von Hurd gesehen.

Das Verhalten von Staaten hängt von innenpolitischen Prozessen ab. Die Formel des kalten Krieges war nur deshalb erfolgreich, weil sie zumindest im Westen für einen breiten parteiübergreifenden politischen Konsens sorgte und die führenden Parteien der Linken integrieren konnte. Eine Formel für einen Kalten Krieg zwischen Norden und Süden wird wahrscheinlich nicht über die gleiche breite innenpolitische Zustimmung verfügen können, obwohl die großen Parteien der Linken, zumindest in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa, vorläufig den Krieg unterstützen. Die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre sind außerhalb der formalen Parteistrukturen entstanden, weil die Parteien der Linken, die die neuen emanzipatorischen Bedürfnisse hätten ausdrücken sollen, in die Kompromisse der vierziger Jahre verwickelt waren. Dennoch hatten diese Bewegungen zweifellos großen Einfluß auf die westliche politische Kultur, besonders in Deutschland und in Südeuropa, wo die Kalte-Kriegs-Haltung weniger tief verwurzelt ist und die politischen Prozesse sehr viel dezentralisierter ablaufen.

Sobald und falls die wirklichen menschlichen, ökologischen und politischen Kosten dieses Krieges öffentlich werden, kann es geschehen, daß die Fragen der neuen Bewegungen, insbesondere Frieden, Umwelt, die Armut der Dritten Welt, Geschlecht und Demokratie wieder die politische Tagesordnung bestimmen. Die Tatsache, daß wir den Irak, ein ziemlich kleines Land der Dritten Welt, in das neunzehnte Jahrhundert oder vielleicht in noch frühere Zeiten zurückgebombt haben, die Wahrscheinlichkeit fortdauernder Gewalt im Nahen Osten, die mögliche Libanisierung des Irak und Kuwaits, die zunehmende Schwierigkeit, eine Lösung für die Palästinafrage zu finden, die steigende Bedrohung durch Terrorismus, die Erosion der Demokratie – all diese Probleme werden die Opposition gegen eine langfristige Nord-Süd-Konfrontation stimulieren.

Politische Übergänge sind immer chaotisch. Es gibt Perioden des politischen Experimentierens. Die alte Ordnung ist zusammengebrochen. Es werden neue Wege ausprobiert, die globalen Verhältnisse zu organisieren. Das Ganze ähnelt der Konkurrenz auf dem Warenmarkt, nur sind die Kosten eines Scheiterns sehr viel höher, und sie beinhalten Anarchie und Gewalt. Die Sowjetunion zerfällt. Die USA verfallen. Eine europäische politische Union ist vielleicht im Entstehen, aber es ist zweifelhaft, ob eine politische Einheit Europa als Supermacht agieren würde – die Aufgabe, die militärischen Anstrengungen zu koordinieren,

mit »einer Stimme zu sprechen«, ist es vielleicht gar nicht wert, überhaupt in Angriff genommen zu werden. Aus vielen historischen und geopolitischen Gründen ist es schwer, sich eine neue Pax Europea oder eine Pax Japonica vorzustellen.

Mag sein, daß in dieser Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten schon das bloße Konzept großer Mächte nicht mehr in der traditionellen Weise funktionieren kann. In der Nachkriegszeit haben internationale Institutionen, obgleich dominiert von den USA und in geringerem Maße von der Sowjetunion, immerhin eine sehr viel größere Rolle gespielt als zuvor. Es ist schwer abzusehen, wie irgendeines der dramatischen Probleme der modernen Welt, das durch die Erschöpfung des Fordismus aufgeworfen worden ist, gelöst werden kann, ohne eine Art von Kooperation zwischen größeren und kleineren Mächten und ohne daß die Gruppen und Bewegungen, die sich für diese Probleme engagieren, in irgendeiner Form beteiligt werden. Falls das nicht geschieht, falls die tiefe Unzufriedenheit marginalisiert und ausgeschlossen wird und keinen Zugang zu globalen Machtstrukturen findet, sieht die Zukunft trostlos aus.

Aber es wird sehr kompliziert sein, eine neue postfordistische (im Gegensatz zur einer neo-fordistischen) globale Ordnung aufzubauen, die einige Aussichten auf Stabilität hat. Sie wird eine Reform der politischen Strukturen erfordern, insbesondere eine Reform internationaler Institutionen wie der Vereinten Nationen oder des IWF. Und es ist unwahrscheinlich, daß dies geschieht, es sei denn, es gibt eine politische Union Europa und Europa und Japan übernehmen eine selbständigere internationale Rolle. Eine neue Ordnung erfordert eine fundamentale Selbstkritik und Veränderung der dominanten politischen Parteien der Linken und ein neue Anordnung des innenpolitischen Spektrums.

Mindestens was die nächsten paar Jahre angeht, ist die reale schmutzige Welt ziemlich unvorhersehbar. Das einzige, was man voraussagen kann, ist, daß die neunziger Jahre eine Periode weiterer Erschütterungen und Wendungen, Schwenkungen, 180-Grad-Drehungen und unerwarteter politischer Entwicklungen sein werden. Ob und wie wir aus diesen turbulenten Zeiten auftauchen können, hängt von den politischen Debatten, Handlungen, Entscheidungen und Bündnissen ab, die in dieser Zeit in den Vereinigten Staaten, in Japan, dem Nahen Osten und insbesondere hier in Europa entwickelt werden.

Aus dem Englischen von Nora Rätzzel

Andre Gunder Frank

Politische Ökonomie des Golfkriegs

Dieser Essay analysiert den ökonomischen Hintergrund und die möglichen ökonomischen Folgen des Golfkriegs. Die weltwirtschaftlichen und geopolitischen Zusammenhänge dieses Krieges sind, mitsamt ihren ironischen Aspekten, weitgehend übersehen worden. Darüber hinaus hat die eher beiläufige Aufmerksamkeit, die den wirtschaftlichen Gesichtspunkten des Krieges gezollt wurde, seine realen weltwirtschaftlichen Ursachen und Folgen zumeist auf den Kopf gestellt. Andererseits sind bereits zahllose Tonnen Papier und Videofilm für die politische und ideologische Diskussion und/oder Propagierung dieses geopolitischen Schauspiels mit den Ausmaßen einer menschlichen Tragödie verbraucht worden.¹

Beide Invasionen – die des Irak wie die der Verbündeten – besaßen einen wirtschaftlichen Hintergrund wo nicht gar wirtschaftliche Motive. Maßgebend für den Irak war seine riesige Schuldenlast und der notwendige Wiederaufbau nach dem Krieg mit Iran, Kuwaits Auspumpung des gemeinsamen Ölfeldes und andere seit langem bestehende Querelen, sowie der Verfall der Ölpreise auf Grund der Rezession und der von Kuwait und Saudi-Arabien erhöhten Ölförderung, die möglicherweise dazu dienen sollte, den Irak zu schwächen. Präsident Saddam Hussein plädierte im Mai 1990 auf dem arabischen Gipfeltreffen in Bagdad für die Ölinteressen seines Landes und wiederholte seine Forderungen Ende Juli gegenüber der amerikanischen Botschafterin in Bagdad. Das hatte keinen Erfolg, und so marschierte er im August in Kuwait ein – nachdem die amerikanische Botschafterin angedeutet hatte, daß die Vereinigten Staaten kein Interesse daran hätten, zu intervenieren.

Acht Monate zuvor hatte Präsident Bush – angesichts einer drohenden Rezession und Kürzungen im Haushalt des Pentagon – bereits die Invasion von Panama angeordnet. Nun machte er mit aller Entschlossenheit aus der von Saddam Husseins Einmarsch entzündeten Krise einen ausgewachsenen Krieg. Das war nicht ungewöhnlich und hätte nicht überraschen dürfen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat noch jeder amerikanische Präsident vor Bush angesichts einer Rezession auf das Mittel der militärischen Reaktion und/oder Eskalation zurückgegriffen.² Der Ex-Präsident Nixon faßte das in der *International Herald Tribune* vom 7. Januar 1991 wie folgt zusammen: »Als Senator Bob Dole sagte, wir seien wegen des Öls am Golf, und als Außenminister James Baker sagte, wir seien dort wegen der Arbeitsplätze, wurden sie kritisiert, weil sie unser Vorgehen mit rein egoistischen Beweggründen rechtfertigten. Wir sollten uns nicht dafür entschuldigen, daß wir unsere lebenswichtigen Wirtschaftsinteressen verteidigen.«

Jedoch gehen die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA und ihre Verteidigung über das Öl in der Golfregion und über die einheimischen Arbeitsplätze weit hinaus. Es sind globale Interessen, und sie werden hauptsächlich durch die Konkurrenz aus Japan und Deutschland bedroht, beziehungsweise von einem japanisch geführten Asien und einem Europa unter der Führung Deutschlands – und dies um so mehr, als die sowjetische »Bedrohung« mittlerweile

praktisch ausgeschaltet ist. Der Kalte Krieg ist vorbei – und Japan und Deutschland haben gewonnen! Die »Reaganomics« der achtziger Jahre haben ihren Teil dazu beigetragen, die Sowjetunion aus dem Rennen zu werfen. Die Kosten dafür bildeten die Hypotheken, die nun die US-amerikanische Wirtschaft und sogar den Regierungshaushalt belasten und deren Nutznießer die Japaner und Europäer sind. Wirtschaftlich hängen die Vereinigten Staaten jetzt vom dauerhaften Kapitalzufluß seitens ihrer hauptsächlichen Konkurrenten ab, wobei die Japaner 1990 bereits damit begonnen haben, Kapital aus den Vereinigten Staaten abzuziehen. Als Reaktion auf eine noch tiefergehende Rezession und/oder auf Grund größerer Interessenkonflikte drohen sie nun den Vereinigten Staaten und ihrem Dollar den finanziellen Boden unter den Füßen endgültig wegzuziehen. Gleichzeitig verschärfen sich die Auseinandersetzungen um Handelsprobleme und andere wirtschaftliche Fragen an verschiedenen Punkten, was sich auch an den in Uruguay abgehaltenen GATT-Konferenzen zeigte. Japan war ausgesprochen unkooperativ, und Europa weigerte sich, bei den landwirtschaftlichen Subventionen größere Abstriche zu machen. Zur gleichen Zeit wurde die Straße, die ins »Europa von 1992« führen soll, durch die Ereignisse in Osteuropa wie auch durch Großbritanniens unnachgiebige Verschleppungstaktik mit einigen Hindernissen versehen.

Nun kommt der 2. August 1990. Präsident Bush und sein Außenminister Baker starten eine überaus erfolgreiche diplomatische Kampagne, um ihre widerspenstigen Verbündeten und sogar ihre einstigen Feinde, wie etwa die Sowjetunion und Syrien, in der amerikanischen Golf-Politik – und anderenorts – zum Schulterschuß zu bringen. Die enthusiastischste Unterstützung für Präsident Bush kam von der britischen Premierministerin Thatcher, die Anfang August in Washington war. Dort konnte sie nicht nur mit Bush (wie schon mit seinem Vorgänger Reagan) ihre ideologische Übereinstimmung demonstrieren, sondern sie ergriff darüber hinaus die vorteilhafte Gelegenheit, ihn darin zu unterstützen – oder gar dazu anzustacheln? –, dem Prozeß der europäischen Einigung einen weiteren Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Allerdings brauchte Präsident Bush für sein Vorhaben nur wenig Ermutigung, obwohl – oder vielleicht gerade weil – Japan und Deutschland diejenigen waren, die am wenigsten Begeisterung zeigten. Diese beiden sind nämlich die großen Konkurrenten, die wirtschaftlichen Schaltstationen und Triebkräfte, die den Schlüssel für das wirtschaftliche Überleben der Vereinigten Staaten während dieser neuen Rezession in Händen halten. Doch haben sie im Sicherheitsrat weder Sitz noch Stimme, geschweige denn ein Vetorecht! Und genau dort mußte die erste Schlacht des Golfkriegs geschlagen werden: es ging darum, Freund und Feind hinter der amerikanischen Militärmacht zu versammeln. Denn nur das Militär ist noch übrig, um die geopolitische Macht der Vereinigten Staaten zu stützen.

Hieraus ergeben sich einige ironische Aspekte, die sich wechselseitig ergänzen. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, ihre Militärmacht *gegen* Japan und Deutschland einzusetzen, und nun, da die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion ins Wanken gerät, können die USA auch nicht mehr sehr viel *für* Japan und Deutschland tun. Sie können jedoch nach wie vor – und nunmehr von der Last der Sowjetunion befreit – ihr

militärisches Potential in Ländern der Dritten Welt (und gegen diese) einsetzen. Der andere ironische Aspekt dieser politischen Ökonomie wurde von der US-amerikanischen Zeitschrift *National Interest* hervorgehoben: »Tatsache [ist], daß einzig die militärische Macht der Vereinigten Staaten in der Lage war, einen wirkungsvollen Gegenschlag zu landen – als nämlich die Wirtschaftsmacht von Ländern wie Japan oder Deutschland praktisch bedeutungslos war.« Der in London erscheinende *Sunday Telegraph* vom 20. Januar 1991 kommentiert das wie folgt: »Es wird keine multipolare Welt geben. Wenn eine neue Weltordnung entsteht, dann nur auf der Grundlage US-amerikanischer Militärmacht, wobei Großbritannien eine Schlüsselrolle zufällt. Saddams Skalp wird die erste Trophäe dieser neuen Ordnung sein.«

Die grausame Ironie besteht mit anderen Worten darin, daß Präsident Bush die günstige Gelegenheit beim öligen Schopf gepackt und versucht hat, dem Zerfall der amerikanischen Hegemonie Einhalt zu gebieten. Dazu mußte er gegen die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Konkurrenten – Deutschland und Japan – das letzte, nämlich militärische, As auf den Tisch legen, das er noch im Ärmel versteckt hielt. Dies geschah natürlich auf Kosten Iraks und der Dritten Welt, wo die Trumpfkarte des Krieges ausgespielt wird. Seit 1945 wurden ausnahmslos alle Kriege zwischen westlicher und östlicher Welt auf dem Territorium der Dritten Welt ausgetragen. Nun muß – ebenfalls auf dem Boden des Südens – die Konkurrenz zwischen den Ländern des Westens ausgefochten werden.

Im Juni 1990 konnte James Chace, der ehemalige Herausgeber von *Foreign Affairs* (der Zeitschrift des US-amerikanischen außenpolitischen Establishments), in *International Management. Europe's Business Magazine* noch schreiben:

Auf Wiedersehen USA. [I.O. dt., d.Ü.] Es wird eine europäische Herausforderung geben ... Europa hat ... Servan-Schreibers These auf den Kopf gestellt. Heute sind es die Vereinigten Staaten, die Europas ökonomische Stärke fürchten und sich um ihren eigenen wirtschaftlichen Niedergang Sorgen machen ... 1992 rückt näher ... Wenn es tiefgreifende ökonomische Verschiebungen oder, nicht zu vergessen, eine weltweite Rezession geben sollte, kann niemand voraussagen, wie das neue Europa reagieren wird ... Dieser Aussicht entwächst das zumindest für Amerikaner noch furchterregendere Gespenst einer von großen industriellen Gruppierungen beherrschten Festung Europa, die alle Konkurrenten aus ihrem Markt herausekeln könnten. Sollte dies geschehen, so wären die Risiken für die Vereinigten Staaten enorm ... Sehr wahrscheinlich werden die Europäer im Endeffekt ihr eigenes europaweites Sicherheitssystem entwickeln, so daß Macht und Einfluß der Vereinigten Staaten noch mehr zurückgehen [...] Washington bemüht sich geradezu verzweifelt darum, in Europa zu bleiben. 'Die Vereinigten Staaten sollten eine europäische Macht im weitesten Sinne bleiben: politisch, militärisch und wirtschaftlich', sagte US-Präsident Bush letzten Monat in einer Ansprache.

Zwei Monate später bot Saddam Hussein Präsident Bush eine Gelegenheit, die europäische Herausforderung anzunehmen. Bush bluffte erfolgreich. Alle Europäer formierten sich unter seiner Führung zur Schlachtordnung – und fielen übereinander her. Frau Thatcher verlor die Schlacht und ihren Job, aber ihren Krieg hat sie bislang sowohl im Irak als auch in Europa gewonnen! Der Krieg verschärft die innereuropäischen politischen und wirtschaftlichen Konflikte, auf die sie ihren Einspruch gegen ein stärker vereinigt Europa gründete.

Mit Margaret Thatchers Hilfe haben die Vereinigten Staaten sich nicht nur der Unterstützung Europas für den Krieg selbst versichert, sondern darüber hinaus

noch zumindest zwei erstrangige politische Coups gelandet. Zum einen ist selbst der Anschein einer eigenständigeren europäischen Politik gegenüber dem Nahen Osten in Verbindung mit einer vernünftigeren Regelung des Konflikts zwischen Israel und Palästina erschüttert worden. Israels Allzweckminister Yitzhak Rabin hat vor kurzem erklärt, daß Israel auf Europa oder die Vereinten Nationen nicht angewiesen sei. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Verbindung zwischen den USA und Israel nicht in Frage gestellt, außer durch die nunmehr geschwächten Araber selbst.

Der andere Coup ist die Umgestaltung der NATO und die Umlenkung ihrer Orientierungen. Die Europäer sind weit davon entfernt, in dieser Zeit nach dem Kalten Krieg einen stärkeren Stützpfiler der NATO zu bilden (ganz zu schweigen von einem alternativen europäischen Sicherheitssystem). Statt dessen haben sie dem seit längerem ausgeübten Druck seitens der USA nachgegeben und Vorstellungen zugestimmt, die sie bisher standhaft abgelehnt hatten, nämlich die Stoßrichtung der NATO nach Südosten zu wenden, um insbesondere im Nahen Osten und generell in Nord-Süd-Konflikten zu intervenieren. US-amerikanische Truppen, Basen, Kriegsmaterialien und logistische Einrichtungen, aber auch die NATO-Kontingente verschiedener europäischer Länder sind von der Verteidigung Westeuropas gegen die Sowjetunion auf den Angriff gegen den Irak im Nahen Osten umdirigiert worden! Sie haben sogar ihre auf Mitteleuropa zugeschnittenen »AirLand Battle«-Pläne in die arabische Wüste mitgenommen. Darüber hinaus zahlen die Europäer nicht nur ihre eigenen, sondern auch einen Großteil der amerikanischen Kosten für dieses Umstellungsmanöver. Sie zahlen sogar für den Treibstoff, den die amerikanischen B-52-Bomber benötigen, wenn sie von den europäischen Basen aus starten oder dort aufgetankt werden. Ferner dient die Benutzung türkischer Militärbasen zur Bombardierung des Irak dazu, die NATO, und damit auch die zurückhaltenden Deutschen, in diesen von den USA angeführten Nord-Süd-Krieg zu integrieren.

Die Europäer unterstützen Präsident Bushs Krieg auf politische, militärische und finanzielle Weise, wobei mittlerweile sogar Deutschland seinen bescheidenen Beitrag leistet. Aber sie tun noch mehr: Eine Woche vor der Niederschrift dieses Essays wurde bekanntgegeben, daß die Europäer schließlich auch in der Frage der Agrarsubventionen, ihrer umfangreichsten protektionistischen Maßnahme, nachgegeben haben. Dies Problem hatte die letzte GATT-Konferenz fast zum Scheitern gebracht. Symbolischerweise war das Ultimatum für die Neufestsetzung der Subventionen eben jener 15. Januar 1991, der von den Vereinten Nationen für den irakischen Rückzug aus Kuwait vorgesehen war – und der für die Amerikaner den Beginn des Krieges markierte! .

Die Entscheidungen und Tatbestände, die zum Kriegseintritt führten, wurden im nationalen wie internationalen Bereich auf allerhöchster Ebene verhandelt. Es war kein einfaches Versäumnis der Regierungsführer, daß sie ihre Bevölkerungen und Wählerschaften nicht befragten. Mit voller Absicht brachte Präsident Bush das Problem im Kongreß erst lange nach den Kongreßwahlen und der darauffolgenden Verdoppelung der amerikanischen Golftruppen im November 1990 zur Sprache. Damit zogen die Regierenden ironischerweise den sozialen Bewegungen in den Vereinigten Staaten und Westeuropa den Boden unter den Füßen

weg, nachdem diese Bewegungen in Osteuropa bereits ausmanövriert worden waren. Dieser Mobilisierung der zivilgesellschaftlich orientierten sozialen Bewegungen, die sich in tausenden von lokalen, nationalen und internationalen Initiativen mit der Problematik der Geschlechterverhältnisse und der Umwelt auseinandersetzten, wurde ein brutaler Schlag versetzt. Nicht anders erging es – ironischerweise genau seit Kriegsbeginn – der Friedensbewegung. Sogar der Direktor des *International Institute for Strategic Studies* (einer alten Denkfabrik des Kalten Krieges) bemerkte in der *International Herald Tribune* vom 11. Februar 1991: »Der gegenwärtige Zusammenbruch der pazifistischen Bewegungen in den westlichen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, ist einer der bemerkenswerten Charakterzüge dieses Krieges.«

Die Medien stellten die Menschen in Europa vor die Wahl zwischen dem Iraker Saddam Hussein und dem Amerikaner George Bush. Bei einer *solchen* Wahl entschied sich der »einfache Mann« auf der Straße und vor dem Fernseher für den weißen Amerikaner. Die Frauen jedoch verweigerten sich, glücklicher- oder auch nur weise, in der Mehrzahl dieser falschen Wahl und setzten sich statt dessen für den Frieden ein. Nichtsdestotrotz wurde die europäische Zivilgesellschaft sehr schnell von einem wütenden Rassismus und Chauvinismus durchsetzt, der sich unterschiedslos gegen Araber und Türken richtete – in völliger Verkennung der Tatsache, daß viele Regierungen arabischer Länder und die Türkei (die auch auf einige irakische Ölfelder ein Auge geworfen hat) treue und aktive Mitglieder der amerikanisch-europäischen Kriegscoalition sind. Vielleicht zeigen diese Westeuropäer damit zugleich, daß sie gewillt sind, billige nicht-europäische Arbeitskräfte aus dem Süden durch billige europäische Arbeitskräfte aus dem Osten, der neu erschlossenen Quelle, zu ersetzen. Sicherlich aber zeigen die Menschen in Europa und natürlich auch in den Vereinigten Staaten, daß sie sich nicht ganz und gar an der Nase herumführen lassen, wenn ihre politischen Führer und die Medien sich in Mythen über die »Prinzipien« ergehen, um deren Aufrechterhaltung dieser Krieg geführt werde. Statt dessen zeigen die Bevölkerungen des Nordens durch ihre eigenen, auf den heimatlichen Straßen ausgetragenen Feindseligkeiten gegen farbige Einwanderer oder Arbeiter aus dem Süden, daß sie vom Gefühl und vom Verstand her den Golfkrieg als Krieg zwischen *ihrem* Norden und Süden erkennen. Und ebendies gilt auch für die Menschen im Süden. Darum demonstrieren beiderseits des Äquators nicht nur Araber und nicht nur Moslems, sondern viele andere Bevölkerungsgruppen in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen die Vereinigten Staaten, die den Krieg gegen die Dritte Welt führen. Und sie unterstützen Saddam Hussein, dem, wie zynisch auch immer, die Rolle als Verteidiger des Südens zugefallen ist.

Es bleibt die vielleicht ebenfalls ironische Frage, ob dieser Nord-Süd-Krieg im Golf auf lange Sicht die US-amerikanische Hegemonie wiederherstellen oder zerstören wird. Präsident Bush ist sich dieser vordringlichen Frage wohl bewußt. Ein Großteil seiner im Januar 1991 gehaltenen Rede zur Lage der Nation war dem Golfkrieg gewidmet und enthielt eine direkte Antwort auf diese Frage sowie eine vielleicht indirekte Antwort darauf, warum er überhaupt den Krieg gegen den Irak eröffnet habe: Amerikas Verantwortung für die »Verteidigung der Freiheit« ist größer als je zuvor, und damit liegt sein Goldenes Zeitalter vor ihm,

nicht aber hinter ihm. Vielleicht steckt hinter diesen Worten kein absichtlicher Bluff, aber hat Präsident Bush die polit-ökonomischen Karten in der Hand, um seine Vorhersage wahr zu machen? Oder liegt die wirtschaftliche Ironie letzten Endes darin, daß dies Pokerspiel um die Verlängerung des amerikanischen Jahrhunderts mittels eines weiteren Krieges die Vereinigten Staaten soviel kosten wird, daß sie nur noch ihren spätsommerlichen Schwanengesang anstimmen können?

Ursprünglich diente die Entsendung amerikanischer (und anderer) Truppen und Kriegsgeräte dazu, Saudi-Arabien gegen einen möglichen, wenn auch niemals angedrohten Angriff seitens des Irak zu »verteidigen«. Jedoch gab es zumindest einen weiteren Grund, Saudi-Arabien als Gebiet für den massiven Aufmarsch zu wählen. Nach dem Iran-Debakel hatten die Vereinigten Staaten mehr als ein Jahrzehnt lang Saudi-Arabien neben Israel als ihre stellvertretende regionale Militärmacht im Nahen Osten aufgebaut. Sie hatten den Saudis Waffen im Wert von -zig Milliarden Dollar verkauft (um ihre eigene Industrie und ihre Handelsbilanz zu stützen) und ein ganzes Netzwerk von Luft- und Seestützpunkten errichtet. Saudi-Arabien hatte den Vereinigten Staaten für den Fall einer Krise im Nahen Osten die Benutzung dieser Stützpunkte zugesichert. Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait war dieser Krisenfall. Und so transportierten die Vereinigten Staaten nahezu eine halbe Million Soldaten samt See- und Luftstreitkräften nach Saudi-Arabien, dem einzigen Land, das in der Golfregion die entsprechenden territorialen Möglichkeiten besitzt, um die Kontingente aufzunehmen!

Hinzu kommt, daß die Verbündeten mehr als fünf Monate Zeit hatten, um ihre Offensivkräfte zu stationieren. So bemerkt der Stellvertretende Befehlshaber des Transportkommandos der US-Streitkräfte: »Wir sollten im Auge behalten, daß wir über einen luxuriösen Zeitraum verfügten – 161 Tage, um den ganzen Kram in Stellung zu bringen, ohne daß irgend jemand einen Schuß abgegeben hätte.« Zudem »wurden 47 Prozent davon mit ausländischen Schiffen transportiert, die bei der nächsten Krise vielleicht nicht zur Verfügung stehen«. Diese Tatsachen, heißt es in der *Washington Post*, »machen, Militärfachleuten zufolge, die Operation Wüstensturm zu einem ungeeigneten Test hinsichtlich der Frage, ob die US-Streitkräfte dazu imstande sind, eine von Präsident Bush so genannte 'Neue Weltordnung' zu schmieden« (*International Herald Tribune* vom 11. Februar 1991). Wir bemerken nur *en passant*, wie diese Fachleute und Publizisten unhinterfragt davon ausgehen, daß diese »Neue Weltordnung« von US-amerikanischen Militärinterventionen in einer »Krise« nach der anderen »geschmiedet« wird. Doch wie hoch sind die politischen und wirtschaftlichen Kosten, und können die Vereinigten Staaten sie aufbringen?

Das politische Motiv für die rasche Beendigung des Krieges lag in der Befürchtung, das Bündnis würde dem politischen Druck eines langwährenden Krieges und steigender Verlustziffern nicht standhalten. Von Marokko bis Bangladesch gab es zahlreiche öffentliche Demonstrationen gegen die den Krieg unterstützenden Regierungen. Dergestalt steigen auch die politischen Kosten des Krieges. Der bereits erwähnte israelische Minister Rabin spricht sich dafür aus, daß nach dem Krieg die ölproduzierenden Länder ihre Reichtümer vor allem für Ägypten

und Syrien verwenden, »um die gemäßigten Regierungen in der internationalen Koalition zu stabilisieren, damit sie sich angesichts der auf Null gefallenen Sympathie ihrer Bürger am Ruder halten können« (Interview in *El País* vom 10. Februar 1991).

Die irakischen Raketenangriffe gegen Israel haben die pro-israelischen Sympathien im Westen zunehmen lassen. Zudem hat Israel auf diese Angriffe nicht militärisch reagiert (wohl aber gegen den Libanon!), und dadurch anderen arabischen Regierungen den Verbleib im Bündnis ermöglicht. In jedem Fall wird der amerikanische Schutz für Israel wie auch für die moslemischen Bündnispartner im Golfkrieg in der Region selbst und vielleicht auch in Europa hohe politische Kosten verursachen. Welche politische Regelung nach dem Krieg sich auch immer ergeben mag, so bleibt die Frage, ob die Vereinigten Staaten auch weiterhin in der Lage sein werden, die politische und möglicherweise länger andauernde militärische Präsenz und die damit verbundenen wirtschaftlichen Kosten auf sich zu nehmen.

Ist die geschwächte und mittlerweile rezessionsgeplagte amerikanische Wirtschaft in der Lage, den Golfkrieg zu einem erfolgreichen Ende zu bringen? Neben den unmittelbaren Kosten der Kriegsführung können auch die politischen Kosten zu einer zusätzlichen wirtschaftlichen Belastung werden. Die Gründe dafür liegen in der Notwendigkeit, einige arme Verbündete wie Israel, die Türkei und Ägypten mit Subventionen zu stützen. Allein Ägypten wurden bereits sieben Milliarden Dollar Schulden erlassen – und es droht die Gefahr, daß die faktischen Subventionen, welche die Vereinigten Staaten von den befreundeten reichen Regierungen in Saudi-Arabien, Kuwait und den Arabischen Emiraten empfangen haben, verloren gehen. Immerhin haben diese Länder seit langem den amerikanischen Dollar, die Handelsbilanz und die militärischen Wirtschaftssektoren gestützt. Allein Saudi-Arabien und Kuwait haben bereits über 25 Milliarden Dollar an die Vereinigten Staaten gezahlt: das war ihr direkter »Beitrag« zur Errichtung der »Neuen Weltordnung«, den sie in diesem Krieg an ihrem Golf in Gestalt ihrer Söldnertruppen leisteten. Möglicherweise können die Amerikaner moralischen Druck auf diese Regierungen und auf andere im Westen ausüben, mit ihren Beiträgen den Hut zu füllen, den die Vereinigten Staaten jetzt, da der Krieg noch andauert, herumgehen lassen. Aber was kommt danach? Was wird, wenn die militärischen und politischen Folgen des Krieges die Reichtümer zerstören und/oder diese elitären Regierungen im Nahen Osten zu Fall bringen, die dann durch volksnähere, aber weniger freundlich gesonnene ersetzt werden? Was wird, wenn die westlichen Verbündeten ihre kriegsbedingte politische Kooperation wieder durch die friedliche wirtschaftliche Konkurrenz ersetzen?

In den Vereinigten Staaten selbst lenkt der Golfkrieg die Aufmerksamkeit von der sich verschärfenden Rezession ab. Genau darin kann ein weiterer Grund für ihn gesucht werden: die öffentliche Meinung soll sich insbesondere nicht mit der steigenden Zahl der Konkurse und der wachsenden Arbeitslosigkeit beschäftigen. Doch können sich auf der Ebene der politischen Entscheidungen diese Ablenkungsmanöver als kurzfristig, wo nicht gar als Vogel-Strauß-Politik herausstellen. Wenn die Rezession dadurch noch weiter aus dem Ruder läuft, wird eine solche Politik auf mittlere Sicht ziemlich kostspielig, denn auch ohne die

Ablenkung durch den Krieg stehen der Regierung und der *Federal Reserve Bank* kaum noch anti-zyklische wirtschaftspolitische Instrumente zur Verfügung, mittels derer die Rezession bekämpft werden könnte. Die meisten der Maßnahmen zur Eindämmung der heimischen Rezession, wie etwa die von der *Federal Reserve Bank* Anfang 1991 beschlossene Senkung des Zinssatzes, führen nur dazu, daß der Dollar weiterhin an Wert verliert und reduzieren den Kapitalzufluß aus dem Ausland oder bewirken gar, daß Kapital aus den Vereinigten Staaten abfließt. Dabei benötigt die amerikanische Wirtschaft diesen Zufluß, um nicht auf Grund zu laufen. Die augenblicklichen Diskussionen darüber, auf welche Weise ein kürzerer oder längerer Krieg das Konsumentenverhalten in den Vereinigten Staaten positiv oder negativ beeinflussen und damit die Rezession verschärfen oder dämpfen wird, verfehlen größtenteils den springenden Punkt. Vielfach handelt es sich um Versuche, die Rezession dem Krieg anzulasten, wobei doch, wenn man hier von Ursache und Wirkung reden will, es genau umgekehrt ist: der Krieg ist die Folge der Rezession. Ihre hauptsächlichen Triebkräfte haben mit dem Krieg nichts zu tun, wirkten schon vor seinem Beginn und könnten, wie bereits erwähnt, für Präsident Bush ein zusätzliches Kriegsmotiv gewesen sein.

Wichtiger noch als das Vertrauen der US-Konsumenten dürfte wohl das Vertrauen des internationalen Kapitals und der verbündeten Regierungen im übrigen Westen sein. Die einschneidenderen Folgen von Krieg und Rezession werden sich aus den Reaktionen des Privatkapitals und den Entscheidungen der Regierungen und Zentralbanken in Europa und Japan ergeben. Die Deutsche Bundesbank hat auf die Senkung des Zinssatzes in den Vereinigten Staaten bereits mit der Anhebung des eigenen Zinssatzes reagiert; ihr folgten gezwungenermaßen die Zentralbanken der Niederlande und einiger anderer Staaten, was von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, die allesamt unter der Rezession leiden, nicht gerade mit Beifall aufgenommen wurde. Die festen Wechselkurse innerhalb des europäischen Währungssystems gerieten unter Druck, der Kurs des amerikanischen Dollar fiel sofort ab und ausländisches Kapital floß nach Deutschland. Wie üblich zeitigten die Maßnahmen der Zentralbanken zur Stützung des Dollars keinerlei Wirkung. Der Präsident der Deutschen Bundesbank verteidigte seine Maßnahme mit der Bemerkung, er wolle zur »Stabilität« beitragen, indem er die Inflation in Deutschland – Europas wichtigster und zugleich immer noch gesündester Wirtschaftsmacht – bekämpfe. Den Letzten beißen die Hunde!

Wie lange noch werden die Japaner und die Europäer (mit Ausnahme der Briten, die zu den USA ein »besonderes Verhältnis« unterhalten, zugleich aber wirtschaftlich in der Krise stecken) private und öffentliche Mittel für die Unterstützung des amerikanischen Golfkriegs und der amerikanischen Wirtschaft zur Verfügung stellen? Das ist die Frage. Denn ohne politische und materielle Wirtschaftshilfe aus dem Ausland geht für die USA nichts mehr. Ihre eigenen Mittel reichen nicht einmal mehr aus, um diesen Krieg zu finanzieren, geschweige denn eine selbstentworfenene »Neue Weltordnung« zu gestalten. Wie Walter Russell Mead in der *International Herald Tribune* vom 7. Februar 1991 ganz richtig bemerkte:

»In einer Zeit, da die nationalen Ressourcen dahinschmelzen und die nationale Macht zusammenschrumpft, haben die Vereinigten Staaten den Horizont ihrer Außenpolitik nicht eingeschränkt, sondern ihn vielmehr global ausgeweitet. Das Wunder eines allumfassenden Bündnisses gegen die Instabilität, das von den Amerikanern angeführt, aber nicht bezahlt wird, ist potentiell die gefährlichste Idee, die der US-Außenpolitik während der letzten Generation erwachsen ist. Hier werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden können. (...) Hier geraten die Amerikaner in Versuchung, sich Verantwortungen aufzubürden, die ihre eigenen Ressourcen übersteigen. Sie möchten, daß das Ende des Kalten Krieges in eine (Neue Welt-) Ordnung einmündet, die die Vorrangstellung Amerikas unangetastet läßt, während seine Verbündeten auf eine Schwächung dieser Position hinauswollen.«

Da liegt der Hase im Pfeffer! Die Sowjetunion hatte niemals die ökonomische Stoßkraft, um ihren Anspruch, eine Supermacht zu sein, untermauern zu können. Nun wird sie auf die Position einer überbewaffneten Macht dritten Ranges (wo nicht gar der Dritten Welt) zurückgestuft. Lange Zeit waren die Vereinigten Staaten von dem Gedanken besessen, ihre politische und ideologische Sicherheit durch die (erfolgreiche) Bekämpfung der Sowjetunion im Kalten Krieg zu garantieren. Dabei haben sie es verabsäumt, ihre tatsächliche wirtschaftliche Grundlage im Wettstreit mit ihren wirklichen Konkurrenten – Japan und Deutschland – funktionsfähig zu erhalten. Und so besitzen auch die Vereinigten Staaten mittlerweile nicht mehr die für eine Supermacht erforderliche wirtschaftliche Stoßkraft.

Doch mit dem fahnenschwenkenden Präsidenten Bush übernahmen die Vereinigten Staaten die Rolle der Axt im Walde. Im Golfkrieg versuchen sie – möglicherweise vergeblich –, ihre schwindende Macht auf der Weltbühne ein letztes Mal vor dem Exitus zu bewahren. Dazu bedienen sie sich des einzigen Mittels, das ihnen verblieben ist und mit dessen Gebrauch sie sich auskennen: ihre militärische Macht. Doch wenn die entsprechenden wirtschaftlichen Grundlagen fehlen, reicht militärische Macht allein nicht aus, um eine große Supermacht vor dem Kentern zu schützen. Im Gegenteil: der unvernünftige Gebrauch dieser Macht kann das gesamte Schiff zum Sinken bringen. Nicht umsonst ist Paul Kennedys Buch ein Bestseller geworden (wenn auch offensichtlich nicht im Weißen Haus oder im Pentagon), schrieb er doch, daß die unsinnige Überdehnung militärischer Macht über die zu ihrer Stützung notwendigen wirtschaftlichen Mittel hinaus die Grundlage für den *Aufstieg und FALL der Großmächte* darstellt.

Aus dem Englischen von Michael Haupt

Anmerkungen

- 1 Ich habe die für diesen Krieg betriebenen Propagandakampagnen bereits in den folgenden zwei Aufsätzen mit ihren hoffentlich sprechenden Titeln analysiert: »Political Economy of North-South Conflict in Gulf«, *Economic and Political Weekly*, Bombay, 15. Sept. 1990, S. 2043-44. »Holier Than Thou in the Gulf: A Curse on Both Your Houses. Read My Lips: Remember Tonkin Gulf and the Ten Commandments«, dt. unter dem Titel »Der Krieg der Scheinheiligen« in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3, März 1991.
- 2 Detaillierte Hinweise dazu finden sich in den beiden o.a. Aufsätzen.

Thema: Nahost



NAHOST
 GESCHICHTE
 UND STRUKTUR
 DES KONFLIKTS
 FRIEDRICH SCHREIBER
 MICHAEL WOLFSOHN

LESKE + BUDRICH
 2. Auflage



**AUFSTAND DER
 PALÄSTINENSER**
 INFITADA
 FRIEDRICH SCHREIBER

LESKE + BUDRICH

UND HINTERGRÜNDE
 FAKTEN



ISRAEL
 Michael Wolfsohn
 Paul - Gebhardt - Wetzlar

Grundrissen
 Länderkunden

Friedrich Schreiber
Michael Wolfsohn
Nahost
 Kampf ums Heilige Land.
 Geschichte und Struktur
 des Konflikts
 2. aktualisierte Auflage.
 352 Seiten mit vielen Abbildun-
 gen, Kart. 19,80 DM
 ISBN: 3-8100-0777-3

„Die Autoren zeigen, daß gerade
 im Nahen Osten Geschichte oft in
 der Gegenwart wirksame Vergan-
 genheit ist.“
Salzburger Nachrichten
Nahost Jahrbuch
 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
 in Nordafrika und dem Nahen und
 Mittleren Osten
 Hg.: Koszowski/Mattes
 Deutsches Orient-Institut

Israel Grundwissen
Michael Wolfsohn
 Politik, Gesellschaft, Wirtschaft
 3. völlig neu bearbeitete Auflage.
 Ca. 360 S. Kart. Ca. 24,80 DM.
 ISBN: 3-8100-0732-3

Hg.: Deutschen Orient-Institut.
 Wirtschaft des Orients

„Eine der besten Untersuchungen
 dürfte die von Friedrich Schreiber
 sein. Der Verfasser ist ARD-
 Korrespondent in Israel, aber sein
 Werk ist mehr als eine publizisti-
 sche Zusammenfassung von Er-
 eignissen... tiefes Gespür für die
 historische Entwicklung... der get-
 len. Ganzleinen 248.— DM.
 ISBN: 3-8100-0601-7

Udo Steinbach
Rüdiger Robert (Hrsg.)
Der Nahe und der Mittlere
 Politik, Gesellschaft, Wirt-
 schaft, Geschichte, Kultur
 2 Bände. Zusammen 1392 Sei-
 ten. Ganzleinen 248.— DM.
 ISBN: 3-8100-0601-7

Nachum Orand in der FAZ
 „Es sind vor allem die über den
 Tag hinausreichenden Infor-
 mationen, die dieses Werk auf-
 Jahre hinaus zu einem grund-
 legenden Nachschlagewerk
 über den Nahen und Mittleren
 Osten machen...“
Sender Freies Berlin

„Insgesamt eine Publikation, die
 die Mühen einer intensiven Lek-
 ture mehr als lohnt und der als be-
 stes Einführung- und Informa-
 tionswerk in deutscher Sprache
 eine möglichst weite Verbreitung
 zu wünschen bleibt.“
Deutschland-Berichte

Leske + Budrich
 5090 Leverkusen 3

Fragen zum Golfkrieg

Jacques Bidet

Auf dem Weg zu einer übernationalen Rechtsordnung?

Zum Jahreswechsel 1990/91 ist eine neue Tatsache entstanden. Die Welt, die bislang zweigeteilt war, bringt ihre Einheit unter der Bezeichnung eines »Rechtszustandes« zum Ausdruck. Dies jedoch in einer sehr eigentümlichen Weise. Tatsächlich nimmt sich die UNO jenes äußerste Privileg heraus, durch das der Staat sich definiert: das Monopol legitimer Gewaltausübung. Sie tut dies in den Formen moderner Legalität. Erstmals in der Geschichte – denn zur Zeit des Koreakriegs waren diese Voraussetzungen nicht gegeben – wird der Rückgriff auf die militärische Macht und ihren offensiven Einsatz, in der Form ausdrücklicher Ermächtigung zur Kriegführung, von der höchsten und allgemein anerkannten politischen Instanz dekretiert. Indem er das Ultimatum ausspricht, macht der Sicherheitsrat den Gegner kenntlich und entscheidet implizit, aber formell über die Kriegsziele sowie über Ort und Zeit und über den Verantwortlichen für die Auslösung der Feindseligkeiten und deren Durchführung.

Man wird einwenden, daß dies rein »formal« ist, daß die USA einfach die Macht hatten, ihre Klienten und Partner zu manipulieren und auf ihre Seite zu ziehen, und daß die von der UNO gewährte Deckung nur das Recht des Stärkeren bemäntelt. Das ist nur zu wahr. Aber man kann auch sagen, daß die USA ohne diesen Rückhalt (ohne den George Bush niemals die erforderliche Mehrheit im Senat bekommen hätte) diesen Krieg nicht hätten führen können. Gewiß haben sie die stärkste Armee der Welt, aber deshalb noch nicht die politische Möglichkeit zu jedem Krieg. Sie waren in der internationalen politischen Arena mächtig genug, um in Grenada oder Panama zu intervenieren, aber nicht, um den Irak anzugreifen. Die Macht einer weltweit anerkannten Legalität war für sie zweifellos unabdingbar. Und sie haben sich als mächtig genug erwiesen, um diese Unterstützung durch die Macht des »Rechts« zu gewinnen.

Aber um welches Recht handelt es sich? Indem sie sich auf eine Resolution des Sicherheitsrates berufen, haben die USA implizit anerkennen müssen, daß ein derartiger Einsatz von Gewalt nur dann legitim ist, wenn er einer *volonté générale* im universellen Maßstab entspringt, die nur von der UNO repräsentiert werden kann. Sobald es darum ging, einen aggressiven Staat unschädlich zu machen, war sie es, der die Entscheidung über den Einsatz der bewaffneten Macht zukam. Die großen Konflikte dieses Jahrhunderts wurden ganz anders begonnen: die Angreifer hatten einfach ihr gutes Recht behauptet und den Krieg erklärt. Die UNO erklärt, genau genommen, nicht den Krieg. Denn im eigentlichen Sinne ist es kein Krieg. Verstehen wir uns richtig: es ist ein fürchterlicher Krieg. Aber er entspricht nicht, oder zumindest nicht völlig, dem Begriff des Krieges – dem des Konflikts zwischen Nationen – denn er spielt sich unter der Ägide der Gemeinschaft der Nationen ab.

Bisher war die UNO nur eine »Gesellschaft der Nationen«. In ihrem Umkreis hatten sich einige entscheidende Merkmale des Staates herauszubilden begonnen, in erster Linie eine Weltbank und ein Internationaler Gerichtshof. Doch blieb sie, abhängig vom Kompromiß unter den mächtigsten, der Schiedsrichter der Nationen. Sie konnte Recht sprechen und Sanktionen anordnen, sie aber nicht durch Zwangsmittel im äußersten Falle durchsetzen. Die Weltordnung wurde scheinbar durch ein internationales Recht beherrscht, das den Einsatz von Gewalt zwischen den

Nationen regelte. Aber es legte keine übergeordnete Gewalt fest, um es nötigenfalls durch militärische Gewalt zu sichern. Die UNO konnte zur Beendigung von Konflikten intervenieren, sich dazwischenstellen. Doch nun veranlaßt sie selbst den bewaffneten Angriff, namens der *volonté générale*, als deren Repräsentantin sie betrachtet wird.

Das Neuartige liegt nicht in der Einführung einer Ordnung, die im internationalen Recht begründet ist. Es besteht vielmehr darin, daß eine übernationale Ordnung heute in der Lage scheint, *sich durchzusetzen*, weil – und sei es auch in einer sehr entfremdeten Form – eine Macht entsteht, die den Nationen übergeordnet ist und diese Ordnung zu realisieren vermag. Der planetarische Raum beginnt sich in einer Form zu strukturieren, die sich der Form eines Staates, oder besser eines Über-Staates angleicht, der exklusiv über das Recht verfügt, auf internationaler Ebene bewaffnete Gewalt anzuwenden. Dieses Neuartige mündet keineswegs in die Herrschaft einer »Ordnung des Rechts«. Die staatliche Gewalt hat hundertmal gezeigt, daß sie schlimmer sein konnte als die Gewalt zwischen den Nationen. Doch innerhalb des Staates präsentiert die Verbindung von Macht und Recht sich in anderer Form, als dies in den Beziehungen der Nationen untereinander der Fall ist. Man erinnere sich an die klassische Theorie: wenn eine Nation sich unter einem Sozialvertrag konstituiert, verbleibt sie immer noch im »Naturzustand«, was ihr Verhältnis zu den anderen Nationen angeht. Tatsächlich spricht sich das Recht nur in der Übereinkunft zwischen Vertragspartnern aus, die sich einer demokratisch kontrollierten Instanz unterstellen, welche letztere über die Macht verfügt, es anzuwenden. Die Nationen bleiben daher jeweils Richter über ihre eigenen Angelegenheiten. Sie können wechselseitig oder auch universell Konventionen erlassen, aber sie behalten sich das Recht vor, in letzter Instanz darüber zu urteilen, ob der Einsatz ihrer bewaffneten Macht gerechtfertigt ist. Weit ist natürlich der Weg von diesen großen theoretischen Mythen zur Wirklichkeit. Aber diese doppelte Artikulation ist eine fundamentale Gegebenheit der modernen Welt.

Das, wenn auch erst sich andeutende, Auftauchen eines Über-Staates verschiebt die Termini des Problems. Der Tendenz nach reproduziert es auf planetarischer Ebene dieselbe Form des Verhältnisses zwischen Macht und Recht, die innerhalb eines modernen »Rechtsstaates« vorherrscht. Dieser beseitigt nicht die gegebenen Kräfteverhältnisse, denn die Vertragspartner, die ihn konstituieren, sind hinsichtlich ihres Vermögens, ihres Wissens, ihrer Beziehungen mit unterschiedlicher Macht ausgestattet. Gewalt und Herrschaft ergattern den Löwenanteil. Doch der Bezug auf das Prinzip der Kontraktualität, der Herrschaft durch staatsbürgerliche Übereinkunft, konfrontiert die Mächtigen mit der Macht der Menge, die sich zusammenschließen und ihren Standpunkt triumphieren lassen kann, und dies notfalls durch den Rekurs auf eine unanfechtbare Gewalt.

Daß wir auf planetarischer Ebene soweit nicht sind, ist klar. In Frage steht insbesondere die Legitimität der UNO-Instanzen. Die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gleichen mehr einer Versammlung erblicher Monarchen als republikanischen Vertretern. Unter den übrigen sind die schwächsten leicht zu manipulieren. Der Über-Staat, als Rechtsstaat zweifelsohne noch primitiver als derjenige von Louis Philippe mit seinen 240000 Wahlberechtigten, ist sehr wenig repräsentativ für die menschliche Gattung; er entspricht sehr wenig den großen Identitäten, aus denen sie sich zusammensetzt. Was die »alliierte« Streitmacht angeht, so ist es nicht einmal formell diejenige der Vereinten Nationen, sondern die der Vereinigten Staaten, die durch diese Operation nicht nur ihre regionale Hegemonie errichten, sondern sich als Weltpolizist bestätigen wollen. Die neue überstaatliche Ordnung wird also unter

der Aufsicht eines Söldners verabschiedet, der um so schwieriger zu beeinflussen ist, als er sich selbst bezahlt. Indem sie zuließ, daß er die Operationen leitet, beraubte sich die UNO der Macht, die sie für sich beanspruchte. Und schließlich: sollten wir, in dieser obskuren, ungewissen Zwischenzeit, tatsächlich an der zitternden Schwelle zu einer neuen Epoche sein, dann wird sie mit einem abscheulichen Gemetzel eingeleitet. Eine Ursünde, die kein gutes Vorzeichen ist.

Und doch war nichts schicksalhaft und ist nichts schicksalhaft. Der Über-Staat könnte anders über seine Macht verfügen. Er könnte sich an die Blockade halten, gestützt auf die bewaffnete Macht als letztes Mittel für den Fall, daß Saddam Hussein die Belagerung militärisch hätte durchbrechen wollen. Die Regierenden, die das Ultimatum haben verabschieden lassen, tragen eine schreckliche Verantwortung. Der Druck der Völker und der Kampf demokratischer Kräfte in den westlichen Ländern waren zu schwach, um sie zu beeinflussen. Die USA konnten genügend Staaten auf ihre Seite ziehen, um die Vollmacht des Sicherheitsrates zu erhalten. Doch allein die Tatsache, daß sie diese Vollmacht benötigten, zeigt, daß selbst die Großmächte, zumindest bei Konflikten dieser Größenordnung, in Zukunft wohl nicht mehr nach eigenem Gutdünken intervenieren können, jedenfalls nicht mehr so leicht. Dieser Gewaltstreik könnte sich, zumindest auf lange Sicht, als das Mal einer Schwächung lesen lassen.

Die UNO hat sich diskreditiert, indem sie zuließ, daß die größte Macht die Polizeigewalt an sich riß und so über neue Möglichkeiten verfügte, sich über jede Rechtsprechung hinwegzusetzen. Aber die Sache zeigt, nicht minder paradox, daß die Idee einer gemeinsamen politischen Ordnung über das Negative in die Geschichte eintritt, wie Hegel es ausdrückt. Die universelle Republik ist gewiß nichts, was in nächster Zeit ansteht. In dem Maße jedoch, wie die Menschheit sich in einem materiellen wie geistigen Prozeß der zunehmend systemischen Reproduktion vereinhlicht, tritt die »staatliche« Form – im präzisen Sinne des Ausschlusses jeglicher Gewaltanwendung, die nicht der legitimen Instanz entspringt, die den allgemeinen Willen repräsentiert – in den Horizont des Möglichen und des Notwendigen.

Eine Rechtsordnung, die diesen Namen verdient, wird es erst nach Bildung einer weltweiten demokratischen Macht geben, die für die Vielzahl menschlicher Wesen repräsentativ und allein in der Lage ist, die Achtung vor der Souveränität eines jeden Volkes zu gewährleisten. Man sollte dabei nicht der juristischen Illusion erliegen, daß die Macht künftig dem Recht unterstünde. Ebensovienig aber der instrumentellen Illusion, die in den Formen des »Rechtszustands« immer nur die Maske für das Recht des Stärkeren sieht. Denn diese Formen können auch die Formen für die Rechtskraft der großen Zahl werden. Die Geschichte hat uns allerdings gelehrt, daß dergleichen erkämpft werden muß. Und der erste Kampf muß sicher diesem Krieg gelten, der in seinem Verlauf entsetzlich und in seinen langfristigen Auswirkungen ungewiß ist. Die internationale Gemeinschaft, hundertmal mächtiger als der Aggressor, hat die Mittel (Blockade etc.), diesen als Vorbedingung künftiger Verhandlungen zum Rückzug zu zwingen und ihn daran zu hindern, weiteren Schaden anzurichten. Aber Frieden entsteht nicht über ein Massaker.

Aus dem Französischen von Thomas Laugstien

Georg Auernheimer

Die unausweichliche welthistorische Konfrontation

Scholl-Latours Islam-Bild

Der Golfkrieg war unvermeidlich wie alles, was an Konflikten mit der arabisch-islamischen Welt noch folgen wird. Diese Schlußfolgerung wird Zuschauern und Lesern von dem »Nahost-Experten« Peter Scholl-Latour nahegelegt. Seine vierteilige Fernsehserie »Das Schwert des Islam. Revolution im Namen Allahs«, im Januar gerade rechtzeitig zum Beginn des Golfkriegs ausgestrahlt, hatte hohe Einschaltquoten. Das Buch dazu* war innerhalb einer Woche vergriffen und hält auf der Bestsellerliste des *Spiegel* den ersten Platz. »Warum es am Golf keinen Frieden geben kann!« (Titelseite der *Quick* v. 17.1.91), erklärte der »Star-Journalist« auch den *Quick*-Lesern in einer Artikelserie. Scholl-Latour liefert aber vor allem für das Publikum aus dem Mittelschicht-Milieu eine Erklärung und Rechtfertigung des Krieges gegen den Irak und kommender Nord-Süd-Konflikte. Gerade beim »Bildungsbürgertum«, soweit es so etwas noch gibt, kann er, so scheint es, Erfolge verbuchen. Denn er zeichnet nicht einfach ein klischeehaftes Feindbild, sondern bietet auf eine Manier, die solches Publikum schätzt, historische Deutungen für aktuelle Konflikte an. Seine Beiträge verdienen deshalb kritische Aufmerksamkeit.

Es geht dabei nicht um die Frage, ob die Informationen, die Scholl-Latour liefert, immer korrekt sind und wissenschaftlicher Überprüfung standhalten. Gegen Kritiker hat er sich gut gewappnet. Gegenüber dem Vorwurf der Übezeichnung oder Vernachlässigung von Sachverhalten kann er meist auf relativierende Bemerkungen verweisen, ohne daß freilich die zentralen Botschaften beeinträchtigt würden. Eine dieser Botschaften, die das Publikum vermutlich erreicht, heißt z.B.: Der Islam neigt seinem Wesen nach zur Militanz und Intoleranz. Beiläufig werden »Perioden großer Toleranz« (78) unter islamischer Herrschaft und die Duldsamkeit der mittelalterlichen Kalifen« (45) erwähnt, bleiben aber wohl unbeachtet. Die Auftritte des Journalisten wären auch als Medienereignis zu analysieren. Bilder können den Text betonen oder auch konterkarieren. Sie sprechen ihre eigene Sprache. Das Bild von blutverschmierten Männern, die einem seltsamen schiitischen Wallfahrtsbrauchtum huldigen, bestätigt z.B. das Stereotyp vom fanatischen Muslim.

Im folgenden ist nur der Buchtext Gegenstand, und es geht um die Interpretationsmuster, die man als »Kulturalismus« charakterisieren kann. In dieser Sichtweise sind die Kulturen die eigentlichen geschichtlichen Subjekte, nicht die Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Lebensbedingungen, nicht wirtschaftliche Interessengruppen. Es gibt keine »Wechselwirkung« zwischen dem gesellschaftlichen Sein der Menschen in der konkreten historischen Situation und ihrem Bewußtsein, keine Dialektik zwischen gesellschaftlichen Erfahrungen und kulturellen Transformationen. So wie Vulgärmarxisten geschichtliche Prozesse auf Biegen und Brechen immer auf ökonomische Entwicklungen zurückführten, so ist umgekehrt für einen Kulturalisten wie Scholl-Lator quasi letztinstanzlich alles durch kulturelle Gegensätze zu erklären. Zu den Nationalitätenkonflikten in Jugoslawien z.B. meint er: »In letzter Analyse verläuft hier die Kluft zwischen dem orthodoxen Christentum der Serben auf der einen Seite und dem zutiefst islamisch geprägten Lebensstil der Albaner auf der anderen« (68). Die Menschen machen sich nach dieser Vorstellung nicht kulturelle Traditionen schöpferisch zu eigen, um sich in ihrer Welt zu orientieren oder

* Peter Scholl-Latour: Das Schwert des Islam. Heyne Verlag, 2. Aufl. München 1990

auch um die vorgefundenen Verhältnisse umzugestalten, um Widersprüche zu deuten und Interessen zu artikulieren. Sie sind Geschöpfe und Gefangene ihrer jeweiligen Kultur. Diese prägt »zutiefst« ihre Mentalität. Es fällt natürlich auch kein Blick auf die Kämpfe um kulturelle Hegemonie. Die Tatsache, daß die Deutung kultureller Traditionen umstritten ist, bleibt ausgeblendet. Kulturen erscheinen als relativ homogene Gebilde mit einheitlichen Wesenszügen. Sie sind deshalb auch – weitere logische Konsequenz – unvereinbar miteinander. Der Gegensatz der Kulturen wird zur Triebkraft des geschichtlichen Prozesses. Diese geschichtsmächtigen Wesenheiten verschaffen sich immer wieder, auch wenn sie zeitweise geschlummert haben mögen wie der Islam, ihr historisches Recht, und zwar »unerbittlich«. Dieses Attribut verwendet Scholl-Latour vorzugsweise zur Beschreibung historischer Entwicklungen (auch »zwingend« u.ä.). Alle Charakteristika eines kulturalistischen Weltbildes sind in seinen Äußerungen über den Islam auffindbar. Selbst manche an sich unverfängliche Textpassage, der man spontan zustimmen möchte, sollte vor dieser Interpretationsfolie gelesen werden.

Die Betrachtung des Islam ist im Grunde unhistorisch, so gewiß Scholl-Latour über den Aufstieg und Untergang islamischer Reiche und über epochale Ereignisse zu plaudern weiß. Er erliegt der Imagination eines authentischen Islam und spiegelt damit die Sichtweise der Fundamentalisten unreflektiert wider. Der islamische Fundamentalismus ist für ihn »im Grunde nur streng praktizierter koranischer Glaube« (25). Er wird nicht als Reaktion auf den Imperialismus des euroamerikanischen Blocks, auf strukturelle Heterogenität und eine widersprüchliche Modernisierung verstanden. »Anscheinend ist in Saudi-Arabien der Islam in seiner ganzen Reinheit erhalten geblieben« (91). Da kulturelle Transformationen übergangen, jedenfalls nicht als Antworten auf historische Herausforderungen erkannt werden, verschwinden auch die Differenzen zwischen den verschiedenen Islamismen. Sie werden übermalt, obwohl natürlich der Nahost-Experte zu Protokoll gibt, daß er um regionale Besonderheiten, um islamische Rechtsschulen und Sektenbewegungen weiß, nicht zu reden vom Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten. Der Islam wächst vor den Zuschauern und Lesern zu einer homogenen Größe von bedrohlichem Ausmaß an, mit einheitlichen Wesenszügen wie Militanz, Fanatismus, Unberechenbarkeit.

Schon der Titel der TV-Serie »Mit Feuer und Schwert« stützt sich auf verbreitete Klischees aus unserem Schulbuchwissen (vgl. U. und M. Tworuschka: *Der Islam in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland*. Braunschweig 1986). Er ruft – ebenso wie der Titel der vierten Folge (»Der neue Tatarensturm«) Bilder ab, die im kollektiven Gedächtnis der Europäer gespeichert sind, und löst damit einen Effekt des Wiedererkennens aus. Scholl-Latour gibt an irgendeiner Stelle zu: »Nicht nur durch Feuer und Schwert ... hat sich der Islam in aller Welt verbreitet« (58). Viel eindrucksvoller ist aber die an gleicher Stelle vorausgegangene Passage: »Aus den Suren des Koran klingt eine ganze Folge von eindeutigen Appellen an die Gläubigen. Sie sollen auf dem Weg Allahs streiten, sie sollen töten und getötet werden, um der gerechten Sache willen.« (58) Das Märtyrertum im Jihad erscheint fast als normales Bedürfnis jedes Muselmanen. »Die unberechenbaren Leidenschaften der islamischen Massen« (155) können einem Angst einjagen.

Durch das Erwachen des Islam treibt die Weltgesellschaft auf eine globale Konfrontation zu. So läßt sich die Botschaft von Scholl-Latour verdichten. Die Fronten sind bereits vielerorts eröffnet: im Nahen Osten, in Zentralasien, im Maghreb und selbst im Innern Europas (vgl. ebd.). Es droht eine »Völkerwanderung von Süd nach Nord«, unter Umständen durch eine islamische Machtergreifung in Nordafrika und Anatolien beschleunigt, die aber im übrigen »unterschwellig bereits in Gang

gekommen ist« (ebd.). So hat z.B. »das Bild der provenzalischen Städte ... sich in den letzten zwanzig Jahren massiv verändert ... Algier ist in Marseille präsent«, statt umgekehrt, wie früher (104). Die globale Konfrontation, auf die wir »zutreiben«, entspricht, so wird suggeriert, ebenso »einem uralten unerbittlichen Gesetz« (22) wie der Streit zwischen Juden und Arabern. Sogar die »führenden Männer des Kreml« konnten sich der späten Einsicht in »diese historische Unerbittlichkeit« nicht entziehen. Schon de Gaulle soll gesagt haben: »Eines Tages werden sogar die Russen begreifen, daß sie Weiße sind« (153). Ein großer Wissender quasi wie der Autor selbst. Diesem »drängt« sich die Parallele zwischen Algerien und Afghanistan »auf«. Der Afghanistan-Krieg gewinnt vor diesem Deutungshorizont weltgeschichtliche Dimension. Die Auflösung des »russischen Imperiums« ist quasi vorprogrammiert. Denn: »Es kann nicht ausbleiben, daß der kriegerische islamische Eifer ... auf die Muselmanen der SU in der einen oder anderen Form übergreift« (137). »Die SU treibt einschneidenden schmerzlichen Entscheidungen entgegen« (155).

Im aktuellen Nahost-Konflikt wird die Unmöglichkeit kultureller Koexistenz besonders deutlich. Der »Schicksalskampf« zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Arabern »reicht in die Urzeit zurück bis zum Stammvater Abraham« (22). Es »ist die Fortsetzung eines semitischen Bruderzwistes, eines Erbstreits, der sich in der Nacht der Frühgeschichte verliert« (ebd.). Der Rekurs der Konfliktparteien auf mythische Traditionen im zeitgeschichtlichen Konflikt wird nicht kritisch beleuchtet. Vielmehr dichtet der Experte selber einen Geschichtsmythos. Und er wird samt seinem Publikum zum Opfer seines Mythos. – »Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheint eine Lösung des aktuellen Konflikts um das Heilige Land zwischen Israelis und Palästinensern kaum vorstellbar« (42). Es gibt dort »keine tragfähige Kompromißlösung« (155). Insofern ist Gewalt legitim, Aufrüstung geboten, der vernichtende Erstschlag kein Tabu, wenn man nicht passiv der Dinge harren will, die da kommen, was sich – zumal bei der von Scholl-Latour suggerierten Intoleranz der Araber – nicht empfiehlt. Die jüngste Geschichte des Libanon »entlarvte die Vorstellung von einem säkularen, toleranten und multikonfessionellen Palästinenserstaat ... als schwärmerische Utopie« (52).

Die Faszination der Beiträge von Scholl-Latour dürfte sich aus folgender Motivkonstellation speisen: Die Fernsehzuschauer/Leser blicken mit einem gewissen Schauern auf die Bedrohung, die sie mit ihm heraufziehen sehen, wobei sie zugleich das Gefühl haben, als Eingeweihte des tieferen Einblicks in welthistorische Gesetzmäßigkeiten teilhaftig zu werden. Sie teilen quasi die Überlegenheit des Experten. Die Funktion des am Buchtext herauspräparierten Weltbildes bedarf kaum noch der abschließenden Erläuterung: Die Umdeutung des Nord-Süd-Konflikts zum unvermeidlichen kulturellen Gegensatz erheischt die politische Zustimmung zur weiteren Aufrüstung des Westens. Kriege wie der am Golf erscheinen legitim. Die Festung Europa wird psychologisch vorbereitet.

Für Etienne Balibar und andere Ideologietheoretiker ist der neue Rassismus nicht mehr biologisch, sondern kulturalistisch begründet (vgl. Balibar/Wallerstein: *Rasse Klasse Nation*, Hamburg 1990). Scholl-Latour bestätigt dieses Urteil auch mit öffentlichen Äußerungen, die er bei seinen zahlreichen Medienauftritten der jüngsten Zeit gemacht hat. So kündigte er bei einer Talk-Show mit der israelischen Anwältin und Pazifistin Felizia Langer seine Bereitschaft zum Gespräch auf. Er wolle gerne streiten, aber nur mit einem »anständigen Palästinenser« und einem »anständigen Israeli«. Authentisch, echt, »anständig« ist eben nur, wer in seiner Kultur verwurzelt, ihr und seiner Gemeinschaft treu, um nicht zu sagen: verschworen ist.

Wolfgang Fritz Haug

Mutiert der Krieg die politische Kultur?

Zu Biermanns und Enzensbergers Kriegsbejahung

1.

Gegen die deutsche Friedensbewegung und für den »Golfkrieg« und den Sieg der US-dominierten Seite haben sich zwei bedeutende künstlerische Intellektuelle ausgesprochen: Hans Magnus Enzensberger im *Spiegel* und Wolf Biermann in der *Zeit*. Aber welcher Gegensatz zwischen ihren Argumentationen! Biermann skizziert die widersprüchlichen Interessen, die einander in diesem Krieg überdeterminieren: »Natürlich geht es auch den Amerikanern ums Öl. Noch schlimmer: Das Pentagon brannte schon lange darauf, seine Waffen auszuprobieren. Noch perverser: Die US-Rüstungslobby braucht dringend den Beweis dafür, daß die Billionen Dollars kein rausgeschmissenes Geld waren. Der lukrative Ost-West-Konflikt ist ihnen verdorben, aber die Aktionäre der Kriegsindustrie wollen, daß das Wettrüsten trotzdem weitergeht. Und bei den Präsidentschaftswahlen will kein Kandidat die jüdischen Stimmen verspielen.« Desto besser, sagt Biermann. Ohne diese schmutzigen Interessen würden die USA ihre Kriegsmaschine nicht in Gang gesetzt und Israel verteidigt haben. Dies aber ist für ihn der dominante Strang dieses gordischen Knotens: das Lebensrecht Israels muß verteidigt und ein Ausgleich mit den Palästinensern gesucht werden. Hoffnungslose Hoffnung, unrealistischer Realismus seiner Einsicht: Palästinenser und Israelis sind die einzigen, deren existenzielle Interessen auf dem Spiel stehen und die »eigentlich Verbündete sein sollten«. Gegen den irakischen Diktator bietet Biermann sein ganzes gesundes Mißtrauen auf. »Der Haß auf die Juden und die Liebe zu den Palästinensern sind nur zwei Seiten derselben falschen Münze, mit der er die Einheit der arabischen Welt unter seiner Führung kaufen will.« Und hierin sieht er die Parallele zwischen Hussein und Hitler: beide haben die Ausrottung der Juden vorangekündigt, beide sind »Emporkömmlinge, Tyrannen, Demagogen und Machtparanoiker«. Während man bei Hitler noch 1938 nicht habe wissen können, ob die Drohung leeres Wort war, wisse man bei Hussein heute, daß sie ernst gemeint ist. Daher dominiert bei Biermann das Interesse am Schutz Israels, dessen Verbrechen in den besetzten Gebieten er klar sieht, denen aber keine geringeren Verbrechen an den eigenen Völkern auf arabischer Seite gegenüberstehen. Die USA schützen Israel, und das ist recht, auch wenn sie heucheln:

Den mörderischen Eroberungskrieg gegen den Iran sahen die USA zufrieden (und lieferten Waffen), »Saddams Völkermord an den Kurden war denen eine häßliche Lappalie, und Saddams Terror gegen das eigene Volk war ein totalitäres Kavaliersdelikt. Die USA hatten schon so viele unglückliche faschistische Liebschaften in der Welt.« Das kuwaitische Öl – List des Zufalls, um die »zuverlässigen miesen Interessen« zu mobilisieren.

Widerspruchsbild: »Grade weil er so schön komplex ist, führt uns dieser Krieg modellhaft das Perpetuum mobile unserer Selbstvernichtung vor.« Die Rüstungskonzerne liefern Waffen, zu deren Bekämpfung sie dann noch modernere Waffen liefern müssen. Die armen Länder bezahlen mit Elend und Unwissenheit, die reichen mit dem Surplus, das sie den Armen hätten übertragen müssen. Das Personal, das diese Kriegswirtschaft betreibt, gehört zu Kriegsverbrechern erklärt. »Und die feinsinnigen Rechtsanwälte, die wasserdichten Notare, die hanseatischen Kaufleute und respektablen Geschäftsführer, die alle am Geschäft mit dem Tod verdient haben,

verdienen den Tod, genau wie Göring und Krupp und Eichmann.« Biermann weiß natürlich, daß Krupp ihn 1945 keineswegs erleiden mußte, und er weiß erst recht, daß diese seine Worte ganz folgenlos bleiben und er sie genau deswegen sagen darf, weil eben jene hanseatischen Kaufleute und respektablen Geschäftsführer gar nicht so sind.

So bleibt Biermann bei allem Richtigen, trotz aller mitgeschmuggelten Wahrheitskassiber, eben doch nur die eine effektive und effiziente Botschaft: »Ich bin für diesen Krieg«. Und das ist eine gefährliche Botschaft.

2.

Daß das notgedrungene Gefallen am Krieg wie eine erworbene Immundefizienz wirken kann, läßt sich bei Enzensberger beobachten: es hat ihn seines Sinnes für Widersprüche beraubt. Er führt die Sprache des Propagandisten, nicht des Intellektuellen. Hantiert mit unbezweifelbaren Eindeutigkeiten, kennt keine Überdeterminierung.

Hussein ist »Hitlers Wiedergänger«. Die Friedensbewegung aber, gibt er zu verstehen, ist Wiedergängerin der nazistischen Massen. »Wenn sie ihren Protest lieber gegen George Bush als gegen Saddam Hussein« richten, »so ist das mit Ahnungslosigkeit kaum zu erklären«. Sondern da ist eine geheime Seelenverwandtschaft. Sie erklärt sich ganz einfach: die Regungen der antiamerikanischen Araber von heute und die der nazistischen Deutschen der dreißiger Jahre sind »identisch, und sie verfolgen das gleiche Ziel«. Diese Behauptung ist für Enzensberger nichts zu Beweisendes, sondern als solche Beweis genug. Sie »beweist, daß wir es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben.« Die Unmenschlichkeit der menschlichen Natur tritt auf, das radikale Böse, der *Feind der Menschheit*. Was das ist, wird an Hitler und den damaligen Deutschen demonstriert.

Für den suggestiven Zweck, uneingeschränkte und widerspruchslose Legitimität für den gegenwärtigen Krieg zu gewinnen und die Kriegsgegner ebenso uneingeschränkt zu delegitimieren, zahlt Enzensberger mit sämtlichen Einsichten der Faschismusanalyse. Was also bewegte die Nazis, was Hitler? Die Antwort lautet einfach: »Todesrausch«. Finsterer Mythos, pseudokritisch: »Was die Deutschen begeisterte, war nicht allein die Lizenz zum Töten, sondern mehr noch die Aussicht darauf, selbst getötet zu werden.«

Grund: nationale Kränkung führte dazu, »Haß und Neid, Ressentiment und Rachsucht« zu akkumulieren. Bei den Deutschen nicht nur Versailles, sondern auch die auf 1929 folgende Massenarbeitslosigkeit. Die Opfer der Krise haben noch einmal das Nachsehen. Enzensberger wirft sie unterschiedslos mit allen Rechtsextremen in einen Topf, »das Kollektiv«, von dem er sagt: »Es fühlt sich als Spielball und Opfer der Verhältnisse und leugnet jede eigne Mitverantwortung für die Lage, in der es sich befindet. Die Suche nach dem Schuldigen kann beginnen.« Das ist entsetzlich undifferenzierte Vulgärpsychologie. Enzensberger weiß, daß die »Massen« nun von Selbstzerstörungswünschen beherrscht sind. »Dann ist die Stunde des Führers gekommen. Der Feind der Menschheit kann sich mit der gesammelten Todesenergie der Massen aufladen«, deren Unbewußtes genial erspürend. »Deshalb operiert er nicht mit Argumenten, sondern mit Emotionen, die jede Logik aus den Angeln heben.« Kein Deutschnationaler würde sich getrauen, eine so dick auftragende Hitlerkarikatur zur Entlastung vorzubringen. Das verkennt völlig das nüchterne Element bei Hitler, sein Kalkül, seine zumeist wirkliche Schwächen des politischen Systems und der politischen Klasse treffende Kritik. Wie hätte er auch sonst den

Rhein-Ruhr-Klub überzeugen und die funktionalen Eliten an seine Seite bringen sollen. Ein verzerrtes Echo davon bei Enzensberger: »Die deutsche Industrie hat die hingebungsvollen Dienste, die sie Adolf Hitler geleistet hat, nie zu bereuen gehabt.«

»Im übrigen muß der Feind der Menschheit von seiner Gefolgschaft alles abhalten, was an einen Gedanken erinnert.« Erinnern die Heidegger, Schmitt, Gehlen, diese organischen Intellektuellen des Nazismus, nicht doch an Gedanken? Und waren wirklich für Hitler die Feinde (und Kriegsziele) »beliebig austauschbar«? »Juden« und »Marxisten« war die Vernichtung angedroht, der Osten zur Landnahme und Sklavengewinnung vorgesehen, das sind durchgängig bezeugte und auch bei taktischen Wendungen mit Nachdruck festgehaltene Ziele Hitlers gewesen, die seinem Projekt die eigenartige Konsistenz, Konsensfähigkeit und Dynamik verliehen. Ich halte es eher für einen fatalen Irrtum, Hitler Überzeugungen abzusprechen.

Rhetorische Popanze, wo man hinschaut, durchsetzt mit Gemeinplätzen, aufgemotzt als anthropologische oder sozialpsychologische Wahrheiten. Und was mehr ist: die Privilegierten entlastend, ohne deren Trägerschaft es keine halbe Welteroberung gegeben hätte. Enzensberger weiß, was Hitler in Wirklichkeit immer wollte: »ein Ende mit Schrecken«. Nein, er wollte den Sieg. Er hat nicht etwa nicht gerechnet, sondern sich verrechnet. Wie es die Machteliten im Ersten Weltkrieg getan hatten, dessen Revanche der Zweite bringen sollte.

Nun ist völlig klar, worum es im gegenwärtigen Krieg geht: Hussein: »Sein Feind ist die Welt.« »Der Todeswunsch ist sein Motiv, sein Modus der Herrschaft ist der Untergang. Diesem Ziel dienen alle seine Handlungen.« Diese Eindeutigkeit ist Geist vom Geiste der Paranoia, die sie beschwört. Sie treibt die Widersprüche aus und setzt die Politik ab, wie sie eben beides von ihrem Objekt behauptet. Das ist ein geschlossener Kreis.

So spricht Enzensberger der Politik das Recht ab: »Keine denkbare Politik, wie klug, wie umsichtig sie auch immer wäre, kann es mit einem solchen Feind aufnehmen. Er bekommt am Ende immer, was er will: den Krieg.« Nicht so sehr Warnung vor drohenden Kriegen, sondern antizipierende Mobilisierung: »Es ist absehbar, daß in Zukunft andere Völker ihrem und unserem Henker zujubeln werden. Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigung und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu. Auf dem indischen Subkontinent und in der Sowjetunion liegt das nukleare Arsenal bereit. Woran Hitler und Saddam gescheitert sind, am Endsieg, das heißt an der Endlösung – ihrem nächsten Wiedergänger könnte sie gelingen.«

Es ist, wie Rosa Luxemburg gesagt hat: Kriege können nicht gemacht werden ohne die Begeisterung oder Resignation der Volksmassen. Enzensberger arbeitet an beidem zugleich. Was aber mehr ist: Enzensberger läßt die Logik der Endlösung in sich ein. Saddam Hussein ist ein Vernichter; ergo ein zu Vernichtender. Dadurch ist der Diskurs zu einem Vernichtungsdiskurs geworden, der zu keiner Politik mehr fähig macht, nurmehr zum totalen Krieg. Allein dieses Beispiel von Mentalitätsmutation zeigt, welch ungeheure sekundäre Gefahren in diesem Krieg im Fehlen einer Widerspruchsanalyse und einer umfassenden Politik lauern. Die politische Kultur droht umzukippen.

Kritik der herrschenden Wissenschaft

Sandra Harding
**Feministische
Wissenschaftstheorie**



Sandra Harding
**Feministische Wissen-
schaftstheorie**

*Zum Verhältnis von Wissenschaft
und sozialem Geschlecht*

Aus dem Amerikanischen von
Michael Haupt
300 Seiten, br., DM 34,-

Sandra Harding nimmt sich eines Themas an, das hierzulande erst in Ansätzen diskutiert wird: Sie stellt die Frage nach den Perspektiven des Feminismus in Wissenschaft und Wissenschaftstheorie. Welche emanzipatorischen Ansätze gibt es hier, wo liegen ihre Schwierigkeiten, wie kann feministische Theorie für die Veränderung von Forschungspraxis und Wissenschaftsbetrieb eingreifend tätig werden? Mit diesen Fragen zielt

Sandra Harding auf die intellektuellen und gesellschaftlichen Grundlagen wissenschaftlichen Denkens, auf die weiße, bürgerliche, männliche Dominanz, die alle Ebenen des Wissenschaftsbetriebes bestimmt. Eingehend beschäftigt sich Sandra Harding mit dem Problem, welche Rolle das soziale Geschlecht bei der Planung und Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben (vor allem in der Biologie und den Sozialwissenschaften) spielt. Darüber hinaus diskutiert sie verschiedene Ansätze feministischer Wissenschaftskritik (Empirismus, Standpunkt-Denken, Postmodernismus) und zeigt die Spannungen und Widersprüche in und zwischen den Ansätzen auf, ohne ihren kritischen Wert zu verkennen. Sandra Harding plädiert für wirksamere Konzeptionen wissenschaftlicher Objektivität und Forschung, für Theorien und Praxen, die sich auf antirassistische, antihierarchische und antisexistische Werte gründen.

»Das Buch ist anspruchsvoll, ausgefeilt und subtil. Es ist das Beste, was bisher an feministischen Ansätzen zu Wissenschaft- und Erkenntnistheorie geschrieben wurde.«

Donna Haraway, University of California

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Benedict R. Anderson

Die Erschaffung der Nation durch den Kolonialstaat

Das Beispiel Südostasien*

Imaginäre Klassifikationen

In zwei wertvollen Arbeiten hat der Soziologe und Malaysiaforscher Charles Hirschman damit begonnen, die *Mentalitäten* der kolonialen Zensusbeauftragten der *Straits Settlements and Peninsular Malaya* und ihrer für den unabhängigen Bundesstaat Malaysia arbeitenden Nachfolger zu untersuchen.¹ Hirschmans Wiedergabe der »Identitätskategorien«, die verschiedene Zensusverfahren vom späten 19. Jahrhundert bis zur jüngsten Gegenwart verwendet haben, zeigt eine außerordentlich rasche, anscheinend willkürliche Serie von Veränderungen, in deren Verlauf Kategorien angehäuft, auseinandergerissen, neu zusammengesetzt, miteinander vermischt und neu geordnet werden (wobei jedoch politisch einflußreiche Identitätskategorien immer an erster Stelle stehen). Aus dem Datenmaterial zieht er in der Hauptsache zwei Schlußfolgerungen: *Erstens* wurden die Kategorien mit zunehmender Dauer der Kolonialepoche immer sichtbarer rassistisch konnotiert. Die religiöse Identität, die sonst in den klassifikatorischen Schemata der Zensusverfahren mit an erster Stelle gestanden hatte, verschwand allmählich. »Hindus« tauchten, wie auch »Klings« und »Bengalen« nach dem ersten Zensus von 1871 nicht mehr auf. »Parsen« gab es noch bis zum Zensus von 1901, wo sie neben »Bengalis«, »Burmesen« und »Tamilen« unter der Kategorie »Tamilen und andere Eingeborene aus Indien« geführt wurden. Eine erstaunliche Vielfalt von »Europäern« wurde während der ganzen Kolonialzeit aufgelistet, doch während sie 1881 noch in »Ansässige«, »Wandernde« und »Gefangene« unterteilt wurden, faßte man sie 1911 zu einer (weißen) »Rasse« zusammen, wobei die Zensusbeauftragten nicht recht wußten, wie sie die »Juden« einordnen sollten. *Zweitens* wurden insgesamt die übergreifenden »rassischen« Kategorien beibehalten und nach der Unabhängigkeit sogar zusammengefaßt, nun aber neu bezeichnet: als »Malaien«, »Chinesen«, »Inder« und »Anderer« – und zwar genau in dieser Reihenfolge. Doch gab es bis in die achtziger Jahre hinein immer wieder Anomalien. Im Zensus von 1980 taucht die Bezeichnung »Sikh« immer noch irritierenderweise als eine pseudo-ethnische Unterkategorie auf, zusammen mit »Malayalis«, »Telegus«, »Pakistanis« und »Bangladeshis« (sic), »Sri-Lanka-Tamilen« und »Anderen Sri-Lankesen«, die alle unter der Kategorie »Inder« firmieren.

Aber Hirschmans ausgezeichnetes Datenmaterial ermutigt dazu, über seine unmittelbaren analytischen Problemstellungen hinauszugehen. Nehmen wir etwa den *Federated Malay States Census* von 1911, der unter der Überschrift

* Die amerikanische Fassung dieses Aufsatzes wurde unter dem Titel *Census, Map, Museum: Notes on the Origins of Official Nationalism in Southeast Asia* als Diskussionspapier auf dem WIDER Workshop vorgestellt, der im Januar 1989 in Karachi stattfand. Titel, Zwischentitel und Kürzungen stammen vom Übersetzer.

»Malayische Bevölkerung nach Rassen« die folgenden vermerkt: »Malaien«, »Javaner«, »Sakais«, »Banjaresen«, »Boyanesen«, »Mendelings«, »Krinchis«, »Jambis«, »Achinesen«, »Bugis« und »Andere«. Alle diese »Gruppen« mit Ausnahme der »Malaien« und »Sakais« stammten aus der Nachbarkolonie Niederländisch-Ostindien – aber in den Augen der Zensusbeauftragten ist der politische Status im Vergleich zur rassischen Identität ohne Belang. »Jambis« und »Krinchis« sind Pseudo-Ethnizitäten, die eher mit dem Wohn- oder Herkunftsort zusammenhängen als mit identifizierbaren ethno-linguistischen Strukturen. Noch interessanter ist, daß 1911 allerhöchstens ein ganz geringer Teil der so Kategorisierten sich in diesen Etikettierungen wiedererkannt haben dürfte. [...] Zugleich ist bemerkenswert, daß die kolonialen Zensusbeauftragten eine ebenso mächtige wie obskure Leidenschaft für Ganzheit und Unzweideutigkeit besaßen. [...] Die Fiktion des Zensus will es so, daß jeder und jede durch ihn erfaßt wird und einen (und nur einen!) äußerst klar umgrenzten Platz einnimmt.

Die Ursprünge dieser kolonialstaatlichen Vorstellungswelt reichen viel weiter in die Vergangenheit als die Zensusverfahren der 1870er Jahre, so daß es nützlich ist, auf die frühesten Zeiten der europäischen Durchdringung Südostasiens zurückzugehen, um zu verstehen, warum die Zensusverfahren so grundlegend neu sind. Zwei Beispiele aus dem philippinischen bzw. dem indonesischen Archipel können hier lehr- und hilfreich sein. In einem sehr wichtigen Buch hat der Historiker William Henry Scott auf der Grundlage der frühesten spanischsprachigen Aufzeichnungen versucht, die Gesellschaftsordnung der Philippinen vor der spanischen Kolonialisierung zu rekonstruieren (Scott 1982). Da er schon lange auf den Philippinen ansässig ist und stark mit dem philippinischen Nationalismus sympathisiert, fällt es ihm nicht auf, daß »die Philippinen« allererst durch die Spanier ins Leben gerufen wurden oder einfach zwischen holländischen, britischen und spanischen Kolonien unter Einschluß anderer Teile des südostasiatischen Raumes hätten aufgeteilt werden können. Doch liegt, so denke ich, der wahre Grund dafür, daß er eine (fiktive) »Klassenstruktur der Philippinen« entwerfen kann, weniger in seiner Identifikation mit dem gegenwärtigen philippinischen Nationalismus als vielmehr in der Tatsache, daß die frühesten spanischen Konquistadoren und Geistlichen überall auf den Inseln, die sie ansteuerten, »Adlige«, »Häuptlinge«, »Freie« und »Sklaven« unterschiedlicher Art entdeckten. Er läßt eine Menge von Beweismaterialien unberücksichtigt, die vermuten lassen, daß diese »Adligen« zumeist gar nichts voneinander wußten oder sich gegenseitig als Feinde und potentielle »Sklaven« betrachteten. So übersieht er, daß die philippinische »Klassenstruktur« der vorkolonialen Zeit die Fiktion eines »Zensus« ist, der auf den Achterdecks der spanischen Galeonen erfunden wurde. Wo immer diese vor Anker gingen, tauchten »Adlige« und »Sklaven« am Strand auf, die nur durch den entstehenden Kolonialstaat unter solche Sammelbegriffe gefaßt werden konnten.

Für Indonesien besitzen wir, dank der gründlichen Forschungsarbeit von Mason Hoadley, die detaillierte Analyse eines wichtigen Justizfalls, der am Ende des 17. Jahrhunderts in Cirebon, einem Küstenhafen der Insel Java, verhandelt wurde (Hoadley o.J.). Durch einen glücklichen Zufall sind sowohl die Aufzeichnungen der Holländer (der *Ostindischen Handelsgesellschaft*) als auch die aus

Cirebon selbst erhalten geblieben. Hätte nur der cirebonische Bericht die Zeiten überdauert, würden wir den angeklagten Mörder lediglich als hochgestellten Beamten des cirebonischen Gerichtshofes und unter seinem klangvollen cirebonisch-javanischen Titel (Ki Aria Marta Ningrat), der kein »Eigennname« ist, kennen. Die holländischen Aufzeichnungen jedoch bezeichnen ihn in ärgerlichem Ton als einen »Chinees«, und das ist die einzig wichtige Information, die sie über ihn enthalten. Es ist völlig klar, daß der cirebonische Gerichtshof die Menschen nach Rang und Status ordnete, während die Handelsgesellschaft eher Kriterien der »Rasse« oder »Ethnizität« verwendet. Der hohe Status des Angeklagten zeugt davon, daß er und seine Vorfahren ungeachtet ihrer ursprünglichen Herkunft seit langem in die cirebonische Gesellschaft integriert waren, so daß es überhaupt keinen Grund zu der Annahme gibt, er habe sich für einen »Chinees« gehalten. Wie aber kam dann die Handelsgesellschaft zu dieser Klassifikation? Auf welchem Achterdeck konnte man zu der Auffassung kommen, es handle sich um einen »Chinees«? Sicher nur auf dem Achterdeck jener Handelsschiffe, die mit wilder Geschäftstüchtigkeit zwischen dem Golf von Mergui und der Mündung des Yangtse-kiang von Hafen zu Hafen segelten. Unbeirrt von allen gesellschaftlichen Unterscheidungen, von »dialektischer« Kakophonie, unbelastet von Geschichte und Gedächtnis zog vor den geistigen und transkontinentalen Augen der Handelsgesellschaft eine endlose Reihe von *Chinezen* vorbei, so wie die Konquistadoren eine endlose Reihe von »Hidalgos« gesehen hatten. Und auf der Grundlage dieses fiktiven Zensus fing die Handelsgesellschaft an, darauf zu bestehen, daß die von ihr kategorial beherrschten *Chinezen* sich in puncto Kleidung, Wohnsitz, Heirat, Begräbnis und Vererbung von Eigentum diesem Zensus gemäß zu verhalten hätten. Überraschenderweise gelangten die viel weniger umtriebigen und handelstreibenden Spanier auf den Philippinen zu einer ganz anderen fiktiven Zensuskategorie, nämlich zu den von ihnen so genannten *Sangleys*. »Sangley« war die spanische Version des Hokkien-Wortes *senqli*, was »Händler« bedeutete.² Man kann sich gut vorstellen, wie die spanischen Proto-Zensoren die nach Manila kommenden Händler fragten: »Was seid ihr?« und zur Antwort erhielten: »Wir sind Händler.« Da sie nicht die sieben asiatischen Meere befuhren, blieben die Spanier zwei Jahrhunderte lang in einem bequemen begrifflichen Nebel. Es dauerte lange, bis aus den *Sangleys* allmählich »Chinesen« geworden waren; schließlich verschwand auch dieses Wort im frühen 19. Jahrhundert, um dem holländisch geprägten »Chino« Platz zu machen.

Die wirkliche Neuerung, die die Zensusverfahren der 1870er Jahre mit sich brachten, lag nicht in der Konstruktion kolonial geprägter ethnisch-rassischer Klassifikationen, sondern in deren systematischer Quantifikation. Schon die vorkolonialen Herrscher in der malaiisch-javanischen Welt hatten versucht, die von ihnen kontrollierten Bevölkerungen zu zählen, was aber nur in der Form von Steuerverzeichnissen und militärischen Aushebungslisten geschah. Ihre Ziele waren konkret und spezifisch: sie wollten die Personen im Auge behalten, die Steuern zahlen und zu Militärdiensten herangezogen werden konnten. Die Herrscher waren einzig an ökonomischem Mehrwert und waffenfähigem Personal interessiert. Die kolonialen Autoritäten des späteren 19. Jahrhunderts besaßen jedoch zunehmend verfeinerte administrative Mittel zur Bevölkerungszählung,

die auch Frauen und Kinder einschlossen (an denen die alten Könige niemals interessiert gewesen waren). Die von ihnen verwendeten Raster waren feiner und und nicht unmittelbar auf einen finanziellen oder militärischen Nutzen hin angelegt. In vergangenen Tagen war ein Untertan sich immer der Tatsache bewußt, daß er als Steuerzahler oder potentieller Soldat aufgelistet werden konnten, und Herrscher wie Beherrschte wußten, wenn auch von gegensätzlichen Standpunkten aus, sehr gut, worum es ging. Doch um 1870 konnte ein »Cochin-Chinese« sein glückliches oder unglückliches Leben in den *Straits Settlements* führen, ohne sich im mindesten darüber bewußt zu sein, daß er unter just dieser Bezeichnung von oben herab vermessen wurde. Hier wird die Besonderheit des Zensus offensichtlich: Mit seiner Hilfe versuchte man, die Objekte seiner imaginären Schematisierung sorgfältig zu zählen. Das ausgrenzende Wesen des Klassifikationssystems und die Logik der Quantifikation selbst vorausgesetzt, mußte ein »Cochin-Chinese« als kleinste Einheit in einer vervielfachbaren Reihe reproduzierbarer »Cochin-Chinesen« verstanden werden. Innerhalb einer Generation schlug die neue demographische Topographie tiefe soziale und institutionelle Wurzeln in dem Maße, wie der Kolonialstaat seine Größe und seine Funktionen vervielfachte. Geleitet durch seine fiktive Landkarte setzte er die neuen Bürokratien (Erziehung/Bildung, Justiz, Gesundheitswesen, Polizei, Einwanderungsbehörden) ins Werk, die er auf dem Prinzip ethno-rassischer Hierarchien errichtete, wobei diese allerdings immer als parallel verlaufende Reihen oder Serien aufgefaßt wurden. Die Bevölkerungen flossen untertänigst durch die Maschen der unterschiedlichen Schulen, Gerichtshöfe, Krankenhäuser, Polizeistationen und Einwanderungsbehörden, wodurch »Verkehrsgewohnheiten« erzeugt wurden, die den Phantasien der 1870er Jahre mit der Zeit wirkliches gesellschaftliches Leben einhauchten.

Natürlich ging die Fahrt nicht immer glatt, und der Staat lief häufig auf die Sandbänke einer ungemütlichen Wirklichkeit auf. Dabei machte die religiöse Zugehörigkeit bei weitem die meisten Schwierigkeiten. Sie diente als Grundlage für sehr alte und sehr stabile Gemeinschaften, die ganz und gar nicht in das autoritäre Raster des säkularen Staates passen wollten. Die Herrschenden waren – in verschiedenen südostasiatischen Kolonien in verschiedenem Ausmaß – dazu gezwungen, unschöne Zugeständnisse vor allem an den Islam und den Buddhismus zu machen. Vor allem standen religiöse Schulen und religiöse Gerichtshöfe weiterhin in Blüte. Der Zugang zu ihnen war durch die individuelle Wahl, die allen offenstand, bestimmt, nicht durch den Zensus. Der Staat konnte kaum mehr tun, als diese Institutionen zu regulieren, einzuschränken, zu zählen, zu standardisieren und sie seinen eigenen hierarchisch unterzuordnen. Gerade weil diese Schulen (und, in geringerem Ausmaß, die Gerichtshöfe) topographische Anomalien darstellten, wurden sie als Freiheitsräume und, mit der Zeit, als Festungen verstanden, von denen religiöse, später dann nationalistische Kämpfer gegen den Kolonialismus zur Schlacht ausschwärmen konnten. Zur gleichen Zeit wurden häufig Versuche unternommen, den Schulterschuß zwischen Zensus und religiösen Gemeinschaften herzustellen, indem man die letzteren so weit wie möglich politisch und juristisch ethnisierte. Im Staatenverbund des kolonialen Malaya war dies relativ einfach. Diejenigen, die das Regime der Serie »Malaiisch«

subsumierte, wurden zu den Gerichtshöfen »ihrer« kastrierten Sultane gescheucht, die zum größten Teil nach islamischem Gesetz eingesetzt worden waren. »Islamisch« wurde mithin so behandelt, als sei es nur ein anderer Name für »Malaiisch«. (Erst nach der Unabhängigkeit bemühten sich bestimmte politische Gruppen, diese Logik umzukehren, und nun »Malaiisch« als einen tatsächlich anderen Namen für »Islamisch« zu lesen.) Im äußerst heterogen zusammengesetzten Niederländisch-Indien, wo gegen Ende der Kolonialzeit eine Schlachtordnung von miteinander streitenden missionarischen Organisationen in weit verstreuten Gebieten beträchtliche Bekehrungen vorgenommen hatte, sah sich eine parallele Vorgehensweise vor sehr viel höhere Hindernisse gestellt. Doch selbst dort wuchsen in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts »ethnische« Christenheiten heran (die Kirche von Batak, die Kirche von Karo, die Kirche von Dayak usw.), die zum Teil dadurch entstanden waren, daß der Staat im Einklang mit seiner eigenen Zensus-Topographie verschiedenen Missionarsgruppen ihre jeweiligen Bekehrungsbereiche zugewiesen hatte. Mit dem Islam hatte Batavia weniger Erfolg. Doch zögerte man in diesem Fall ohnehin, den Islam zum Klassifizierungsmerkmal zu machen, weil die Serie sich nur allzu deutlich weit über die Grenzen des südostasiatischen Bereichs hinaus erstreckte.

Heilige und unheilige Landkarten

Die Erwähnung von Grenzen bringt uns zu einer zweiten administrativen Fiktion des 19. Jahrhunderts, die für die Bewußtseinsformen des 20. Jahrhunderts in Südostasien von entscheidender Bedeutung war. In einer brillanten Dissertation ist Thongchai Winichakul (1988) den vielschichtigen Prozessen nachgegangen, durch die zwischen 1850 und 1910 ein umgrenztes »Thailand« entstand. Seine Darstellung ist gerade deshalb besonders instruktiv, weil »Thailand« nicht kolonisiert wurde, der endgültige Grenzverlauf aber sehr wohl kolonial determiniert war. An diesem Beispiel läßt sich die Entstehung eines neuen Staats-Bewußtseins innerhalb einer kontinuierlichen politisch-gesellschaftlichen Machtstruktur in ungewöhnlicher Deutlichkeit erkennen.

Bis zur Regentschaft Ramas des Vierten, die von 1851 bis 1868 währte, gab es in Siam nur zwei Arten von »Landkarten«, die beide handgefertigt waren; das Zeitalter der mechanischen Reproduzierbarkeit war hier noch nicht angebrochen. Die eine Art kann am besten mit einer »Kosmographie« verglichen werden; es handelte sich dabei um eine symbolische Darstellung der drei Welten der traditionellen buddhistischen Kosmologie. Im Unterschied zu modernen Landkarten war diese eher vertikal als horizontal ausgerichtet, da eine Reihe von überirdischen Himmeln und unterirdischen Höllen die sichtbare Welt auf einer einzigen waagrecht verlaufenden Achse zusammenzwängte. Wenn man bei dieser Karte von Koordinaten sprechen will, so orientierten sich diese nicht an Längen- und Breitengraden, sondern an geheiligten Stätten, die nach dem Grad ihrer religiösen Bedeutsamkeit konzentrisch oder hierarchisch angeordnet waren. Als Reisekarte war sie einzig für die Suche nach dem Seelenheil verwendbar. Bei der zweiten Art, die nichts mit Religion zu tun hatte, handelte es sich um schaubildähnliche Orientierungshilfen für die Küstenschifffahrt und

militärische Feldzüge. Sie beruhen auf mehr oder weniger genauen Peilungen mittels des Quadranten und waren vor allem durch eingearbeitete schriftliche Notizen über Marsch- und Segelzeiten gekennzeichnet, weil die Kartographen keine technischen Möglichkeiten für eine maßstabsgetreue Konstruktion besaßen. Obwohl sie nur einen geographischen, nicht-religiösen Raum absteckten, waren sie für gewöhnlich in einer merkwürdig schiefen Perspektive oder einer Mischung aus verschiedenen Perspektiven gezeichnet, als wenn die Augen der Zeichner, trotz aller vertraut-alltäglichen Erfahrung einer in Augenhöhe horizontal sich ausbreitenden Landschaft unbewußt durch die vertikale Anordnung der kosmographischen Darstellungen beeinflusst würden. Thongchai weist darauf hin, daß diese Orientierungskarten immer auf lokale Zusammenhänge fixiert waren und einen umfassenderen, stabilen geographischen Kontext nicht kannten. Auch war ihnen die Vogelperspektive moderner Landkarten völlig fremd.

Auf keinem der beiden Kartentypen waren Grenzen eingezeichnet. [...] Wohl gab es Grenzsteine und ähnliche Markierungen, deren Zahl an den westlichen Rändern des Bereiches zunahm, als die Briten vom südlichen Birma her eindrangten. Doch diese Steine dienten nicht der kontinuierlichen Grenzziehung, sondern wurden an strategischen Gebirgspässen und Gewässerfurten aufgerichtet, oftmals in großer Entfernung von entsprechenden Markierungen, die der Gegner aufgestellt hatte. Sie wurden in horizontaler Weise als Kennzeichen des Ausdehnungsbereichs königlicher Macht verstanden, nicht als aus der Vogelperspektive gezogene Vertikallinien. Erst im Verlauf der 1870er Jahre begannen Thauführer Grenzen als Segmente einer kontinuierlichen, kartographisch erfaßten Linie zu begreifen, die keine sichtbare Entsprechung auf dem Erdboden besaß, sondern einen exklusiven Herrschaftsbereich markierte, der aufs engste von anderen Herrschaftsbereichen umgeben war. 1874 erschien das erste geographische »Lehrbuch«, verfaßt von dem amerikanischen Missionar J.W. Van Dyke – ein frühes Produkt des kapitalistischen Druckereigewerbes, das nun nach Siam hineinschwappte. [...]

Wie die Zensusverfahren, so arbeiteten auch die Landkarten europäischer Provenienz auf der Grundlage einer totalisierenden Klassifikation, und sie führten ihre bürokratischen Produzenten und Konsumenten zu einer Politik mit revolutionären Konsequenzen. Seit John Harrisons Erfindung des Chronometers im Jahre 1761, die die präzise Berechnung von Längengraden ermöglichte, wurde die gesamte Erdoberfläche mit einem geometrischen Raster überzogen, das leere Ozeane und unerforschte Regionen säuberlich in berechenbare Planquadrate unterteilte.³ Diese Planquadrate auszufüllen war die Aufgabe der Forscher, Landvermesser und Militärs. In Südostasien war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts das goldene Zeitalter der militärischen Landvermessungen, die von den Kolonialmächten und – ein wenig später – von den Thais selbst durchgeführt wurden. Sie befanden sich auf dem Marsch, um den Raum der gleichen Observation zu unterstellen, wie die Zensusbeauftragten dies in Bezug auf Personen zu tun versuchten. Dreieck für Dreieck schritt die Vermessung voran (damals eine allgemein angewandte kartographische Methode), Krieg für Krieg, Vertrag für Vertrag nahm der Schulterschuß zwischen Landkarte und Macht Gestalt an. Wie Thongchai so treffend sagt:

Den meisten Kommunikationstheorien und dem Alltagsverstand zufolge ist eine Landkarte eine wissenschaftliche Abstraktion der Realität. Eine Landkarte stellt lediglich etwas dar, das objektiv bereits »dort« existiert. In der von mir beschriebenen Geschichte wurde dies Verhältnis ins Gegenteil verkehrt. Eine Landkarte war die Antizipation räumlicher Wirklichkeit, nicht umgekehrt. Mit anderen Worten, war die Landkarte ein Modell für das, nicht ein Modell von dem, was sie angeblich darstellte. [...] Sie war zum Instrument geworden, mittels dessen Projektionen auf der Erdoberfläche reale Gestalt annehmen konnten. Sie erwies sich nun als notwendiges Mittel für die neuen Verwaltungsmechanismen und sollte zugleich die Ansprüche der Militärtruppen unterstützen. [...] Der kartographische Diskurs war das Paradigma, das den administrativen und militärischen Vorgehensweisen diente und innerhalb dessen sie arbeiten konnten. (Thongchai Winichakul 1988: 310)

Um die Jahrhundertwende war die Verwaltung des Territoriums mit Prinz Damrongs Reformen im Ministerium des Inneren (eine schöne kartographische Bezeichnung) schließlich vollständig auf eine territorial-kartographische Grundlage gestellt und damit der Anschluß an ähnliche Verfahrensweisen in den benachbarten Kolonien erreicht.

In diesem Zusammenhang wäre es ein Fehler, die wichtigen Berührungspunkte zwischen Landkarte und Zensusverfahren zu übersehen. Denn die neue Landkarte schnitt die von der formalen Zensusapparatur beschworenen endlosen Reihen von »Hakkas«, »nicht-tamilischen Sri-Lankesen« und »Javanern« mit fester Hand ab, indem sie aus politischen Zweckerwägungen heraus territorial definierte, wo sie »aufhörten«. (So hörte die Reihe der »Javaner« zum Beispiel an der Grenze zu Niederländisch-Indien auf.) Umgekehrt füllte der Zensus durch eine Art demographischer Triangulierung die formale Topographie der Landkarte politisch auf.

Die beiden letzten Umgestaltungen der Landkarte, die in der Spätzeit des Kolonialstaats vorgenommen wurden, sind bereits Vorboten der »offiziellen« Nationalismen des 20. Jahrhunderts in Südostasien. Wiederum waren es die Europäer, die, größtenteils unbewußt, den Weg wiesen. Sie waren sich darüber im klaren, daß ihr Status in den weit entfernten Tropen der von Eindringlingen war, aber sie kamen aus einem Europa, in dem die legale Vererbung und Über-eignung geographischer Räume eine lange Tradition besaß, und von daher versuchten sie häufig, die Ausbreitung ihrer Macht durch den Einsatz quasi-legaler Methoden zu legitimieren. Zu den geläufigeren Methoden gehörte die »Berebung« der mutmaßlichen Herrschaftsansprüche eingeborener Herrscher, die von ihnen entweder beseitigt oder unterworfen worden waren. In jedem Falle waren die Usurpatoren dadurch im Geschäft und konnten, vor allem gegenüber anderen Europäern, die Eigentumsgeschichte ihrer neuen Besitzungen rekonstruieren. Von daher tauchen vor allem im späten 19. Jahrhundert »historische Landkarten« auf, die innerhalb des neuen kartographischen Diskurses das ehrwürdige Alter bestimmter umgrenzter territorialer Einheiten erweisen sollen. Durch eine chronologisch angeordnete Abfolge solcher Landkarten entstand eine Art politisch-biographischer Erzählung über den geographischen Bereich, die bisweilen eine umfassende historische Tiefe erreichte. Man muß wohl kaum betonen, daß diese Erzählung von den südostasiatischen Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger einvernehmlich übernommen wurde.⁴

Ferner gab es noch das, was man als Logo-fizierung (*logo-ization*) der Karto-

graphie bezeichnen könnte. Ihre Ursprünge waren durchaus unschuldiger Natur – sie lagen in der Praxis der imperialen Mächte, ihre Kolonien auf Landkarten mit der imperialen Farbe zu »kolorieren«. Auf den britischen Landkarten dieses Typs waren die britischen Kolonien für gewöhnlich rosarot, die französischen violett, die holländischen bräunlich-gelb usw. So koloriert sahen die jeweils zugehörigen Kolonien wie auseinandernehmbare Bestandteile eines Puzzles aus. War dieser Eindruck erst einmal zur Gewohnheit geworden, konnte das einzelne »Teil« völlig aus seinem geographischen Zusammenhang herausgelöst und für Flaggen, Briefköpfe, amtliche Zeitschriften, Magazine, Flughäfen, Tischtücher usw. benutzt werden. In dieser Entwicklungsstufe, als »Logo«, wurde die proto-nationale Landkarte für die mechanische Reproduktion verfügbar, um auf dem gesamten einheimischen Markt der Kolonie präsent zu sein und schließlich zu einer unbegrenzt reproduzierbaren Serie zu werden. Da sie in dieser Logo-Form unmittelbar wiedererkannt werden konnte, senkte sich die »Puzzleteil«-Karte tief in die Vorstellungswelt der Bevölkerungsmassen ein und bildete ein machtvolles visuelles Zeichen für den in der Geburt begriffenen Nationalismus.

Das moderne Indonesien bietet uns ein ebenso schönes wie schmerzvolles Beispiel für diesen Vorgang. 1828 wurde auf Neuguinea die erste fiebergeschüttelte holländische Siedlung errichtet. Sie mußte 1836 aufgegeben werden, dennoch erklärte die holländische Krone den westlich des 141. Längengrades östlicher Länge gelegenen Inselteil zu ihrem Hoheitsgebiet, mit Ausnahme einiger Küstenstriche, die man dem Hoheitsgebiet des Sultans von Tidore zurechnete. (Der Längengrad hatte natürlich keine Entsprechung auf dem Erdboden, war aber eine gute Veranschaulichung für Joseph Conrads weiße, »noch-zu-erforschende« Flecken.) Erst im Jahre 1901 kaufte der Haag den Sultan aus und verleibte Westlich-Neuguinea der Kolonie Niederländisch-Indien ein – gerade noch rechtzeitig für die Logo-fizierung. Weite Teile der Region blieben bis nach dem Zweiten Weltkrieg Conrad-weiß, und die wenigen Holländer, die dort lebten, waren zumeist Missionare, Mineraliensucher und die Wärter eines Semi-KZs für starrköpfige radikale Nationalisten. Dies Lager war in den Sümpfen nördlich von Merauke, am äußersten südöstlichen Rand von Neuguinea, situiert, und zwar genau deshalb, weil man davon ausging, daß die Insel von der übrigen Kolonie weit genug entfernt und die dortige »steinzeitliche« Bevölkerung vom nationalistischen Denken gänzlich unverdorben sei.⁵

Ironischerweise sicherte die dortige Internierung nationalistischer Märtyrer West-Neuguinea einen zentralen Platz in der Folklore des antikolonialen Kampfes und machte es für die nationalen Phantasien zu einem geheiligten Ort: Ein freies Indonesien, von Sabang (an der nordwestlichen Spitze von Aceh) bis – wohin wohl? – Merauke. Es war völlig ohne Belang, daß (abgesehen von ein paar hundert Internierten, von denen viele dort starben) bis in die sechziger Jahre kein Nationalist Neuguinea je mit eigenen Augen erblickte. Doch die fast überall in der Kolonie verbreiteten kolonialen Logo-Landkarten der Holländer, die ein westliches Neuguinea *ohne den östlichen Teil* zeigten, verstärkten auf unbewußte Weise die entstehenden fiktiven Bindungen. Als die Holländer nach den bitteren antikolonialen Kriegen von 1945-49 gezwungen waren, die Regierungshoheit über das Archipel den Vereinigten Staaten von Indonesien zu überlassen, versuchten sie

(aus mancherlei Gründen, die uns hier nicht weiter beschäftigen sollen), West-Neuguinea erneut abzutrennen, unter kolonialer Herrschaft zu halten und auf eine spätere nationale Unabhängigkeit vorzubereiten. Dies Unternehmen wurde erst 1963 durch starken diplomatischen Druck seitens der USA und nach indonesischen Militäraktionen aufgegeben. So konnte Präsident Sukarno im Alter von 62 Jahren zum ersten Mal eine Region besuchen, die er vier Jahrzehnte lang unermüdlich in seinen Reden beschworen hatte. Die späteren äußerst komplizierten Beziehungen zwischen den Bevölkerungen von West-Neuguinea und den Abgesandten des unabhängigen indonesischen Staates resultieren aus der Tatsache, daß die Indonesier diese Bevölkerungen ganz ernsthaft als »Brüder und Schwestern« ansehen, während die Bevölkerungen selbst die Sachlage zumeist ganz anders einschätzen.

Es liegt einige Ironie darin, daß diese Differenz in vielerlei Hinsicht der Existenz von Zensus und Landkarte geschuldet ist. Die landschaftliche Zerrissenheit und Abgelegenheit von Neuguinea führte über die Jahrtausende hinweg zu einer außerordentlichen sprachlichen Zersplitterung. Als die Holländer 1963 die Region verließen, schätzten sie, daß es innerhalb der 700 000 Menschen umfassenden Gesamtbevölkerung weit über 200 Sprachen gebe, zwischen denen keine Verständigung möglich sei.⁶ Viele der in großer Zurückgezogenheit lebenden »Stammes«-Gruppen wußten nicht einmal von der Existenz anderer Stämme. Doch gerade nach 1950 unternahmen holländische Missionare und Beamte zum ersten Mal ernsthafte Anstrengungen zur »Vereinigung« dieser Gruppen. Sie führten Zensuskampagnen durch, erweiterten die Kommunikationsstrukturen, errichteten Schulen und bauten stammesübergreifende örtliche Verwaltungsstrukturen aus. Diese Bemühungen wurden von einem Kolonialstaat ins Werk gesetzt, dessen Einzigartigkeit darin bestand, daß er auf den Indischen Inseln nicht mittels einer europäischen Sprache regiert, sondern sich des »Verwaltungs-Malaiisch« bedient hatte, einer Sprache, die auf dem alten Küsten-»Pidgin« des Archipels beruhte.⁷ So wurde das abgetrennte West-Neuguinea nach 1950 in der gleichen Sprache »großgezogen« wie es ein halbes Jahrhundert zuvor mit Indonesien geschah (wo es sehr rasch zur Nationalsprache wurde). Dergestalt wurde *Bahasa Indonesia* zur Verkehrssprache eines in West-Neuguinea, West-Papua aufkeimenden Nationalismus.

Doch es war, vor allem nach 1963, die Landkarte, die die oftmals uneinigen jungen Nationalisten West-Papuas zusammenbrachte. Obwohl der indonesische Staat die Region mehrfach umbenannte, zuerst von *West Nieuw Guinea* in *Irian Barat* (West-Irian), sodann in *Irian Jaya*, legte er ihre geographische Realität aus der Vogelperspektive der kolonialen Landkarte fest. Vereinzelte Grüppchen von Anthropologen, Missionaren und örtlichen Beamten mochten von Ndanis, Asmans und Baudis sprechen, aber der Staat selbst (und durch ihn die indonesische Bevölkerung insgesamt) sah nur fantasmatische »Irianesen« (*orang Irian*), die ihren Namen *nach der Landkarte* erhalten hatten. Und weil es sich bei ihnen um ein Phantombild handelte, mußten sie in der Form eines Quasi-Logo vorgestellt werden: mit »negroiden« Zügen, Penissschützern usw. In gewisser Weise erinnert uns das daran, wie Indonesien seine erste imaginäre Form erhielt: in der rassistischen Verpuppung der Kolonie Niederländisch-Ostindien entwickelte

sich im frühen 20. Jahrhundert eine embryonale »irianesische« nationale Gemeinschaft, die durch den 141. Meridian und die benachbarten territorialen Provinzen der nördlichen und südlichen Molukken begrenzt wurde. Als ihr bedeutendster Fürsprecher, Arnold Ap, 1984 durch den Staat ermordet wurde, war er der Kustos eines der »irianesischen« Kultur gewidmeten staatlichen Museums.

Von der kolonialen Archäologie zum modernen Nationalismus

Der letzte Beitrag zum modernen »offiziellen Nationalismus« in Südostasien, den ich hier diskutieren möchte, betrifft die koloniale Archäologie. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bekundeten die Kolonialherren in Südostasien ein äußerst geringes Interesse für die Bauwerke der von ihnen unterworfenen Zivilisationen. [...] Nach und nach, aber mit zunehmendem Tempo, wurden die glanzvollen Zeugnisse von Borobudur, Angkor, Pagan und anderer alter Stätten ausgegraben, vom Dschungel befreit, vermessen, fotografiert, rekonstruiert, umzäunt, analysiert und ausgestellt. Die *Colonial Archaeological Services* wurden zu machtvollen und ruhmreichen Institutionen, in deren Diensten einige der fähigsten Gelehrten standen.

Wollten wir vollständig erforschen, warum dies in dieser Weise zu jener Zeit geschah, hätten wir ein weites Feld vor uns. Hier mag der Hinweis genügen, daß der Wandel mit dem Niedergang der alten staatlich organisierten Handelskolonien der zwei großen ostindischen Kompanien zusammenhing, in dessen Folge es zum Aufstieg der wirklich modernen Kolonie kam, die der heimatlichen Regierung direkt unterstellt war. (So wurde Indien nach 1857 zum strahlendsten Juwel in der imperialen Krone von Königin Victoria.) Dementsprechend wurde das Prestige des Kolonialstaates mit dem des übergeordneten Heimatstaates verknüpft. Es ist bemerkenswert, in welchem Ausmaß die archäologischen Bemühungen des 19. Jahrhunderts sich auf die Restaurierung beeindruckender Monumente konzentrierten (und wie diese dann in zur öffentlichen Verbreitung bestimmte Bebauungspläne eingezeichnet wurden: es entwickelte sich eine Art nekrologischer Zensus). Sicherlich schlägt sich hier eine zur damaligen Zeit weit verbreitete Mode der Archäologie nieder. Doch die beträchtlichen Summen, die dafür investiert wurden, lassen den Verdacht zu, daß der Staat seine eigenen, nicht-wissenschaftlichen Gründe hatte, deren drei sich unmittelbar aufdrängen, wobei der letzte sicherlich der wichtigste ist.

Zunächst scheint der Zeitpunkt des ersten großen archäologischen Schubs mit der ersten großen politischen Auseinandersetzung um die staatliche Bildungspolitik zusammenzufallen. Die »Fortschrittler« – Angehörige der Kolonialmacht wie auch Eingeborene – forderten größere Investitionen für den Bau moderner, landessprachlich ausgerichteter Grund- und Hauptschulen. Dagegen formierten sich Konservative, die die langfristigen Folgen einer solchen Erziehung mit Argwohn betrachteten und es vorzogen, daß die Eingeborenen Eingeborene blieben. Vor diesem Hintergrund kann man die archäologischen Restaurierungen, denen bald staatlich geförderte gedruckte Ausgaben traditioneller literarischer Texte folgten, als eine Art von konservativem Bildungsprogramm betrachten, das auch

dem Widerstand gegen den Druck der fortschrittlich Gesonnenen als Alibi diente. Zweitens ordnete das offizielle ideologische Programm, das die Restaurierungen begleitete, die Erbauer der Monumente und die kolonialen Eingeborenen in einer bestimmten Hierarchie an. In einigen Fällen (so etwa in Holländisch-Ostindien bis in die 1930er Jahre) nährte man die Vorstellung, daß die Erbauer tatsächlich »nicht der gleichen Rasse« angehörten wie die Eingeborenen (»in Wirklichkeit« waren es indische Einwanderer). In anderen Fällen, wie etwa in Birma, nahm man einen langfristigen Verfall der schöpferischen Fähigkeiten an, der dazu führte, daß die zeitgenössischen Eingeborenen nicht mehr an die Leistungen ihrer mutmaßlichen Vorfahren anknüpfen konnten. In diesem Licht betrachtet und der sie umgebenden ländlichen Armut entgegengestellt sagten die restaurierten Monumente den Eingeborenen: Schon unsere Anwesenheit zeigt, daß ihr der Fähigkeit zu Größe und Autonomie seit langem verlustig gegangen seid oder sie gar nie besessen habt.

Der dritte Grund reicht tiefer und steht in engerem Zusammenhang mit der Landkarte. In unserer Diskussion der »historischen Landkarte« haben wir gezeigt, auf welche Weise koloniale Regierungen – ursprünglich aus rein machiavellistisch orientierten legalistischen Gründen heraus – sich der alten Geschichte ebenso widmeten wie der Eroberung. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts jedoch nahm man immer mehr Abstand davon, das Recht auf Eroberung mit brutaler Offenheit zu betonen, sondern verlegte seine Bemühung zunehmend auf alternative Rechtfertigungsstrategien. Immer mehr Europäer wurden in Südostasien geboren und versuchten, sich dort eine Heimat zu schaffen. Eine auf Baudenkmäler ausgerichtete Archäologie, die sich in steigendem Maße mit dem Tourismus verband, konnte den Staat als Wächter und Aussteller einer umfassenden, aber auch örtlich gebundenen Tradition erscheinen lassen. Die alten geheiligten Stätten sollten in die Landkarte der Kolonie aufgenommen werden und ihr altherwürdiger Ruhm (den der Staat dort, wo er, häufig genug, verblaßt war, wiederzubeleben trachtete) auf die Kartographen abfärben. Diese paradoxe Situation wird recht hübsch durch die Tatsache illustriert, daß die rekonstruierten Monumente so oft wie möglich von gepflegten Rasenflächen und Gärten umgeben wurden, zudem stellte man hier und da Hinweisschilder und mit Daten versehene Schautafeln erklärenden Inhalts auf. Außerdem sollten sie soweit wie möglich nur von Touristen genutzt werden, waren also für religiöse Feiern, Opferungen und Pilgerfahrten nicht zugänglich. Diese bourgeoise Weise der Musealisierung machte die Monumente zu Insignien eines *weltlich* ausgerichteten Kolonialstaats.

Doch lag, wie schon bemerkt, eine charakteristische Eigenschaft der Verfahrensweisen dieses weltlichen Staates in der unendlichen Rezipierbarkeit, die in technischer Hinsicht durch Druck und Photographie ermöglicht wurde, in politisch-kultureller Hinsicht aber dadurch, daß die Herrschenden selbst nicht an die tatsächliche Heiligkeit solcher Monumente glaubten. Überall läßt sich eine bestimmte Art von fortschreitender Profanierung nachweisen: 1. umfangreiche, technisch verfeinerte archäologische Berichte, vervollständigt durch detailliertes Photomaterial, die den Fortgang der Rekonstruktion bestimmter unterschiedlicher Stätten beschreiben; 2. teure, reich illustrierte Bücher für die Öffentlichkeit, die

exemplarische bildliche Darstellungen *aller* wichtigen Stätten enthalten, welche *innerhalb der Kolonie* rekonstruiert worden sind – was um so günstiger ist, wenn man, wie im Falle von Niederländisch-Indien, buddhistische Hindutempel restaurierten islamischen Moscheen gegenüberstellen kann. So wird, dank der kapitalistischen Produktion von Druckerzeugnissen, den Untertanen eine Art bildlicher Zensus des vom Staat angetretenen Erbes zugänglich gemacht, auch wenn der dafür zu zahlende Preis hoch ist. 3. Eine allgemeine Logo-fizierung, die durch die oben skizzierten Prozesse der Profanierung ermöglicht wird. Kennzeichnend für dieses Stadium sind Briefmarken mit ihren charakteristischen Serien: tropische Vögel, Früchte, Pflanzen – warum nicht auch silhouetiierte Monumente? Aber Postkarten und Schulbücher folgen der gleichen Logik. Von dort aus ist es nur noch ein Schritt zur Vermarktung: Hotel Pagan, Prambanan Fried Chicken usw.

Der entscheidende Punkt ist, daß diese Art von Archäologie im Zeitalter der mechanischen Reproduzierbarkeit zwar zutiefst politisch war, jedoch auf einer so tiefen Ebene, daß sich fast alle, auch die im Kolonialstaat lebenden Menschen (die in den 1930er Jahren überall in Südostasien zu 90 Prozent Eingeborene waren), dieser Tatsache nicht bewußt wurden. Alles war normal und alltäglich geworden. Dergestalt wird erkennbar, daß sich die wahre Macht des Staates in der unendlichen tagtäglichen Reproduzierbarkeit seiner Insignien manifestierte.

Es mag von daher nicht überraschen, daß die nach der Unabhängigkeit entstandenen Staaten, die fast überall eine deutliche Kontinuität zu ihren kolonialen Vorläufern aufwiesen, diese Form der politischen Archäologie als Erbschaft übernahmen. So hatte zum Beispiel Norodom Sihanouk – im Zusammenhang mit den Feiern zum fünfzehnten Jahrestag der Unabhängigkeit Kambodschas – am 9. November 1968 im »nationalen« Sportstadion von Phnom Penh ein gewaltiges (zehn Meter hohes) Modell des großen Bayon-Tempels von Angkor aus Holz und Pappmaché errichten lassen. Dies Modell war außergewöhnlich grob und primitiv, aber es erfüllte seinen Zweck – unmittelbare Wiedererkennung über eine Geschichte der Logo-fizierung, die schon in der Kolonialzeit begonnen hatte. »Aha, unser Bayon!« – aber die Erinnerung an die französischen Restaurateure und Rekonstruktoren war getilgt. Das von den Franzosen wiederhergestellte Angkor Wat wurde, wiederum in Logo-Form, zum zentralen Symbol der jeweiligen Flaggen von Sihanouks royalistischer, Lon Nols militaristischer und Pol Pots jakobinischer Herrschaft. (Diese Angkor Wats erschienen als Puzzle-teile, ähnlich den ausgeschnittenen Sri Lankas und Thailands.)

Noch offensichtlicher wird die Übernahme des kolonialen Erbes auf der Ebene der Alltagszusammenhänge. Ein bezeichnendes Beispiel findet sich in einer Reihe bildlicher Darstellungen von Episoden aus der indonesischen Geschichte, die in den 1950er Jahren vom Erziehungsministerium in Auftrag gegeben wurde. Die Malereien sollten in großer Auflage reproduziert und in allen Grundschulen verteilt werden, damit die indonesischen Schulkinder an den Wänden ihrer Klassenräume visuelle Darstellungen der Vergangenheit ihres Landes vorfinden könnten. Die Malereien waren zumeist im überraschungsarmen, gefühlig-naturalistischen Stil des Kunstgewerbes aus dem späten 19. Jahrhundert gehalten, und die figurative Darstellung der Menschen entstammte entweder

Museums-Dioramen der Kolonialzeit oder dem weit verbreiteten pseudo-historischen Volksdrama des *wayang orang* aus dem 20. Jahrhundert. Die interessanteste Serie aber bot den Kindern eine Darstellung des Borobudur, des größten Bauwerks der buddhistischen Kunst, das zugleich eine phantastische Schatzsammlung altjavanischer Bildhauerei darstellt. Doch ist die Darstellung des angesehenen Künstlers, die das Wunderwerk zur Zeit seiner höchsten Schönheit im 9. Jahrhundert, zeigen soll, auf bezeichnende Weise pervertiert. Der Borobudur erscheint völlig weiß und weist keine einzige Spur bildhauerischer Werke auf. Er ist von makellosen Rasenflächen und sorgfältig gepflegten Wegen umgeben. *Und nicht ein einziger Mensch ist zu sehen.* Man könnte annehmen, daß diese wohlgeordnete Leere die Unsicherheit eines zeitgenössischen muslimischen Malers angesichts der historischen Wirklichkeit des Buddhismus reflektiert. Doch was wir wirklich sehen, ist, so denke ich, einen seiner Herkunft nicht bewußten direkten Abkömmling der kolonialen Archäologie: der Borobudur als Museum, als Insignie und als »Na klar, das ist es!«-Logo. Und dieser Borobudur ist ein um so machtvolleres Zeichen der nationalen Identität, als alle Betrachter sich bewußt sind, daß er aus einer unendlichen Serie miteinander identischer Borobudurs stammt.

Zusammenfassung

Ich habe in diesem Aufsatz versucht, über die Ursprünge dessen nachzudenken, was Seton-Watson (1977, 148) den »offiziellen Nationalismus« der gegenwärtigen Dritten Welt nennt – einer Welt, die von der der europäischen Dynastien des 19. Jahrhunderts sehr verschieden ist. In meinem Buch *Imagined Communities* schrieb ich, daß man »in der 'nationenbildenden' Politik der neuen Staaten oftmals eine authentische, in der Bevölkerung verbreitete nationalistische Begeisterung ebenso am Werk sieht wie eine systematische, gar machiavellistische, Ideologie des Nationalismus, die über die Massenmedien, das Erziehungssystem, administrative Regelungen usw. vermittelt wird« (Anderson 1983, 104). Ich nahm damals an, daß das offizielle Modell des Nationalismus dem europäischen Vorbild folgte. Jetzt aber bin ich in zunehmendem Maße davon überzeugt, daß der koloniale Staat von größerer Bedeutung gewesen ist. Auf den ersten Blick mag diese Schlußfolgerung überraschen, waren doch diese Kolonialstaaten in auffälliger (häufig gar gewaltsamer) Weise *anti* nationalistisch. Aber wenn wir von den Worten – der kolonialen Ideologie und Rhetorik – zur »Grammatik« vordringen, in der sie von der Mitte des 19. Jahrhunderts an ihre Verwendung fanden, treten die Verbindungen entschieden offener zu Tage.

Diese Grammatik strukturierte das grundlegende Denkbild, das der Kolonialstaat von der Welt entwarf. Ihre »Kettfäden« [ein Ausdruck aus der Webtechnik; d.Ü.] bildeten ein totalisierendes klassifikatorisches Raster, das mit unendlicher Flexibilität auf alles ausgedehnt werden konnte, was unter der tatsächlichen oder möglichen Kontrolle des Staates stand: Völker, Regionen, Religionen, Sprachen, Produktion usw. Die Wirkungsweise des Rasters bestand darin, daß man immer sagen konnte, irgendetwas »sei« dies, nicht aber jenes und gehöre hierhin, nicht aber dorthin. Es war begrenzt, bestimmt, und von daher im Prinzip zählbar. [...]

Die »Schußfäden« wurden durch das gebildet, was ich die »Reihen« oder »Serien« nenne: die Welt bestand aus einer unendlichen Anzahl von prinzipiell unendlich ausdehnbaren Pluralitäten. Das Besondere ist immer der vorläufige Vertreter einer Serie und demzufolge auch so zu behandeln. Aus genau diesem Grunde antizipierten die Kolonialherren eine Reihe von Chinesen, noch bevor ein Chinese präsent war, und eine Reihe von Nationalisten, bevor selbstbewußte Nationalisten auftauchten. Und das Raster diente vor allem dazu, handhabbare Segmente aus jeder dieser elastischen Reihen aus politischen Gründen auszu-sondern.

Keiner hat eine bessere Metapher für diesen Geisteszustand gefunden als der große indonesische Romancier Pramoedya Ananta Toer, der den letzten Band seiner Tetralogie über die Kolonialepoche mit dem Titel *Rumah Kaca* – Das Glashaus – versah. Denn es ist eine Metapher, die, in ihrer Aussagekraft mit Benthams berühmten »Panoptikum« vergleichbar, von totaler Überwachung und totaler Überwachbarkeit spricht. Der Kolonialstaat zielte nicht einfach darauf ab, eine von ihm kontrollierte Menschenlandschaft von vollkommener Sichtbarkeit oder Durchsichtigkeit zu erzeugen; vielmehr bestand die Bedingung für diese »Sichtbarkeit« eines und einer jeden darin, daß alle ihrer Existenz gemäß eine Seriennummer besaßen.⁸ Natürlich fielen solche Vorstellungsformen nicht vom Himmel. Sie waren das Produkt von Technologien der Navigation, Astronomie, Zeitmessung, Überwachung, Photographie und Buchdruckerei, von der starken Triebkraft des Kapitalismus ganz zu schweigen.

Dergestalt schufen Landkarte und Zensus die Grammatik, welche in kurzer Zeit »Birma« und »Birmesen«, »Die Philippinen« und »Filipinos« ermöglichen sollte. Doch die Verwirklichung dieser Möglichkeiten – eine Verwirklichung, die heute, lange nach dem Verschwinden des Kolonialstaates, ein blühendes Leben führt – verdankte sich in hohem Maße den besonderen Vorstellungen, die der Kolonialstaat von Geschichte und Macht hegte. Im vorkolonialen Südostasien war die Archäologie ein völlig unvorstellbares Unterfangen; im nicht-kolonialisierten Siam wurde sie erst sehr spät übernommen und in der Manier des Kolonialstaats durchgeführt. So entstand die Serie »historische Monumente«, die im klassifikatorischen, demographisch-geographischen Behälter unter den Bezeichnungen »Niederländisch-Indien« und »Britisch-Burma« firmierte. Das in diese nicht-religiöse Serie aufgenommene Heiligtum von Borobudur konnte so überwacht und vervielfältigt, logo-fiziert und schließlich nationalisiert werden. Insoweit die archäologischen Institutionen des Kolonialstaats es technisch machbar fanden, die Serie in kartographierter und photographierter Form zusammenzustellen, konnte der Staat selbst es, bis in die Tiefe der historischen Zeit, als Album seiner Vorfahren betrachten. Der eigentliche Gegenstand war niemals das Heiligtum von Borobudur selbst oder das spezifische Pagan, an dem der Staat kein wesentliches Interesse hatte und zu dem er nur archäologische Verbindungen besaß. Die reproduzierbare *Serie* jedoch brachte eine historische Tiefenschärfe hervor, die der postkoloniale Nachfolger des Staates leicht sich subsumieren konnte. Das logische Ergebnis all dessen war das Logo – egal, ob es nun »Kambodscha« oder »Angkor Wat« hieß –, das durch seine Leere, Zusammenhanglosigkeit, visuelle Erinnerbarkeit und unendliche, beliebige

Reproduzierbarkeit Zensus und Landkarte, Kett- und Schußfaden in der unauslöschlichen Umarmung des Rasters vereinigte.

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hirschman 1986 und 1987. (A.d.Ü.: Die *Straits Settlements* wurden durch die Inseln Penang, Malakka und Singapur gebildet, die zwischen 1786 und 1824 von den Briten besetzt oder käuflich erworben wurden.)
- 2 Vgl. etwa Wickberg 1965, Kapitel 1 und 2.
- 3 Vgl. Landes 1983, Kapitel 9.
4. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß diese Übernahme keineswegs eine machiavellische List darstellt. In allen südostasiatischen Kolonien war das Bewußtsein der frühen Nationalisten zutiefst durch den Kolonialstaat und seine Institutionen geprägt. Zu weiteren Ausführungen vgl. Anderson 1983, vor allem Kapitel 7.
- 5 Vgl. Osborne 1985, 8-9.
- 6 Vgl. Osborne 1985, 2.
- 7 Vgl. dazu John Hoffmans brillante Untersuchung (Hoffman 1979).
- 8 Das politische Endergebnis von Glashauss-Vorstellungen – ein Endergebnis, dessen sich der ehemalige politische Häftling Pramoedya völlig bewußt ist – ist die klassifikatorische Identitätskarte (*ID-card*), die alle erwachsenen Indonesier jederzeit bei sich tragen müssen. Diese Karte steht in isomorphischem Verhältnis zum Zensus – sie stellt eine Art von politischem Zensus dar und enthält gewisse Einstanzungen für die, welche in der Serie »Subversive« und »Verräter« geführt werden. Bemerkenswerterweise wurde diese Art von Zensus erst nach dem Erlangen der Unabhängigkeit perfektioniert.

Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedikt, 1972: »The Idea of Power in Javanese Culture«, in: Claire Holt (Hrsg.): *Culture and Politics in Indonesia*. Ithaca, 1-69
- ders., 1976: *Notes on Indonesian Political Communication*. Cambridge
- ders., 1983: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London (dt.: *Die Erfindung der Nation*. Frankfurt/M. 1988)
- Hirschman, Charles, 1986: »The Making of Race in Colonial Malaya: Political Economy and Racial Ideology«. In: *Sociological Forum*, 1:2 (Frühjahr), 330-362
- ders., 1987: »The Meaning and Measurement of Ethnicity in Malaysia: An Analysis of Census Classifications«. In: *Journal of Asian Studies*, 46:3 (August), 555-582
- Hoadley, Mason C., o.J.: »State vs. Ki Aria Marta Ningrat (1696) and Tian Siangko (1720-21)«, unveröff. Msk.
- Hoffman, John, 1979: »A Foreign Investment: Indies Malay to 1901«. In: *Indonesia*, 27 (April), 65-92
- Landes, David S., 1983: *Revolution in Time: Clocks and the Making of the Modern World*. Cambridge
- Muir, Richard, 1975: *Modern Political Geography*. New York
- Osborne, Robin, 1985: *Indonesia's Secret War. The Guerilla Struggle in Irian Jaya*. Sydney
- Scott, William Henry, 1982: *Cracks in the Parchment Curtain*. Manila
- Seton-Watson, Hugh, 1977: *Nations and States: An Enquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism*. Boulder
- Thongchai Winichakul, 1988: »Siam Mapped: A History of the Geo-Body of Siam«. Phil. Diss., Universität Sydney
- Wickberg, Edgar, 1965: *The Chinese in Philippine Life, 1850-1898*. Cambridge



Wie im Westen also auch auf Erden

- Ab
- Deutsche Entwicklungen
 - War in the Gulf
 - Zukunft der Arbeiterbewegung
 - Feminismus in Deutschland: Vom Anschluß zur Streitkultur
 - Vom Umgang mit Niederlagen
 - Alltagsumwälzungen - Sinnkrisen - Lebenschancen
 - Wahnsinns-Karre – blutiges Benzin
 - Was ist aus der Perestroika geworden?
 - Soziales Europa oder Europa der Kapitale
 - Handeln in globalen Krisen

Abends:

- Martin Buchholz: Wir sind, was volkt
- Barbara Thalheim: Wie im Westen so auf Erden

Ein ausführliches Programmbuch (3 DM) erscheint Ende April und ist im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim VOLKSUNI-Büro, Oranienburger Str. 46/47, O-1040 Berlin, zuzüglich 2,40 DM Porto (bitte in Briefmarken beilegen) Tel.:(O-Berlin) 28 39 31

**12. Berliner
Volksuni
Pfungsten,
17.-20. Mai 1991**

**volks
uni** 

Ronald Suny

Sozialismus und Nationalitätenkonflikt in Transkaukasien*

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als die Sozialdemokraten mit der »nationalen Frage« kämpften, bemühten sich russische Marxisten, Verbündete unter den nicht-russischen Nationalitäten zu gewinnen und den Plan der Nationalisten, das Land zu spalten, zu vereiteln. Bolschewistische Theoretiker waren gegen politische Lösungen, die den Gang der Geschichte in eine andere Richtung lenken, denn sie waren überzeugt, daß die »nationalen Unterschiede und Antagonismen zwischen den Völkern von Tag zu Tag geringer werden« und daß die Übermacht des Proletariats sie sogar noch rascher zum Verschwinden bringen würde. Lenin, Stalin, der armenische Bolschewik Schahumian und andere waren unnachgiebige Gegner des Föderalismus und der beiden austromarxistischen Prinzipien »extraterritoriale nationale kulturelle Autonomie«, was bedeutete, daß jede Nationalität im Parlament repräsentiert sein sollte, unabhängig davon, wo ihre Mitglieder lebten, und »territoriale nationale kulturelle Autonomie«, was bedeutete, daß die Ethnizität autonome territoriale Einheiten definierte. Die Leninisten bevorzugten eine sogenannte regionale Autonomie, in der die politischen Einheiten nicht ethnisch bestimmt sein sollten. Die proletarische Lösung der nationalen Frage bestand darin, den einheitlichen Staat zu bewahren und gleichzeitig lokale Selbstverwaltung zuzulassen. Innerhalb des sozialistischen Staates mußte vollständige kulturelle und sprachliche Freiheit garantiert sein. Während nationale Selbstbestimmung für Lenin bedeutete, daß eine Nationalität sich entscheiden konnte, völlig selbständig zu werden, sollten diejenigen Nationalitäten, die im sozialistischen Staat blieben, weder das Recht auf ein autonomes politisches Territorium noch eine föderative Beziehung zum Zentrum haben.

Diese Vorstellungen der Bolschewisten über die nationale Frage überlebten die Revolution nicht unbeschadet. Der neue sowjetische Staat war sowohl föderativ, mindestens was Name und Theorie anging, als auch auf ethnisch definierte politische Einheiten gegründet. Und mehr noch: Selbst die Befürchtung, daß solch ein Arrangement zu einer Konsolidierung von Ethnizität führen würde statt zu ihrem Verschwinden, erwies sich in Bezug auf die größeren Nationalitäten als richtig. Statt zu einem Schmelztiegel wurde die Sowjetunion zu einem Brutkasten für neue Nationen. In Transkaukasien verkehrte sich die freie Mobilität der Völker, durch die die zaristische Periode gekennzeichnet gewesen war und die in den größten Städten kosmopolitische Bevölkerungen hervorgebracht hatte, in ihr Gegenteil, und die ethnischen Nationalitäten bewegten sich auf eine eigene Republik zu.¹ Bis 1990 waren Armenien und Aserbeidschan ethnisch fast homogene oder monoethnische Gesellschaften geworden. Auch die Georgier wünschen

* Erschien unter dem Titel: »The Revenge of the Past: Socialism and Ethnic Conflict in Transcaucasia« in *New Left Review* 184 (November/Dezember 1990). Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags. Die übersetzte Fassung wurde stark gekürzt und in einigen Teilen zusammengefaßt.

sich inständig ein solches Resultat für ihre eigene Republik, und die in diesen Republiken überlebenden Minderheiten haben eine ungewisse Zukunft vor sich. Zu den tausenden von Flüchtlingen aus Armenien und Aserbeidschan werden vielleicht bald diejenigen aus Georgien hinzukommen. In einem Augenblick, in dem die Sowjetunion in ein neues Zeitalter der Freiheit eintritt, in dem tausend Blumen in den intellektuellen und politischen Gärten blühen, bedroht das schädliche Unkraut des intoleranten Nationalismus die kleinen und zunehmend verzwickteren Nationen Transkaukasiens.

Armenien, Georgien, Aserbeidschan

Armenier und Georgier haben seit mehr als zwei Jahrtausenden erkennbare Identitäten. Sie wurden zuerst in Schriften ihrer iranischen und griechischen Nachbarn genannt und seit dem fünften Jahrhundert v.u.Z. in Texten in ihrer jeweils eigenen Sprache. Seit dem vierten Jahrhundert sind sie christianisiert, seit dem sechsten Jahrhundert aber unterschiedlichen christlichen Glaubens. Jedoch zeigt sich die Verwandtschaft ihrer Kulturen gerade im Streit darum, ob zum Beispiel das georgische Alphabet armenischen Ursprungs ist oder ob diese oder jene Kirche einem armenischen oder georgischen Gründer zu verdanken ist. Nord- und Südgeorgien wurden zum ersten Mal im vierzehnten Jahrhundert unter einem Monarchen zu einem einheitlichen Reich vereinigt und nannte sich seitdem Georgien.

Die Armenier wurden von der türkischen Eroberung unterworfen, und der armenische Adel überlebte zum Teil in Sizilien, zum Teil im Dienst georgischer Könige als Krieger, Händler oder Gouverneure. Armenien verlor seine politische Identität im späten vierzehnten Jahrhundert, und erst seit 1918 gab es wieder einen armenischen Staat. Die Georgier, die in ihrem historischen Territorium lebten, waren hauptsächlich Bauern, während die Armenier, die in drei Imperien verstreut lebten (Rußland, dem osmanischen Reich, dem Iran) und lediglich in der Provinz Eriwan eine Mehrheit bildeten, eine wichtige Rolle als Händler und Handwerker spielten. Sie waren die ersten, die das Öl in Baku erschlossen, und das ökonomische Wachstum in der alten georgischen Hauptstadt Tiflis war im wesentlichen ihr Werk. Der verschlagene und habsüchtige Händler wurde zum Stereotyp für das ganze Volk.

Die unterschiedlichen Sozialstrukturen der armenischen und der georgischen Nation führten zu sehr unterschiedlichen politischen Entwicklungen. Der verarmte und deklassierte georgische Adel entwickelte eine radikale Sicht der Situation. 1890 wandten sich viele dem Marxismus zu und lernten von den polnischen und russischen Sozialdemokraten. Die sozialen und nationalen Kämpfe konnten erfolgreich unter eine marxistische Losung subsumiert werden, aus der jeder Hinweis auf Nationalismus verschwand. Statt gegen die Vorherrschaft der Russen zu agitieren, griff man die Autokratie an. Man wandte sich gegen die nationale Bourgeoisie, die größtenteils armenisch war. Gestützt auf die Arbeiter, die vor allem aus der Bauernschaft kamen, flexibel in ihren Strategien und an Bündnissen mit anderen sozialen Kräften interessiert, schlossen sich die Georgier nach der Parteispaltung in ihrer Mehrheit den Menschewiken an.

Die Armenier entwickelten aufgrund ihrer Erfahrung als geographisch geteiltes und gefährdetes Volk eine Art nicht-territorialen Nationalismus. Im russischen Reich verteilten sie sich auf Zentren wie Tiflis, Baku und Rostow. Eine einflußreiche Diaspora von Gebildeten und Geschäftsleuten in Anatolien und im Transkaukasus hielt zugleich die Verbindung mit Europa, dem Nahen Osten und selbst mit Indien aufrecht. Die Westorientierung der Türkei führte zunehmend dazu, daß sie in Anatolien, im Reiche des Sultans, als subversives Element betrachtet wurden. Revolutionäre Gruppen im russischen Reich verbündeten sich nicht mit anderen Parteien dort, sondern versuchten ihre Landsleute in Anatolien zu mobilisieren, was ihnen aber kaum gelang. Die größte armenische Partei war gegen 1903 die nationalistischste der sozialistischen Parteien, die Armenische Revolutionäre Föderation (*Hai Heghaphoghakan Dashnaksutium*). Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und das Massaker an den Armeniern in Anatolien änderten die Situation grundlegend. Die Schätzungen über die Zahl der Ermordeten schwankt zwischen 600000 und zweieinhalb Millionen. Das Resultat war, daß die verbliebene armenische Bevölkerung ihre historischen Siedlungsgebiete verließ und in großer Zahl in den sichereren Osten, nach Kaukasien und ins russische Reich floh.

Das demographisch dominierende Volk in Transkaukasien war im neunzehnten Jahrhundert unter dem Namen »Tataren« bekannt, doch zogen ihre politischen Führer seit den späten dreißiger Jahren die Bezeichnung Aserbeidschaner vor. Im Altertum und im Mittelalter bestand die Bevölkerung aus iranisch sprechenden Völkern, aus türkischen Stämmen und den kaukasischen Albanern, einem wenig bekannten Volk, das sich im vierten Jahrhundert zum Christentum bekehrte und kulturell unter armenischen Einfluß geriet. Seit der Invasion der Seldschuken im 11. Jahrhundert änderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung und es überwogen die türkischen Dialekte. Bis 1918 gab es keinen Aserbeidschanischen Staat. Und die seit dem siebten Jahrhundert islamisierte Bevölkerung (Schiiten) sah sich eher als Teil einer größeren Weltgemeinschaft der *Umma* (Gemeinschaft der Gläubigen).

Als Baku die Hauptölquelle Rußlands wurde, kamen zehntausende iranischer Arbeiter auf der Suche nach Arbeit. Da die Stadt gleichzeitig die Heimat der aserbeidschanischen Intelligenz und der revolutionären Bewegungen war, dehnte sie ihren Einflußbereich auf den russischen und den iranischen Teil Aserbeidschans aus. Baku, das bis 1902 mehr Öl produzierte als die gesamten USA, war eine segregierte Stadt: In ihrer Mitte lebte die russische und armenische Bourgeoisie, an ihren Rändern die muslimische Aserbeidschanische Bevölkerung, die Arbeiter. In Zeiten politischer Spannungen markierten die ethno-religiösen Unterschiede die Kampflinien, und 1905 und 1918 kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Armeniern und Aserbeidschanern.

Innerhalb der Arbeiterklasse nahmen die islamischen Arbeiter die untersten Positionen ein. Die Eingliederung in das russische Reich schuf einen neuen Handlungsrahmen für die aserbeidschanische Intelligenz, und einige Intellektuelle begannen in ihrer Heimatsprache zu publizieren und die Geschichte der Region zu schreiben. Die langsam anwachsende türkische Intelligenz kokettierte mit den Trends der Zeit, Sozialismus, Liberalismus, Pan-Türkentum, Pan-

Islamismus, und gegen 1905 übernahm eine wachsende Zahl das Programm der »Türkisierung, Islamisierung, Europäisierung«.

Die Revolution von 1917 bis 1921

Die Armenier, die freiwillige Einheiten in der Armee gebildet hatten, blieben nach der Flucht der russischen Truppen aus dem Kaukasus als eine der stärksten militärischen Kräfte in der Region zurück. Traumatisiert durch die Erfahrungen des Genozid beschlossen sie, für ihre nationale Zukunft mit der *Dashnaksutium*, der Armenischen Revolutionären Föderation zu kämpfen.

Die menschewistischen Georgier besetzten sofort die russische Garnison in Tiflis und erkannten die bolschewistische Regierung in Petrograd nicht an. Zwei kurzlebigen unabhängigen transkaukasischen Republiken (Februar bis April und April bis Mai 1918) folgten vom Mai 1918 bis 1920-21 drei unabhängige Republiken. Die von einer grossen Mehrheit der georgischen Bevölkerung getragene menschewistische Regierung wurde 1920 durch einen Putsch der bolschewistischen Fraktion und den Einmarsch der Roten Armee abgesetzt.

Bei der Entscheidung, mit wem ein Bündnis zu schließen war, entschieden sich die Georgier 1918 für Deutschland, die Aserbeidschaner erwartungsgemäß für die Türken und die multinationale Stadt Baku für die Sowjetunion, während den Armeniern nichts weiter übrig blieb, als dem Einmarsch der osmanischen Armeen entgegenzusehen.² Ihre einzige Hoffnung blieb die kleine Enklave um Eriwan, die im Mai 1918 das Zentrum einer fragilen unabhängigen Republik wurde. Die Hoffnung, daß die Entente, wie Wilson versprochen hatte, auf eine Erweiterung dieser Republik nach dem türkisch besetzten Westarmenien hinwirken würde, wurde enttäuscht.

Mit Hilfe der einrückenden osmanischen Armee eroberten aserbeidschanische Nationalisten, die auf russischer Seite gestanden hatten, Baku und töteten zwischen neun- und dreißigtausend Armenier. Aber selbst als sie die Kontrolle über die Stadt gesichert hatten, sahen sie sich einer multinationalen Bevölkerung von Russen, Armeniern und muslimischen Arbeitern gegenüber, die eine langjährige gewerkschaftliche und sozialistische Erfahrung hatten. Als die Rote Armee 1920 in die Stadt einmarschierte, gab es nur wenig Widerstand. Die Mehrheit der aserbeidschanischen Bevölkerung war der Idee des Nationalstaats und der jeweiligen säkularen Führung gegenüber indifferent, weil sich ihr Denken auf der Ebene der Religionsgemeinschaft, der *Umma* bewegte. Erst lange nach der Revolution und dem Bürgerkrieg entwickelte sich ein größere aserbeidschanische politische Bewegung.

Die Konstitution von Nationen nach Sowjetart

Vor dem großen Sturm der russischen Revolution und des Bürgerkrieges beschränkte sich der Nationalismus in den meisten Nationalitäten des russischen Imperiums im großen und ganzen auf die jeweilige ethnische Intelligenz, auf die Studenten und die unteren Mittelklassen der Städte. Bei den übrigen gesellschaftlichen Klassen genoss er bestenfalls zeitweilige Unterstützung. Die Aserbeidschaner identifizierten sich eher mit den Bewohnern der näheren Umgebung, mit

denen sie eine soziale und religiöse Gemeinschaft bildeten, als mit einer Nation. Weder Nationalismus noch Sozialismus konnten eine größere Anzahl von Aserbeidschanern zu einem für ihre Zukunft entscheidenden politischen Kampf mobilisieren. Für die Georgier war der Ethnosozialismus, wie er von der herrschenden intellektuellen Elite vertreten wurde, eine Antwort auf die Klagen über ihre soziale und ethnische Benachteiligung. Er versprach zudem eine sozialpolitische Lösung für die doppelte Unterdrückung als Klasse und als Nation. Bei den Armeniern, dem recht einzigartigen Fall eines Volkes, das in zwei Imperien aufgeteilt lebte, ohne irgendein sicheres Siedlungsgebiet und akut von der Auslöschung bedroht, übertraf ein vertikaler Nationalismus, der alle Armenier einschloß, gleichgültig wo sie sich befanden, alle konkurrierenden Ideologien. In allen drei Völkern waren die Anrufungen am erfolgreichsten, die populistische oder sogar sozialistische Programme mit ethnischen Argumenten kombinierten.

Die transkaukasische Erfahrung zeigt, wie soziale Identitäten, die lange mehrdeutig blieben oder zumindest nicht klar ausgedrückt wurden, sich in politischen Konfrontationen plötzlich verfestigten. Wie groß immer der Einfluß der sozialen Strukturen und der Interventionen von Intellektuellen gewesen sein mag, die Produktion von Nationalität und die Verbreitung von Nationalismus war immer abhängig von bestimmten politischen Konstellationen, in denen Leute gezwungen waren, eindeutiger als in der Vergangenheit zu entscheiden, wen sie als Freund und wen sie als Feind betrachteten.

Vor 1918 war keine der größeren transkaukasischen Bewegungen separatistisch. Sie waren vielmehr das Ergebnis lange etablierter Handelsbeziehungen und komplexer ökonomischer Strukturen, die die meisten der nicht-russischen Völker im Zarenreich mit dem Zentrum verbanden (Finnen und Polen bilden hier vielleicht eine Ausnahme). Nicht-Russen, insbesondere Intellektuelle und die städtischen oberen und mittleren Klassen, waren gut in die russische Gesellschaft integriert. Für die Kaukasier führte der Weg nach Europa und in die Aufklärung, zu einem modernen Leben und größerem Selbstbewußtsein über Rußland. Die Abtrennung von Rußland war für alle drei Völker eine Entscheidung aus einer politischen Position der Ausweglosigkeit heraus, die auf die Unterstützung durch außenstehende Mächte angewiesen war: Deutschland für die Georgier, die Türkei für die Aserbeidschaner und, später, die Entente-Mächte für die Armenier.

Im nationalistischen Diskurs der gegenwärtigen Bewegungen für Selbstbestimmung in der Sowjetunion wird die lange Erfahrung unter sowjetischer Herrschaft oft als eine Zeit der Zerstörung des Nationalen dargestellt. Repression und gewaltsame Russifizierung, aufgezwungene Modernisierung und die Unterdrückung nationaler Traditionen, die Zerstörung des Dorfes, sogar der Angriff auf die Natur werden zu einer beweiskräftigen Bildfolge kombiniert, die die Sowjetmacht als Feindin der Nation zeigen. In dieser machtvollen nationalistischen Rhetorik ist jeder Sinn für das Ausmaß verlorengegangen, in dem der Prozeß der Nationenbildung aus der vorrevolutionären Periode in den langen und schwierigen Jahren der Herrschaft der Kommunistischen Partei fortgesetzt wurde. Mit all ihren Widersprüchen und Paradoxien produzierte die sowjetische Erfahrung Nationalitäten, die stärker, kohärenter und selbstbewußter waren als

diejenigen, die der Föderation zu Beginn beigetreten waren. Ironischerweise ist die Sowjetunion das Opfer nicht nur ihrer negativen Auswirkungen auf die nicht-russischen Völker, sondern zugleich ihrer eigenen »progressiven« Beiträge zum Prozeß der Nationenbildung.

Die Formierung der Sowjetunion war sowohl ein Prozeß der gewaltsamen Reintegrierung von Teilen des russischen Imperiums als auch der Anerkennung der noch bestehenden Macht des Nationalismus durch die siegreichen Bolschewiki. Lenin bestand darauf, daß Nichrussen im föderalen Staat nationale und kulturelle Autonomie genießen sollten, daß aber gleichzeitig alle Teile dieses Staates durch die Kommunistische Partei beherrscht werden müßten. Die Sowjetunion war der erste Staat in der Geschichte, der aus ethnisch definierten politischen Einheiten gebildet wurde. Er war eine pseudoföderale Union, die einerseits eine politische Souveränität der Nationalitäten ausschloß, ihnen aber andererseits territoriale Identität, kulturelle und pädagogische Einrichtungen in ihrer eigenen Sprache garantierte, ebenso wie den Aufstieg einheimischer Kader in Machtpositionen. Im Zuge einer Politik der Beförderung und Entwicklung der jeweiligen einheimischen Strukturen (*korenizatsiya*), durch Lenin ermutigt und von Stalin bis zum Beginn der dreißiger Jahre unterstützt, wurden Alphabete für Völker eingeführt, die keine Schriftsprache hatten, Schulen für diejenigen geöffnet, die unter dem Zarismus keine gehabt hatten, und hunderte von nationalen Sowjets für Völker etabliert, die außerhalb ihrer nationalen Region lebten. Russische Beamte wurden systematisch durch nationale Führer ersetzt, und die zwanziger Jahre erlebten einen wachsenden »Nationalkommunismus« in vielen Republiken. In Armenien sprachen die Kommunisten von der Wiederauferstehung Armeniens aus der Asche des Genozids. Während sie die antibolschewistischen Nationalisten hinausdrängten oder verhafteten, begannen sie einen armenischen Staat zu errichten, in dem Flüchtlinge aus allen anderen Teilen der Sowjetunion eine Zuflucht finden konnten. Die kosmopolitischen Hauptstädte Georgiens und Aserbeidschans wurden nun Regierungssitze einheimischer Kommunisten, und eine nationale Infrastruktur wurde aufgebaut, vervollständigt durch nationale Opernhäuser, nationale Akademien der Wissenschaften und nationale Filmstudios.

Migrationen stärkten die amtlichen Nationalitäten in jeder Republik und konsolidierten die ethnische Identität durch eine territoriale Identität. In den vorrevolutionären Jahrhunderten war Transkaukasien eine Region hoher Mobilität gewesen, in der Stämme und Völker beständig von einem Gebiet in das andere gezogen waren. Nach den russisch-persischen und russisch-türkischen Kriegen verließen die Muslims die Gegend und zogen in die südlichen Gebiete, und die Armenier wanderten nach Norden in die Provinzen Eriwan, Tiflis und Baku. Die Bevölkerung der Städte war gemischt, wobei die Armenier das urbanisierteste der drei Völker waren. In der sowjetischen Periode führten jedoch hohe Urbanisierungsraten zu einer soliden Mehrheit von Aserbeidschanern in Baku und von Georgiern in Tiflis. Trotz wachsender ethnischer Konsolidierung blieben jedoch einige Enklaven ethnischer Minderheiten bestehen, die von der Norm abwichen: Im gebirgigen Karabach, einer autonomen Region in Aserbeidschan, waren über drei Viertel der Bevölkerung Armenier; in Abchasien, einer autonomen Republik

in Georgien, fühlte sich die abchasische Minderheit durch eine zunehmende Zahl von Georgiern bedroht. Dutzende von aserbeidschanischen Dörfern blieben in Georgien und Armenien bestehen, während armenische und georgische Dörfer in Aserbeidschan zu finden waren. Aufgrund der Territorialisierung von Ethnizität und der zunehmenden Macht der jeweiligen amtlichen Nationalitäten blieben diesen Minderheiten nur wenige Garantien und wenige Mittel, um für die sich anhäufenden Klagen und Beschwerden Abhilfe zu schaffen.

Der zugleich positive und negative Prozeß der *korenizatsiya* wurde durch das sowjetische Wirtschaftsprogramm und das soziale Modernisierungsprogramm in Frage gestellt. Sobald Stalin seine autokratische Macht gegen Mitte der dreißiger Jahre gefestigt hatte, wurden die ethnischen Interessen der ökonomischen Effizienz und Produktivität untergeordnet. Die Kampagnen zur Kollektivierung, denen hunderttausende von Bauern Widerstand entgegenseetzten, waren in den nicht-russischen Gebieten ein verheerender Schlag gegen die traditionellen patriarchalischen Führungsstrukturen des Dorfes. Sie fielen zudem mit Angriffen auf die Kirche und auf die Moschee zusammen. In Aserbeidschan wurden die Frauen gezwungen, den Schleier aufzugeben, in Armenien wurde das Oberhaupt der nationalen Kirche ermordet.

Die Industrialisierung Transkaukasiens führte zu einer sozialen und geographischen Mobilität, die die traditionellen Muster von Autorität und kulturellen Praxen weiter zerstörte. Erziehung wurde nationalisiert, aber auch säkularisiert, und die alten Eliten wurden zugunsten der Kommunisten und ihrer Verbündeten eliminiert. Diejenigen Gruppen der weltlichen Intelligenz und der einheimischen Marxisten, die die stalinistischen Säuberungsaktionen überlebten, waren in das sowjetische System gut integriert und stellten keine Gefahr für die existierende Machtstruktur dar. Ein sowjetischer marxistischer Diskurs ersetzte die verbotenen nationalistischen Diskurse, und die Grenzen zwischen der sowjetischen und der russischen Kultur verschwammen. Gegen Ende der dreißiger Jahre wurde Russisch als Unterrichtssprache in allen Schulen Pflicht. Obwohl die Muttersprachen weiterhin unterrichtet wurden, sah man sie oft als ungenügend für eine erfolgreiche Karriere in Politik und Wissenschaft an.

Trotz Modifizierungen in der Politik der *korenizatsiya* der zwanziger Jahre und der Begünstigung der russischen Sprache und Kultur unter Stalin setzten sich die demographischen und kulturellen Entwicklungen, die durch diese Politik in Gang gesetzt worden waren, fort und hatten in Transkaukasien ihr Ziel in den sechziger Jahren größtenteils erreicht. Die Republiken hatten einen Nationalcharakter angenommen, nicht nur demographisch, sondern auch politisch und kulturell. Aktionsprogramme, die im Resultat eine Art »positiver Diskriminierung« darstellten, bevorzugten die Kader der amtlichen Nationalitäten, oft zum Nachteil der urbanisierteren und gebildeteren russischen (und in Aserbeidschan und Georgien der armenischen) Bevölkerung.³ Es hatten sich territoriale Nationen herausgebildet, aber sie hatten keine eigenen politischen Ausdrucksmöglichkeiten. Man kann, mit einem Begriff von Tom Nairn (1990, 31), von »Reservats-Kulturen« sprechen: Eine ethnolinguistische Kultur ohne politischen Nationalismus war die einzig erlaubte, »gesunde« Form nationaler Einheit.

Die Erbschaft des Stalinismus

Mit dem Ende des Stalinschen Polizeiregimes, der Verminderung zentralstaatlicher Kontrolle unter Chruschtschow und der Lockerung der harten Restriktionen gegen ethnische Ausdrucksformen begannen die nationalen politischen Eliten in jeder Republik eine größere Macht auszuüben und gewannen eine begrenzte Unabhängigkeit von Moskau. In Transkaukasien schufen lokale Parteieliten ein korruptes System von Ämterpatronage, Bevorzugung amtlicher Nationalitäten und Bestechungspraktiken.⁴ Die lange Amtszeit dieser nationalen Führer hatte in den frühen siebziger Jahren dazu geführt, daß sich einheimische Eliten etablierten, die die Bevölkerung mit gemäßigten Konzessionen an nationale Gefühle und einem hohen Grad an ökonomischer Permissivität besänftigten.

Gegen Ende der sechziger Jahre konnte das Breschnew-Regime, das im allgemeinen die alteingesessenen Parteikader stützte, die andauernde Behinderung seiner Wirtschaftspläne nicht länger dulden. Um dieses komplexe Geflecht von Freunden, Klientel und Verwandten, das die lokalen Parteibosse aufgebaut hatten, zu durchbrechen, wandten sich die Führer der zentralen Partei neuem Personal außerhalb des herrschenden Parteiapparats zu. Im Juli 1969 wurde ein Offizier des KGB, Heidar Aljew, erster Sekretär der aserbeidschanischen kommunistischen Partei. Drei Jahre später wurde sein Kollege in den georgischen Sicherheitskräften, Eduard Schewardnadse, zum Führer der georgischen Partei ernannt. Im selben Jahr schickte man Russen nach Armenien, um dort als zweite Sekretäre der Zentralkomitees und als Leiter des KGB zu fungieren, und im November 1974 wurde ein junger armenischer Ingenieur, der außerhalb Armeniens ausgebildet worden war, Karen Demirtschan, Parteichef in Armenien. Alle diese Männer hatten den gleichen Auftrag: Beendigung der politischen und ökonomischen Korruption, der Bevorzugung ethnischer Gruppen, Unterdrückung der unverhohlenen Äußerung von lokalem Nationalismus, Stimulierung des ökonomischen Wachstums und Förderung einer neuen Regierungselite, die die Politik der Kommunistischen Partei auszuführen vermochte.

Aufgrund der traditionellen Zuverlässigkeit kaukasischer Bindungen an Familie und Freunde erwiesen sich Untergrundökonomie und korrupte politische Praktiken der Reform gegenüber als resistent. Da Armenier, Georgier und Aserbeidschaner in erster Linie ihrer Verwandtschaftsgruppe und engen Freunden gegenüber loyal sind, leitet sich das Gefühl für den Wert einer Person eher aus der Ehre oder Schande ab, die man seinem eigenen Umkreis macht, als aus einer erfolgreichen Karriere oder der Anhäufung von Reichtum (vgl. Mars/Altman 1983, 549). Ein Dienst, den man jemandem erweist oder empfängt, ist die geltende Währung innerhalb der politischen und sozialen Beziehungen. Die Netzwerke, die durch solche Bevorzugungen und persönlichen Bindungen aufgebaut werden, machen es möglich, die offizielle staatliche Ökonomie und die legalen Formen politischen Verhaltens zu umgehen. Da diese persönlichen Netzwerke auch innerhalb der politischen Strukturen und in der Polizei wirksam sind, ist zudem der Schutz vor Bestrafung ein häufig geleisteter Dienst. Die Nicht-Erfüllung des Gesetzes war vor 1970 weniger riskant als die Verletzung des Familienkodex. Selbst als der Staat hart gegen die »Schattenökonomie« vorging und die

Risiken, die mit der Umgehung von Gesetzen verbunden waren, stiegen, blieben diese Netzwerke bestehen – sie waren eine effektive Form nationalen Widerstands gegen die von der sowjetischen Ordnung aufgezwungenen Geschäftsgebaren. Sobald der stalinistische Terror einmal reduziert war – und in Ermangelung einer effektiven demokratischen Kontrolle von unten – wurden die transkaukasischen Republiken im wesentlichen von nationalen »Mafias« regiert. Sie waren innerhalb der kommunistischen Parteien und der Staatsapparate konzentriert, und ihre Macht erstreckte sich auf die ganze Gesellschaft.

Mit den 1969-1974 eingesetzten neuen Regimes verlagerte sich der Schwerpunkt wieder auf die Notwendigkeit der russischsprachigen Erziehung und auf die Verhinderung der, so Schewardnadse, »engstirnigen nationalen Isolation«. Staat und Gesellschaft kämpften in den Jahren Breschnews um die Definition der nationalen Rechte, und eine offen rebellische Dissidentenbewegung ging das Risiko von Verhaftung und Exil ein, indem sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verschaffte. Schon im März 1956 hatten Studenten in Tiflis auf den Straßen gegen die Entfernung eines Monuments zu Ehren Stalins demonstriert und waren von der Armee beschossen worden. Dutzende wurden bei dieser Aktion, die mehr eine nationalistische Geste als ein Engagement für Stalin war, ermordet. Fast ein Jahrzehnt später, am 24. April 1965, marschierten tausende von Armeniern in einer nicht genehmigten Demonstration mit, um an den fünfzigsten Jahrestag des Genozids zu erinnern. Der erste Sekretär Sakow Sarobian verhinderte damals den Einsatz von Gewalt und versuchte, die Menge zu beruhigen. Er machte schließlich den nationalen Gefühlen der Armenier einige Konzessionen und ließ auf einem Hügel in Eriwan ein Monument zu Ehren der Opfer der Massaker und der Deportationen von 1915 errichten. Jedes Jahr, am 24. April, bildet sich eine spontane Prozession aus Leuten, die vor der ewigen Flamme Schlange stehen, um Blumen niederzulegen. Aber ein Jahr nach der Demonstration wurde Sarobian, der durch seine konziliante Haltung gegenüber den nationalen Gefühlen der Armenier beachtliche Popularität gewonnen hatte, abgesetzt.

Im April 1978 demonstrierten Tausende in Tiflis gegen den Plan der Regierung, die Klausel in der georgischen Verfassung zu ändern, die Georgisch zur offiziellen Staatssprache der Republik erklärte. Schewardnadse wandte sich an die auf fünftausend Personen geschätzte Menge vor dem Gebäude des Ministerrats und informierte sie, daß er empfohlen hatte, das Georgische als Staatssprache beizubehalten. Die Verfassung blieb nicht nur unverändert, auch ähnliche Vorschläge zu Änderung der Verfassungen von Armenien und Aserbeidschan wurden wohlweislich aufgegeben. Kein Parteiführer wurde für diese offene Bekundung antirussischer Gefühle zur Rechenschaft gezogen – ein frühes Anzeichen für das erneute Entstehen einer Zivilgesellschaft in der Sowjetunion und ein Vorbote für Perestroika von unten.

Ein »unorthodoxer Nationalismus« wurde sowohl von einer kleinen Anzahl revolutionärer Separatisten wie von der armenischen Nationalen Einheitspartei und von moderateren Intellektuellen vertreten, die Menschenrechtsorganisationen gründeten. Zu diesen Organisationen gehörten die kurzlebigen Helsinki-Kontrollkomitees, die versuchten, die internationale Öffentlichkeit auf die Verweigerung nationaler Rechte in der Sowjetunion aufmerksam zu machen (vgl.

Bilinsky/Parming 1980, Alexejewa 1985). So gingen Dissidenten in Georgien beispielsweise zunächst der scheinbar geruhsamen Beschäftigung der Erhaltung geschichtlicher und religiöser Denkmäler nach, doch wagten es bald einige, sich der Meschketen anzunehmen, der muslimischen Georgier, die 1944 zwangsweise aus ihrer Heimat an der türkischen Grenze nach Zentralasien umgesiedelt worden waren und zurückkehren wollten. Die meisten dieser Dissidenten wurden verhaftet und waren Anfang der achtziger Jahre entweder im Untergrund verschwunden oder ins Exil gezwungen worden.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung

Im Gegensatz zu den nationalen Befreiungskämpfen im sowjetischen Baltikum, bei denen es größtenteils um die Verfassung ging und die ohne Volksgewalt auskamen, war der armenisch-aserbeidschanische Konflikt um Karabach sehr viel brisanter, weniger durch politische Autoritäten steuerbar oder manipulierbar und führte schneller zu unvorhersehbaren Eskalationen. Die Aserbeidschaner erinnerten sich an die Zusammenstöße von 1905 und an die »Tage des März« 1918 in Baku, als die Bolschewiki im Bündnis mit den armenischen Nationalisten eine muslimische Revolte niederschlugen. Sie fürchteten die armenischen Ansprüche auf Karabach und Nachitschewan. Zudem hegten sie ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen die Armenier, in denen sie mächtige, einflußreiche Leute sehen, die der sowjetischen Zentralmacht nahe stehen und es auf ihr Land abgesehen haben. Diese Sichtweise wurde durch die Forderungen nach Karabach bestärkt.⁵

Die Armenier wiederum, mit der Erfahrung eines Volkes, das durch die osmanischen Türken zum Opfer eines Genozids wurde und drei Viertel des historischen Armenien an die türkische Republik verlor, bemühten sich verzweifelt, den Verlust des »verwaisten« Karabach zu verhindern. Neben der Erinnerung an den Genozid sind ihnen die Zusammenstöße mit Aserbeidschanern 1905 und das Massaker in Baku im September 1918 im Gedächtnis geblieben, dazu die fortwährenden Streitigkeiten um Karabach. Wiewohl vertrieben aus ihren dominierenden Stellungen, die sie während der sowjetischen Herrschaft in Baku innehaten, ist es den Armeniern in Aserbeidschan gelungen, aufgrund ihrer Qualifikationen und ihrer Bildung weiter Positionen zu behaupten, die relativen Wohlstand ermöglichen. Wenige Armenier heirateten Muslims, und viele halten die Aserbeidschaner für primitive, wilde Leute, die durch die sowjetische Erfahrung kaum zivilisiert wurden.

Nach dem Ende der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aserbeidschanern von 1989 bis 1990 und der direkten Kontrolle durch Moskau entstand sowohl in Aserbeidschan wie in Armenien ein Machtvakuum. Die Kommunistische Partei befand sich im rapiden Abstieg, die nationalistischen Volkskräfte waren gespalten und bereiteten sich darauf vor, bei den kommenden Wahlen gegen die etablierten Kräfte anzutreten. Im Juli erließ Gorbatschow ein Ultimatum, in dem er die Entwaffnung der unabhängigen armenischen Milizen innerhalb von 15 Tagen forderte. Er drohte mit der militärischen Intervention, falls das Ultimatum nicht erfüllt werde. Das armenische Parlament wählte Levon Ter Petrosjan, der eineinhalb Jahre zuvor als ein Mitglied des Karabach-Komitees

verhaftet worden war, zum Präsidenten der Republik. Die Regierung Petrosjans entwaffnete die unabhängigen Milizen selbst und begann die Ordnung in Eriwan wiederherzustellen. Während Armenier gegen Armenier kämpften und die neue nationale Führung versuchte, ihre Autorität zu befestigen, erklärte Armenien sich am 23. August 1990 formell zum souveränen und unabhängigen Staat und Karabach zum Bestandteil der neuen Republik.

In Georgien war die nationalistische Bewegung, die Ende 1988 auf die Straße ging, gespalten zwischen den beiden Forderungen nach sofortiger Unabhängigkeit und nach größerer Autonomie in einer erneuerten Sowjetunion. Die Rufe nach einer Abspaltung waren von einer religiösen Gefühlsaufwallung und neuer Wertschätzung für die orthodoxe Kirche Georgiens begleitet. Die militanteren Stimmen beherrschten den öffentlichen Diskurs, und das Zögern der Regierung, die fortwährenden Demonstrationen und Hungerstreiks im Zentrum von Tiflis zu beenden, versetzte die radikaleren Nationalisten in einen Rausch. Weitgehend machtlos angesichts der wachsenden Feindseligkeit gegenüber ihrer Herrschaft, beging die kommunistische Partei den nahezu tödlichen Fehler, ihre Macht durch die gewaltsame Auflösung einer Massendemonstration für die Unabhängigkeit am 9. April 1989 behaupten zu wollen. Neunzehn Personen wurden von Soldaten getötet, die mit scharfer Munition und Gasgranaten schossen. Die Parteiführung stürzte, und die anschwellende nationalistische Bewegung wurde zur mächtigsten Stimme in der georgischen Gesellschaft.

Der neue Parteiführer Gumbaridse versuchte mit den gemäßigten Nationalisten zusammenzuarbeiten und machte sich selbst zum Fürsprecher eines politischen Pluralismus und der georgischen Souveränität. Als der Kongreß der Volksdeputierten in Moskau über das Präsidentenamt für Gorbatschow debattierte, sprach Gumbaridse sich offen dagegen aus, indem er feststellte, daß die Machtfülle des Präsidenten die Rechte der Republiken gefährde. Der Oberste Sowjet Georgiens erklärte die Sowjetisierung der Republik von 1921 für einen illegalen Akt und forderte Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit der Sowjetunion.⁶ Lokale Wahlen zu den Institutionen des Sowjets wurden auf den Herbst 1990 verschoben, um neuen politischen Parteien Gelegenheit zu geben, sich zu organisieren, und im Mai stimmte das Nationale Forum Georgiens, eine Dachorganisation von ungefähr 150 politischen Gruppierungen, für alternative Wahlen zu einem Nationalkongreß. Aber bei den Wahlen zum Obersten Sowjet im Herbst 1990 errangen die nationalistischen Separatisten des Runden Tisches, angeführt durch den früheren Dissidenten Zwiach Gamsachurdia, einen haushohen Sieg.

Die Geschichte rächt sich

Die »Vernachlässigung« der »nationalen Frage« die die langen Jahre der Stagnation unter Breschnew kennzeichnete, endete mit den Massenbewegungen von Nichtrussen im Jahre 1988. Gorbatschow, von vielen als russozentrischer Führer und als unsensibel gegenüber den Forderungen des ethnischen Nationalismus kritisiert, reagierte zunächst tatsächlich als Erbe der bolschewistischen Reduktion des Nationalen auf das Ökonomische. Aber sein erzwungener Lernprozeß

machte schnelle Fortschritte, und bis 1990 haben die Massenbewegungen von Nichtrussen, ebenso wie der Druck seitens seiner eigenen russischen konservativen Kommunisten und Nationalisten, zu entscheidenden Konzessionen an die Republiken geführt. Ein Gesetz zur Abspaltung von der UdSSR wurde erlassen, und obwohl es diejenigen, die sofortige Unabhängigkeit wollen, nicht befriedigte, wurde doch zumindest eine legale Prozedur festgelegt, um die Föderation zu verlassen. Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag mit den Republiken der Union, die sich der Reihe nach als souverän erklärt haben, finden statt, und der Reformplan von Gorbatschow und Jelzin basiert bereits auf einem Begriff der Souveränität der Republiken. Gorbatschow ist bereit, die Sowjetunion grundlegend zu reformieren, in der Hoffnung das, was von ihr noch übrig ist, zu erhalten.

Die »nationale Frage« ist das Produkt sowohl des Erfolges als auch des Versagens, der Leistungen und der Widersprüche der sowjetischen Ökonomie und der sozialen Entwicklungen. Ein »Staatssozialismus« ohne Demokratie und eine forcierte Modernisierung ohne allgemeine Zustimmung, all dies in einem multinationalen Kontext von politischen und kulturellen Aufstiegsmöglichkeiten für Nichtrussen in ihrem jeweiligen Heimatland, hat Konflikte zwischen Nationen und innerhalb von Nationen hervorgebracht. In allen Republiken gibt es nach wie vor Kräfte, die für eine reformierte UdSSR sind, während andere die sofortige Unabhängigkeit wollen. Nationalistische Reformer schauen mit Mißtrauen auf kommunistische Konservative. Gorbatschow-Anhänger in Moskau und nichtrussische Reformer umkreisen einander und versuchen, gemeinsame Interessen zu finden. Am Ende des 28. Parteikongresses hat der Generalsekretär die Pessimisten wieder verblüfft und die Konservativen gestoppt, indem er ein neues Politbüro und ein neues Zentralkomitee gebildet hat, das aus einer großen Anzahl von Vertretern der Kommunistischen Parteien aus den Republiken besteht. Auf der Suche nach bitter nötigen Bündnispartnern überwacht Gorbatschow das Ende des sowjetischen Imperiums und tastet sich vorsichtig vorwärts in Richtung auf eine neue, demokratische sowjetische Konföderation.

Vieles von dem, was das sowjetische Projekt der Modernisierung und der industriellen Entwicklung ausgemacht hat und noch ausmacht, gehört nach wie vor zu den Zielen der Nationalisten in den nichtrussischen Republiken. Es gibt keine Gandhi-artige Nostalgie für eine vorindustrielle Vergangenheit, aber es gibt ein starkes Gefühl, daß Nichtrussen ihre Länder anders entwickelt hätten (und entwickeln werden), auf eigene Art und nach eigenen Interessen. Sie glauben, daß sie es besser machen können (und werden) als die Kommunisten. Der Weg in die Modernität führt nicht länger über Rußland, sagen sie, sondern direkt in die Welt draußen. Aber wie ihre Nationen selbst zum Teil das Produkt des sowjetischen Experiments waren, sind ihre Hoffnungen in diesem Fall aufs engste mit der Revolution verknüpft, die Gorbatschow ausgelöst hat. Die Politik des Generalsekretärs, die den stalinistischen Apparat unterminierte und die bisherige Regierungsform in Frage stellte, seine Sprache der Dezentralisation, der Eigenverantwortlichkeit, der Autonomie und der Demokratie inspirierte und legitimierte die Projekte der Nationalisten.

Armenier, Aserbeidschaner und Georgier verfluchen den sowjetischen Präsidenten, der Truppen in ihre Republik sandte. Jedes der transkaukasischen Völker

hat seine eigene jüngste tragische Geschichte, die seine Wahrnehmung der Welt formt und Kompromisse verhindert. Ihre Wege scheinen zur Zeit auseinanderzugehen; und gemeinsame Interessen, wie der Umgang mit der wachsenden ökonomischen Krise und den abnehmenden ökonomischen Ressourcen, sind in der Flut von gegenseitigen Beschuldigungen untergegangen. Wenige nüchterne Stimmen haben sich erhoben, um Wege vorzuschlagen, wie die anstehende Katastrophe zu vermeiden ist. Die Armenier sind sich ihrer Isolation in der islamischen Welt schmerzlich bewußt, ebenso wie der Tatsache, daß sie keinen Zugang zum Meer haben und von russischer Hilfe und russischen Märkten abhängig sind. Die Aserbeidschaner träumen von vorteilhaften neuen Verbindungen zur Türkei und zum Iran, aber sie wissen auch, daß sie sich nur noch für kurze Zeit auf ihre zu Ende gehenden Ölvorräte stützen können. Die Georgier sind zuversichtlich, in einem unabhängigen Staat überleben zu können, aber der Überfluß des »sonnigen Georgien« an Früchten, Gemüse und Tee kann sich als ein unzureichender Ersatz für die Rohstoffe und Fertigprodukte erweisen, die aus der übrigen Sowjetunion hereinkamen.

Ernest Gellner und Tom Nairn haben hervorgehoben, daß Nationalismus eine Form der Selbstverteidigung ist. In einer Welt, die chronisch unterentwickelt ist, in der einige Nationen im Rennen um Ressourcen den anderen weit voraus sind, versuchen die Benachteiligten, ihren eigenen Weg in die Moderne zu finden, ohne der imperialen Unterwerfung durch die großen Akteure zum Opfer zu fallen. Die Entscheidungen sind hart, denn der freie Markt hat kein Erbarmen mit den Zuspätkommenden. Aber die sowjetischen Befürworter von Souveränität und Unabhängigkeit weisen diejenigen, die vor der ökonomischen Katastrophe nach einer Abtrennung warnen, darauf hin, daß ihre Völker erst frei sein müssen, bevor sie entscheiden können, wie ihre zukünftigen Beziehungen zu ihren Nachbarn, zu einem erneuerten Zentrum und zur kapitalistischen Welt sein werden. Wie diese neue Freiheit die politische Tagesordnung in Transkaukasien in den neunziger Jahren beeinflussen wird, wie die neuen, erstarkenden sozialen und politischen Kräfte ihre Programme realisieren und ob diese Prozesse innerhalb oder außerhalb einer erneuerten Sowjetunion stattfinden werden, diese Fragen sind Gegenstand zukünftiger Untersuchungen.

Ende 1989 hatte die Republik Armenien 3 283 000, Aserbeidschan 7 029 000 und Georgien 5 449 000 Einwohner. Obwohl sie weniger als sechzehn Millionen Menschen sind oder knapp 11 % der sowjetischen Bevölkerung ausmachen, sind die Völker Transkaukasiens heute zahlenmäßig größer, gebildeter und ethnopolitisch bewußter als jemals in ihrer Geschichte. Dennoch blicken sie einer unsicheren Zukunft entgegen, vor allem deshalb, weil sie auf ihrem Weg nach vorn immer wieder zurück schauen müssen.

Aus dem Englischen von Nora Rätzzel

Anmerkungen

- 1 Mit Transkaukasien ist die gebirgige Landenge südlich des Kaukasusgebirges gemeint. Der Begriff bezieht sich speziell auf die drei sowjetischen Republiken Armenien, Aserbeidschan und Georgien. Der (nördliche) Kaukasus ist verwaltungsmäßig Teil der Russischen Sowjetischen Sozialistischen Bundesrepublik (RSFSR) und die Heimat von Dutzenden kleiner Nationalitäten. Kaukasien meint die gesamte Region und schließt Transkaukasien und Nordkaukasien ein.
- 2 Zur transkaukasischen Politik während der Revolution und des Bürgerkrieges vgl. Kazemzadeh 1951.
- 3 In Georgien waren die Mitglieder der kommunistischen Partei 1970 beispielsweise zu 76,1 % Georgier, obwohl diese in dem Jahr nur 66,8 % der Bevölkerung ausmachten. Die Armenier stellten 9 % der Bevölkerung, aber nur 8 % der Parteimitglieder, während die Russen 8,5 % der Bevölkerung und 5,5 % der Parteimitglieder ausmachten (Kommunisticheskaya partiya ... 1971, 265, Newth 1972, 215). Zur gleichen Zeit waren die Schüler/Studenten im höheren Bildungswesen zu 82,6 % ethnische Georgier, während die Russen nur 6,8 % ausmachten und die Armenier 3,6 % (Dobson 1975, 177).
- 4 Von 1954 bis 1973 waren beide Sekretäre der armenischen Kommunistischen Partei Armenier. Von den anderen Republiken der Union genossen nur die Ukraine, Weißrußland und Estland dieses Privileg. In allen anderen Republiken war der erste Sekretär ein Einheimischer und der zweite ein Russe oder ein anderer Slawe. Georgien verlor seinen einheimischen zweiten Sekretär 1956, Aserbeidschan 1957. »Die Doppelherrschaft eines einheimischen ersten und eines russischen zweiten Sekretärs, der für Kaderfragen zuständig ist, ist jetzt die Norm. Das ist nicht identisch mit der Stärkung der russischen Kontrolle, sondern bedeutet vielmehr eine Stärkung der institutionellen Mechanismen in einem Bereich, in dem ähnliche Funktionen vor 1953 von der Sicherheitspolizei wahrgenommen worden wären.« (Miller 1977, 35)
- 5 Velayat M. Kuljew, aserbeidschanischer Schriftsteller, Abgeordneter und Direktor des Literaturinstituts in Baku, sagte einem westlichen Journalisten, die Armenier hätten »bessere Verbindungen« und nannte dabei den Berater Gorbatschows für ökonomische Fragen, Abel Aganbegyan und den Journalisten Zori Balayan. »Neulich haben die armenischen Nationalisten, einschließlich einiger einflußreicher Leute, wieder begonnen, von einem 'größeren Armenien' zu sprechen.« »Es geht nicht allein um Aserbeidschan, sie wollen auch Teile von Georgien, dem Iran und der Türkei.« Die Aserbeidschaner haben ihre eigenen Ansprüche auf Karabach, sagt Kuljew: »Es gibt da eine Stadt, Schuscha, die die Heimat vieler aserbeidschanischer Schriftsteller und Komponisten ist. Praktisch die gesamte Intelligenz Bakus kommt von Karabach.« Für die Gewalt, schloß er, sollten die »aufwiegenden Reden« der Armenier verantwortlich gemacht werden. »Die Armenier haben immer als erste die Konflikte begonnen.« (New York Times, 11.3.1988, 4)
- 6 Zu den Ereignissen in Georgien 1989 vgl. Fuller 1989, 18f.

Literaturverzeichnis

- Alexejewa, Ludmilla, 1985: Soviet Dissent: Contemporary Movement for National, Religious, and Human Rights. Middletown, Conn
- Bilinsky, Yaroslav, und Tonu Parming, 1980: Helsinki Watch Committees in the Soviet Union: Implications for the Soviet Nationality Question. Final Report to the National Council for Soviet and East European Research
- Dobson, Richard B., 1975: Georgia and the Georgians. In: Zev Katz (Hrsg.), Handbook of Major Soviet Nationalities. New York
- Fuller, Elizabeth, 1989: Georgia. In: Report on the USSR, 1, no. 52, 29.12.
- Kazemzadeh, Firuz, 1951: The struggle for Transcaucasia (1917-1921). New York
- Kommunisticheskaya partiya Gruzii v tsifrakh [1921-1970]. Sbornik statisticheskikh materialov. Tbilisi 1971
- Miller, John H., 1977: Cadres Policy in Nationality Areas – Recruitment of CPSU First and Second Secretaries in Non-Russian Republics of the USSR. In: Soviet Studies, vol. 39, no. 1
- Mars, Gerald, und Yochanan Altman, 1983: The Cultural Bases of Soviet Georgia's Second Economy. In: Soviet Studies, vol. 25, no.4
- Nairn, Tom, 1990: Beyond Big Brother. In: The New Statesman and Society, III, 105, 15.6.
- Newth, J.A., 1972: The 1970 Soviet Census. Soviet Studies, vol. 24, no. 2

Georg Auernheimer

Nachdenken über Deutschland als Nation

I

Niemand hatte sich die manchmal rituell beschworene »Wiedervereinigung« noch als möglich vorstellen können. Selbst Vertreter der politischen Rechten hatten nicht mehr darauf zu hoffen gewagt. Daher – vor allem auf seiten der Linken – Überraschung, Konsterniertheit, Verwirrung nach dem November '89. Kam zunächst noch die Hoffnung auf einen »wirklichen Sozialismus« auf, solange die Auflehnung gegen die Herrschenden sich selbstbewußt in dem Spruch »Wir sind das Volk« artikuliert, so wurde die damit verbundene Euphorie schnell von Niedergeschlagenheit abgelöst, als die Demonstrationen auf den Straßen die nationale Wendung nahmen. Die neue Parole »Wir sind ein Volk!« signalisierte den Wechsel von der republikanischen zur nationalen Traditionslinie, und dieser – wie es schien – massenhafte Wechsel ließ sich nicht einfach durch Manipulation erklären, und auch nicht allein durch versteckte materielle Motive, wengleich die Politikeräußerungen aus dem Westen zusammen mit den Verlockungen des Marktes zu den nationalen Einheitsparolen ermuntert haben dürften. Die Linken in der Bundesrepublik standen der Wendung der Dinge nicht zuletzt auch deshalb ratlos gegenüber, weil Fragen nach der Nation, der nationalen Identität etc. aus dem linken Diskurs fast ganz ausgeklammert worden waren. Allein schon das Wort »Nation« war tabu gewesen. Nur einzelne aus dem linken Spektrum wie z.B. P. Brandt, Glotz, Klönne, Kühnl hatten sich in den achtziger Jahren unter dem Eindruck der in der politischen Mitte und von rechts betriebenen Revitalisierung des Nationalen überhaupt auf die Frage der nationalen Identität und des nationalen Interesses eingelassen und sie wenigstens als Frage, selbstverständlich immer bezogen auf das Volk der Bundesrepublik, ernst genommen.

Neben den Ansätzen zu einer neuen nationalen Ideologie hatte die herrschende Ausländerpolitik manchen Autor zur Auseinandersetzung herausgefordert. Die Bundesrepublik als Einwanderungsland veranlaßte dazu, sich kritisch mit Nation und Nationalstaat zu beschäftigen, mit deren Konstituierung und den ideologischen Implikationen. Die praktischen Konsequenzen des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts machten deutlich, daß ethnische Kriterien wie Abstammung historisch überholt und für den modernen Verfassungsstaat fragwürdig sind (vgl. Hoffmann 1990). Generell wurde und wird – teilweise unter Verweis auf Max Webers Modernisierungstheorie, teilweise gestützt auf die posttraditionale Diskursethik von Habermas – nationale Identität für obsolet erklärt.

Die manchmal heftige Zurückweisung nationaler Identität seitens deutscher Intellektueller ist wohl vielfach in der jüngsten deutschen Geschichte begründet und von dem meist versteckten Motiv getragen, daß man sich nicht mit dem »häßlichen Deutschen« identifizieren möchte. Wer hätte nicht gewünscht, mit Peter Weiß sagen zu können: »Ach wie gut, daß ich kein Deutscher bin.« Die Distanzierung der Linken ist für Charlier »der hilflose Versuch, durch den Austritt aus der Nation auch aus der Geschichte herauszukommen« (1990, 182). Bei

der Frage nach den Motiven ist freilich auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß die nationale Einheit in Deutschland von oben durchgesetzt wurde und mit der obrigkeitsstaatlichen Ordnung verbunden war. »Die deutsche Linke hat die Herausbildung des Nationalstaates ausschließlich als Bestandteil eines erbitterten Klassenkampfes von oben erlebt« (Charlier 1990, 183). Norbert Elias registriert in seinen »Studien über die Deutschen« die Neigung, die Frage nach einem deutschen Nationalcharakter und nach nationaler Identität zu tabuisieren (1989, 7f.). Dieses Tabu war allerdings auch den Bedenken geschuldet, man könne den status quo der deutschen Zweistaatlichkeit gefährden. Diese aber erschien den Linken nicht nur als unverzichtbares Element im internationalen Kräftegleichgewicht und damit als Garant für Stabilität und Frieden – darüber hatte sich in der Bundesrepublik ein breiter politischer Konsens herausgebildet –, sondern auch als Unterpfand möglicher Gesellschaftsveränderungen, sei es, daß die DDR eines Tages politisch demokratisiert oder die Gesellschaft der BRD wirtschaftlich demokratisiert werden würde. Die DDR war für die meisten Linken bei aller mehr oder weniger prinzipiellen Kritik und gefühlsmäßigen Distanz doch ein »Hoffnungsträger«, »Unterpfand ihres Traumes von einer gesellschaftlichen Alternative« (Charlier 1990, 186). Daher wurde selbst die These von der Einheit der »Kulturnation« mißtrauisch aufgenommen und als ideologische Attacke gegen die Zweistaatlichkeit interpretiert.

II

Die Parole der Demonstranten in Leipzig und anderswo »Wir sind ein Volk!« und der dann forciert betriebene Zusammenschluß traf die Linken also unvorbereitet. Viele von uns fanden die Sprache so schnell nicht wieder. »Die Linke tut sich schwer mit der Vereinigung Deutschlands«, konstatierte Guha im Juni 1990. Einige erinnerten daran, daß der deutsche Einheitsstaat eine »für die Völker der Welt einschließlich des deutschen Volkes tragische Zeitspanne der deutschen Geschichte« gewesen sei, und warnten die Linken davor, die Forderung nach Einheit zu übernehmen und sich als Anwalt der nationalen Interessen zu profilieren (so Merseburg 1990, in: Vorgänge 104). Demgegenüber appellierten andere an die Linke, auf den Prozeß der Einigung Einfluß zu nehmen, so z.B. Guha (1990, in: Vorgänge 105), der meinte, an die abgerissene Traditionslinie des demokratischen Patriotismus von 1848 anknüpfen zu können.

Am ehesten waren diejenigen zu konzeptionellen Überlegungen imstande, die sich vorher schon mit der nationalen Thematik befaßt hatten, darunter vor allem AutorInnen aus dem sozialdemokratischen Umfeld, wo man mit der Formel zwei Staaten – eine Kulturnation eine Lösung gefunden zu haben glaubte. So nahm Peter Glotz bereits Ende 1989 folgendermaßen zur neuen Situation Stellung: Die deutsche Frage sei mit der Frage nach der politischen Struktur der Mitte Europas und damit Europas allgemein gleichzusetzen, und zwar nicht erst neuerdings. Schon mit dem Untergang des Alten Reiches in den Napoleonischen Kriegen habe sich diese Frage so gestellt. Die Bundesrepublik sei zum integralen Bestandteil Westeuropas geworden und müsse es bleiben, da sonst eine Destabilisierung drohe. Andererseits sei die nationale Selbstbestimmung ein fundamentales, unverzichtbares Grundrecht der Völkergemeinschaft. Allerdings könne

dieses Grundrecht auch in zwei deutschen Staaten ausgeübt werden. Glotz sah daher die »dauerhafte Mehrstaatlichkeit Deutschlands« als mögliche, akzeptable Konsequenz. Da eine »Neuvereinigung« von BRD und DDR für ihn wie für alle damals nur bei Auflösung der Militärblöcke denkbar war, sah er ein sinnvolles Konzept in einer deutsch-deutschen Konföderation mit schrittweiser Annäherung der DDR an die EG. Glotz warnte abschließend vor Eile: »... eine rasche staatliche Vereinigung würde natürlich auch die (ökonomische) Überwältigung der Bürger der DDR durch die Bürger der Bundesrepublik bedeuten. Eine solche deutsch-deutsche Kolonisierung würde viel böses Blut schaffen.« (1990, 45) Im selben Heft der Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* sekundierte ein anderer Autor Peter Glotz, dessen Argumentationslinie weitgehend folgend, aber auch ergänzend. So weist er darauf hin, daß das Postulat der Identität von Nation und Staat, »auf Mitteleuropa angewendet ringsum nur Zerstörung gebracht« habe (Hilf 1990, 48). Nur in Frankreich und England, so die These, habe sich dieses Prinzip ohne Schaden historisch realisieren lassen. Anders verhalte es sich mit den Deutschen. »Es gibt gewiß nur ein deutsches Volk... aber dieses deutsche Volk konnte sich (in Gegensatz zu den Westeuropäern) immer in mehreren Staaten organisieren und verwirklichen, und vielleicht hat gerade das seinen Reichtum ausgemacht« (ebd.). Daher zeigt die Meinung, es könne, zumindest nach dem Niedergang des Sozialismus, nur einen deutschen Staat geben, für den Verfasser Mangel an historischem Bewußtsein und einen hohen Grad von Unbelehrbarkeit.

»Sehr verschiedene Formen von 'Einheit'« hielt Loth (1990) für denkbar, wobei er aus verschiedenen Gründen eine zumindest vorübergehende Zweistaatlichkeit für zwingend notwendig erachtete. Er geht unter Verweis auf die aktuellen Entwicklungen von der Prämisse aus, daß in der DDR keine eigene Staatsnation entstanden sei, daß die DDR »über kein eigenes Gesellschaftsprojekt verfügt« und die Hoffnung auf einen »dritten Weg« zu begraben sei. »Infolgedessen (und nicht etwa infolge irgendwelcher überzeitlicher Konstanten) bilden Bundesrepublik und DDR nach wie vor eine nationale Gemeinschaft, d.h. eine Gemeinschaft, die sich als Nation begreift und daher zum inneren Solidarausgleich verpflichtet ist« (Loth 1990, 302). Damit wird für den Verfasser freilich die DDR als Staat noch nicht überflüssig. »Im Gegenteil. Das Votum für die nationale Gemeinschaft mit der Bundesrepublik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den 45 Jahren seit Kriegsende in der DDR eine eigene Gesellschaft herausgebildet hat« (ebd.). Aus dieser Tatsache ergeben sich mehrere Gründe für die Erhaltung der DDR: die Notwendigkeit der schrittweisen Ablösung des planwirtschaftlichen Systems und die Notwendigkeit einer eigenen parlamentarisch legitimierten Regierung zur wirkungsvollen Artikulation der eigenen Interessen der DDR-Bevölkerung in diesem Prozeß. Nur so sei es auch möglich, »zu politischer Selbstbestimmung zu gelangen« und eine gemeinsame Artikulationsebene zu schaffen, »um die stalinistische Vergangenheit aufzuarbeiten« (1990, 304). Loth plädiert ebenfalls für eine Vertragsgemeinschaft oder Konföderation mit zunehmender Verflechtung auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Das Problem der Einordnung in die europäische Friedensordnung (Westbindung oder Neutralität) erschien dem Autor Anfang 1990 noch kaum lösbar, er hielt es aber

auf jeden Fall für geboten, die »zweistaatliche Existenz als Zwischenetappe auf dem Weg zu einem postnationalen Europa (zu) begreifen« (Loth 1990, 308f.).

Auch Naumann (1990 u. 1991) plädiert für die Einbindung in internationale, speziell europäische Strukturen und sieht allein darin die weiterführende Perspektive. Die Reaktualisierung der nationalen Identität im öffentlichen Diskurs hält er für einen Rückfall. Er bezweifelt, ob es je eine deutsche Nation oder einen deutschen Nationalstaat gegeben hat, was zunächst verwundern mag. Aber das auf dem Weg der militärischen Mobilisierung im Kriege 1870/71 von oben zusammengeschmiedete Wilhelminische Kaiserreich mit seinen Sozialistengesetzen kann, so Naumann, nicht als Nationalstaat gelten. Maßgebendes Kriterium für die Nation könne nämlich nichts anderes sein, als was auch Konstitutionsprinzip des modernen Verfassungsstaats sei – der Volkswille. Naumann schreibt gegen die verbreitete Vorstellung von der Nation als Kultur- oder gar Geburtsnation an. Letztere hat in Deutschland Tradition und bestimmt sogar das Staatsbürgerschaftsrecht. Insoweit ist die teilweise polemische Kritik des Autors am »nationalen Suchprozeß« verständlich und berechtigt. Er fordert zum »Bruch mit dem nationalen Mythos« auf. »Statt überhistorischer nationaler Kontinuitäten stünde ein Bruch mit dem nationalen Mythos an« (Naumann, 1990, 63). Das einzig legitime, demokratischen Auffassungen angemessene Verständnis von Nation entdeckt Naumann in der knappen Definition des französischen Philosophen und Historikers Ernest Renan: Die Nation beruht auf einem »täglichen Plebiszit«. Er votiert für die Orientierung an den universalistischen Kriterien einer republikanischen »politischen Kultur«. Damit und nur damit sieht er einen Kulturbegriff formuliert, »der weder völkisch noch rassistisch noch kulturell reduziert ist« (Naumann 1990, 64). Was die deutsch-deutsche Vereinigung betrifft, so bleibt für Naumann die Berufung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Nation« »nebulös« und als Legitimationsbasis für die Einheit ungeeignet (1990, 65). An anderer Stelle wird deutlich, daß damit die Berufung auf ein ideologisches Subjekt »Nation« gemeint ist, wie man sie hierzulande nach dem November '89 oft zu hören bekommen hat. Dagegen Naumann: »Die Konstitution einer politischen Nation würde, nach den Standards der Neuzeit, einen öffentlichen, diskursiven, gleichberechtigten und plebiszitären Akt der Verfassungsgebung ... erfordern« (1991, 34). Die Formulierung im Optativ, nein Irrealis erklärt sich daraus, daß der Satz Ende 1990 geschrieben wurde.

Mitte 1990 war die Hoffnung auf eine Verfassungsdiskussion noch nicht begraben. Einige Autoren mahnten diese vor allem mit juristischen Argumentationen an (vgl. Ullmann 1990). Teilweise wurde aber auch, z.B. von Obeth (1990), dem Gesichtspunkt der politischen Identität des neugebildeten Deutschland großes Gewicht beigemessen. »Die bleibende Aktualität der Verfassungsdiskussion hat etwas mit der (noch nicht vorhandenen) Identität des vereinigten Deutschland zu tun« (Obeth 1990, 82). Dies gelte selbst beim faktischen Beitritt der DDR, meinte der Verfasser im Juni 1990. Die Frage nach der Identität der neuen »großen Bundesrepublik« stellt sich für ihn nicht zuletzt auch und gerade im Hinblick auf die Veränderung der politischen Gesamtkonstellation in Europa. Den Versuch, sich kurzerhand gleich mit der westeuropäischen Identität zu behelfen, hält er für einen fragwürdigen Ausweg. Gegen die Identitätsfindung über die west-

europäische Integration formuliert Obeth den Einwand: »Dieser Versuch, ohne nationale Identitätsbildung sich gleich auf den Weg zu einer westeuropäischen zu machen, ist mit dem Makel behaftet, wie ein Ausweichen vor der eigenen Geschichte zu wirken« (1990, 84). Die westeuropäische kann sich für ihn, anders als für Naumann, erst auf der Basis der gemeinsamen Arbeit an der nationalen Identität bilden, und dieser Prozeß muß seinen Ausdruck in einer Verfassungsdebatte finden. Ein gesamtdeutscher Neuanfang ist für Obeth »auf der Basis einer alten Identität Deutschlands« nicht möglich. Hier wird man auch an den Hinweis von Naumann erinnert, welch ein widersprüchliches Gebilde die alte Bundesrepublik von Anfang an bis auf die Verfassungsebene gewesen ist, nämlich von ihrem offiziellen Selbstverständnis her »Gegenpol zum NS-Staat und Kontinuitätsträger, Republik und Reichsnachfolger, ja – Statthalter, Provisorium und Stellvertreter« (Naumann 1990, 62). Auch der Begriff der Kulturnation kann für Obeth »kein Anknüpfungspunkt« sein; denn schließlich wiesen die »Lebenskultur« wie die politische Kultur in Ost und West wenig Gemeinsamkeiten auf (Obeth 1990, 84).

III

Hat diese Diskussion des Jahres 1990 noch irgendeine praktische Relevanz, ist sie nicht durch die geschaffenen Fakten überholt? Nichts von Konföderation oder Vertragsgemeinschaft. Nicht genug damit – der formelle Beitritt der DDR hat sich in der Realität als Anschluß entpuppt. Der Zusammenschluß wurde in einem einmaligen »Crash-Verfahren« (R. Lepsius) vollzogen. Die »Kolonisierung« der ehemaligen DDR ist nicht vermieden worden, sie ereignet sich täglich. Von den Institutionen der Ex-DDR ist kaum noch etwas übrig. Viele sind schon der »Abwicklung« oder Privatisierung zum Opfer gefallen, andere werden der »Evaluation« nicht standhalten. Damit geht die massenhafte Entwertung von Biographien einher. Von der »Lebenskultur« der früheren DDR-Gesellschaft mögen sich einige Artefakte im privaten Alltag, vielleicht auch im Arbeitsleben erhalten. Elemente der politischen Kultur, soweit diese nicht schon vom allgegenwärtigen Stasi systemimmanent zerstört worden war, werden allenfalls von den kleinen, um nicht zu sagen, marginalen linken Gruppierungen am Leben erhalten. Die Forderung nach einer neuen Verfassung ist beiseite gewischt worden. Es hat keine öffentliche Diskussion und Abstimmung über das Grundgesetz gegeben, um dieses inhaltlich zu aktualisieren und formal zu legitimieren.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Überwältigung der DDR-Gesellschaft hätte dies wohl auch schon Mitte des Jahres 1990 nur noch wenig Sinn gehabt. Nicht ohne Grund wurden auch Befürworter der Verfassungsdebatte zwiespältig in ihrer Haltung, weil sie angesichts der politischen Stimmung in der DDR nicht mehr sicher waren, ob eine neue Verfassung fortschrittlicher sein werde als das Grundgesetz. Andererseits bleibt es ein Mangel, der vielleicht noch folgenreich sein wird, daß die wirtschaftliche Einverleibung keine Chance mehr zur politischen Neugestaltung ließ. Die Menschen erfahren sich wieder nicht als Subjekte, sondern als Objekte politischen Handelns. Die von vielen geforderte Trauerarbeit oder »Nacharbeit« (M. Stolpe) ist damit sehr erschwert, und es kommt wohl zu vielen Identitätsbrüchen und Traumatisierungen. Die

Unterschiede, ja Gegensätze zwischen den ehemaligen DDR-Bürgern und den Bundesdeutschen nehmen nach dieser Art von Vereinigung, so der Eindruck einiger Beobachter, eher zu.

Daß der Staat DDR bei veränderten Machtkonstellationen im außenpolitischen Umfeld so schnell und haltlos zusammengebrochen ist, kann dem Umstand zugeschrieben werden, daß sich – entgegen der Erwartung – keine nationale Identität entwickelt hatte. Nationale Identität ist – wie individuelle Identität im modernen Sinn – Faktizität und Entwurf. Sie ist nicht einfach vorhanden, sondern wird hergestellt. Dabei läßt sich eine eher ideologische von einer eher diskursiven Weise der Konstituierung unterscheiden. Ob sich beide Praxen in der Realität immer eindeutig gegeneinander absetzen, sei dahingestellt. Beide greifen zurück auf kulturelle Gemeinsamkeiten, in denen sich gemeinsame historische Erfahrungen und Konflikte manifestieren.

Ideologische Identitätsbildung arbeitet mit nationalen Mythen in der Form der »Anrufung«. Die Individuen werden im Namen des »großen Subjekts« Nation angerufen und als deren Glieder zur Pflicht gerufen. Die Effektivität dürfte unter anderem auch davon abhängig sein, wie weit es dem System gelingt, die materielle Existenzsicherung zu garantieren. In Krisen wechseln leicht Loyalität und Zugehörigkeit. Oder man sucht Schutz unter den Fittichen der Nation, schließt die Reihen enger und greift auf Zugehörigkeitskriterien zum Ausschluß von Gruppen zurück.

Diskursiv ausgebildete Identität ist vielleicht weniger krisenanfällig, so gewiß jede kollektive Identität sich auf lebensichernde Leistungen stützt. Die Individuen müssen m.a.W. davon ausgehen können, daß sie durch diese Art von Vergesellschaftung ihre Lebensbedingungen kontrollieren können. Die diskursive Identitätsarbeit vollzieht sich im öffentlichen Diskurs und hat daher die Zivilgesellschaft zur Voraussetzung. Sie braucht freiheitsverbürgende Institutionen und Institutionen, in denen Diskurse gelernt und ausgetragen werden.

In der DDR aber gab es keine Zivilgesellschaft, wenn auch einige »Enklaven kritischen Denkens« (M. Brie). Die Begründung einer eigenen DDR-Nation in der Gesellschaftsform wie in der antifaschistischen Tradition blieb unzureichend, weil die Bürger nicht die Möglichkeit hatten, sich im Medium einer kritischen Öffentlichkeit zu den Produktionsverhältnissen und zu ihrer Geschichte ins Verhältnis zu setzen. Die von der SED angestrebte »sozialistische Nationalkultur« konnte das nicht leisten. Antifaschistische Widerstandstraditionen versteinerten zu »handhabbaren Museumsstücken« (O. Negt), Beschwörungen sozialistischer Werte und Inszenierungen sozialistischer Gemeinschaft anstelle von kollektiver Auseinandersetzung konnten keine nationale Identität schaffen. DDR-Literatur und Theater bildeten wohl Foren der Kritik oder brachten stellvertretend Probleme zur Sprache, erreichten aber anscheinend nur einen beschränkten, wenn auch beachtlichen Kreis. Mehrheitlich kam es zu eher blinden und daher brüchigen Identifikationen mit dem System, verbunden mit versteckten mentalen Reserven, mit dem Schielen nach dem Reichtum der westlichen Verwandten.

Weil keine Identität in gemeinsamer »Identitätsarbeit« ausgebildet werden konnte, deshalb ist auch der schnelle Rekurs auf übergreifende deutsche

Gemeinsamkeiten, der Griff nach nationalen Symbolen verständlich. Viele Linke befürchteten nach dem November 1989 einen überbordenden Nationalismus. Momentan scheint die Gefahr gering, was nicht heißt, daß sie gebannt ist. Aufschlußreich ist die Konjunktur der Nationalismen in den osteuropäischen Ländern, wo der Staatssozialismus die Bildung einer Zivilgesellschaft ausschloß und den Kampf um kulturelle Hegemonie durch staatliche Propaganda ersetzte.

Nationale Identität ergibt sich nicht einfach durch gemeinsame Merkmale. Kulturelle Gemeinsamkeiten begründen noch keine nationale Identität, von dem Mythos einer Abstammungsgemeinschaft ganz zu schweigen. Entscheidend und primär konstitutiv ist der demokratisch gebildete politische Wille. D.h. die Nation basiert auf »dem deutlich zum Ausdruck gebrachten Wunsch, das Zusammenleben fortzusetzen« (Renan) bzw. neu zu beginnen, müßte man Renan ergänzen. Der politische Wille wird sich andererseits freilich auf historische Gründe stützen, auf gemeinsame Erfahrungen, konflikthaft besetzte Themen, Wertvorstellungen, Ideen. Auch in dieser Hinsicht kann man sich auf die jüngst häufiger zitierte Definition von Renan berufen: »Eine Nation ist demnach eine große Verbundenheit im Bewußtsein der Opfer, die man gebracht hat, sowie derjenigen, die man bereit ist zu bringen« (zit. nach Finkielkraut 1989, 38). – Soweit Renan in bezug auf Elsaß-Lothringen und in Anspielung auf die gemeinsame Revolution von 1789. Das ist nun kaum auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Unserer hat Schwierigkeiten mit der Formulierung, weniger weil sie hundert Jahre alt ist, sondern weil ein vergleichbarer republikanischer Gründungsakt fehlt. Für die deutsche Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts sind »Revolutionen« von oben und nationale Einheit von oben typisch, so daß man fast von Wiederholungszwang sprechen möchte. Insofern sind Skepsis und Mißtrauen gegenüber der deutschen Neuvereinigung verständlich und – so wie sie bisher vollzogen worden ist – auch berechtigt, auch wenn sie unleugbar durch Mehrheitsvotum zustande gekommen ist.

Es käme nun – gerade auch im Hinblick auf die getrennte Entwicklung seit der Nachkriegszeit – darauf an, sich der gemeinsamen historischen Verantwortung zu stellen und die gemeinsamen wie auch die zeitweise getrennten Erfahrungen zu bearbeiten. Auch die Bedeutung der zum Teil äußerst großen Differenz der Erfahrungen selbst wäre zu reflektieren, denn gemeinsame historische Erfahrungen und Konfliktfelder bedingen, wenn wir Theoretikern wie Otto Bauer oder Norbert Elias glauben wollen, eine nationalspezifische Aneignungs- und Darstellungsweise (Bauer 1924), einen »nationalen Habitus« (Elias 1989). So gewiß es habituelle Gemeinsamkeiten bei den Deutschen aus Ost und West gibt, so sicher sind auch nachwirkende Unterschiede zu vermuten. Sie hätten wohl durch eine wirklich gemeinsame, kooperative politische Neuschöpfung am ehesten überwunden werden können. Auch die postulierte kollektive Identitätsarbeit hat unter den inzwischen gesetzten Bedingungen der ökonomischen und institutionellen Annexion kaum eine Chance; denn eine historische Standortbestimmung setzt voraus, daß die Menschen ihre Geschichte – bis zu einem gewissen Grade wenigstens – mit Willen und Bewußtsein machen.

Literaturverzeichnis

- Bauer, O., 1924: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, 2. Aufl. In: Werkausgabe, Bd. 1, Wien 1975
- Brandt, P., 1984: Deutscher Sozialismus? In: Das Argument 145, 429ff.
- Charlier, M., 1990: Deutschland, schwierig Vaterland. In: Blätter f. dt. u. internat. Politik, H.2, 179ff.
- Elias, N., 1989: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M.
- Finkielkraut, A., 1989: Die Niederlage des Denkens. Reinbek
- Glotz, P., 1990: Der Irrweg des Nationalstaats. Stuttgart
- ders., 1990: Renaissance des Vorkriegsnationalismus? Deutsche Umbrüche oder: ein sozialdemokratisches Programm für Europa. In: Neue Gesellschaft/Frankf. Hefte, H.1, 40ff.
- Guha, A.-A., 1990: Die Linke und der Nationalstaat. In: Vorgänge 105, 42ff.
- Hilf, R., 1990: Sackgassen und Horizonte. Worin besteht die Deutsche Frage? In: Neue Gesellschaft/Frankf. Hefte, H.1, 46ff.
- Hoffmann, L., 1990: Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und Nationalstaat. Köln
- Klönne, A. 1984: Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen. Köln
- Kühnl, R., 1986: Nation – Nationalismus – nationale Frage. Köln
- Loth, W., 1990: Welche Einheit soll es sein? Beobachtungen zur Lage der Nation. In: Blätter f. dt. u. internat. Politik, H.3, 301ff.
- Merseburg, A., 1990: Die Linken und die »deutsche Frage«. In: Vorgänge 104, 7ff.
- Naumann, K., 1990: Nationale Fragezeichen. Zur doppeldeutschen Suche nach der verlorenen Nation. In: Vorgänge 105, 60ff.
- ders., 1991: Neudeutschland auf der Suche nach der verlorenen Nation. In: Erziehung u. Wissenschaft, H.1, 33f.
- Negt, O., 1990: Der gebrochene Anfang. Sozialismus und das Problem einer Deutschland-Utopie. In: Das Argument 184, 905ff.
- Obeth, Th., 1990: Droht der vereinigte »Sicherheitsstaat« Deutscher Nation? In: Vorgänge 105, 67ff.
- Ullmann, W., 1990: Deutsche Einheit – aber was ist das? In: Blätter f. dt. u. internat. Politik, H.12, 1433ff.

Weitere Beiträge zu den Themenschwerpunkten

- Hans-Heinrich Nolte: Perestrojka und Internationales System. Zur Rolle der Rüstung. Argument 183 (1990)
- Volker Gransow und Heidrun Suhr: Der gescheiterte Einmarsch: *Amerika*, Super-Amerika, Anti-Amerika. Argument 164 (1987)
- Franz J. Hinkelammert: Vom totalen Markt zum totalitären Imperium. Argument 158 (1968)
- Christian Sigrist: Der lange afghanische Krieg. Argument 157 (1986)
- Erich Wulff: Produktion und Wirkung von Feindbildern. Argument 160 (1986)
- Mary Kaldor: Krieg und Kapitalismus. Argument 141 (1983)
- Anna Abel und Ursula Blankenburg: Militarisierung des Alltags. Argument 132 (1982)
- Bruno Frei: Zur Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts. Argument 136 (1982)
- Wolfgang Harich: Zur Problematik der Exterminismus-Theorie. Argument 131 (1982)
- Hans-Heinrich Nolte: Militarismus in der sowjetischen Gesellschaft und internationaler Rüstungswettlauf. Argument 131 (1982)
- Klaus Ottomeyer: Militarisierung der Subjekte und des Alltagslebens. Argument 132 (1982)
- Stefan Tiedtke: Militär- und Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion. Argument 133 (1982)
- Wolfgang Harich: Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik. Argument 127 (1981)
- Baber Johansen: Islam und Staat im Imperialismus. Argument 129 und 130 (1981) und Argument-Studienheft SH 54 (1982)
- Edward P. Thompson: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation. Argument 127 (1981)
- Raymond Williams: Die Politik der atomaren Abrüstung. Argument 127 (1981)

Thomas Gehrmann

Fußball und Nationalismus

Beobachtungen nach der Fußball-Weltmeisterschaft

In den frühen 70ern, meiner politisch-aktivistischen Jugendzeit, irritierte mich die Beobachtung, daß wir Linken zwar gelegentlich mächtige Demonstrationen mit zehntausend und mehr Teilnehmern zustandebrachten, die Fußball-Bundesliga aber regelmäßig jede Woche ein Vielfaches an Menschen mobilisierte. Meine Phantasien erwärmten sich an der Vorstellung, daß diese Massen eines Tages für ihre wahren Interessen (oder was ich dafür hielt) auf die Straße gehen würden; und sie kühlten sich ab bei der Feststellung, daß diese Massen unbeirrt weiter dem frönten, was ich damals für Pseudo-Bedürfnisse hielt. Auch heute noch entzieht sich die Fußballbegeisterung weitgehend einer kritischen Theorie der Gesellschaft: Der Fußball ist an sich nicht gesellschaftskritisch, und die Sozialwissenschaften beschäftigen sich wenig mit ihm.

Bei der Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr, der »Italia 90«, brachte der Sieg der deutschen Mannschaft das deutsche Volk so massenhaft, so vehement und auch spontan auf die Straßen, wie es sich meine pubertären Phantasien nie auszumalen vermocht hatten, aber auch so nationalistisch mit »Sieg!«- und »Deutschland!«-Geschrei, wie zu befürchten war. Was der kritische Geist immer schon in der abgeschotteten Welt der Fußballstadien vermutet hatte, trat nun schamlos und überwältigend in die Öffentlichkeit. Keine Stadt, kein Dorf in der Bundesrepublik, wo nicht nach dem gewonnenen Endspiel auf den Straßen gefeiert wurde. Diese Art Straßenfest, immer wieder als »italienische Nacht« beschrieben, hatte überall die gleichen Erscheinungsformen: ein mitternächtlicher Karneval fand statt, bei dem Menschenmengen an den Straßenrändern standen und den »Fest-Wagen« zujubelten, die hupend vorbeizogen, fahnen geschmückt und mit johlenden Passagieren überfrachtet. Unter der offensichtlichen Ausgelassenheit lag eine aggressive Grundstimmung, und mich beschlich im Trubel eine diffuse Angst.

Das Bild der Siegesfeiern war bereits seit den Viertel- und Halbfinals gegen Holland und England geprägt von einem früher nie gesehenen Meer von Deutschland-Fahnen. Hierin scheint das Phänomen des Nationalismus am ehesten greifbar zu werden, aber dieser vermeintlich direkte Weg führt nicht weit. Sozialpädagogen, Richter oder Journalisten, die junge Fußballfans etwa auf ihre »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«-Aufnäher ansprechen und fragen, was für sie »Deutschland« eigentlich bedeute, ernten nie mehr als ein paar armselige Floskeln. Damit wären die stolzen Deutschen, wenn man so will, der Dummheit überführt, aber was nutzt das?

Der Fußball ist offensichtlich aufgeladen mit Bedeutung, und diese Bedeutung verbirgt sich, indem sie sich mit grellen Etiketten wie »Deutschland« oder »Nationalstolz« beklebt und ihren Inhalt ausposaunt. Für den Psychoanalytiker ist oft weniger das Material interessant, das der Patient freiwillig liefert, als vielmehr das, was er zurückhält. Auch die Fußball-»Nationalisten« bieten dem

Analytiker zum tieferen Verständnis dieser Siegesfeiern neben allzu Offensichtlichem auch unbewußtes Material – Begleitumstände, Marginalien, auch Analogien, Konnotationen, Anekdoten. Material, das gewissermaßen danach schreit, gedeutet zu werden.

»Liebesmädchen schunkeln mit Polizisten«

Zum atmosphärischen Gesamtbild der Weltmeisterschaftsfeiern gehört ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einheit: »Wildfremde Menschen tanzen auf der Straße«, »Unbekannte lagen sich jubelnd in den Armen« – das sind Sätze, die fast wortgleich in jeder Zeitung gebraucht wurden. »Liebesmädchen schunkeln mit Polizisten, Flaschen wandern von Hand zu Hand«, »Wunderschön, das neue Wir-Gefühl«, kommentierte die Bildzeitung. Ausgelassene Fröhlichkeit, die Nacht zum Tag machen, Regeln und Ordnungen auf die leichte Schulter nehmen, rasch mit jedermann in Kontakt kommen: all dies sind Qualitäten, die wir Deutschen normalerweise nicht mit uns in Verbindung bringen, sondern (zurecht oder nicht) auf die Italiener projizieren. Für diesen einen Moment war es umgekehrt: Fußballzuschauer und Deutscher zu sein war die Eintrittskarte zur kleinen Freiheit der nächtlichen Straßen-Feten. Das vom Alkohol noch beförderte Entgrenzungserlebnis, der Genuß ozeanischer Gefühle, würde im Alltag eher panische Ängste auslösen. Hier war es dadurch abgestützt, daß die aufs Spiel gesetzte persönliche Identität in der kollektiven, der nationalen aufgehoben war. Drohenden Schuldgefühlen war nicht nur durch den karnevalistischen Ausnahmezustand vorgebeugt, sondern auch durch die jedem gegenwärtige besondere »Gerechtigkeit« des Sieges der deutschen Nationalmannschaft: »Natürlich hat der Rudi Völler beim Elfer etwas nachgeholfen«, erklärte Teamchef Beckenbauer – »Trotzdem: Noch nie hat es einen verdienteren WM-Sieger gegeben«. Da mochte niemand widersprechen. Selbst an Beckenbauers Äußerung, »Wir sind über Jahre nicht mehr zu besiegen. Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber es ist so«, wurde lediglich ihre politische Taktlosigkeit und Überheblichkeit gerügt.

Eine gewisse Katerstimmung am Tag danach sprach aus bilanzierenden Zeitungsartikeln: »Auf eine Freudenfeier fallen dunkle Schatten. Tote, Verletzte, Millionenschäden nach dem Fußballsieg«. Würde jemand eine Phänomenologie des Sieges verfassen, dann würden vermutlich solche Ernüchterungen oder Wermutstropfen als feste Bestandteile regelmäßig auftauchen. An dieser Stelle möchte ich jedoch die Aufmerksamkeit mehr auf ein paar scheinbar abseitige Details lenken. Ich zitiere dazu ein paar der »normalen« Ausfälle: »Ein Achtzehnjähriger kam (in Köln) zu Tode, der in einer fahrenden Straßenbahn eine Scheibe eingeschlagen und sich aus dem Fenster gelehnt hatte.« »Nach Mitternacht drohte eine Menschenmenge, einen achtzehnjährigen Türken zu lynchen. Er war mit seinem Wagen zwischen den Fußballfans eingeklemt worden.« »Ein mit Fußballfans besetzter Wagen (prallte) gegen zwei Laternenmasten. Zwei junge Männer starben noch an der Unfallstelle.« Den zitierten Beispielen ist gemeinsam, daß Täter wie Opfer ganz überwiegend junge Männer sind. Darüber hinaus ist bemerkenswert, daß immer wieder Autos und öffentliche Verkehrsmittel gestohlen, beschädigt und zerstört wurden. »In Heidelberg wurde das Dach

eines Linienbusses eingedrückt, als Fußballfans darauf tanzten.« »Die Zahl der beschädigten Privat- und Polizeifahrzeuge (in Hamburg) war am Montag noch nicht bekannt«, »Hundert Autos wurden (in Westberlin) beschädigt«, »Am Bor-sigplatz in Dortmund haben siegestrunkene Fußballfans ein Auto angezündet.« Die Auflistung ließe sich beliebig verlängern.

Zunächst ist kein inhaltlicher Zusammenhang dieser Auto-‘Unfälle’ mit Fußball oder Nationalismus zu erkennen. Nimmt man sie überhaupt zur Notiz, dann bemerkt man neben ihrer bloßen Häufung, daß diese Ereignisse wie ihre Rezeption überall stereotyp, fast rituell gleichförmig abliefen. Allein daraus offenbart sich zwar noch kein verborgener Sinn, aber was immer dieses Stereotyp bedeuten mag – zufällig ist es nicht. Das »den Autos auf dem Kopf Herumtanzen« ist keine zufällige Form des »Über die Stränge Schlagens«; als unbewußtes Material bietet es einen Seiteneinstieg, um das Phänomen des Nationalismus zu verstehen. Die in dieser Hinsicht sehr verständnisvolle Bildzeitung (7.7.90) faßt es so: »Als Beckenbauer kam, war der deutsche Fußball am Boden. Heute tanzen die Fans auf den Autodächern.« Die Verlierer sind aufgestanden, durch unsere Helden von Rom sind wir Weltmeister geworden. Sieger tanzen auf Autodächern. Wieso Autodächer? – Eine Gleichsetzung von »Auto« und »Frau« als Chiffren eines männlichen Diskurses war mir früher schon auf- und jetzt wieder eingefallen.¹ Die Nachrichten von demolierten Autos bei der WM-Siegesfeier entsprächen dann dem Sinne nach der Zeitungsmeldung »Warum hast du nicht mit mir Deutschland geguckt? Fan erschoss seine Frau« (Bildzeitung vom 26.6.90 – nach dem deutschen Sieg über die Mannschaft der Niederlande). Ebenso wie das Auto ist in unserem Zusammenhang auch das Land bzw. die Stadt (Köster 1989, 13ff.) als Konnotation zu »Frau« lesbar. Die sozialanthropologische Erklärung dafür wäre, daß Land in der Geschichte der Menschheit, schon bevor es als bebautes Acker- oder Weideland Produktionsmittel wurde, Ressource für Lebensmittel war. Ein Territorium zu beherrschen, war Grundlage für die Reproduktion der Gattung. Genau das läßt sich, in einer besitzergreifenden, patriarchalen Sichtweise, auch von den Frauen sagen.

»Eine Analyse zum Verhalten von Fußballfans«, betont Wilhelm Heitmeyer, »kann nicht den Umstand ignorieren, daß sich die Fan-Szenerie immer noch in erster Linie aus männlichen Jugendlichen zusammensetzt.« (Heitmeyer/Peter 1988, 47f.) Er selbst allerdings reduziert den Aspekt »Männlichkeitsnormen und Körperlichkeit« in seiner Untersuchung auf einen kurzen Exkurs. Wissenschaftler und Pädagogen, sofern sie sich überhaupt mit dem Thema Fußball und dem Verhalten jugendlicher Fußballfans beschäftigen, ignorieren weitgehend, daß es sich eben um eine männliche Jugendkultur handelt. Heitmeyer listet ein Setting der Verhaltensformen und Ideologeme auf, das die Fußball-Fankultur ebenso auszeichnet wie die Szene der jungen »Rechtsradikalen« (vgl. Gehrman 1990a): Vereinzelung, Gleichaltrigengruppe, Gewaltakzeptanz, Männlichkeitsnormen, autoritär-nationalisierende Orientierungen. Diese konkreten Ausdrucksformen wären nun unschwer als spezifisch männlich dechiffrierbar: die Gleichaltrigengruppe erweist sich in unserem Zusammenhang auch als männliche Gleichgeschlechtlichen-Gruppe. Die »nationale Identität« ist in der Übersetzung als Territorialität, vulgo Pißmarke, leicht als männlich zu erkennen.

Soziale Bedeutung der Räume und soziale Bedeutungsräume

Über die Territorialität von Fußballfans schreibt Kurt Weis: »Fanverhalten ist raumbezogen, aber diesen Raum schaffen sie sich selbst, wo immer sie auftreten. Fast überall, wo sie erscheinen, versuchen sie, eine soziale Inbesitznahme des jeweiligen Raumes vorzuführen. (...) Wenn jedoch vom umbauten Raum zum sozialen (Bedeutungs-)Raum bestimmter Gruppen übergeleitet wird, geht es nicht mehr um raumbedingtes Verhalten als solches und Territorien im Sinne fest markierter Grenzen, sondern um sozial vermitteltes Verhalten in einem (sich selbst und anderen) vorgetäuschten Territorium.« (Weis 1982, 301)

Im Fußball und seinem Umfeld geschieht eine Inszenierung von archaischen Bedeutungsmustern.² Die von Skinheads zur Schau getragene »Körperlichkeit und Kraft (leitet ihre Bedeutung) nicht mehr allein aus der Stellung im Produktionsprozeß her«, sondern ist »eher künstlich, ... gewissermaßen 'aufgesetzt'« (Heitmeyer/Peter 1988, 47). Wenn Fußball-Hooligans, etwa bei einem Auswärtsspiel des Heimat-Vereins in der fremden Stadt, in fremdem Territorium umherstreifen, den Gegner (die Hooligans des anderen Vereins) *aufspüren*, ihn *stellen*, *jagen* und *umboxen*, dann fingieren sie damit eine nomadische Horde von Wildbeutern.

Das Räsonieren, nicht »wir« hätten gewonnen und auch »Deutschland« nicht, sondern die deutsche Nationalmannschaft, übersieht damit den Überhang an Bedeutung, der das Fußballspiel erst zu dem macht, was es ist. Wird diese Ebene einmal akzeptiert, dann ist der Rasen des Fußballstadions der Boden, auf dem »Deutschland« zerstört liegt, oder der »Deutschland« auch wieder die Kraft spendet, sich siegreich zu erheben. Als symbolisch-kultische Handlung konnotieren Kampf und Sieg im Fußball zugleich die Eroberung und Aneignung von fremdem Territorium, beziehungsweise die erfolgreiche Verteidigung des bedrohten eigenen. Die gewissermaßen klassische Formel lautet: die Männer töten, die Stadt plündern, die Frauen vergewaltigen. Diese Elemente finden sich auch im Kanon der kollektiven Phantasien militant gestimmter Fußballfans wieder: Den Feind zu schlagen ist vorrangiges Ziel; eventuelle Plünderungen etwa an Autobahn-Raststätten und ein Bummel durch das Puff-Viertel runden das Abenteuer einer Auswärtsfahrt gelegentlich perfekt ab.

Daß die Rechtsparteien wie NPD oder Republikaner »Männerparteien« seien, ist nach den Wahlen der letzten Jahre mehrfach festgestellt worden. Männerparteien, das heißt zunächst: überwiegend von Männer gewählt und kaum von Frauen (ziemlich genau im Verhältnis 2:1). Die Politik von Parteien allein auf Grund ihrer Mitglieder- oder Wähler/innen-Struktur als männlich oder weiblich zu bezeichnen, wäre sicher unzureichend. Michael Jäger hat einen Ansatz entwickelt, der das Parteiensystem als metaphorische Repräsentation von Geschlechterrollen beschreibt – die Rolle der politischen Linken ist, grob gesagt, 'weiblich', die der Rechten 'männlich' besetzt (Jäger 1986). Das nicht biologisch, sondern metaphorisch Männliche erweist sich kaum je unmittelbar und empirisch, sondern in seinen Kontexten und Konnotationen. Die weitgehende Deckungsgleichheit von Fußball- und Nazi-Ideologemen ist offensichtlich nicht Ergebnis rechter politischer Agitation, ist überhaupt nicht in einem mechanistischen Ursache-

Wirkungs-Schema aufgehoben. Sie tritt jedoch aus ihrer scheinbaren Unerklärlichkeit oder Sinnlosigkeit, wenn sie als männlich determiniert gelesen wird.

»Wir sind die Fans!«

Die Welt bemerkte am 9. Juli 1990 ganz richtig: »Eine Aufwertung wie nicht einmal durch die deutsch-deutsche Vereinigung haben die Farben Schwarz-Rot-Gold durch die Fußballweltmeisterschaft erlangt.« Sicher standen während der Fußball-WM die Begriffe Einheit und Vereinigung hoch im Kurs: »'Unificazione tedesca' ist das Zauberwort, das die fußballverrückten Italiener trotz WM verzaubert«, berichtete die *Bild-Zeitung* am 4.7.1990. Diesen Zauber kann das Thema »Staatliche Einheit« aus sich heraus nicht entfalten, sondern nur im Rückgriff auf die gleichen Emotionen, die die »Fußballverrückten« aller Länder bewegen (vgl. Gehrman 1990b). Andererseits bedient sich der Fußball umgekehrt der nämlichen Gleichung. Lothar Matthäus (laut derselben Ausgabe der *Bild-Zeitung*): »Falls wir gegen England gewinnen, tun wir das für die deutsche Einheit.« Das Interaktions-Muster, sich vermittelt über Fußballspiele des eigenen (hier als Staat definierten) Territoriums zu versichern, ist im Geltungsbereich der ehemaligen DDR-Oberliga gebrochen. Vermutlich ist das der wesentliche Grund dafür, daß aktuell der Fußball dort so dramatisch unter Zuschauer-schwund leidet. Die Fans sind verstört.

Das Bundesverfassungsgericht stellte jüngst (zur Frage des Ausländer-Wahlrechts) fest, das Volk, von dem laut Grundgesetz alle Staatsgewalt ausgeht, meine das deutsche »Staatsvolk«. Davon hatten die Volksmassen auf dem Frankfurter Römerberg, die zur Jubelfeier stundenlang in brütender Sonne auf unsere heimkehrenden Weltmeister warteten, eine andere Auffassung. Als ihnen die Vereinigung mit ihren Heroen, die endlich im Kaisersaal eingetroffen waren, weiter vorenthalten wurde, weil jene drinnen von Honoratioren in Beschlag genommen wurden, erhoben sich draußen Sprech-Chöre: »Wir sind die Fans« – angelehnt an die (damals noch populären) Rufe der DDR-Demonstranten gegen ihre Obrigkeit: »Wir sind das Volk!« Dies ist nicht einfach das »Staatsvolk«. Die Fahnen, die zu den Siegesfeiern geschwenkt wurden, waren nicht nur »ohne Hammer und Zirkel«, wie die FAZ am 9.7. genüßlich feststellte, sondern manchmal war auch der Bundesadler durch das Abbild eines Fußballes ersetzt. Der politische Impuls des Fußballvolkes ist nicht der eines verfaßten Nationalstaates, sondern vordemokratisch, eher feudalistisch. Über sein Medium, die *Bild-Zeitung*, ruft es, »Hoch lebe Franz, der deutsche Kaiser« (10.7.90). Nicht nur allgemein erklären sich obskure Zusammenhänge oft durch ihre Marginalien; geradezu methodisch setzen Medien (hervorragend die *Bild-Zeitung*) die entscheidenden Hinweise in benachbarte Artikel und ihre Titel. So steht zur Erläuterung, was an dem deutschen Kaiser das 'Deutsche' ausmacht, nebenan: »Boris und Kati Witt – was läuft denn da?« Die glückliche Vereinigung dessen, was zusammengehöre, wird als west-östliche, »kapitalistisch-sozialistische«, männlich-weibliche Vereinigung imaginiert.

Deplaziert, hilf- und wirkungslos sind zumeist die politisch motivierten Gegenstrategien von »anti-faschistischer« oder »anti-sexistischer« Seite. »Berliner

St. Pauli-Fans gegen rechts« überschrieben ihr Flugblatt mit »9. August 1990: Hertha BSC – FC St. Pauli – mehr als nur ein Fußballspiel!!!«, was richtig ist insofern, als dies für jedes Fußballspiel zutrifft. Mit dem »mehr« ist hier aber nur eine Zuspitzung auf einen politisch artikulierten links-rechts-Gegensatz gemeint. Die Verfasser stellen sich vor als »Leute, ... die früher auch öfters mal zu einem Spiel gingen, aber irgendwann von Reichsmarinefahngewedel und von 'Sieg Heil'-Rufen die Schnauze voll hatten«, und die nun die Parole erheben: »Den Faschisten keine Chance, erobern wir die Stadien«. Die Behauptung, daß sich ein Fußballfan von ein paar Fahنشwenkern aus dem Stadion graulen läßt, wirkt unglaublich; sie ist »aufgesetzt«, »künstlich«. Trotz umgekehrter politischer Vorzeichen erscheint auch diese Gruppe als männlich bestimmte Gleichaltrigengruppe, die eine an bestimmte Ideale und Werte geknüpfte Gewaltbereitschaft kultiviert, die für sich Feindgruppen definiert und territorial orientiert ist. Auch die Stadioneroberer von links nehmen teil am spezifisch männlichen Diskurs, den der Fußballzusammenhang darstellt. Dieser Diskurs wird auch dadurch nicht automatisch aufgebrochen, daß Frauen sich als Frauen in ihn einmischen. Nicht, wenn eine Frauengruppe unter der Parole »Frauen erobern sich die Stadien« (Antifa 1990) das »Männerland« Fußballstadion als »Feindesland« beschreibt, das es zu erobern gelte.

Fußball und Nationalismus verbinden sich so leicht miteinander, weil sie Ausdrucksformen für wesentlich Gleiches sind; sie sind gewissermaßen aus einem Holz. Schon einzeln sind beide Formen geeignet, Anstoß zu erregen, um so mehr, wenn sie miteinander verbunden auftreten. Jeder politische Ansatz, der feministische inbegriffen, neigt dazu, den Sachverhalt »Fußball und Nationalismus« als Problem zu verhandeln und Strategien zu seiner Lösung zu entwerfen; er vermeidet es, den Prozeß des Anstoßnehmens selber zu problematisieren. Damit sind Projektionen sowie moralische Wertungen und Lager-Loyalitäten fast zwangsläufig. Die Ausrichtung an politischem Handlungsbedarf zieht solche Erklärungsmodelle vor, die nach einem Ursache-Wirkung-Schema organisiert sind. Nach diesem pragmatischen Schema arbeiten auch die meisten Wissenschaften, einschließlich der Gesellschaftswissenschaften. Ob nun der Agitator einer Neonazi-Partei in der Fanszene als Verursacher des 'Problems' angeführt wird oder die Jugendarbeitslosigkeit plus andere soziale Ursachen, alle diese Erklärungsansätze erweisen sich als kurzatmig und vermögen nur sehr reduzierte Erkenntnisinteressen zu befriedigen.

Demgegenüber setzt ein sozialanthropologischer Ansatz wie der hier skizzierte gewisse regelmäßige Phänomene in menschlichen Gesellschaften zunächst als gegeben voraus – genetisch, biologisch, wie auch immer. Das Vorgefundene ist weitgehend resistent gegen seine Gestaltung nach Maßgabe des »richtigen« politischen Bewußtseins, entzieht sich der Machbarkeit, bleibt im Grunde einer »Problemlösung« unzugänglich. Darin liegt die erste Kränkung eines politisch orientierten sozialwissenschaftlichen Ansatzes. Zudem fällt es schwer, etwas moralisch zu werten, was man als vorgegeben angenommen hat. Vor allem aber legt mein Ansatz nahe, nicht die Fremdartigkeit des politischen Gegners in den Vordergrund zu rücken, sondern das Gemeinsame, das eventuell als peinlich empfunden wird. Das Thema »Fußball und Nationalismus« ist ein

Paradebeispiel dafür, wie schwer es Männern fällt, eine Männerkultur auch als solche zu analysieren.

Das bedeutet nicht, daß eine pädagogische, sozial- oder kulturpolitische Intervention unmöglich oder sinnlos wäre. Aber der archimedische Punkt des Psychotherapeuten, die Frage: »Was hat das mit dir zu tun?«, löst erstens einen Teil dieser Probleme im Vorfeld auf und hilft zweitens, für den (möglicherweise erheblichen) Rest zu klären, inwieweit er welcher Form von kritischer Bearbeitung zugänglich ist. In den sozialpädagogisch orientierten Fanprojekten wird immer wieder betont, die Gewaltfrage sei für ihre Arbeit von zentraler Bedeutung, doch schleicht man selbst dort meistens um den heißen Brei herum. Die »moralische« Variante »Gewalt verhindern« ist zwar in der Öffentlichkeit konsensfähig, bedeutet aber Sisyphus-Arbeit – absehbar vergebliche Mühen. Die »amoralische« Variante läuft darauf hinaus, den Hooliganismus zumindest weitgehend hinzunehmen. Ihre Arbeit bestünde vorrangig darin, die gesellschaftlichen Toleranzbereiche zu erweitern und so Friktionen zu vermindern. Das aber würde vielleicht als »unmoralisch« mißdeutet – und in der Folge nicht mehr mit öffentlichen Mitteln finanziert. Scheinradikal aber ist der anklägerische, auf Opposition abonnierte Gestus, der immer noch versucht, die fußballbewegten Massen klassenkämpferisch zu mobilisieren. Auch hier wäre psychoanalytische Reflexion gefragt.

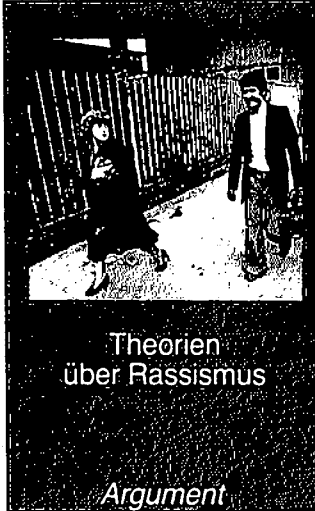
Anmerkungen

- 1 Vgl. Gehrman 1987 u. 1988; unbestritten ist das Auto eine mehrdeutige Chiffre, außer Personen und Lasten transportiert es diverse Bedeutungen.
- 2 Dieses Tun-als-ob, das Aufgesetzte und Vorgetäuschte, begegnet uns in verschiedenen Varianten immer wieder. Es soll hier nicht im Sinne der Ideologiekritik als »notwendig falsches Bewußtsein« verstanden werden, eher schon als eine Form der maskierten Wiederkehr verdrängter (sexueller) Impulse.

Literaturverzeichnis

- Antifa-Fußball-Ini (Reader), 1990: Why all the rage? Berlin
- Becker, P., 1990: Fußballfans. Vormoderne Reservate zum Erwerb und zur Verteidigung männlicher Macht und Ehre. In: G. Völger und K. v. Welck (Hrsg.): Ausstellungskatalog Männerbände – Männerbünde, Bd. II, Köln
- Boit, D., 1988: »Es gibt nur wahre Liebe unter Männern«. Im Fan-Bus vom Bökelberg nach Frankfurt. In: R. Horak (Hrsg.): »Ein Spiel dauert länger als 90 Minuten«. Fußball und Gewalt in Europa. Hamburg
- Gehrman, Th., 1987: »Auto-Bild« – ein Männermagazin. In: Psychologie & Gesellschaftskritik 44 ders., 1988: Der weiße Mann lenkt zuviel. In: Kommune 4
- ders., 1990a: Fußballrandale. Hooligans in Deutschland. Essen
- ders., 1990b: Deutschland einig Fußball-Land. In: Kommune 8
- Heitmann, F., und M. Löffelholz, 1991: Rechte Tendenzen bei Fußballfans. Eine jugendliche Subkultur in der Risikogesellschaft. In: deutsche jugend 1
- Heitmeyer, W., und J.-I. Peter, 1988: Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt. Weinheim/München
- Jäger, M., 1986: Parteiensystem und Sexismus. In: Kommune 7 u. 8
- Köster, B., 1989: Die Stadt ist weiblich und nur dem Sieger hold. In: Kommune 7
- Weis, K., 1982: Fußballrowdytum – Zur räumlichen und rituellen Beschränkung eines sozialen Problems. In: L.A. Vascovics, (Hrsg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Opladen

Ausländerfeindlichkeit in der BRD



Theorien über Rassismus

Hrsg. von Otger Atrata,
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht
und Cornelia Wolf

Die Aufsätze dieses Bandes — aktuelle Beiträge zu den unterschiedlichen Aspekten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der BRD — sind aus einer 1988 in Tübingen abgehaltenen Veranstaltungsreihe hervorgegangen.

Die Autoren arbeiten heraus, welche Funktionen rassistische und ausländerfeindliche Vorurteile für die Reproduktion und Absicherung von Herrschaftsverhältnissen und für deren Verankerung im ökonomischen und politischen System unserer Gegenwartsgesellschaft haben. Das Problemfeld »Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« ist nicht nur einzig auf das Phänomen Nationalismus zu reduzieren.

Aufgezeigt wird vielmehr, daß Rassismus und Ausländerfeindlichkeit für die in ihrer Lebensrealität eingeschränkten Menschen subjektiv durchaus nützlich und sinnvoll sein können.

Subjektiv-funktionale Motive greifen immer dann, wenn es um Ausgrenzung geht: sich nicht »normgerecht« Verhaltende werden von der Mehrheit zur Ordnung gerufen, einer Mehrheit, die sich auf eben diese Weise der Ordnung vergewissert, der sie sich selbst unterworfen hat.

Zu den Beiträgen: W. Ruf untersucht die ökonomische, U. Osterkamp die psychologische, W. Eilferding die ideologiekritische Dimension des Themas. H. Melber stellt einen Zusammenhang zum Kolonialismus her. Konsequenzen für das eigene politische Verhalten und daraus sich ableitende Strategien erörtert J. Klose für den Gewerkschaftsbereich. A. Kalpaka und N. Rätzhel untersuchen den alltäglichen Rassismus von rechts und links. G. Geiger entwickelt die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft.

Mit diesem Band ist ein erster, wichtiger Schritt getan — auf dem Weg zur Untersuchung eines spezifisch deutschen, neuen Rassismus.

AS 164, 176 S., br., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Michael Schneider

Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie*

Kurzer DM-Rausch und lange Depression

Über den Einzug der Marktwirtschaft in Ostdeutschland

Schon vor der Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion war die DDR zum »wildem Westen« geworden, in dem bundesdeutsche Firmen, durch keinerlei Importlizenzen, Zölle oder Wettbewerbsrecht behindert, tun und lassen konnten, was immer sie wollten. Die westdeutschen Lebensmittelfirmen hatten ungehinderten Zutritt zum DDR-Markt (die kurzfristig erhobene Importsteuer für Westwaren wurde gleich wieder aufgehoben), während die Fleisch-, Milch- und Gemüsetransporte der LPGs von den bundesdeutschen Zöllnern regelmäßig gestoppt wurden; sie entsprachen nicht den BRD- und EG-Standards für Hygiene etc. Seither fand und – findet noch – im Land zwischen Elbe und Oder ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb statt, vergleichbar jenem Prozeß, den Karl Marx seinerzeit für die britische Kronkolonie Indien beschrieben hat. Deren Tuch- und Seiden-Manufakturen waren durch die Billigimporte der britischen Textilindustrie in kurzer Zeit niederkonkurriert worden.

Alle hatten sie gewarnt: der Sachverständigenrat, die Deutsche Bundesbank, die Wirtschaftsinstitute und -Gremien, führende SPD-Politiker und Gewerkschafter. Doch entgegen dem Rat der Experten hat Helmut Kohl seinen wirtschaftsimperialen Kurs durchgesetzt, der die DDR-Wirtschaft mit einem Schlag der Weltmarkt-, vor allem der bundesdeutschen Konkurrenz aussetzte. Während die Kombiindustrie und die LPGs mit der DM in den Konkurs getrieben wurden, ließ man regierungsoffiziell den Wunderglauben verbreiten, die DM würde aus den Ruinen im Nu ein »zweites Wirtschaftswunder« hervorzaubern.

In einem »Warnruf der ökonomischen Vernunft« hatte sich schon im Februar 1990 eine Gruppe von Ökonomen aus der DDR und der BRD an die Bundesregierung gewandt: »Die Herstellung des Binnenmarktes in Europa ist im Westen mit erheblichem Planungsaufwand und mit beträchtlichen Regulationen zum Schutz gefährdeter Branchen und Regionen verbunden; wieviel mehr bedarf eine Wirtschaft wie diejenige der DDR der politisch-institutionellen Absicherung, wenn sie sich der internationalen Konkurrenz aussetzt ... Den von so manchem Politiker ausgemalten Investitionsboom kann es, wenn überhaupt, nur geben, wenn die Wirtschaft der DDR intakt bleibt und unter sozialer Kontrolle umstrukturiert wird. Die DDR am Ende des 20. Jahrhunderts darf nicht zum Manchester des frühen 19. Jahrhunderts werden.« Doch all diese Warnungen waren in den Wind gesprochen. Und so haben wir nun das neue Manchester mit demnächst drei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern im Herzen der deutschen Nation!

Prompt mit der Einführung der DM kam, sozusagen als Morgengabe der Einheit, auch die klassische Überproduktionskrise ins Land zwischen Elbe und

* Auszüge aus: »Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie«, Elefanten-Press Verlag, Berlin 1990.

Oder. Seither praktizieren westliche Handelsgesellschaften und Banken im brüderlichen Verein mit östlichen Einkaufsleitern, Kombinatdirektoren und Bürgermeister schulbuchmäßig die kapitalistische Ellenbogengesellschaft – und zwar auf dem Rücken der Erzeuger. Vor aller Augen rasten die plötzlich zahlungsunfähig gewordenen LPGs, während die Parlamentarier in Ostberlin und Bonn in die Sommerpause gingen, in den Bankrott: keine Abnahme der Produkte, keine Zahlungsfähigkeit der Genossenschaften, Ruin der Betriebe, Massenentlassungen. Die Bonner Herren wollten den DDR-Bürgern auch die letzte Demütigung, den Epilog im Kalten (Bürger)Kriege, nicht ersparen: nämlich mit eigenen Augen ansehen zu müssen, wie ihre Volkswirtschaft, die – trotz aller strukturellen Mängel und ihres (gegenüber der BRD) großen Produktivitätsrückstandes – innerhalb der RGW-Staaten führend gewesen war, in wenigen Wochen und Monaten von der überlegenen BRD-Ökonomie niederkonkurriert und in den Konkurs getrieben wurde. Gleichzeitig bekamen sie auf allen medialen Kanälen zu hören, daß an diesem Zusammenbruch, an dieser Apokalypse, nicht etwa der plötzlich hereinschießende BRD-Kapitalismus, sondern die »vierzig Jahre sozialistischer Mißwirtschaft« schuld seien.

Vor allem das Abschneiden der traditionellen Exportverbindungen zu den RGW-Staaten (auf die die DDR-Wirtschaft um so mehr angewiesen war, je mehr ihre Exporte ins »nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet« zurückgegangen waren) haben dazu geführt, daß nun ganze Industriereviere, so etwa das Herzstück der ehemaligen DDR-Industrie im Dreieck Halle-Bitterfeld-Merseburg, vor die Hunde gehen – mit allen bekannten Begleiterscheinungen: Massenarbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, Pauperisierung ganzer Bevölkerungsteile, jähem Ansteigen der Selbstmord- und Kriminalitätsrate, des Alkoholismus, der Drogenabhängigkeit etc. Was da reihenweise kaputt geht, waren und sind aber nicht nur Betriebe und Produktionsstätten, sondern auch eine ganze soziale und kulturelle Infrastruktur. Die meisten Politiker, Geschäftsleute, Experten etc. der Bundesrepublik, die nach dem Fall der Mauer das Land zwischen Elbe und Oder inspizierten, hatten natürlich keine Ahnung davon, daß die volkseigenen Betriebe im SED-»Verbrecher-Staat« auch all jene gemeinnützigen und kulturellen Funktionen innehatten, die in der BRD den Kommunen obliegen. Sie beherbergten nicht nur technisch veraltete Ausrüstungen, die die Inspizienten aus dem High-Tech-Land gleich abschrieben, sondern auch Schulen, Sportstätten, Kinderkrippen, Erholungsheime, Ausbildungsstätten für Lehrlinge, Kultureinrichtungen und Forschungszentren. Oft war das gesamte Leben einer Region von ihnen abhängig. Nun waren sie plötzlich pleite und mußten dicht machen, womit auch all diese Einrichtungen kaputt gingen. Diese sollten – laut Staatsvertrag – zwar an die Kommunen übergehen, doch die waren ebenfalls pleite. Daß der Kahlschlag unter den volkseigenen Betrieben auch den Zerfall der gesamten sozialen und kulturellen Infrastruktur der betroffenen Regionen nach sich ziehen würde, daran hatten die Reißbrett-Architekten der »Deutschen Einheit« und die Vollzugsbeamten in den Bonner Kanzleien und Ministerien natürlich nicht gedacht.

Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde das »Gesundshrumpfen«, sprich: die Massenarbeitslosigkeit so unver-»Blümt« als Rezept für die wirtschaftliche Gesundung empfohlen, ja, geradezu als »Schlüssel zum Erfolg«

propagiert und vermarktet. Die DDR-Bürger, die ohnehin schon an einem gekränkten Selbstgefühl leiden, werden jetzt noch um eine kollektive Kränkung »reicher«: um die Erfahrung, von der Marktwirtschaft gar nicht gebraucht zu werden. Was sich im Osten Deutschlands derzeit an sozialen Tragödien abspielt, nicht zuletzt deshalb, weil das Arbeitslosengeld – oftmals unter 500 Mark – nicht das Existenzminimum sichert –, dies scheint die Bonner Politiker und Ministerien nicht zu bekümmern. Es sind ja auch keine Tragödien, sondern bloße »Umstellungskrisen« – und die gehören zum unvermeidlichen »Preis der Einheit«. Wo der nationale Schrein gehobelt wird, da fallen eben auch Späne.

Es ist übrigens bezeichnend für die westdeutschen Medien und Massenblätter, daß sie nun den Exodus der DDR-Industrie und das ihn begleitende soziale Elend in allen düsteren Farben schildern und sogar (selbst der sonst so ironische, so zynische *Spiegel*) ihr Herz für die Opfer entdecken, obwohl sie doch durch ihre monatelange nationale und regierungstreue Hofberichterstattung mit dafür verantwortlich sind, daß der Crash-Kurs der Bonner Regierung überhaupt konsensfähig werden konnte. Aber so ist sie eben, die bürgerliche Journaille! Erst stellt sie den Machthabern ihre Verstärker und Multiplikatoren zur Verfügung, und wenn das Kind dann in den Brunnen gefallen ist, beugt sie sich darüber und bedauert es wortreich.

Obwohl die katastrophalen Folgen der überstürzten »Wirtschafts- und Währungsunion« heute vor aller Augen liegen und sogar von den regierungskonformen Medien mit Besorgnis reportiert und kommentiert werden, will sich ein nachträglicher Zweifel an der prinzipiellen Richtigkeit des von Kanzler Kohl und seinen »Allianz«-Freunden praktizierten Liquidationsverfahrens nicht einstellen. Keine Gewißheit gilt den vereinigten Deutschen als so gewiß wie die, daß es zum Sturzflug in die Vereinigung keine Alternative gegeben habe. Auch führende Sozialdemokraten wie Klaus von Dohnanyi, der in seinem (im *Spiegel* als Serie nachgedruckten) Buch »Das deutsche Wagnis« vor dem wachsenden Problemberg der Ostdeutschen nicht die Augen verschließt, buckeln vor dieser regierungsoffiziellen Zwecklüge, die nun wohl zum festen Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung werden wird. Obwohl Dohnanyi die Grundprämisse des Kanzlers, nämlich auf die Investitionen der westdeutschen Privatwirtschaft zu bauen, als fahrlässige Fehlannahme entlarvt, beharrt auch er auf der schicksalhaften Notwendigkeit der sofortigen »Wirtschafts- und Währungsunion«. Er hält es vielmehr für eine »Legende ..., es hätte einen grundsätzlich anderen, weniger schmerzhaften und weniger folgenreichen Weg der Vereinigung gegeben«.

Dohnanyi hätte sich nur einmal in Ostasien ein bißchen umschaun müssen. Dort hätte er die konkrete Alternative zum neoliberalen Marktradikalismus der Bonner Regierung studieren können: wie nämlich die noch schwache Industrie der »Schwellenländer« durch rigorosen staatlichen Protektionismus und rigideste Planung geschützt wird. Daß der Staat erstmal die Rahmenbedingungen schaffen muß, um ein wirtschaftlich rückständiges Land solange zu schützen, bis es in der Lage ist, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu bestehen, zeigt das Beispiel Südkorea. Der Staat entschied hier, ob und wieviel ausländisches Kapital sich ansiedeln dürfe. Selbst die Zahl der Firmen in den jeweiligen Branchen

wurde »von oben« festgelegt, um optimale Wettbewerbsbedingungen für die anfangs noch schwache einheimische Industrie zu schaffen. Und im Gegensatz zur neokonservativen Politik der »richtigen Preise«, die ganz Osteuropa heute (meist zum eigenen Schaden, siehe Polen!) verfolgt, hielten die ostasiatischen Regierungen lange Zeit gerade an »falschen«, an »politischen Preisen« fest, um Investitionen und Handel zu stimulieren.

Das verheerende Ergebnis der »Wirtschafts- und Währungsunion« zeigt, daß es den Bonner Herren und ihren Freunden aus Industrie und Hochfinanz nicht darum ging, die rückständige Industrie der DDR – und damit Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer – vor dem Kahlschlag durch die eigene, überlegene BRD-Ökonomie zu bewahren. Vielmehr sollte erst einmal die »volkseigene« Wirtschaft in Grund und Boden konkurriert und alles abgeräumt werden, was noch an die alte DDR erinnerte. Diese betrachtete man eben noch immer als »Feindesland«. Und »Feindesland« braucht man nicht zu schonen. Man besetzt es und macht es zum abhängigen Hinterland, zur DM-Kolonie des florierenden bundesdeutschen Mutterkonzerns.

Wie Deutschland Ost brüderlich an Deutschland West verteilt wird

Fast könnte man meinen, das Programm der »Wirtschafts- und Währungsunion« sei von ahnungslosen Dilettanten des Bonner Kanzleramtes erarbeitet worden; wüßte man nicht, wer von diesem Szenario, das die meisten Ostdeutschen nun als Apokalypse erleben, letztlich profitieren sollte. In den Wochen und Monaten vor dem 1. Juli freilich war es ihnen in zahllosen deutsch-deutschen Talk- Shows und Gemeinschaftssendungen des DDR- und BRD-Fernsehens in den schönsten Farben ausgemalt und als großangelegte patriotische Hilfsaktion angepriesen worden.

Hatte man die Staatsmonopolisten davongejagt, um sich nun die westdeutschen Monopolisten ins Land zu holen? Hatte man sich vom »Realsozialismus« getrennt, um sofort im »Stamokap«, im staatsmonopolistischen Kapitalismus, zu landen? Die deutsche Einheit hat zu einer »extremen Konzentration bei Banken, Versicherungen und der Stromversorgung« geführt, wie der Wirtschaftsexperte der SPD, Uwe Jens, kürzlich feststellte, der der Bundesregierung »schwere ordnungspolitische Fehler beim Einigungsprozeß« vorwarf. Nun, um ordnungspolitische »Fehler« dürfte es sich hierbei kaum gehandelt haben, vielmehr um eine »ordnungsgemäße« Übernahme im Rahmen der kapitalistischen Spielregeln, die man früher einmal »Wolfsgesetze« genannt hat.

Der kalkulierte Ruin der volkseigenen Kombinatwirtschaft bot der bundesdeutschen Wirtschaft viele verschwiegene Vorteile. Deren modernisierungsfähige Bestandteile konnten nun über die – nunmehr bundeseigene – Treuhandgesellschaft Stück für Stück privatisiert, filialisiert und zum Spottpreis übernommen werden. Schon der zeitliche Zusammenfall der Reprivatisierung mit der Konkurswelle, die über das Land zwischen Elbe und Oder ging, mit der Depression und Massenarbeitslosigkeit, sorgte dafür, daß bei der Versteigerung und beim Verkauf des Volksvermögens die illiquiden Ostdeutschen im Wettbewerb mit den finanzstarken westdeutschen (und ausländischen) Interessenten nicht

mithalten konnten. Zwar wäre es nur recht und billig gewesen, die ostdeutschen Arbeitnehmer an dem verbleibenden »Volkseigentum« angemessen zu beteiligen (wie es der Runde Tisch und die Gewerkschaften gefordert hatten). Doch mit ihren niedrigen und (infolge Arbeitslosigkeit und hohen Preisen) schrumpfenden Einkommen waren sie nicht in der Lage, Aktienanteile an den zu Kapitalgesellschaften umgewandelten Staatsbetrieben, geschweige denn die genossenschaftlichen oder volkseigenen Wohnungen, in denen sie lebten, als Eigentum zu erwerben. So machten die westdeutschen Firmen, Grundstücks- und Immobilien-Gesellschaften »ihr Schnäppchen«. Die Reprivatisierung des ehemaligen kommunalen oder »Volkseigentums« führt im Ergebnis zu einer gigantischen innerdeutschen Umverteilung und Expropriation auf Kosten der »Brüder und Schwestern in der Zone«.

Detlev Rohwedder, Vorsitzender der Treuhandgesellschaft, der mit der Privatisierung und Versteigerung des Volksvermögens befaßt ist, hat der Presse gelegentlich mitgeteilt, wie sich westdeutsche Unternehmer in der befreiten Zone aufführen: »Sie geben«, so klagte er, »beim Überschreiten der Zonengrenze jeden Anstand auf.« Obwohl sie doch »keine Fellachen, sondern Landsleute, die 1945 das schlechtere Los gezogen haben,« vor sich sehen, »benehmen sie sich wie Kolonialoffiziere«. Rohwedders Enttäuschung und Kritik rührt von der philanthropischen Wunschvorstellung her, man könne eine Kolonie auch »anständig« verwalten, zumal dann, wenn es sich bei den Eingeborenen um Deutsche und Landsleute handelt. Er sollte eigentlich wissen, daß die kapitalistische Marktwirtschaft ihre eigenen, ehernen Gesetze hat und daß ihr Expansionstrieb keine Frage des Benimmis ist.

Freilich, wo so unverblümt expandiert wird und es zugleich um Fragen von nationalem Interesse geht, ist die Wortwahl, die Kunst der schönen Umschreibung recht profaner Interessen und eigennütziger Motive schon von Belang. Die PR, die Öffentlichkeitsarbeit, war also gerade in diesem deutsch-deutschen Falle besonders gefragt. Sie hatte gar keine so leichte Aufgabe: nämlich das, was in der Sprache der Branche »take-over« genannt wird, also Übernahme, Markteroberung und Markterweiterung, und zwar (wenn es ginge) gleich von der Elbe bis zum Ural, unter den wohlklingenden Bezeichnungen »Kooperation«, »Beteiligung« und »joint-venture« einer breiten Öffentlichkeit zu verkaufen und all diesen Vorgängen einen patriotischen Touch zu geben.

Im Falle von Direktinvestitionen in der Post-DDR, so etwa von Daimler-Benz in Ludwigsfelde, wo für eine Milliarde DM ein neues LKW-Werk entstehen soll, sichert sich das sonst so risikofreudige deutsche Unternehmertum nach allen Seiten ab. Sämtliche Risiken und Kosten in punkto Sanierung der verseuchten Industrieflächen, Schuldenbegleichung, Sozialpläne und Abfindungen für die zu entlassenden Arbeitnehmer etc. werden auf die Treuhandgesellschaft abgewälzt. In Geldsachen hört eben nicht nur die Gemütlichkeit, sondern auch der sonst so viel beschworene Patriotismus auf. Nicht zuletzt der konsequent praktizierten Devise: »Gewinne werden privatisiert und Schulden sozialisiert« verdanken ja die bundesdeutschen Konzerne ihre unvergleichlichen Liquiditätsreserven und Fettpolster. Damit ist klar, daß vom ehemaligen Volkseigentum, das die Treuhandgesellschaft verwaltet, nichts übrig bleiben wird. Den Traum der Runden

Tische, jedem DDR-Bürger »Anteilscheine am Volkseigentum« auszuhändigen, haben die Herren an den bundesdeutschen Vorstandstischen ja von Anfang an als Kinderei belächelt.

Auch wenn aus der neuen innerdeutschen DM-Kolonie einiges an Werten herauszuholen ist, vor allem an Immobilien-Werten, ein Investitionsparadies ist sie deswegen noch lange nicht. Nachdem sich die Großen die Rosinen aus dem volkseigenen Kuchen herausgepickt hatten, versiegte denn auch der Strom der Beteiligungen und Investitionen, den Kohl, Waigel und die anderen Hausmänner den DDR-Bürgern während des Wahlkampfes so lautstark versprochen hatten – es tröpfelte allenfalls noch. Wie aus allen neueren Wirtschaftsenqueten hervorgeht, wollen die bundesdeutschen Konzerne in der Regel lieber in Ostdeutschland verkaufen als dort selbst zu produzieren und zu investieren. Bis zur Jahreshälfte 1990 hatten nur etwa zwei Prozent der Kombinatbetriebe eine veritable Beteiligung realisiert, die mit Neuinvestitionen verbunden sein wird. Selbst der spektakuläre Einstieg von IBM bei Robotron, dem einstigen Vorzeige-Kombinat der DDR, zielte vor allem darauf, den Robotron-Vertrieb für den Verkauf von IBM-Großrechnern in Ostdeutschland und anderen RGW-Staaten zu nutzen. Gesucht sind Geschäftsbeziehungen und Kooperationen auf dem Gebiet des Vertriebs, um sich das Land und ganz Osteuropa für die eigene Produktpalette zu erschließen. Auf dem ostdeutschen Stellenmarkt besteht denn auch kaum Nachfrage nach den eigentlich produktiven Berufen, nach Facharbeitern, Handwerkern, Ingenieuren etc., sondern nach Vertretern, Aquisiteuren, Laufburschen, Lagerhallen-Verwaltern etc.

Gefragt ist der ostdeutsche Markt und Vertrieb, nicht der Standort. Dieser hat nämlich gegenüber Ländern wie Portugal und Spanien zwei entscheidende Wettbewerbsnachteile: die miserable Infrastruktur und die hohen Altlasten. Etwa 3000 Industriestandorte in der Post-DDR sind hochgradig belastet bzw. vergiftet. Die westdeutschen Chemieriesen und die Elektroindustrie haben denn auch alle Angebote seitens ostdeutscher Chemiekombinate dankend abgelehnt. Außerdem ist damit zu rechnen, daß Ostdeutschland nicht das Billiglohnland bleiben wird, das es bislang noch ist. Schon unter sozialpolitischen Gesichtspunkten läßt sich eine allzugroße Kluft in der Tarifstruktur zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands nicht lange aufrechterhalten. Wenn sich aber das ostdeutsche Lohnniveau allmählich dem westdeutschen angleichen sollte, wofür sich schon die Gewerkschaften stark machen, wären Polen oder Ungarn, Katalonien, Norditalien oder Südengland als Standorte für neue Industrieansiedlungen durchaus vorzuziehen.

Auch die größere regionale Nähe Ostdeutschlands zu den Ländern des Ostens ist kein besonderer Standortvorteil. Die räumliche Nähe der Exporte zum Kundenland spielt heutzutage bei Standortentscheidungen kaum noch eine Rolle. Trotz großer räumlicher Entfernungen zu den Abnehmerländern sind die BRD und Japan schließlich die größten Exporteure der Welt. Und angesichts der desolaten Infrastruktur der ehemaligen DDR-Region, des miserablen Zustands der Schienen und Straßen, der fehlenden Telefon-, Telex- und Telefax-Verbindungen etc., bietet selbst das Hochlohnland Westdeutschland viel bessere Standortbedingungen, zumal die eigenen Kapazitäten in den meisten Fällen aus

reichen, um den ostdeutschen Markt spielend vom bundesdeutschen Mutterland aus zu bedienen.

Übrigens kann man an die – noch billigen ostdeutschen Arbeitskräfte auch herankommen, ohne den Standort zu wechseln und Produktionsstätten in die neue DM-Kolonie zu verlagern. Man kann sie sich ja ganz einfach holen, in Sonderbussen aus den zusammengebrochenen Industrievierteln von Halle und Bitterfeld nach Hamburg oder Bonn ankarren und sie über Sub-Unternehmen als Leiharbeiter beschäftigen. Wie gut das funktioniert, haben die westdeutschen Baufirmen ja schon vorexerziert. Wie das Düsseldorfer Gewerbeamt im September 1990 ermittelte, haben westdeutsche Baufirmen ca. 3200 Fremdfirmen mit 14000 Beschäftigten aus der DDR zu Hilfsarbeiten angeheuert. Sie wurden mit »Hungerlöhnen« von sechs Mark die Stunde abgespeist, in einigen Fällen wurden sie auch nur in Naturalien bezahlt. Selbst auf der Baustelle des Deutschen Bundestages in Bonn erfüllten DDR-Bauarbeiter ihre patriotische Pflicht. Sie wurden als »Leiharbeiter« von Firmen beschäftigt, die als Subunternehmer von Siemens und AEG beauftragt seien.

Die deutsche Einheit macht zwar vieles möglich, was vorher nicht möglich war, aber für etwas so Wichtiges wie die Standortentscheidung kann das Heimatgefühl leider nicht ausschlaggebend sein. Deutsche Erde ist nicht in jedem Falle die beste für neue Industrieansiedlungen. Da hatte der »Kanzler der Einheit« seinen ostdeutschen Wählern ein bißchen zu viel versprochen.

Doch selbstverständlich und liebend gern übernahm man die Lieferverpflichtungen der ehemaligen Kombinatindustrie in den RGW-Bereich. Ihre großen Exportmärkte und -Aufträge waren wirklich ein Kapital, das sich sehen lassen konnte. Rund 16 Prozent aller Importe der Sowjetunion werden aus dem neuen Deutschland kommen. Die Ex-DDR bringt so nützliche Dinge mit wie einen Auftrag von 1,2 Milliarden D-Mark für eine Erdgasleitung oder Schiffbauaufträge für 4,7 Milliarden.

Schon verhandeln ehemalige ostelbische Junker, deren Grundbesitz damals an landlose Knechte und Ostflüchtlinge verteilt worden ist, mit den Kommunen und LPGs an der Mecklenburgischen Seenplatte zwecks Ansiedlung westdeutscher Touristikunternehmen auf ihren ehemaligen Flächen. An den Gewinnen wollen die Barone und Hoheiten selbstredend beteiligt werden. Es sind freilich nicht nur die adeligen Gespenster von gestern, die jetzt ihre »angestammten Rechte« einklagen. Dank der Tatsache, daß mehr als eine Million Deutsche nun wieder Ansprüche auf Häuser, Grundstücke oder Hypotheken in der vormaligen DDR geltend machen, die viele nun wieder »Zone« nennen, wird wohl keine Scholle so bleiben wie sie war. Auch wenn viele Eigentümer im Zuge der Kollektivierung und Verstaatlichung in der DDR unrechtmäßig enteignet oder zum »freiwilligen Verzicht« auf ihr Eigentum gezwungen worden sind, einen Lastenausgleich haben sie in der BRD meistens bekommen. Noch heute sind Vertriebene und deren Kinder, wenn sie Grundbesitz erwerben, von der Grunderwerbssteuer befreit. Dennoch sehen sich bereits Zehntausende von ganz und gar deutsch gesinnten Bundesbürgern nach geeigneten Rechtsanwälten um. Auf zum letzten Gefecht! Bürger aller Bundesländer, bereichert Euch!

Da fahren plötzlich Westler mit dem Mercedes vor, die mit der Videokamera

»ihr« Haus abfilmen, mit dem Zollstock »ihr« Grundstück vermessen und einen Vertrag aus der Tasche ziehen oder mit der Drohung wieder abfahren, gleich vor Gericht zu ziehen. Zur Angst der DDR-Bürger, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, gesellt sich nun die, im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter den Füßen zu verlieren. So wird der Boden für neuen Haß zwischen Deutschen bereitet.

Vereinigungsgewinnler und Vereinigungsverlierer

Bei allen deutsch-deutschen TV-Runden und Talkshows im Frühjahr wurde die bange Frage gestellt, wie teuer die Einheit die Bundesrepublik wohl zu stehen kommen werde. Als ein Fernsehreporter den stellvertretenden Bundesbankchef fragte, ob die BRD-Wirtschaft denn genügend Geld habe, um die marode DDR-Wirtschaft zu reparieren, entgegnete dieser, mit milder Geringschätzung für den törichten Frager: Die Frage heiße nicht: Was kostet die Einheit? Vielmehr müsse sie lauten: Was gewinnen wir durch die Einheit? Er verstünde die Angst nicht, die manche Leute davor hätten, daß der Bundesrepublik nach realistischen Schätzungen durch die Einheit ein Vermögen von 1,5 Billionen Mark zufalle. Und damit meinte er nicht nur das wertvolle Immobilienvermögen der alten DDR. Schon die ersten Markteroberungen ließen, nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die Wachstumsraten des BRD-Brutto-sozialprodukts in den Monaten nach der »Wirtschafts- und Währungsunion« im Vorjahresvergleich auf gut 4,4 Prozent hochschnellen. Das »Institut der Deutschen Wirtschaft« rechnet mit 300 Milliarden zusätzlichem Wachstum durch die Vereinigung (*FAZ* vom 15.6.1990) und die Bundesregierung mit zusätzlichen Steuereinnahmen zwischen 75 und 100 Milliarden. Das nominale Wirtschaftswachstum (also einschließlich Preissteigerungen) wird für 1990, infolge des plötzlichen und anhaltenden Nachfrageschubs aus der DDR-Region, auf 8 Prozent geschätzt.

In der DDR-Region dagegen hat der gegenwärtige Abwärtstrend noch nicht die Talsohle erreicht. Ihr BSP schrumpfte 1990 um ca. 15 Prozent und wird, nach Schätzungen der fünf führenden westdeutschen Wirtschaftsinstitute, 1991 noch einmal um 10 Prozent abnehmen. Allein die Industrieproduktion ist im Juli 1990, also mit der Einführung der »Wirtschafts- und Währungsunion«, im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum um 42 Prozent zurückgegangen. Die Vereinigung hat also die Wachstums- und Wohlstandskluft zwischen dem »Geber-« und dem »Nehmerland« entschieden vergrößert. Wie wäre dieses Ergebnis aber zu erklären, wenn das »Geberland« immer nur gegeben hätte?

Seit der in den frühen achtziger Jahren einsetzenden und andauernden Hochkonjunktur leiden die westdeutschen Unternehmen und Banken bekanntlich nicht an Kapitalmangel, sondern an »Überliquidität«; sie sind im wahrsten Sinne des Wortes überflüssig! 2 700 Milliarden liegen insgesamt in der Bundesrepublik auf der hohen Kante. Davon könnte man die DDR zweimal sanieren! Nur – bei allen herzhaften Bekenntnissen zum »einig Vaterland«, solange die Zinserwartung höher ist als die Rendite auf Realinvestitionen, möchte man in der DDR lieber seine Produkte verkaufen und einen alten mecklenburgischen Gutshof oder ein romantisches Seegrundstück erwerben, als in ihre marode Wirtschaft zu investieren.

Schon im Februar 1990 hatten die fünf Wirtschaftsweisen der BRD für den Fall einer schnellen Währungsunion mit der DDR nicht nur den massenhaften Zusammenbruch von DDR-Betrieben, sondern auch den massenhaften Abfluß von Kaufkraft in die BRD prognostiziert: »Auch würden die DDR-Bürger mit der konvertiblen D-Mark in der Tasche verstärkt Konsumgüter in der BRD einkaufen. Dadurch fließt Kaufkraft aus der DDR in die BRD ab. Dem kurzfristigen Vorteil, daß die Menschen mit der D-Mark in der DDR Zugang zu den westlichen Märkten erhalten, wird der Rückschlag folgen, daß mit der tatsächlichen Verwendung dieser Einkommen für Käufe im Westen die eigene Einkommensbasis geschmälert wird. Abwanderungsbewegungen kommen wieder stärker in Gang.« Doch hat Kanzler Kohl auch diese Wahrnehmungen seiner »Wirtschaftsweisen« in den Wind geschlagen. Schließlich war die D-Mark »unser größter Aktivposten«, an den die in Sachen »Marktwirtschaft« ahnungslosen DDRler glaubten wie an eine Wunderdroge: Wenn sie erst käme, würde alles gleich besser werden. Daß die D-Mark in die DDR nur kam, um gleich danach wieder zu gehen – und zwar auf die westlichen Geschäftskonten –, während die einheimischen Konten immer leerer wurden, diesen Bumerang-Effekt der Währungsunion konnte sich die neue östliche DM-Gemeinde kaum vorstellen.

Noch weniger ahnte sie, daß sie, bevor sie der Segnungen der »sozialen Marktwirtschaft« teilhaftig werden würde, erst deren asoziale und brutale Seite zu spüren bekäme: die bislang fremde Angst um den Arbeitsplatz, die Massenarbeitslosigkeit, das Absinken der sozial Schwachen unter die Armutsgrenze und die Ellenbogenmentalität einer Hochleistungsgesellschaft, für die das Wort »Solidarität« ein Fremdwort ist. Zu den »neuen Armen« gehören nicht nur die Rentner, von den voraussichtlich ein Drittel der Sozialhilfe anheimfallen werden, sondern auch die älteren Arbeitnehmer und viele Frauen, vor allem die alleinerziehenden Mütter, die als erste entlassen werden oder infolge des Wegfalls der Betriebskinderkrippen nicht mehr arbeiten können; und nicht zuletzt die Studenten, die von einem durchschnittlichen Stipendiansatz von jetzt 400 DM kaum leben können.

Erst in den Monaten nach der Währungs- und Wirtschaftsunion merkten die erstaunten Passagiere jenes sprichwörtlichen Zuges, der unter Volldampf abgefahren war, was mit »Anschluß« eigentlich gemeint war: der »Anschluß über die Banksouveränität, die Marktexpansion und die Justizhegemonie ... mit der Bedingung, daß die Bevölkerung der DDR die spektakulärste Markterweiterung und das größte Kreditgeschäft des Jahrhunderts selbst bezahlen darf« (Wolfgang Ullmann).

Auch in der BRD werden die Kosten der Einheit vor allem auf die unteren Einkommenschichten abgewälzt, auf jene, die schon heute unter den hohen Zinsen, Hypothekenzinsen und Mieten zu leiden haben. Entgegen allen Versicherungen der Bonner Politiker wird der hohe Finanzbedarf der Einheit denn doch zu Steuererhöhungen, vor allem bei der Einkommen-, Mehrwert und Mineralölsteuer, zur Kürzung bestimmter Haushaltstitel, vor allem bei »Arbeit« und »Soziales«, und zum radikalen Abbau von Subventionen führen. Mit anderen Worten: der bundesdeutsche Sozialstaat ist nicht nur nicht auf die DDR-Region übertragbar, wie es Norbert Blüm großartig versprochen hatte, er steht auch in der BRD-Region zur Disposition. Dies geht auch aus den Vorschlägen der Deutschen Bank

hervor, die davon ausgeht, »daß der sich abzeichnende zusätzliche Kapitalbedarf für das Gebiet der DDR in erheblichem Umfang durch Ausgabenkürzungen und vor allem den Abbau von Subventionen finanziert wird ... Die Vereinigung Deutschlands schafft günstige politische wie psychologische Voraussetzungen dafür, bislang Versäumtes nachzuholen und überkommene Besitzstände abzubauen.« Daß damit nicht die Besitzstände des Unternehmertums und der oberen Einkommenschichten gemeint sind, daran läßt die Deutsche Bank keinen Zweifel. So warnt sie die Bundesregierung händeringend davor, die geplante Reform der Unternehmenssteuern, sprich: deren Senkung, etwa auf die lange Bank zu schieben.

Daß es auch andere Modelle und Vorschläge zur Finanzierung der Einheit gegeben hat, ist der bundesdeutschen Öffentlichkeit weithin unbekannt. Anstelle der gigantischen Kreditfinanzierung der Einheit hätte man auch die Gewinne der Bundesbank verwenden, den Rüstungsetat drastisch verringern, eine befristete Abgabe auf das Produktivvermögen, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (für mittlere und hohe Einkommen) erheben und vor allem auf die Senkung der Unternehmenssteuern verzichten können. Allein durch letztere Maßnahme hätte der Bund ca. 30 Milliarden DM eingenommen. Die »Wirtschafts- und Währungsunion« von 1990 sollte den DDR-Bürgern durch den Vergleich mit der westdeutschen Währungsreform von 1948, die ja den Startschuß für das »Wirtschaftswunder« gegeben hat, schmackhaft gemacht werden. Dieser Vergleich stimmt hinten und vorne nicht. Zum Konjunkturaufschwung und zu den hohen Wachstumsraten konnte der Währungsschnitt von 1948 nur in Verbindung mit einer ganzen Reihe von besonderen Faktoren führen: erstens indem die DM über den Marshallplan, das heißt, über den Dollar, gestützt wurde. Solch ein Plan, nämlich die Ost-Mark über die DM stark zu machen und sie allmählich konvertierbar zu machen, hätte der DDR besser getan und den Zusammenbruch ihrer Wirtschaft verhindert oder jedenfalls sehr gemildert. Zweitens indem die Westmächte auf weitere Demontagen und Reparationen verzichteten bzw. durch die deutsche Teilung die Sowjetunion zwangen, ihren großen und berechtigten Reparationsbedarf allein aus ihrer Zone, der SBZ bzw. der DDR zu bestreiten. Hätte die Sowjetunion ihren Reparationsbedarf auch aus den Westzonen befriedigen können, hätte es das »deutsche Wirtschaftswunder«, in der Form jedenfalls, nicht gegeben. Drittens durch den jahrelangen strikten Lohnverzicht der Gewerkschaften. Viertens durch die neue Rüstungskonjunktur, die der Korea-Krieg auslöste und die der westdeutschen Wirtschaft zugute kam. Fünftens durch den asozialen Modus der Währungsumstellung, die die Sachwertbesitzer belohnte und die Kleinsparer und Rentner enteignete. Bei den heutigen Lobpreisungen der Erhardschen Währungsreform wird stets verschwiegen, daß diese zugleich das größte (indirekte) Enteignungs- und Umverteilungsverfahren der deutschen Wirtschaftsgeschichte gewesen ist. Denn während die Großkonzerne und Banken ihr gesamtes Sach- und Aktienkapital, das heißt, ihre gigantischen Aufrüstungs- und Kriegsgewinne, im Verhältnis 1 RM zu 1 DM (oft im Verhältnis 1:2 und 1:3) »umstellen« konnten, wurden die Barguthaben und Ersparnisse im Verhältnis 100 RM zu 6,5 DM abgewertet, das heißt, die kleinen Leute durften den verlorenen Krieg bezahlen.

45 Jahre später sind es wiederum die besitzbürgerlichen Schichten der Bundesrepublik, die den großen Reibach mit der deutschen Einheit machen, während ihre Kosten vor allem auf die kleinen Leute hüben und drüben abgewälzt werden. In dem neuen »einig Vaterland« wird es nicht nur Deutsche erster und zweiter Klasse geben; eine neue unsichtbare Mauer wird die »eine Nation« wiederum aufspalten: in die Vereinigungsgewinnler, die vor allem in der westdeutschen Geschäftswelt und im Kreditgewerbe zu finden sein werden – und in die Vereinigungsverlierer, die nach den realsozialistischen Schlangen vor den Läden und Kaufhäusern nun die Schlangen vor den Arbeitsämtern und Sozialämtern verlängern werden.

Helmut Kohl und seine Verbündeten in der DDR-Volkskammer haben aber nicht nur den asozialsten, sondern auch den – für den bundesdeutschen Steuerzahler – teuersten Weg in die Einheit gewählt. Da infolge des Kohlschen Crash-Kurses die Arbeitslosenzahlen in der DDR viel schneller und höher kletterten, als man sich in Bonn ausgerechnet hatte, reichten die »Anschub-Finanzierungen« hinten und vorne nicht. Im 1. Staatsvertrag hatte Norbert Blüm eine »Anschubfinanzierung« der DDR-Renten und Arbeitslosenversicherung mit weniger als 3 Milliarden eingeplant. Schon 1990 aber mußten für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 5,6 Milliarden DM Aufgewendet werden, und – man höre und staune! – in 1991 werden es, nach Berechnungen der westdeutschen Wirtschaftsinstitute, knapp 27 Milliarden DM sein. Der Zuschußbedarf der Haushalte der Gebietskörperschaften in den neuen östlichen Bundesländern liegt, nach Schätzungen Dohnanyis, bei 60 bis 70 Milliarden DM jährlich.

Das aber bedeutet: Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand wird dramatisch zunehmen. Sie betrug 1989 32 Milliarden DM, 1990 werden es 120 Milliarden DM sein und 1991 rechnet die SPD zwischen 140 bis 150 Milliarden DM. Das ist ein Zuwachs in zwei Jahren von über 400 Prozent. Höhere Schulden aber führen bekanntlich zu höheren Zinsen und bremsen damit die Investitionstätigkeit der kleinen und mittleren Betriebe, die die teuren Kredite nicht bezahlen können.

Vor allem müssen nun auf viele Jahre zig Milliarden DM für die Aufrechterhaltung der – jedenfalls notdürftigsten – Sozialversorgung in der Ex-DDR aufgewendet werden, statt daß diese Milliarden produktiv (in den Aufbau der Städte, die Modernisierung der Infrastruktur, die Reparatur der dringendsten Umweltschäden etc.) verausgabt werden können. Es gehört zur Ironie der deutschen Einheit, daß nun ausgerechnet Helmut Kohl und seine Mannschaft genau das auf viele Jahre werden tun müssen, was sie dem SED-Staat stets und zurecht vorgeworfen haben: nämlich die Sozialausgaben in Ostdeutschland so hoch subventionieren zu müssen, daß für Realinvestitionen viel zu wenig übrig bleibt. Das, was Kohl, Lambsdorf, Haussmann, Waigel und Co. stets als die größte Sünde wider die wirtschaftliche Vernunft bezeichnet und für den Inbegriff kommunistischer Mißwirtschaft gehalten haben, nämlich »Subventionen«, steht ihnen nun selber ins ostdeutsche Haus. Jedenfalls werden sie zu chronischen Sündern werden müssen, wenn sie verhindern wollen, – und dies müssen sie aus vielerlei Gründen –, daß Ostdeutschland ein Armenhaus wird.

Übrigens war das Unternehmen »Deutsche Einheit« schon wenige Wochen

DAS ARGUMENT 186/1991 ©

ehemalige DDR für die einen ein bloßer Absatzmarkt und mögliches Investitionsfeld ist, betrachten die anderen sie als »nationalen Sozialfall«. Daß da nicht bloß volkseigene Betriebe und Immobilien zu beerben, Haushaltslücken zu stopfen, Sozialfälle zu behandeln sind und ein nationaler Notstand zu verwalten ist, sondern daß da auch eine Gesellschaft existiert, die nach dem Zusammenbruch ihrer bisherigen Ordnung und ihres bisherigen Wertesystems neue Ideen, neue Perspektiven und einen neuen Sinn braucht, um die Zukunft zu gewinnen, kam den Konkursverwaltern hüben und drüben nicht in den Sinn. Sie haben keine einzige originäre Idee hervorgebracht, die mit dem Projekt der Einheit hätte verbunden werden können.

In ihrer tumben Selbstherrlichkeit fiel den Bonner Politikern, und in ihrem vorauseilenden Gehorsam den Ostberliner Politikern, nicht mehr ein, als die Ex-DDR in eine zweitklassige Kopie der BRD zu verwandeln. Nur in einem Punkte haben sie etwas Unvergleichliches vollbracht: Noch nie ist eine deutsche Revolution, die als originäre und phantasievolle Volkserhebung von unten begonnen hatte, so rasch und so vollständig von oben und von außen entmündigt und abgetrieben worden.

nach der Einführung der »Wirtschafts- und Währungsunion« pleite. »Die Pleite zeigt«, schrieb Klaus Hartung, »daß Bonner Politiker und Ministerialbürokraten weder Kompetenz noch historische Legitimation haben, eine Revolution von oben zu veranstalten oder ein nationales Joint-Venture auf die Beine zu stellen. Nichts stimmt, nicht die Zahlen, nicht die Ansätze, nicht die Programme. Und das war schon vorher bekannt. Es gibt nur noch eine politische Möglichkeit: wie die zwölf nackten Matrosen von Ringelnetz durch schnelle Bewegungen ihre Blöße zu verbergen.«

Durch schnelle Bewegungen die eigene Blöße zu verbergen und von der Pleite abzulenken, war denn auch der eigentliche Sinn jenes grotesken »Sommertheaters«, das die politische Laienspielschar in Ostberlin unter Bonner Regie aufführte. Die theatralisch vorgetragenen Bühnen-Dialoge um das Wahlrecht, um Beitritts- und Wahltermine waren der reinste Kulissenzauber, um die wirkliche Katastrophe, die hinter der Bühne ihren Lauf nahm, nicht thematisieren zu müssen. Die Frage nach dem Beitritts-Termin der DDR wurde zur Schicksalsfrage der Nation aufgeblasen. Als ob eine einzige LPG vor dem Konkurs bewahrt werden könne, wenn der Beitritt schon am 14. September, am 3. Oktober oder noch in derselben Nacht erfolgen würde, da die Volkskammer in Ostberlin diese Frage beriet! Als ob ein einziger neuer Arbeitsplatz durch die rasche staatliche Vereinigung geschaffen werden könne! Einzig für Helmut Kohl und seine »Allianz«-Freunde war die Frage nach einem möglichst frühen Wahltermin zu einer politischen Überlebensfrage geworden. Denn nur solange die Wohlstandshoffnungen in der DDR-Bevölkerung anhielt und der realkapitalistische Schock noch nicht voll durchgeschlagen war, konnte er hoffen, die erste gesamtdeutsche Wahl zu gewinnen.

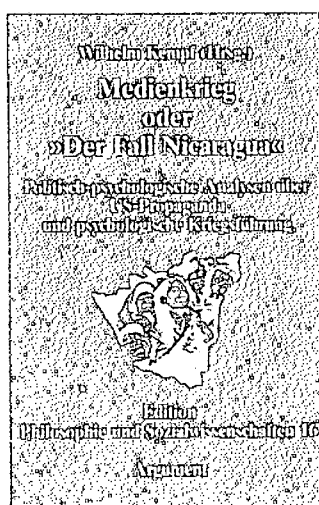
Von der – noch im Frühjahr '90 wahlentscheidenden – nationalen Euphorie und Vorfriede auf die kommende Wiedervereinigung war schon im Sommer in der DDR-Bevölkerung kaum etwas übrig geblieben. Die meisten Bürger haben das Gefühl, vom Expreßzug der Einheit überrollt worden zu sein. Das Klima im Lande ist seither durch Unsicherheit, Rat- und Hilflosigkeit, Resignation und eine tiefsitzende Zukunftsangst geprägt. Ob Betrieb, LPG, Akademie der Wissenschaften, Rundfunk, Fernsehen oder Verlag – es gibt niemanden, dem seine Arbeitsstelle dort noch sicher ist. »Freiheit statt Fürsorge« hieß die neue Losung. Die Menschen erfuhren die neue Freiheit zuerst als Befreiung von Bevormundung, Gängelung, Kontrolle und Kommandowirtschaft, und danach als Befreiung von ihren einst sicher geglaubten Arbeitsplätzen, als »freien Fall« ins Bodenlose.

Zu der Angst vor der sozialen Not kommt bei vielen Ostdeutschen das Gefühl der Verzweiflung und die Wut hinzu, blind in eine Falle getappt zu sein. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die »friedliche Revolution«, die von Bonn und ihren »Allianz«-Freunden in Ostberlin fein säuberlich abgetrieben wurde, die Gewalt nachliefern wird: in unkontrollierten Ausbrüchen gegen die Politik, die Verwaltung, das anonyme Oben. Die Deutschen haben es geschafft, aus einer großen historischen Chance eine Erfahrung der Angst, der Not und der Hoffnungslosigkeit zu machen.

Der ganze Bonner Parteienstreit um die Kosten und die Finanzierung der Einheit war ein bloßer Streit um die bessere Konkursverwaltung. Während die

DAS ARGUMENT 186/1991 ©

Materialien zu Politik und Literatur



Medienkrieg oder der Fall »Nicaragua«

Hg. von Wilhelm Kempf
Politisch-psychologische
Analysen über US-Propaganda
und psychologische
Kriegsführung
250 S., br., DM 28,—

In diesem Buch wird der Medienkrieg gegen Nicaragua zum ersten Mal...

Robert Cohen

Bio-bibliographisches Handbuch zu Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands«

187 S., br., DM 18,—

Ein nützliches Instrumentarium für alle, die sich in dem labyrinthischen Roman von Peter Weiss besser zurechtfinden wollen. Die Leserinnen und Leser finden hier u.a. eine Inhaltsangabe des Romans nach Kapiteln, ein Register der im Roman erwähnten Namen und Personen, biographische Angaben zu den Personen des Romans, eine Zeittafel zu Leben und Tätigkeit von Peter Weiss von 1971 bis 1982 und eine kommentierte Bibliographie.

Robert Cohen

Bio-Bibliographisches
Handbuch zu Peter Weiss'
»Ästhetik des
Widerstands«

45 Jahre später sind es wiederum die besitzbürgerlichen Schichten der Bundesrepublik, die den großen Reibach mit der deutschen Einheit machen, während ihre Kosten vor allem auf die kleinen Leute hüben und drüben abgewälzt werden. In dem neuen »einig Vaterland« wird es nicht nur Deutsche erster und zweiter Klasse geben; eine neue unsichtbare Mauer wird die »eine Nation« wiederum aufspalten: in die Vereinigungsgewinnler, die vor allem in der westdeutschen Geschäftswelt und im Kreditgewerbe zu finden sein werden – und in die Vereinigungsverlierer, die nach den realsozialistischen Schlangen vor den Läden und Kaufhäusern nun die Schlangen vor den Arbeitsämtern und Sozialämtern verlängern werden.

Helmut Kohl und seine Verbündeten in der DDR-Volkskammer haben aber nicht nur den asozialsten, sondern auch den – für den bundesdeutschen Steuerzahler – teuersten Weg in die Einheit gewählt. Da infolge des Kohlschen Crash-Kurses die Arbeitslosenzahlen in der DDR viel schneller und höher kletterten, als man sich in Bonn ausgerechnet hatte, reichten die »Anschub-Finanzierungen« hinten und vorne nicht. Im 1. Staatsvertrag hatte Norbert Blüm eine »Anschubfinanzierung« der DDR-Renten und Arbeitslosenversicherung mit weniger als 3 Milliarden eingeplant. Schon 1990 aber mußten für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 5,6 Milliarden DM Aufgewendet werden, und – man höre und staune! – in 1991 werden es, nach Berechnungen der westdeutschen Wirtschaftsinstitute, knapp 27 Milliarden DM sein. Der Zuschußbedarf der Haushalte der Gebietskörperschaften in den neuen östlichen Bundesländern liegt, nach Schätzungen Dohnanyis, bei 60 bis 70 Milliarden DM jährlich.

Das aber bedeutet: Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand wird dramatisch zunehmen. Sie betrug 1989 32 Milliarden DM, 1990 werden es 120 Milliarden DM sein und 1991 rechnet die SPD zwischen 140 bis 150 Milliarden DM. Das ist ein Zuwachs in zwei Jahren von über 400 Prozent. Höhere Schulden aber führen bekanntlich zu höheren Zinsen und bremsen damit die Investitionstätigkeit der kleinen und mittleren Betriebe, die die teuren Kredite nicht bezahlen können.

Vor allem müssen nun auf viele Jahre zig Milliarden DM für die Aufrechterhaltung der – jedenfalls notdürftigsten – Sozialversorgung in der Ex-DDR aufgewendet werden, statt daß diese Milliarden produktiv (in den Aufbau der Städte, die Modernisierung der Infrastruktur, die Reparatur der dringendsten Umweltschäden etc.) verausgabt werden können. Es gehört zur Ironie der deutschen Einheit, daß nun ausgerechnet Helmut Kohl und seine Mannschaft genau das auf viele Jahre werden tun müssen, was sie dem SED-Staat stets und zurecht vorgeworfen haben: nämlich die Sozialausgaben in Ostdeutschland so hoch subventionieren zu müssen, daß für Realinvestitionen viel zu wenig übrig bleibt. Das, was Kohl, Lambsdorf, Haussmann, Waigel und Co. stets als die größte Sünde wider die wirtschaftliche Vernunft bezeichnet und für den Inbegriff kommunistischer Mißwirtschaft gehalten haben, nämlich »Subventionen«, steht ihnen nun selber ins ostdeutsche Haus. Jedenfalls werden sie zu chronischen Sündern werden müssen, wenn sie verhindern wollen, – und dies müssen sie aus vielerlei Gründen –, daß Ostdeutschland ein Armenhaus wird.

Übrigens war das Unternehmen »Deutsche Einheit« schon wenige Wochen

nach der Einführung der »Wirtschafts- und Währungsunion« pleite. »Die Pleite zeigt«, schrieb Klaus Hartung, »daß Bonner Politiker und Ministerialbürokraten weder Kompetenz noch historische Legitimation haben, eine Revolution von oben zu veranstalten oder ein nationales Joint-Venture auf die Beine zu stellen. Nichts stimmt, nicht die Zahlen, nicht die Ansätze, nicht die Programme. Und das war schon vorher bekannt. Es gibt nur noch eine politische Möglichkeit: wie die zwölf nackten Matrosen von Ringelnetz durch schnelle Bewegungen ihre Blöße zu verbergen.«

Durch schnelle Bewegungen die eigene Blöße zu verbergen und von der Pleite abzulenken, war denn auch der eigentliche Sinn jenes grotesken »Sommertheaters«, das die politische Laienspielschar in Ostberlin unter Bonner Regie aufführte. Die theatralisch vorgetragenen Bühnen-Dialoge um das Wahlrecht, um Beitritts- und Wahltermine waren der reinste Kulissenzauber, um die wirkliche Katastrophe, die hinter der Bühne ihren Lauf nahm, nicht thematisieren zu müssen. Die Frage nach dem Beitritts-Termin der DDR wurde zur Schicksalsfrage der Nation aufgeblasen. Als ob eine einzige LPG vor dem Konkurs bewahrt werden könne, wenn der Beitritt schon am 14. September, am 3. Oktober oder noch in derselben Nacht erfolgen würde, da die Volkskammer in Ostberlin diese Frage beriet! Als ob ein einziger neuer Arbeitsplatz durch die rasche staatliche Vereinigung geschaffen werden könne! Einzig für Helmut Kohl und seine »Allianz«-Freunde war die Frage nach einem möglichst frühen Wahltermin zu einer politischen Überlebensfrage geworden. Denn nur solange die Wohlstandshoffnungen in der DDR-Bevölkerung anhielt und der realkapitalistische Schock noch nicht voll durchgeschlagen war, konnte er hoffen, die erste gesamtdeutsche Wahl zu gewinnen.

Von der – noch im Frühjahr '90 wahlentscheidenden – nationalen Euphorie und Vorfriede auf die kommende Wiedervereinigung war schon im Sommer in der DDR-Bevölkerung kaum etwas übrig geblieben. Die meisten Bürger haben das Gefühl, vom Expresszug der Einheit überrollt worden zu sein. Das Klima im Lande ist seither durch Unsicherheit, Rat- und Hilflosigkeit, Resignation und eine tiefsitzende Zukunftsangst geprägt. Ob Betrieb, LPG, Akademie der Wissenschaften, Rundfunk, Fernsehen oder Verlag – es gibt niemanden, dem seine Arbeitsstelle dort noch sicher ist. »Freiheit statt Fürsorge« hieß die neue Losung. Die Menschen erfuhren die neue Freiheit zuerst als Befreiung von Bevormundung, Gängelung, Kontrolle und Kommandowirtschaft, und danach als Befreiung von ihren einst sicher geglaubten Arbeitsplätzen, als »freien Fall« ins Bodenlose.

Zu der Angst vor der sozialen Not kommt bei vielen Ostdeutschen das Gefühl der Verzweiflung und die Wut hinzu, blind in eine Falle getappt zu sein. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die »friedliche Revolution«, die von Bonn und ihren »Allianz«-Freunden in Ostberlin fein säuberlich abgetrieben wurde, die Gewalt nachliefern wird: in unkontrollierten Ausbrüchen gegen die Politik, die Verwaltung, das anonyme Oben. Die Deutschen haben es geschafft, aus einer großen historischen Chance eine Erfahrung der Angst, der Not und der Hoffnungslosigkeit zu machen.

Der ganze Bonner Parteienstreit um die Kosten und die Finanzierung der Einheit war ein bloßer Streit um die bessere Konkursverwaltung. Während die

ehemalige DDR für die einen ein bloßer Absatzmarkt und mögliches Investitionsfeld ist, betrachten die anderen sie als »nationalen Sozialfall«. Daß da nicht bloß volkseigene Betriebe und Immobilien zu beerben, Haushaltslücken zu stopfen, Sozialfälle zu behandeln sind und ein nationaler Notstand zu verwalten ist, sondern daß da auch eine Gesellschaft existiert, die nach dem Zusammenbruch ihrer bisherigen Ordnung und ihres bisherigen Wertesystems neue Ideen, neue Perspektiven und einen neuen Sinn braucht, um die Zukunft zu gewinnen, kam den Konkursverwaltern hüben und drüben nicht in den Sinn. Sie haben keine einzige originäre Idee hervorgebracht, die mit dem Projekt der Einheit hätte verbunden werden können.

In ihrer tumben Selbstherrlichkeit fiel den Bonner Politikern, und in ihrem vorausseilenden Gehorsam den Ostberliner Politikern, nicht mehr ein, als die Ex-DDR in eine zweitklassige Kopie der BRD zu verwandeln. Nur in einem Punkte haben sie etwas Unvergleichliches vollbracht: Noch nie ist eine deutsche Revolution, die als originäre und phantasievolle Volkserhebung von unten begonnen hatte, so rasch und so vollständig von oben und von außen entmündigt und abgetrieben worden.



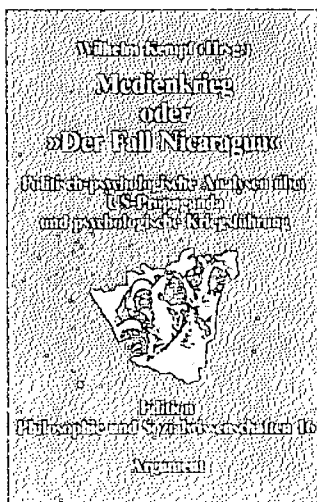
Viele Orte. Überall?

Feminismus in Bewegung
Festschrift für Frigga Haug

Herausgegeben von Kornelia Hauser

Einen Überblick über ein internationales Projekt: den Marxismus für eine feministische Befreiungsperspektive nutzbar zu machen. Beiträge zur gesellschaftlichen Arbeit, zu weiblichen Vergesellschaftungsprozessen, zum biologischen und sozialen Geschlecht, zu Gleichheits- und Differenzkonzepten, zur Quotierungsdebatte, zu historischen Lebensentwürfen von Frauen, literarische Verarbeitungen weiblicher Erfahrungen. Mit einer Bibliographie der Schriften von F.Haug. 256 Seiten, br., DM 24,-

Materialien zu Politik und Literatur



Medienkrieg oder der Fall »Nicaragua«

Hg. von Wilhelm Kempf
*Politisch-psychologische
Analysen über US-Propaganda
und psychologische
Kriegsführung*
250 S., br., DM 28,—

In diesem Buch wird der Medienkrieg gegen Nicaragua zum ersten Mal unter politisch-psychologischen Gesichtspunkten analysiert.

Aus dem Inhalt: J.W. Delgadillo, Angst und Krieg in Nicaragua. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; H. Riquelme, Psychokulturelle Auswirkungen des Staatsterrorismus in Südamerika; W. Kempf/U. Palmbach, Rambo-gate. Militaristische und antidemokratische Propaganda im Hollywood-Film.

Robert Cohen

Bio-bibliographisches Handbuch zu Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands«

187 S., br., DM 18,—

Ein nützliches Instrumentarium für alle, die sich in dem labyrinthischen Roman von Peter Weiss besser zurechtfinden wollen. Die Leserinnen und Leser finden hier u.a. eine Inhaltsangabe des Romans nach Kapiteln, ein Register der im Roman erwähnten Namen und Personen, biographische Angaben zu den Personen des Romans, eine Zeittafel zu Leben und Tätigkeit von Peter Weiss von 1971 bis 1982 und eine kommentierte Bibliographie.

Robert Cohen

Bio-Bibliographisches Handbuch zu Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands«

Argument

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Wolfgang Bialas

DDR-Identität im Umbruch

Die DDR hat sich von der Geschichte verabschiedet. Eine historiographisch eindeutige Geschichte, sollte man meinen, wenn da nicht noch das eigenartige Phänomen der über ihr Ende hinaus verlängerten, gar erst nach ihrem Ende sich klar konturierenden DDR-spezifischen Identitäten und Mentalitäten, Verhaltens- und Denkweisen, Sentimentalitäten und »Errungenschaften« wäre. Was war die DDR nun wirklich? Was wird aus ihr in der Erinnerung ihrer ehemaligen Bürger werden? Was hätte aus ihr werden können? *Hätte* etwas aus ihr werden können? Solche und ähnliche Fragen wird der Streit der Interpretationen und historischen Erklärungen bei aller Forschung im Detail aufnehmen müssen. Und schließlich: Was wird aus den Menschen, die in dieser DDR gelebt haben? Die Existenz eines Staates läßt sich administrativ beenden. Für seine ehemaligen Bürger ist das nicht ganz so einfach. Die einen klammern sich an die Vergangenheit. Andere wollen diese möglichst schnell vergessen. Die einen wie die anderen aber müssen erfahren, daß sich das Kontinuum der Geschichte nicht willkürlich aufkündigen läßt. Gemeinsame Geschichte verbindet. Zumindest in ihren untrennbar mit der politischen Großgeschichte verwobenen je eigenen Lebensgeschichten bleiben sie, bleiben wir ehemaligen DDR-Bürger dem real existierenden Sozialismus über seinen Untergang hinaus verhaftet. So einfach werden wir »die DDR in uns« nicht los. Nicht jedenfalls, ohne unsere eigene Geschichte in ihr aufzuarbeiten.

Ohne eine solche Aufarbeitung der Pluralität individueller Lebensgeschichten wird andererseits eine biographisch kontrollierbare, historisch gerechte Geschichte der DDR nicht geschrieben werden können. In diesen Lebensgeschichten liegen Anpassung und Verweigerung, Opportunismus und Rückzug ins Private in der Regel dicht beieinander. Konsequente Widerstandsbiographien jedenfalls blieben die große Ausnahme. Lange Zeit waren die demokratischen Sozialisten, die Verfechter von Menschen- und Bürgerrechten, umwelt- und alternativ Bewegte eine kriminalisierbare Minderheit ohne soziales Auffangmilieu, eine Minderheit, die nur durch den Rückhalt ihrer kleinen Solidargemeinschaften und das schützende Dach der evangelischen Kirche politisch überleben konnten. Das politische Instrument der Ausbürgerung und progredierende Ausreisenzahlen sorgten zusätzlich dafür, daß diese Bewegung auf kleiner Flamme gehalten wurde. Gerade die Mehrheit der hinreichend mit der Sicherung ihres privaten Alltags beschäftigten unpolitischen Durchschnittsbürger wirkte hier als unverzichtbarer Kitt der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, gab als »schweigende Mehrheit« einer »sprechenden Minderheit« konzeptiver Ideologen überhaupt erst die Möglichkeit, unwidersprochen die Interessen der herrschenden Politbürokratie als die des Volkes auszugeben und eben als die herrschenden durchzusetzen.

Für den Historiker und engagierten Zeitgenossen kann es nicht damit getan sein, die Metamorphose der DDR zum »Beitrittsgebiet der fünf neuen Bundesländer«

als Übergang von einer Gesellschaftsordnung zu einer anderen nüchtern zu protokollieren, neue Gesetze, Eigentumsformen, Rechtsverhältnisse und administrative Strukturen einfach zu benennen. Schließlich konfrontiert dieser Übergang Millionen von Menschen quasi über Nacht mit einer sozialen Realität, auf deren Verhaltenszumutungen sie in keiner Weise vorbereitet sind, vor der bewährte und in ihrer habituellen Selbstverständlichkeit schon lange nicht mehr hinterfragte Lebensstrategien nun einfach versagen. Bisher verlief das Leben für die meisten von ihnen in überschaubaren Bahnen, konnte mit großer Sicherheit auf Jahrzehnte hinaus geplant werden. Angesichts umfassender realsozialistischer Daseinsfürsorge erübrigten sich eigene Lebensentwürfe weitestgehend. Dramatische Höhepunkte in der Biographie waren zumeist privater Natur. Brüche blieben die große Ausnahme.

Nun hat sich plötzlich dieser ganze Rhythmus geändert, stehen Entscheidungen an, die kompetent eigentlich gar nicht getroffen werden können, da hierfür jegliche Voraussetzungen fehlen. Möglicherweise muß zwischen Alternativen gewählt werden, die gleich fragwürdig und unsicher sind. Oft wird die fällige Neuorientierung im veränderten sozialen Umfeld als Verunsicherung erlebt, wechseln Hoffnungen und Enttäuschungen einander ab, gehen hektische Betriebsamkeit und lähmende Depressionen ineinander über. Da werden Identitäten auseinandergerissen und nur fragmentarisch wieder zusammengesetzt. Biographien neu geschrieben, entleerte Sinnzusammenhänge besichtigt und beiseite gelegt. Für viele droht ihr ganzes bisheriges Leben fragwürdig zu werden. Oder aber sie reagieren auf die permanente Überforderung durch die neue Situation, auf die umfassende öffentliche Entwertung ihrer Vergangenheit, die auch vor ihren ganz persönlichen Erinnerungen und Erfolgen, den daran geknüpften Kompromissen und Zugeständnissen nicht halt macht, mit einer nostalgischen Verklärung dieser Vergangenheit, in der man doch wenigstens immer noch wußte, woran man eigentlich war.

Nachdem die staatliche Teilung Deutschlands beendet ist, zeigt sich, daß sich in der relativen Isolierung getrennter Entwicklung tatsächlich zwei Welten herausgebildet haben, die nicht ohne weiteres paßfähig sind. Im unmittelbaren Aufeinandertreffen dieser zur Vereinigung freigegebenen Welten gehen diese neue Verbindungen ein, verfestigen sich aber zugleich auch neue Abgrenzungen und alte Vorurteile. Multikulturelles amalgamiert mit Provinziellem. Minderheiten, Sub- und Jugendkulturen erneuern aneinander ihr ausgrenzendes Selbstverständnis. Dabei rechtfertigen aggressive Entladungen von Gewalt gegeneinander das jeweilige Feindbild. Demgegenüber bleiben Forderungen nach Toleranz und gewaltfreiem Umgang miteinander marginal und scheinbar wirkungslos. An den Graffiti der Häuserwände jedenfalls kommen sie nicht an. Folgt man deren Losungen, so sind es nur wenige, die auf ein gelassenes Mit- und Nebeneinander setzen. Je nachdem heißt es hier vielmehr Ausländer, Rechte, Bullen, Linke, Osis oder Türken raus. Da werden Territorien verteidigt oder angegriffen, Häuser gestürmt oder besetzt, wird Deutschtum kultiviert oder abgelehnt. Zur Verständigung, angst- und aggressionsfreien Begegnung, gar zur Vermischung der Kulturen oder Relativierung der Feindbilder und Ideologien kommt es dabei kaum. Lieber bleibt man unter sich und überläßt den Mythos von der offenen,

toleranten und multikulturellen Gesellschaft der Deutschen den Medien. Ohnehin gehen diese Auseinandersetzungen, in denen sich die politische Alltagskultur des größer gewordenen Deutschland neu formieren muß, an den sozial-alltäglichen Problemen der meisten ehemaligen DDR-Bürger vorbei. So werden beispielsweise die Hausbesetzer aus dem Westen, die sich den Osten Berlins erobert haben, immer noch eher als Besetzer denn als Bereicherung der Nachbarschaft wahrgenommen. Ihre Diskussionsveranstaltungen zu besuchen, in ihren Kneipen sein Bier zu trinken, die »Tage der offenen Tür« zum Kennenlernen zu nutzen, fällt den wenigsten ein. Die Integration findet nicht statt.

Dem ostdeutschen Normalbürger begegnet der »Westler« noch immer vorrangig als Tourist, Händler oder Anbieter von Nebenbeschäftigungen. Allerdings kommt es inzwischen auch schon mal zu einer direkten Begegnung in der Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze. Aber auch hier sind die Rollen und Chancen in der Regel von vornherein klar verteilt: Der Ostler ist durch seine Vergangenheit belastet, unter- oder fehlqualifiziert, der Westler tritt an mit dem persönlichen Bonus, aus einer boomenden, erfolgreichen Marktwirtschaft zu kommen, repräsentiert den durchsetzungsstarken, gewandten, selbstverständlich in mehreren Sprachen parlierenden Weltbürger, der sich nun, wo es darauf ankommt, zur selbstverständlich gut bezahlten Entwicklungshilfe nicht zu schade ist, um auch im Osten nach Jahren der Mißwirtschaft und politischen Diktatur wirtschaftlichen Aufschwung, Freiheit und Demokratie durch seinen persönlichen Einsatz auf den Weg zu bringen.

Unterm Strich, so kann man in der Altbundesrepublik lesen und hören, hat Deutschland mit der DDR Territorium, Menschen und Probleme hinzugewonnen. Damit ist der Beitrag der ehemaligen DDR zur Vereinigung aus der Sicht einer nach Meinungsumfragen Mehrheit der ehemaligen Bundesrepublik hinreichend beschrieben. Auf Nachfragen würde man dann wohl noch hören, daß es sich dabei durchaus auch um fleißige Menschen, ein interessantes Territorium, aber eben auch um überaus große Probleme handle. Die Revolution jedenfalls gilt gemeinhin als beendet. Die Sache der Freiheit hat gesiegt und buchstabiert sich nun als freie Marktwirtschaft. Nicht zuletzt das macht sie in den Augen der eigentlichen »Sieger der Geschichte« zur *deutschen* Revolution, mit der sich das deutsche Volk nach den Jahren der Hitlerdiktatur nun endgültig vor der Geschichte rehabilitiert habe.

Wieder einmal wird das Volk bemüht. Das ehemalige Staatsvolk der DDR. Bevölkerung verbal formiert zur politischen Einheit. Seinerzeit, nach neuer Zeitrechnung »vor der Wende«, an Transparenten, Fahnen, mitgeführten Porträts der politischen Führung zu gegebenen Anlässen als »das Volk« erkennbar, an solchen Tagen landesweit millionenfach an Tribünen vorbeidefilierend. Zwischen den Kampf- und Staatsfeiertagen wieder diffundierend zur »werk tätigen Bevölkerung«. Allabendlich aus der Anonymität »unserer Menschen« auf den Bildschirmen tretend als Helden von »Ernteschlacht« und »Arbeitsfront«. Dieses Volk, in kollektiver Vereinzelung gehalten, hinreichend beschäftigt mit der Sicherung seines privaten Alltags, elementarer zivilgesellschaftlicher Äußerungsformen enteignet, geschützt von Volksarmee und Volkspolizei, zur Sicherheit des Staates massenhaft überwacht und zur »informellen Mitarbeit« herangezogen. Ausein-

anderdividiert durch selektive Gratifikationen geht dieses Volk im nun schon historischen Herbst 89 zu Hunderttausenden auf die Straße, erobert sich politische Aktionsräume, die auszufüllen ihm jegliche Erfahrung fehlt, ermöglicht basisdemokratische Politikformen und selbstbestimmte Initiativen, die zugleich immer weniger mit den Losungen des Straßeneinheitsvolkes zu tun haben – und atomisiert sich schließlich wieder zur Bevölkerung eines Landes, dessen Tage gezählt sind. Dessen fragmentarische Existenz als vierzigjährige Episode der Nachkriegsgeschichte nunmehr zu Ende gegangen ist. Das jedoch auch nach dem Ende seiner staatlichen Existenz wohl noch längere Zeit an einer besonderen Verdichtung sozialer und anderer Probleme und Eigenheiten als relative Einheit identifizierbar bleiben wird.

Nun also gemeinsame Betroffenheit der ehemaligen DDR-Bürger von einem ganzen Bündel sozialer Probleme. Gemeinsame Abstempelung als in jeder Beziehung nachholbedürftige Ostler, die sich erst einmal geschlossen einer Kombination aus Umerziehung und Umschulung unterziehen sollten, um demokratie- und arbeitsmarktfähig zu werden. Nicht zu vergessen schließlich der postume Zusammenschluß zum Großpatienten DDR, der therapeutischen Bearbeitung von Gefühlsstau, depressiven Frustrationen, Minderwertigkeitskomplexen und Aggressionsüberschuß bedürftig. Der Bonus der demokratischen Revolution jedenfalls scheint verbraucht, wird allenfalls noch als zwar verständliche, aber für die sozial-emotionale Befindlichkeit des Ostlers irgendwo auch wieder typische Weltfremdheit abgebucht, sich lieber in einer nostalgisch beschworenen Vergangenheit umzutreiben, als mit beiden Beinen in der Gegenwart stehend die neuen Probleme energisch und ohne sentimentale Ressentiments anzupacken.

Das also die Situation, die angesichts der negativen Eindeutigkeit kurz- und mittelfristiger Prognosen für die F(ünf) N(euen) L(änder) solidarische Zusammenhänge zunehmend zu symbolischen zu entwerten droht. Jeder wird sich wieder selbst der Nächste und auf sein eigenes Durchsetzungsvermögen zurückgeworfen. Das sich in der Konkurrenz erst noch beweisen muß, das Erlernen und die Akzeptanz der Spielregeln voraussetzt. Desolidarisierung und Vereinzelung also, Karrierebewußtsein und Beziehungspragmatismus. Dieser sich abzeichnende Trend ist jedoch auch nicht individuell zwingend. Abhängig vom Grad der Betroffenheit, den absehbaren oder noch offenen Zeiträumen des Übergangs zu einer neuen sozialen Existenz, der Art dieser Existenz natürlich und nicht zuletzt den Interventionen, den möglichen und den subjektiv riskierten, sind durchaus auch gegenläufige Entwicklungen denkbar. Zumindest deutet sich an, daß es dem ehemaligen DDR-Bürger schwer fällt, seine Kollegen nun als Konkurrenten um knapper werdende Arbeitsplätze wahrzunehmen und sich entsprechend zu verhalten, seinen Marktwert auszustellen oder überzeugend zu simulieren, in Outfit und Jargon, individuell gesetzten Prioritäten und habituellen Zeitrhythmen den Typ des dynamischen und flexiblen Arbeitnehmers zu verkörpern, der die besseren Chancen hat, unter den Bedingungen des neuen Arbeitsmarktes zu bestehen.

Was eigentlich widerfährt Menschen, die, bei aller kritischen Distanz zu ihrer untergegangenen politischen Ordnung oder auch einer Existenz als weitgehend

unpolitischen Privatindividuen, dennoch in vielfältiger Weise in ihren sozialen Verhaltensstereotypen und Individualitätsformen mit dieser Ordnung verbunden waren? Solche Fragen stellen, heißt auch, sie in Fragen an die eigene Biographie zu übersetzen und das eigene Maß nicht delegierbarer Verantwortung für diese Gesellschaft konkret zu benennen. Diese Art der Selbstbefragung steht noch weitgehend aus. Sie sollte Teil der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte sein.

Es ist auch für Sozial- und Geisteswissenschaftler schwierig, in dieser Zeit der Abwicklungen und des zusammenbrechenden Arbeitsmarktes theoretisch zu arbeiten. Gesteht man sich eigene Verunsicherungen ein, geht man gar ihren biographisch tiefer liegenden Wurzeln auf den Grund, oder demonstriert man souveräne Gelassenheit und übt sich ein in normalisierender Anpassung an die neuen Bedingungen? Wie entwickelt man eine Sicht auf *eigene* Verhaltensweisen und Lebensstrategien, durch die hindurch sich gesellschaftliche Zustände reproduziert haben, die wir heute rigoros ablehnen mit den bekannten Formeln vom bürokratischen, administrativen oder Feudosozialismus?

Der Marxismus-Leninismus, die alte politische Führung, die ideologischen Einpeitscher und einstigen Zensoren, realsozialistische Alltagsabsurditäten – all das wird nun zur Zielscheibe beißender Kritik und treffender rhetorischer Spitzen. Psychologisch ist das nur zu verständlich und hat wohl die Funktion, gegen die Fragwürdigkeiten der eigenen Biographie eine zeitlich versetzte imaginierte Wunschbiographie zu setzen. Aber gerade diese Imagination hinterläßt, wenn sie nicht mitgedacht wird, Peinlichkeit. Interessantes Material für den Historiker freilich entsteht auf diese Weise schon, Material zur Rekonstruktion der psychosozialen Symptomatik des Umbruchs. Aber die Angleichung an den westlichen mainstream der Wissenschaft bei demonstrativer oder stillschweigender Verabschiedung der eigenen Denk- und lebensweltlichen Voraussetzungen kann nur ein über kurz oder lang verzichtbares Plagiat hervorbringen, das den jeweiligen Originalen intellektuell unterlegen bleiben muß. Etwas anderes ist der dringend notwendige Anschluß an Diskussionen und Entwicklungen, ohne die der künstlich produzierte und staatlich gehütete Provinzialismus der DDR-Theorielandschaft, nur weiter verlängert wird und zu ihrer endgültigen Verödung führen muß.

Der ehemalige DDR-Bürger wurde unter Bedingungen sozialisiert, die jetzt nicht mehr gelten. Seine soziale und politische Existenz war an Anpassungsleistungen gebunden, die nun, da ihre Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, ihre Folgen aber weiter wirken, sich gegen ihn wenden und seine Sozialtauglichkeit unter den veränderten Bedingungen beeinträchtigen. Das ganze feinmaschige und variantenreiche Geflecht sozialer Abhängigkeiten und Alltagsopportunisten, die ausdrückliche Sanktionierung konkreter Verhaltensweisen, Aktivitäten und Unterlassungen und deren Verinnerlichung zum scheinbar selbst gewählten sozialen Habitus, die Akzeptanz der Definitionsmacht politischer Institutionen und staatsoffizieller Ideologie mit der Verbindlichkeit von ihr vorgegebener Sprachregelungen, öffentlicher Rituale und tabuisierter Themen, all das wirkt weiter. Die daraus resultierende Phänomenologie entsprechender Wahrnehmungsraster, Lebensstrategien und Varianten der Konfliktbearbeitung hat sich durch den massiven Anpassungsdruck an das neue politische und marktwirt-

schaftliche System der Bundesrepublik vielleicht sogar noch verfestigt. Die normativ zwingende Kraft des Unterlassungshandelns als tradierte Verhaltensweise des unpolitischen Durchschnittsbürgers ist weiter wirksam. Der Herbst 89 bleibt Vorschein einer zivil couragierten Gesellschaft mündiger Bürger, der bundesrepublikanisch nicht ohne Folgen bleiben wird. Ein Nachspiel ist denkbar.

Wenn Menschen massenhaft aus alten Sicherungen fallen, ohne daß andere soziale Netze bereits für sie geknüpft wären, wird das von ihnen zunächst einmal als Verlust erlebt – als Verlust des Arbeitsplatzes, unentgeltlicher Sozialleistungen, als Verlust von fragloser Sicherheit und Geborgenheit überhaupt. Daß diese alten Sicherungen auf ökonomisch brüchigem Boden gebaut waren und eine systemstabilisierende Funktion in der alten DDR hatten, daß sie darüber hinaus durch ein ausgeklügeltes System von Sonderleistungen für einen politisch ausgewählten Personenkreis entwertet und durch den schleichenden Siegeszug der D-Mark schon lange vor der Währungsunion zunehmend auch elementare Leistungen innerhalb dieses Sicherungsnetzes in Frage gestellt wurden, wirkt dabei jetzt, im Nachhinein, für viele kaum relativierend auf dieses Verlustgefühl. Insbesondere ältere Menschen, deren berufliche Existenz abrupt beendet wird oder massiv gefährdet ist, ohne daß Umschulung und Neuanfang für sie möglich wären, verbinden das Ende der DDR im assoziativen Zusammenschluß mit dem vorzeitigen Ende ihrer aktiven Lebenszeit. Viele, die noch vor Jahresfrist nicht nur in beruflichen Zusammenhängen aktiv und engagiert waren, nehmen sich jetzt auf ihre unmittelbare soziale Überlebensperspektive zurück, sind nur noch an Renten, Mieten und Preisen interessiert und verbringen ihre länger gewordenen Tage damit, soziale Katastrophenmeldungen aus den fünf neuen Bundesländern aufzusaugen und zum wahrscheinlicher werdenden privaten Untergangsszenario zu verdichten. Die dahinter stehende entwicklungsgeschichtliche Logik erscheint zwingend, erleben sie doch Wende und Wiedervereinigung als Prozeß, in dem die Gesellschaft sich von ihnen abwendet, Entwicklung eine Beschleunigung erfährt, der sie nicht mehr zu folgen vermögen. Da liegt Fragmentierung als spontane Reaktionsform nahe.

Es ist im wesentlichen dieselbe Generation, die nach dem Krieg mit jugendlichem Enthusiasmus und neuen Idealen den Wiederaufbau getragen hatte, die sich nun, oft schon zum zweiten Mal, um ihre Ideale betrogen sieht. Zumindest für den Teil von ihr, der gesellschaftlich engagiert Politik in der DDR mitgestaltet hat, ist es außerordentlich problematisch, ihr altes Wertgefüge zu korrigieren. Auf dem Spiel steht schließlich ihre psychosoziale Identität, ihre bewußt gewählte und verantwortliche gelebte Biographie, die nach einer solchen Korrektur möglicherweise zur ausschließlichen Negativbilanz würde. Hier wirken unbewußte Schutzmechanismen, die ein selektives Wahrnehmungs- und Interpretationsraster zwischen das Ich und die Realität schieben. Dabei werden Ambivalenzen und moralische Konflikte, Zweifel und Unsicherheiten, Verdrängungen und Schuldgefühle, die mehr oder weniger zu jeder das politische System nicht radikal in Frage stellenden sozial engagierten DDR-Biographie gehören, aus dem Gedächtnis gestrichen und zur moralisch integren Eindeutigkeit und Geradlinigkeit eigener Positionen, Entscheidungen und Entwicklung phantasiert. Die psychische Balance kann, wenn diese Imaginationen gelingen, viel

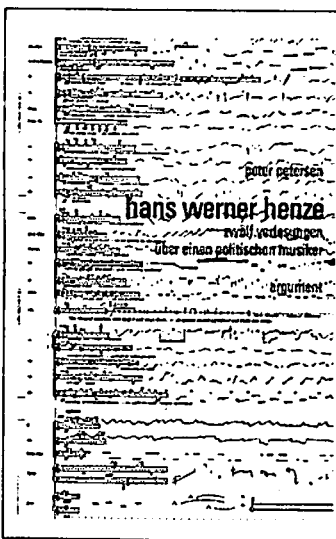
leicht gesichert werden, allerdings um den Preis entdifferenzierender und vielfach eingeschränkter Realitätswahrnehmung und eines nur noch bedingt möglichen Zugriffs auf die eigene Biographie. Die nicht zuletzt auch an der wachsenden Kluft zwischen deklariertem Anspruch und gesellschaftspolitischer Realität gescheiterte DDR wird durch dieses Raster nun noch einmal zur antifaschistisch-demokratischen, sozial gerechteren Alternative zur alten BRD (v)erklärt.

Große Probleme, sich in der neuen Situation zurechtzufinden, haben auch die heute 7-14jährigen. Insbesondere die jüngeren erleben diese Situation tatsächlich als »Umwertung aller Werte«, indem nun oftmals das genaue Gegenteil von dem gilt, was ihnen vor dem absehbaren Ende der DDR in der Schule als staatsbürgerliche Grundorientierung zu vermitteln versucht wurde. Nicht selten sind es zudem die gleichen Lehrer, die, in Fortsetzung von Subalternität und Anpassung unter veränderten Bedingungen buchstäblich »gewendet«, nunmehr die neuen Wahrheiten verkünden. Routiniert und engagiert wie eh und je, die Verkörperung selbstsicherer, unerschütterlicher Gewißheit, verhalten sie sich so, als hätten sie nie etwas anderes getan, als die »freiheitlich demokratische Grundordnung« der BRD als der staatsbürgerlichen Weisheit letzten Schluß zu verkünden. Das macht die Verwirrung perfekt, haben doch dann die Erwachsenen (denn es sind nicht nur die Lehrer, die sich in normalisierender Verdrängung üben) offensichtlich nicht die gleichen Probleme, sich neu zu orientieren und dabei das ganze Ausmaß der stattgefundenen Veränderungen überhaupt erst einmal in seinen Konsequenzen wahrzunehmen und zu verarbeiten. Andere Erwachsene agieren ihre eigene Verunsicherung in Sarkasmen und Zynismen aus, deren Metaphorik für die Kinder und Jugendlichen kaum zu entschlüsseln ist, was das Gefühl, mit ihren Identitäts- und Orientierungsproblemen sich selbst überlassen zu sein, nur noch steigert. Die älteren reagieren mit Cliquenbildung und demonstrativen Provokationen, die den Erwachsenen signalisieren sollen, daß sie deren Verdrängungs- und Stunde-Null-Politik nicht mitzumachen gedenken.

Es ist schon beeindruckend, nach vollzogener staatlicher Vereinigung in Fußballstadien der ehemaligen DDR Sprechchöre jugendlicher Fans zu hören, die »SED«, »FDJ«, »STASI« und »DDR« als Wiedererkennungsformeln skandieren – um anschließend als grölender und prügelnder Mob Jagd auf Ausländer, Linke oder Normalbürger zu machen, »Bullen« zu reizen oder einfach ein paar Scheiben klirren zu lassen. Dabei ist ihr demonstrativ ausgestelltes Deutschtum, untermalt durch »Ausländer raus« und »Deutschland den Deutschen«, auch Ausdruck des Fremdseins im eigenen Land, des Verlustes von Heimat und unvorbereiteter Aussetzung in eine unsichere Zukunft. Nach vormundschaftlicher Daseinsfürsorge und staatsbürgerlicher Entmündigung jetzt die »Freiheit« – in der Marktwirtschaft zu bestehen oder in ihr zu scheitern, sich in der Konkurrenz durchzusetzen oder ins soziale Abseits zu geraten, sich anzupassen oder es auch bleiben zu lassen. Und immer noch alle Varianten eingebettet in einer allgegenwärtigen Bürokratie, undurchschaubar immer noch und nicht kalkulierbar. Nun, nachdem bisher alles für oder gegen sie, jedenfalls kaum von ihnen selbst entschieden wurde, wird ihnen auf einmal eine Fülle von Entscheidungen abverlangt, die begründet zu treffen ihnen elementare Voraussetzungen fehlen. Nicht zuletzt das Schicksal dieser Generation, die Realitätshaltigkeit ihrer Hoffnungen

und Befürchtungen, der zivilgesellschaftliche Abbau oder das eruptive Ausagieren ihrer Frustrationen und Aggressionen wird die neudeutsche Zukunft der ost-deutschen Bundesländer mitentscheiden.

Die Möglichkeiten von Intellektuellen, gesellschaftliche Zukunft mitzugestalten, mögen bescheiden sein. Um so entschiedener sollten sie genutzt werden. Sachzwänge und enger werdende politische Spielräume bedürfen der Erweiterung durch die kreative Phantasie emanzipatorischer Projekte, bedürfen der Infragestellung durch die analytische Unbestechlichkeit kritischer Interventionen. Auch weiterhin müssen Kosten und Opfer industriegesellschaftlicher Modernisierung benannt werden. Jenseits messianischer Weltverbesserungspläne oder des naheliegenden Rückzugs in den geschützten sozialen Binnenraum der intellektuellen Professionen, über die hinweg eine pragmatische Politik der schnellen Lösungen und kurzatmigen Strategien bequem zur Tagesordnung übergehen kann, sollte es so etwas, wie eine besondere Verantwortung durch Reflexionsfähigkeit geschulter sozialer Sensibilität geben. Eine andere Verarbeitung der traumatischen Disziplinierung der Vergangenheit als die ihrer Verdrängung oder forschen Verleugnung sollte möglich sein.



Peter Petersen
Hans Werner Henze
Ein politischer Musiker
Zwölf Vorlesungen

Eine leicht verständliche Einführung in das Werk eines der meistaufgeführten und bedeutendsten Komponisten nicht nur des deutschen Sprachraumes.

Henzes sozialistische Haltung hat ihn zu einer »musica impura« geführt, zum Verzicht auf die Reinheit des Stils zugunsten eines reflektierten Eklektizismus.

Dem behandelten Gegenstand entsprechend kommt in dieser ersten Henze-Monographie seit 1968 das Verhältnis von Musik und Politik immer wieder zur Sprache.

ca. 300 S., br., DM 34,-

Ehrenfried Galander und Gunter Willing

Was wird aus der Marx-Engels-Forschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg?

Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) droht der bundesdeutschen Anschlußpolitik zum Opfer zu fallen. Unabhängig davon, wie man die DDR bewertet, ist diese Edition unbezweifelbar von menschheitlichem Interesse. Die künftige Forschung wird in allen Ländern der Welt und für viele Generationen darauf angewiesen sein. Die Vorstellung ist unerträglich, daß deutscher Kleinkariertheit und bürgerlichem Revanchismus dieses Werk zum Opfer fallen könnte. Der folgende Beitrag führt aus, was z.B. an der Universität Halle-Wittenberg derzeit noch in Vorbereitung ist. Wir werden diese Problematik noch einmal aufgreifen. Red.

Schwer fällt es, für irgendein ehemaliges DDR-Produkt einen auch zukünftigen Nutzen zu reklamieren. Das gilt für LPG-Gemüse und für SERO-Umweltschutz, noch mehr aber für Institutionen und Menschen, die mit Wissenschaft, Kunst, Forschen und Lehre zu tun haben. In den sogenannten Abwicklungen im Bereich des Hochschulwesens sind auch – ministerialbürokratisch angewiesen – die MEGA-Gruppen der Universitäten verwickelt. Die jahrelang gewachsenen Werkstätten der Editoren wurden als ideologische Altlasten denunziert und geschlossen bzw. in ihrer Fortexistenz bedroht. Es wird sehr schwer werden, eine Konsolidierung des historisch-kritischen Edierens der MEGA an den Universitäten zu erreichen.

Das bedeutet speziell für die Marx-Engels-Forschungsgruppe an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit ihrem Projekt der editorischen Bearbeitung und theoretischen Erschließung aller 24 »Londoner Hefte 1850-1853« in den MEGA-Bänden IV/7 bis IV/11: Nachdem die Bände IV/7 (Hefte I bis VI) und IV/8 (Hefte VII bis X) bereits veröffentlicht wurden, wird 1991 der Band IV/9 (Hefte XI bis XIV) erscheinen. Der Band IV/10 wird zur Zeit bearbeitet. Ob die Bände IV/10 (Hefte XV bis XVIII) und IV/11 (Hefte XIX bis XXIV) aus dem Labyrinth der Abwicklungen und Warteschleifen herausfinden werden, ist fraglich. Die MitarbeiterInnen können noch bis Juni bzw. September 1991 edieren, dann soll ihr Vertrag mit der Universität auslaufen. Die wenigen verbleibenden Wochen dürften kaum ausreichen, die Weiterfinanzierung zu klären, auch wenn vom Wissenschaftsrat empfohlen wurde, die Marx-Engels-Gesamtausgabe in das Programm der Akademie der Wissenschaften (Ost) aufzunehmen. Ein Engagement des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Sachsen-Anhalts sowie der Martin-Luther-Universität wäre dringend notwendig.

Exzerpte zur Kritik der politischen Ökonomie

Bisherige Vorstellungen gingen davon aus, die Veröffentlichung der »Londoner Hefte« bis Mitte der neunziger Jahre abzuschließen. Parallel zur Edition wurden in den letzten Jahren in einer Reihe von Publikationen die »Londoner Hefte 1850-1853« als relativ selbständiger Gegenstand der »Kapital«-Forschung hinterfragt. Die Ergebnisse gingen weit über die unmittelbare Zielstellung der »Kapital«-Forschung hinaus und gestatteten metatheoretische Schlußfolgerungen über methodisch-systematisches Vorgehen bei der Entstehung einer qualitativ neuen Anschauung von der Gesellschaft (Fabiunke 1984; Jahn 1987; Mohl).

In den Heften I bis VIII der »Londoner Hefte« interessiert sich Marx besonders für die historische Entfaltung der Geldfunktionen und -formen, der Kreditarten und Bankinstitutionen und für die Entwicklung der Geldverfassung im 19. Jahrhundert unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrisen. Besonders für Großbritannien bildeten Umbruchprozesse in Industrie und Landwirtschaft, im internationalen und Kolonialhandel, in der weltweiten Reproduktion der Edelmetallbestände, Veränderungen in der Geld-, Kredit- und Bankorganisation sowie politische Auseinandersetzungen ein »Ensemble«, das selbst bereits das Resultat vieler Determinanten war. Es stellte sichtbar schwere Kärnerarbeit für Marx dar, sich an die verschiedenen Widersprüche heranzuarbeiten, von denen jeder seine eigene Spezifik hatte, seine eigene innere Geschichte und eigene Existenzbedingungen (Müller 1988). Marx' Exzerpte sind auch Überlieferungen der Lebenswerke großer Ökonomen vergangener Jahrhunderte, die heute leider nur einigen wenigen Spezialisten bekannt sind. Aber Thomas Tooke z.B. oder John Fullarton waren nicht nur geschäftstüchtige Banker und Kaufleute, sondern auch berühmte Parlamentarier und exzellente Ökonomen, die ihre Gesellschaft zu einem expliziten Diskurs herausforderten. Ihre Denksätze wären auch für das Problem der heutigen Geldmengensteuerung von Bedeutung.

Mit den Heften XI bis XIII im MEGA-Band IV/9 begann ein Abschnitt des Marx'schen Forschungsprozesses, in dessen Mittelpunkt das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital und die Entwicklung der sozialökonomischen Lage der Arbeiterklasse rückten. Bei der Lösung des Problems, wie sich der Austausch zwischen Lohnarbeit und Kapital vollzieht, konnte sich Marx 1857 auf die in den Heften XI bis XIII gesammelten Materialien stützen. Gemeinsam mit den vorangegangenen Studien wird der Band IV/9 wichtige Etappen der Entwicklung der Wert- und Mehrwerttheorie, der Arbeitslohntheorie, der Auffassungen zur Rolle der Gewerkschaften und zur Grundrententheorie dokumentieren.

Seit Beginn seiner ökonomischen Studien gehörte der Arbeitslohn zu den Hauptfragen, mit denen sich Marx befaßte. In den Heften XII und XIII setzte sich Marx nunmehr mit populationstheoretischen Begründungen der Lohnfondstheorie auseinander und machte Studien zum sogenannten Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag (Stude). Interessant ist dabei Marx' Methode, ständig die von ihm analysierten Kräfte und Gegenkräfte durch historische Rückblicke zu verifizieren bzw. zu falsifizieren.

Neben dem Kampf um den Arbeitslohn schenkte Marx einem gesetzlich geregelten Arbeitstag und dessen Verkürzung große Aufmerksamkeit. In den Exzerpten des Heftes XI interessierte er sich besonders für das 1847 vom britischen Parlament erlassene Gesetz über den Zehnstudentag. Die Studien über die Geschichte des Arbeitstages, die Exzerpte aus Schriften der Gegner und Befürworter eines gesetzlich geregelten Normalarbeitstages, die Auswertung von Parlamentsberichten usw. wurden zu einem wichtigen Bestandteil des empirischen Materials, auf das sich Marx später in seiner Lehre vom Arbeitstag stützen konnte. Hier geht es aber auch um die reelle Subsumtion, die Marx im »Kapital« als Indiz für das Entstehen der eigentlichen kapitalistischen Produktionsweise genommen hat. Die Hegemonie der herrschenden Klasse gründete sich letztlich auf ihre Fähigkeit, den Arbeitsprozeß und die Reproduktion der Arbeitskraft selbst zu organisieren, und zwar in einem umfassenden Sinn, der sowohl die Subsistenz der Arbeiter als auch ihre kulturelle Bildung einschloß (Balibar 1990). Das verweist auf das immer noch zu diskutierende Problem des Politischen in der Kritik der politischen Ökonomie, auf die Frage der Vermittlung von subjektiven und objektiven Faktoren in den Theorien von Luxemburg, Tugan-Baranowski, Bauer, Bucharin, Sternberg, Grossmann u.a.

London – August 1851: Beginn eines neuen Forschungsabschnitts

Im August 1851 begann für Marx mit Heft XIV, das den MEGA-Band IV/9 abschließt, eine neue Phase des Forschungsprozesses, die bis zum Ende der »Londoner Hefte« währte. Er betrachtete den Forschungsprozess auf dem Gebiet der politischen Ökonomie zunächst im wesentlichen als abgeschlossen. Beginnend mit Heft XIV berührte Marx jetzt Fragen, die die Menschheitsgeschichte in ihrer weltweiten Dimension und im historischen Werdegang ihrer Erscheinungsvielfalt charakterisierten. Damit eröffneten sich Problemfelder, deren Analyse im Fortgang der Theorieentwicklung auch auf die Erfassung von historischen Formierungsprozessen orientierte. In den verbleibenden Heften der Londoner Studien untersuchte Marx bis zum Herbst 1853 Gegenstände aus verschiedenen Wissensgebieten. Er interessierte sich für Naturwissenschaft und Technik, Literaturgeschichte, Architekturgegeschichte, Kolonialgeschichte, Geschichte vorkapitalistischer Produktionsweisen, Kultur- und Sittengeschichte, für soziale Strukturen und Bewußtseinsformen bei den verschiedenen Völkern in verschiedenen Epochen. Jeder weitere Schritt in der MEGA-Edition bestätigt die Universalität des Weltbürgers Marx (Marxhausen 1987).

Das Profil des Heftes XIV wird durch Studien zur Theorie und Praxis des Kolonialismus, des Kapitalismus der freien Konkurrenz und durch Studien zu vorkapitalistischen Produktionsweisen bestimmt. Marx wählte eine Reihe solcher Standardwerke aus, die in der Ganzheitsbetrachtung des historischen Prozesses weit fortgeschritten waren und weitgehend den Forschungsgegenstand seiner Zeit zusammenfaßten. Dazu gehören Werke zum antiken Rom, zur spanischen Feudalordnung, zur Geschichte der Perser, der Azteken und Inkas. Diese Exzerpte hatten ohne Zweifel gemeinsam mit folgenden Exzerpten Bedeutung für Marx' Formulierung »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« im Jahre 1859. Gemeinsam mit den späteren umfangreichen Studien über den asiatischen Raum, besonders über Indien (Hefte XXI bis XXIII), konnten sie auch bei der Abstraktion des Begriffes der asiatischen Produktionsweise mit herangezogen werden.

Marx hatte zu Beginn der fünfziger Jahre bereits umfangreiche Kenntnisse über die Bedeutung der Kolonien für den Prozeß der ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und über deren Rolle bei der Herausbildung des Weltmarktes. Besonders in den Exzerpten aus dem Werk von Gülich (MEGA² IV/6, 3ff.) schenkte er diesen Fragen Aufmerksamkeit. Während dort jedoch die Materialsammlung über das Kolonialsystem im Vordergrund stand, ging es Marx im Heft XIV der »Londoner Hefte« vor allem um eine Analyse zeitgenössischer Reflexionen über den Kolonialismus. Er exzerpierte sowohl Befürworter als auch Gegner vor allem der britischen Kolonialpolitik, des Sklavenhandels und der Sklaverei. Gleichzeitig interessierte sich Marx auch für die verschiedenen Arten von Kolonien (Siedlungs- bzw. Ausbeutungskolonien) (Galander 1987a; ders. 1987b; ders./Block).

Der MEGA-Band IV/10 wird die Hefte XV bis XVIII der »Londoner Hefte« enthalten. Das Heft XV beinhaltet die Exzerpte zur Geschichte der Technik und Technologie (Galander/Langhammer). Marx konnte feststellen, daß das 18. Jahrhundert mit der raschen Entwicklung des Gewerbes und der Manufakturen, der zunehmend praxisorientierten Wissenschaft und der neuen sich daraus ergebenden Bildungsaufgaben ein gesellschaftliches Bedürfnis für die eigenständige Herausbildung der Technologie bot. Die Wissenschaft Technologie wurde dabei vor allem durch das Spannungsverhältnis von Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft getragen.

Das Heft XVI der »Londoner Hefte 1850-1853« dokumentiert Marx' komparative

Studien französischer, englischer und deutscher Geld-, Kredit-, Bank- und Zinstheorien des 18. und 19. Jahrhunderts und beinhaltet weiterhin Exzerpte, »welche ex professo vom 'Handel' und der 'Spekulation' handel(n) ...« (MEGA² II/5, 105). Besonders hervorzuheben sind die acht Handschriftenseiten umfassenden Auszüge aus Adolphe-Lambert-Jacques Quételets Werk »A treatise on man and the development of his faculties. Edinburgh 1842«, denn Marx stieß hier auf einen Großen in der Geschichte der modernen empirischen Sozialforschung. Trotz ihrer kausalmechanischen Betrachtungsweise imponierte Marx Quételets Gesellschaftssicht. Die Gesellschaft erschien hier nicht, wie in der antiken Staatstheorie, als von vornherein durch eine überlegene Einheit beherrscht, aber sie wurde auch nicht durch eine liberalistische Proklamation autonomer Individuen zusammengesetzt, sondern die Menschen befinden sich in gegenseitigen Beziehungen und Verflechtungen, sie bilden ein Gewebe, das der Fortschritt der Kultur und vor allem die Art der Arbeit immer fester und feiner macht. Im Prozeß der Dialektik von Ideen und ökonomischen Bedingungen ist ihr wechselseitiger Einfluß alles andere als symmetrisch. Lebensbedingungen können Ideen prägen, die in einer besonderen Periode vorherrschen, während dann Ideen nur bedingt und ganz spezifisch das Geschehen zu beeinflussen vermögen (Willing/Winkler).

»Geschichte« in den »Londoner Heften«

Nachdem Marx im Heft XVII die ergänzenden ökonomischen Studien mit Exzerpten aus dem »Economist«, aus Gray und S. Newman beendet hatte, wandte er sich in den Heften XVII und XVIII vor allem der feudalen und frühkapitalistischen Gesellschaft, in erster Linie in Mittel- und Westeuropa, zu. Beide Hefte sind weder Vorarbeiten für eine Geschichte des Feudalismus noch der Literatur- oder Sprachentwicklung, sondern eingeordnet in Marx' Gesellschaftsauffassung zu werten. Hatte er bereits mit Beginn seiner Londoner Studien die Untersuchung politökonomischer Fragen in ihrer historischen Dimension erfaßt, so weitete er nun die historischen Studien auf bisher nicht untersuchte Problemkreise aus. Ganz offensichtlich hatte sich bei ihm im Forschungsprozeß die Erkenntnis verstärkt, wie entscheidend der Einfluß politischer und rechtlicher Beziehungen auf ökonomische Verhältnisse und deren Entstehung und Entwicklung ist.

Charakteristisch für Heft XVII sind Marx' Studien zur Geschichte der feudalen Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer Verfassungsgeschichte. Die Verfolgung der Verfassungsgeschichte gewährt ihm dabei eine zweifache Erkenntnismöglichkeit. Zum einen ermöglicht sie einen vermittelten Zugriff zu den Produktionsverhältnissen, und zum anderen gibt sie Einsichten in die aktive Wirkung des politisch-rechtlichen Bereichs auf die Entwicklung des ökonomischen Bereichs. Ohne Zweifel hatten diese Studien sowie die in den folgenden Heften enthaltenen Exzerpte große Bedeutung für die Darstellung der Formationsfolge im Vorwort von »Zur Kritik der politischen Ökonomie« von 1859.

Die Exzerpte aus den Schriften von Hallam (Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien) und Dalrymple (Großbritannien) wenden sich den Verhältnissen des Mittelalters in verschiedenen Teilen Europas zu. Besondere Beachtung verdienen jedoch auch die zwar kurzen, jedoch inhaltsreichen Auszüge aus F. Newman über die Existenz, die Aufeinanderfolge und das gegenseitige Ausschließen von Kastenwesen, Sklaverei und Leibeigenschaft. Dieses Problem hatte Marx bereits im Heft XIV (Heeren, Sempere, Dureau de la Malle) berührt, und er kam auch in den folgenden Heften wiederholt darauf zurück.

Die umfangreichsten Exzerpte des Heftes XVII entstammen den Werken von Hüllmann (etwa zwei Drittel des Heftes). Neben den Exzerpten aus Wachsmuth sind sie die längsten Auszüge aus Werken eines Autors innerhalb der »Londoner Hefte 1850-1853«. In den vier Werken von Hüllmann verschaffte sich Marx einen Überblick über folgende Probleme: Die Entwicklung der Partikulargewalten bis zur Errichtung der Landesherrschaften im 12. und 13. Jahrhundert; die Hausmachtspolitik der deutschen Könige; die Entstehung, Struktur und Rechtslage des niederen Adels; die Struktur und Rechtsstellung der Bauern; die Entstehung und Sozialstruktur der Städte und deren ökonomische Basis; die Rolle der geistlichen und weltlichen Fürsten; die Staatseinkünfte der deutschen Krone bis zum Ende des 13. Jahrhunderts. Die größte Beachtung verdienen dabei Marx' Exzerpte aus Hüllmanns »Städtewesen des Mittelalters«. Dieses geschichtswissenschaftlich hoch einzuschätzende Werk ist wahrscheinlich die umfangreichste spezielle Abhandlung zum mittelalterlichen Städtewesen, die Marx je gelesen hat. Es ist eine Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte des europäischen Städtewesens (besonders Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands) im Feudalismus des 8. bis 17. Jahrhunderts. Zugleich schließt es auch kultur- und sittengeschichtliche Aspekte der bürgerlichen Alltagsgeschichte (vor allem 13. bis 15. Jahrhundert) ein. Über diese Probleme hinaus nahm Marx auch viel Material zur Herausbildung des Geldes, vor allem zur Funktion als Zahlungsmittel, in seinen Wissensspeicher auf. Ebenso verdeutlichen die Exzerpte sein Interesse für den Einfluß politisch-rechtlicher Regelungen auf die Entwicklung von Produktion und Handel und für die Bedeutung der außerökonomischen Gewalt für die Durchsetzung neuer Verhältnisse.

Die Exzerpte aus Hüllmanns Werk reichen bis in das Heft XVIII. Chronologisch und inhaltlich schließen daran die Exzerpte aus Forbonnais an, in denen sich Marx besonders Fakten zur französischen Finanz-, Steuer- und Handelspolitik sowie deren Einfluß auf die Manufakturbildung um 1600 notierte. Dominierendes Thema des Heftes XVIII sind jedoch die daran anschließenden Exzerpte zur Literatur- und Sprachgeschichte. Der in dem Heft XVIII analysierte Zeitraum ist der, in dem in Europa in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen die Grundlagen für die bürgerliche Gesellschaft gelegt wurden. Die Exzerpte konzentrieren sich vorwiegend auf die Zeit vom 13. bis 17. Jahrhundert. Inhaltlich leiten sie zu den in den Heften XIX und XX dominierenden Auszügen zur Kultur- und Sittengeschichte über.

Sismondi gab in seinem Werk einen Überblick über die Herausbildung und Entwicklung der südeuropäischen Sprachen und der Literatur. Marx exzerpierte daraus gezielt den Zusammenhang zwischen der Sprachentwicklung sowie der sozialökonomischen und politischen Entwicklung, die Rolle von Kriegszügen sowie die gegenseitige Beeinflussung von Kulturen durch Handel und Kriege. Weitere Schwerpunkte sind die Entwicklung der verschiedenen Literaturgattungen (vor allem in Italien und Spanien) und umfangreiche Aufzählungen von Dichtern und deren Werken. Dieser Aspekt tritt demgegenüber in den Exzerpten aus Bouterwek zurück, da dieser Verfasser den sozialökonomischen Hintergründen kaum Aufmerksamkeit schenkte. Bouterwek gab in seinem vielbändigen Werk einen Überblick über die Entwicklung von Literatur und deren Trägern bis zur Neuzeit. Er gab also geografisch über das von Sismondi behandelte südeuropäische Gebiet hinaus. Marx exzerpierte in Ergänzung zu den Exzerpten aus Sismondi sehr umfangreich die Entwicklung der italienischen, französischen und englischen Literatur vom 12. bis 17. Jahrhundert. Ein geringerer Umfang ist der spanischen und deutschen Literatur gewidmet. Den größten Teil der Exzerpte bilden inhaltlich Aufzählungen über die

Dichter jener Länder und deren Werke, z.T. illustriert mit Auszügen daraus. Diese Exzerpte dienten Marx wohl als reiner Wissensspeicher.

Der die »Londoner Hefte 1850-1853« abschließende Band IV/11 wird die Hefte XIX-XXIV umfassen. Neben einzelnen Exzerpten zur politischen Ökonomie und zur Soziologie wird sein Inhalt vor allem durch zwei Schwerpunkte charakterisiert. Zum einen sind dies die Exzerpte aus dem Werk Wilhelm Wachsmuths zur allgemeinen Kulturgeschichte. Inhaltlich sind diesem Problemkreis ebenfalls die Exzerpte zur Geschichte der Frauen zuzuordnen. Auch für sie gilt, daß es sich dabei nicht um Vorarbeiten für eine Kulturgeschichte oder eine Geschichte der Frau handelt, sondern um Marx' Versuch eines Gesamtblickes auf die menschliche Gesellschaft. Die Exzerpte zur allgemeinen Geschichte und zur Frauengeschichte schließen inhaltlich an die Themen der Hefte XVII und XVIII an. Sie prägen wesentlich den Charakter der Hefte XIX, XX, XXI und XXIV.

Der zweite Teil des Heftes XXI sowie die Hefte XXII und XXIII sind völlig Marx' Exzerpten über Indien gewidmet. Ihre Bedeutung geht weit über die bisher dominierende Wertung hinaus, daß sie lediglich der politischen Publizistik geschuldet seien. Sie sind ein Beweis für die weltgeschichtliche Dimension der Gesellschaftsanalyse von Marx. Nachdem er sich im Heft XXI mit ausgewählten Problemen der britischen Herrschaft in Indien beschäftigt und entsprechende Literaturhinweise notiert hatte, dehnte er in den folgenden Heften die Auseinandersetzung mit dieser Thematik auf vier Schwerpunkte aus. Erstens analysierte Marx die Geschichte der East India Company und ihrer Herrschaft in Indien. Die Entstehung dieser Aufzeichnungen war vor allem den Diskussionen in Großbritannien um die Erneuerung der Charta der East India Company geschuldet. Verwendung fanden sie auch bei der Darstellung der ursprünglichen Akkumulation im »Kapital«. Zweitens befaßte sich Marx mit der asiatischen Dorfgemeinde. Drittens interessierte er sich für die indischen Grundeigentumsverhältnisse sowie ihre Veränderung durch die britischen Bodenbesteuerungssysteme. Viertens untersuchte Marx den Entwicklungsstand der Produktivkräfte in Indien und leitete daraus seine bekannten Prognosen für eine zukünftige Entwicklung dieses Landes ab.

Die theoretische Bearbeitung der MEGA-Bände IV/9 bis IV/11 wirft damit neben den bereits erwähnten Problemen übergreifende Fragestellungen auf, die Marx' Verständnis von Gesellschaft insgesamt berühren. Sein Herangehen an die Erforschung und Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft beinhaltete von Anfang an, diese Gesellschaft als ein Entwicklungsstadium der Menschheit überhaupt darzustellen. Daraus folgte, daß er den Forschungsprozeß auch auf vorkapitalistische Produktionsweisen ausdehnte. Seine Untersuchung des Kapitalismus begriff diesen u.a. als Spezifik von allgemeinen Bestimmungen zu Klassengesellschaften, als höchstentwickelte antagonistische Gesellschaft, als Produkt der Entwicklung vorkapitalistischer Produktionsweisen und in Wechselwirkung mit ihnen. Die vorkapitalistischen Produktionsweisen waren in diesem Sinne jedoch nicht expliziter Gegenstand der Untersuchungen, sondern es dominierte ihre Beachtung unter dem Aspekt der Herausbildung des Kapitalismus und ihrer Einbeziehung in den Kapitalkreislauf entsprechend den in den Manuskripten 1857/58 geäußerten Vorstellungen zur Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse.

Die Studien zwischen 1850 und 1853 sind somit ein wichtiges Bindeglied zwischen der Entwicklung der Marxschen Theorie in den vierziger Jahren und 1857. Sie bezeugen in ihrer Anlage gleichermaßen, daß Marx die Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit auf grundlegend neuer Basis, der Dominanz materieller, ökonomischer Verhältnisse, im Blick hatte und diese

Gesamtheit in der Forschung nachzuvollziehen bemüht war. Dabei beschränkte er sich nicht auf die Erfassung klassischer Entwicklungslinien, sondern nahm die Mannigfaltigkeit gesellschaftlicher Beziehungen auf.

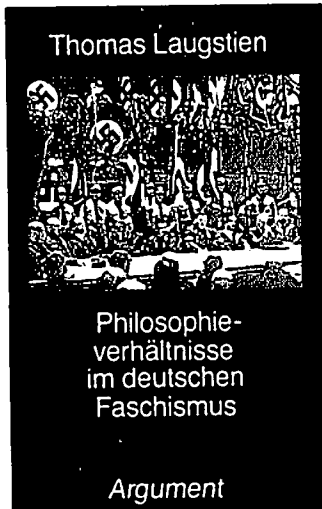
Er beabsichtigte ab Ende der fünfziger Jahre, die von ihm entdeckten Totalitätszusammenhänge im sechsgliedrigen Aufbauplan darzustellen: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt. Da er sich letztlich auf die Fertigstellung des »Kapital« als abstraktester Untersuchungsebene konzentrierte, blieben viele seiner Studien im Darstellungsprozeß unberücksichtigt. Für eine heute mögliche und notwendige Untersuchung dieses Aufbauplanes bieten die »Londoner Hefte 1850-1853« außerordentlich reichhaltiges Material.

Die »Londoner Hefte 1850-1853« sind die entscheidende Materialgrundlage für die danach folgende Entwicklung der Marxschen Theorie. Ihre Bedeutung ist vergleichbar mit den seit längerer Zeit bekannten »Kreuznacher Heften«, »Pariser Heften« sowie den »Brüsseler und Manchester Heften«. Die Bearbeitung der noch zu veröffentlichenden Hefte durch die Editionsgruppe an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Allen EditorInnen ist bewußt, daß eine weitere MEGA-Edition grundsätzlich neue Überlegungen über Zustand, Ziele und Verwirklichungsmöglichkeiten des Projekts notwendig macht. Mitte der 90er Jahre könnten alle »Londoner Hefte« der wissenschaftlichen Welt zur Verfügung stehen.

Literaturverzeichnis

- Balibar, E., 1990: Vorwort. In: Ders./Immanuel Wallerstein: Rasse. Klasse. Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin
- Fabiunke, G., 1984: Karl Marx' »Londoner Hefte« I-VI – Dokumentation einer wichtigen Entwicklungsstufe der Marx'schen Geld- und Werttheorie. Zur wissenschaftshistorischen und aktuellen Bedeutung des MEGA-Bandes IV/7. In: Marx-Engels-Forschungsberichte (2) Leipzig
- Galandar, E., 1987a: Die Kolonien in der Struktur des ökonomischen Werkes von Karl Marx. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Heft 23, Berlin. 134-138
- ders., 1987b: Die »Londoner Hefte 1850-1853« – Ausdruck einer neuen Stufe der Gesellschaftsanalyse durch Karl Marx. In: Der Hallesche Beitrag ... Halle 40-46
- ders., und K.-D. Block, 1989: Zur inhaltlichen und methodologischen Einordnung der Kolonien in die politökonomische Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels. In: Marx-Engels-Jahrbuch 12. Berlin
- ders., und W. Langhammer: Zur MEGA-Edition von Marx' Technikstudien. 1851. In: Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung. Heft 24, Halle
- Jahn, W., 1987: Der heuristische Wert der Londoner Exzerpte 1850-1853 von Karl Marx. In: Beiträge ... Heft 21, Halle, 94-104
- Marxhausen, Th., 1987: Bemerkungen zum Geschichtsverständnis des Marxismus. In: Der Hallesche Beitrag zur Marx-Engels-Forschung. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 40-46
- MEGA²: Marx-Engels-Gesamtausgabe. Berlin 1975ff.
- Mohl, E.Th.: Zur Marx-Forschung in Halle. In: Arbeitsblätter ... Heft 24, Halle
- Müller, W., 1988: Die »Londoner Hefte 1850-1853« – eine wichtige Grundlage der Kredittheorie im dritten Band des *Kapitals*. In: Beiträge ... Heft 25, Berlin, 150-165
- Stude, K.: Marx' Studien zur Bevölkerungstheorie in den »Londoner Heften 1850-1853« (Hefte XII und XIII). In: Arbeitsblätter ... Heft 24, Halle
- Willing, G., und G. Winkler: Der Konstrukteur des »mittleren Menschen« – zu Marx' Quételet-Exzerpten im Heft XVI der »Londoner Hefte«. In: Arbeitsblätter ... Heft 25, Halle

Philosophie und deutscher Faschismus — mehr als nur ein »Fall Heidegger«



Thomas Laugstien

Philosophieverhält- nisse im deutschen Faschismus

Ideologische Mächte im deut-
schen Faschismus 4
AS 169, br., 225 S., DM 18,50

Eine gründlich recherchierte empirische Studie, die in der Analyse philosophischer Institutionen (Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse, Seminare) das intellektuelle Klima vor und nach dem historischen Zeitpunkt »1933« untersucht. Wie und in welchem Ausmaß konnte die Philosophie zur Magd faschistischer Politik werden? Was hat es zu bedeuten, daß Philosophen wie Heidegger und Spranger für den autoritären Staat eingetreten sind?

Anhand von Daten, Namen und Fakten beschreibt der Autor minutiös das prekäre Verhältnis von Faschismus und Philosophie.

Weitere Titel dieser Reihe

Deutsche Philosophen 1933

Hg. von Wolfgang Fritz Haug
Ideologische Mächte im deut-
schen Faschismus 3
AS 165, 261 S., DM 18,50

»Wer sich mit den ... feuilletonistischen High-lights zu Heidegger nicht zufrieden geben mag, findet hier, handwerklich solide, stringente Argumentationen.« *links*

... setzt einen Standard, an dem die zukünftige Forschung gemessen wird.« *Widerspruch*

Wolfgang Fritz Haug

Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts

Ideologische Mächte im deut-
schen Faschismus 1
AS 80, 220 S., br., DM 18,50

Jan Rehmann

Die Kirchen im NS-Staat

Ideologische Mächte im deut-
schen Faschismus 2
AS 160, 160 S., br., DM 18,50

Argument

Frentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Anja Weberling

Raum für alle hat die Erde ...

Technikkritik und Geschlechterverhältnisse

Welche nützlichen Lehren lassen sich aus der Rationalisierungspolitik der Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik für heutige Gewerkschaftspolitik ziehen? Fast einhellig weisen Studien und Kommentare auf den illusionären Charakter der sozialdemokratischen Rationalisierungseuphorie hin, der Massenarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise bereits Ende der zwanziger Jahre den Boden entzogen. Die Gewerkschaften befürworteten Rationalisierungsmaßnahmen, sofern sie die Produktivität erhöhten, weitgehend kritiklos. Die Fordschen Automobilwerke als Ideal vor Augen, setzten sie auf kompensatorische Forderungen und die Umverteilung der Rationalisierungsgewinne durch Preissenkungen, Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und optimale ergonomische Arbeitsplatzgestaltung. Im Vordergrund rückschauender Kritik stehen die technokratischen und zentralistischen Regelungs- und Organisationsmodelle, die die Gewerkschaften propagierten und praktizierten, und ihre Kehrseite: die Vernachlässigung der betriebpolitischen Ebene und der Verzicht auf eigene technik-, arbeits- und wirtschaftspolitische Entwürfe (Burawoy 1983). Auf welche Erfahrungen und wessen Interessen sich die gewerkschaftliche Programmatik stützen konnte, scheint bislang nur vereinzelt und punktuell angerissen worden zu sein (z.B. Martens 1989, Radkau 1989, Bönig 1989). Viele Darstellungen formulieren die Rationalisierungspolitik des ADGB dominant als Bewußtseinsfrage, z.B. wenn sie sie zurückführen auf 'bürgerliche Werthaltungen' (Vahrenkamp 1983, 735), 'ideologische Verblendung' (Hoff 1978, 191), 'fehlende Fach- und Sachkenntnis' (Neubauer 1981, 209), 'theoretische Mißverständnisse' (Wulf 1987, 199; Stollberg 1981, 134) oder 'eine kollektive Lebens- und Überlebenslüge' (Freyberg 1989, 383).

Zu den tragenden Konstruktionen für die unkritische und tatenlose Haltung vieler Gewerkschafter zur Rationalisierung zählt ein technikzentrierter Fortschrittsoptimismus, der sich bereits im 19. Jahrhundert in den Reihen der Arbeiterbewegung eingebürgert hatte. Darin verkehrte sich die technische Entwicklung selbst zum Subjekt der Geschichte, indem sie als wesentliche Triebkraft permanenter gesellschaftlicher 'Höherentwicklung' angesehen und ihr ein quasi naturgesetzlicher Verlauf unterstellt wurde. Die Kritik an der proletarischen Tradition technokratischen Fortschrittsglaubens, die sich bis heute in gewerkschaftlichen Orientierungen an 'Wirtschaftswachstum' und 'technischem Fortschritt' zeigt, stützt sich überwiegend auf die Frankfurter Schule. Sie ist zugleich, manchmal ausdrücklich, ein Beitrag zu heutigen Technologiedebatten: als 'Lehre' aus den geschichtlichen Erfahrungen will sie vor allem Skepsis vor der Verabsolutierung technischer Problemlösungsformen vermitteln und das naive bis fatalistische Vertrauen in das Wundermittel 'Fortschritt' erschüttern.

Gerade in Hinblick auf heutige Umbrüche muß dagegen das vergleichsweise geringe Interesse daran verwundern, wie der Zusammenbruch der gewerk-

schaftlichen Rationalisierungspolitik in der Weltwirtschaftskrise verarbeitet wurde, d.h. welche neuen Überzeugungen an die Stelle des blinden Vertrauens in Fortschritt von Technik und 'Ratio' traten. Obligatorisch ist allein der Hinweis auf die 1931 von Otto Bauer gelieferte analytische Unterscheidung zwischen sozialistischer Rationalisierung und kapitalistischer Fehlrationalisierung. Sie fand, stellenweise mit erheblichen Abwandlungen, als Erklärungs- und zugleich Rechtfertigungsmodell für das eigene Handeln einige Verbreitung in SPD und Gewerkschaften. Darüber hinaus bleiben die Einschätzungen knapp und z.T. gegensätzlich. Während z.B. G. Neubauer feststellt, daß die gewerkschaftliche Einstellung zur Rationalisierung sich nicht grundsätzlich wandelte (Neubauer 1981, 206), heben andere Autoren den gewerkschaftlichen Katzenjammer nach 1929 hervor und sprechen von zerplatzten Illusionen. Dabei entsteht leicht der Eindruck, die Gewerkschaften seien im Verlauf dieser Desillusionierung kollektiv schlauer geworden und sähen die Verhältnisse nun mit nüchternem Blick (z.B. Wulf 1987, 161f.). Artikel in der *Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie* (BRZ) von 1929 und vor allem solche, die sich zur Frauenarbeit in der Metallindustrie äußern, verweisen allerdings darauf, daß zumindest stellenweise noch andere Elemente in die gewerkschaftliche Fortschritts- und Rationalisierungskritik eingingen als die zu späte Einsicht in die Klassenverhältnisse: Das ist die Deutung des Geschehens in Gegensatzpaaren wie Ratio – Natur, abstrakt – real, tot – lebendig. Solche und verwandte Dualismen zählen zum Repertoire des konservativen Kultur- und Technikpessimismus, der dem grenzenlosen Fortschrittsoptimismus der Arbeiterbewegung häufig als direktes Pendant gegenübergestellt wird (z.B. Siefert 1984, 157). Insofern irritieren kulturpessimistische Argumentationsketten in Gewerkschaftspublikationen die üblichen Zuordnungsraster. Indem sie sich zugleich gegen Frauenerwerbsarbeit und -emanzipation richten, verschränkt sich über sie die Kritik an der Rationalisierung mit der sog. Doppelverdienerkampagne am Ende der Weimarer Republik. Andererseits treffen sie in der gewerkschaftlichen Debatte auf diskursive Verknüpfungen von Fortschrittsglauben und Frauenemanzipation und auf Versuche, sich zwischen beiden Polen mit Hilfe der Konstruktion Frauenarbeit/Männerarbeit zu bewegen. Solche Verschränkungen und Blockierungen verweisen darauf, daß die bloße Absage an Technikdeterminismus und Fortschrittseuphorie offenbar noch keinen Richtungswechsel zu einer verallgemeinerbaren emanzipatorischen Arbeitspolitik gewährleistet.

A. Dünnebacke hatte in der BRZ bereits vor 1929 skeptische Beiträge zur Rationalisierung, insbesondere zu den neuen Akkord- und Lohnsystemen, geschrieben, dabei aber den Grundsatz: »Der moderne Arbeiter ist kein Maschinenstürmer« (16/1926, 507), nicht in Frage gestellt. In einem Bericht zu »Rationalisierung und Gewerbehygiene« im November 1929, in dem sich Dünnebacke auf einen Vortrag von Prof. Waffenschmied auf der Jahresversammlung der 'Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene' stützte, formulierte er seine Befürchtungen offensiver und allgemeiner. Seine Gedankenführung entwickelte er im Spannungsfeld zwischen den Polen Leben, Natur und Arbeiterschaft einerseits, Unternehmer, Technik und Rationalisierung andererseits. Diese sei,

»wie alle Technik, ein Eingriff der Vernunft in die blindwaltende Natur ... Daraus ergibt sich der Gegensatz zwischen der Ratio, der Vernunft, und den triebhaften Kräften der Natur, des Lebens, der Gegensatz zwischen Geist und Natur, zwischen der abstrakten Idee und dem realen Leben.« (22/1929, 689)

Die laufende Rationalisierung, die sich wie jede neue Idee rücksichtslos und einseitig durchgesetzt habe, schaffe daher lebensgefährdende – »Vollendete Vergeistigung ist der Tod« (689) – und widernatürliche Zustände, z.B. die Frauenerwerbsarbeit:

»Es ist widernatürlich, daß Millionen Frauen ihre natürliche Lebensfunktion, die Mutterschaft, unterdrücken und sich einem Beruf widmen müssen, der oft ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung in keiner Weise entspricht.« (Ebd., 689)

Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen, die selbstredend auf seiten des Lebens stünden, müßten zuerst den eigenen Kopf von verfehlten Vorstellungen befreien, um entsprechend eingreifen zu können. Fortschrittsfatalismus und Technikgläubigkeit seien selbst Merkmale der Entfremdung und verhinderten die Einsicht in die Verhältnisse:

»Daß diese Widersprüche [zwischen Natur und technisierter Produktion; AW] heute kaum noch empfunden werden, daß die Verhältnisse als unabänderlich und ihre Weiterentwicklung als zwangsläufig angesehen wird, ist ein Zeichen dafür, wie weit wir uns bereits vom Wege der Natur entfernt haben und wie rasch wir uns einer rein technischen Lebensanschauung nähern, einer Lebensanschauung, in der auch die lebendige, menschliche Arbeitskraft den Gesetzen der Technik unterworfen sein wird.« (Ebd., 689)

Ebenso erinnerte E. Langenberg im Dezember 1929 an die menschliche Biologie (25/1929, 768) und das »Gesetz der Natur« (766). In seinem Artikel 'Zum Problem der Frauenarbeit in der Metallindustrie' gab er zu verstehen, daß das Gedankenkonstrukt eines ökonomisch bedingten Fortschrittsdeterminismus Erzeugnis kapitalistischer Ideologie sei:

»So wie der Kapitalismus und seine Handlanger gern von den unabänderlichen 'ehernen Gesetzen der Wirtschaft' spricht [sic], reden die Vertreter der schrankenlosen Emanzipation davon, daß die fortschreitende Industrialisierung der weiblichen Bevölkerung im Wesen der Zeit liege und darum weder ausgeschaltet noch abgedämpft werden dürfe.« (Ebd., 766)

Dem setzte Langenberg die ewige Gültigkeit von »Mutter Natur« entgegen, die »schon in den uralten Tagen den Mann als Ernährer, die Frau als Gebälerin geschaffen« habe (769). Anders als Dünnebacke, der die Verwirrung in den eigenen Reihen allgemein konstatiert hatte, machte Langenberg ausdrücklich Unterschiede. Er baute auf »den Mann der Werkstatt« (766) und seine Sicht der Dinge:

»Abseits von theoretischen Erörterungen und philosophischen Verbrämungen hat sich der Arbeiter, tagein, tagaus in der Fron der Fabrik stehend, ein anderes Urteil über diese Fragen gebildet.« (Ebd., 766)

Ins Zentrum der bedrohlichen Übel stellte Langenberg weniger die Technik selbst als ihre Anwendung:

»Die Maschine hat den Menschen überholt, er muß wieder kämpfen gegen das Erzeugnis seines Geistes, nein, gegen den Mißbrauch desselben.« (25/1929, 770)

Im Bunde mit dem Kapitalismus und seinem »unheilvollen Kreislauf« (770) von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit stünden die erwerbstätigen Frauen, allen

voran »die Damen der open-door-Organisation« (768), welche am reinsten die »Denkart der ultramodernen Frauenrechtlerinnen« (768) verkörperten:

»In den liebedienerischen bürgerlichen Frauen- und Unterhaltungsschriften wird heutzutage den extremsten Forderungen einer weiblichen Oberschicht das Wort geredet, wird schematisch und fanatisch eine Gleichmacherei der Geschlechter oder gar weibliche Vormachtstellung gepredigt, ohne kritisch die Auswirkung solcher Forderungen zu berücksichtigen.« (Ebd., 766)

Langenberg dagegen zog der »Kathederweisheit« (769) und dem »optimistischen Zukunftstraum vieler Soziologen« (ebd.) die »Hellhörigkeit des alten Gewerkschafters, der stets den Druck des Kapitalismus fühlt« (768) und »proletarische Kraft und Geschlossenheit« »in Reih und Glied« (770) vor. Aber auch die Massen der unorganisierten Proletarierinnen hielten es noch mit den Unternehmern:

»Die Tatsache der Organisationsfeindlichkeit vieler Frauen führt den Arbeiter zu seiner Vermutung, daß sie es mit dem Fabrikanten nicht verderben wollen.« (Ebd., 769)

Langenberg kam zu dem Schluß, daß die Arbeiterinnen ihre Kampfbereitschaft gegen die kapitalistische Rationalisierung nur dann unter Beweis stellten, wenn sie, statt arbeiten zu gehen, sich organisierten:

»Sollten die Frauen als Konkurrentinnen um die wenigen freien Arbeitsplätze auftreten oder wollen sie Seite an Seite mit den männlichen Kollegen kämpfen, daß ein menschlicheres System in den Fabriken Tat werde, daß eine gerechtere Verteilung von Gewinn und Lohn eintritt? Raum für alle hat die Erde – nur muß er richtig verteilt werden.« (Ebd., 770)

Langenberg und Dünnebacke verbleiben mit ihrer Fortschrittskritik innerhalb eines Begriffsrasters, dessen Elemente dichotomisch und partiell verschiebbar um die Pole Technik – Natur angeordnet sind: Galt der Sozialismus zuvor im gängigen sozialdemokratischen Verständnis als Bezwingler der Natur, als ihr Ordner und Bändiger mittels der lebenserhaltenden Technik und des schöpferischen Geistes gegen die tote Materie und die kapitalistische Anarchie, so ist er jetzt auf seiten der Natur, schützt ihre ewige Ordnung in den Instinkten und Trieben, ihre schöpferische Unmittelbarkeit gegen die tote Technik, den öden begrenzten Geist, die kapitalistische Gleichmacherei usw. Der Frontwechsel gegen die Rationalisierung erweist sich für Frauen nicht als Gewinn, sondern als Beeinträchtigung, da er mit einem Affront gegen die Frauenemanzipation einhergeht, die ja auch nichts anderes als eine ihrer 'widernatürlichen' Folgen sei.

Umgekehrt versuchten FunktionärInnen, die das Recht der Frauen auf Arbeit verteidigten, ihre Position durch Verweis auf den historischen Fortschritt argumentativ zu stützen. Die 1930 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) veröffentlichte Studie zur 'Frauenarbeit in der Metallindustrie', die unter Mitarbeit von Frieda Gladosch, Judith Grünfeld, Gertrud Hanna, Tony Sender und Susanne Suhr entstanden war, wies häufig auf die besondere Leistungsfähigkeit der Frauen für die rationalisierten Produktionstechniken hin, z.B. in der Uhrenindustrie:

»Die Eignung der Frau für kleine und feine Arbeit, die Arbeitsteilung, die sich immer mehr ausbreitenden Spezialmaschinen und die Massenfertigung begünstigen das weitere Vordringen der Frauenarbeit stark.« (DMV 1930, 79)

Da »das Rad der Zeit und der Entwicklung .. eben nicht rückwärts gedreht werden« könne (204), müsse anstelle der Frage: Frauenerwerbsarbeit – ja oder nein?

eine entschiedeneren Interessenvertretung und Organisation der Frauen treten. Dennoch war in der Studie auch mehrfach vom 'Überhandnehmen' der Frauenarbeit in der Metallbranche die Rede. Nicht überall würden die Frauen nur gemäß ihren spezifischen Fähigkeiten eingesetzt:

»Besonders die Spezialisierung und Zerlegung der Arbeit in einzelne Operationen und Handgriffe hat der Frauenarbeit die Wege geebnet, doch finden wir die Frau auch an Arbeiten, deren Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit eigentlich nur der Mann gewachsen ist.« (Ebd., 22)

Dieser unsachgemäße Einsatz von Frauen liege in der kapitalistischen Profitgier begründet:

»Nicht immer ist die spezielle Eignung der Frau der Grund der Verwendung, sondern der Hauptgrund ist die größere Billigkeit der weiblichen Arbeitskraft.« (Ebd., 114)

Aus Rentabilitätsabwägungen verletzen die Unternehmer daher die Grenze zwischen Frauen- und Männerarbeit, wie sie durch Anforderungen des Arbeitsprozesses begründet und gerechtfertigt sei.

Judith Grünfeld, die in den zwanziger Jahren wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag des DMV durchführte, stellte 1931 in einem Aufsatz zur 'Frauenarbeit im Lichte der Rationalisierung' diesen Gedanken ins Zentrum ihrer Darlegung und arbeitete ihn entsprechend scharf heraus. Sie ging von der Überlegung aus, daß, wer hinter der Rationalisierung stehe, auch die Frauenerwerbsarbeit als deren Folgeerscheinung akzeptieren müsse. Grundsätzlich sei dieser Standpunkt auch unproblematisch, weil die Frauenerwerbsarbeit eine Aufwertung erfahren könne, ohne zwangsläufig in Konkurrenz zur Männerarbeit zu treten:

»Nun würde eine wirklich zweckmäßige Arbeitsteilung der Geschlechter dem Konkurrenzkampf von Mann und Frau insofern entgegenwirken, als sie eine Spezialisierung auf verschiedenen Arbeitsgebieten bewirken könnte. Das setzt voraus, daß man bei der Beschäftigung von männlichen oder weiblichen Arbeitskräften sich lediglich vom Prinzip der Leistungsfähigkeit leiten ließe. Würden bei einer derart rationalen Arbeitsteilung der Geschlechter Frauen dort beschäftigt werden, wo sie höhere Leistungen als die Männer hervorbringen können, so müßte mit der traditionellen Minderbewertung und Minderbezahlung der Frauenarbeit gründlich aufgeräumt werden.« (Ebd., 912; Hervorh. i. Orig.)

Die Ursache für die dennoch beobachtbaren Konkurrenzverhältnisse zwischen Männern und Frauen liege in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die statt einer 'rationalen Anwendung' die Ausbeutung der Frauenarbeit befördere und so das sachgemäße Gleichgewicht zwischen Männer- und Frauenarbeit zerstöre: aufgrund der niedrigen Frauenlöhne

»wächst nämlich der Anreiz, durch technische Umstellung Männerarbeit in soviel billigere Frauenarbeit zu verwandeln. Liegt die Zunahme der Frauenarbeit infolge der besseren Eignung der Frauen für bestimmte Teilarbeiten im Zuge der industriellen Entwicklung, so bedeutet die künstliche Verdrängung der Männer durch Frauen zum Zwecke der Lohnersparnis eine ungesunde Ausweitung der Frauenarbeit.« (Ebd., 912; Hervorh. im Orig.)

In dem zwölfseitigen Aufsatz wiederholte Grünfeld diese These in verschiedenen Varianten und reihte Beispiel an Beispiel für die 'künstliche', aus Profitgier betriebene Verwandlung von Männer- in Frauenarbeit, eine Praxis, die sie in der Metallindustrie besonders ausgeprägt fand (913). Zugespitzt warnte sie schließ-

lich vor der völligen Verkehrung der Arbeiten zwischen Männern und Frauen, wie es sie in vorgewerkschaftlichen Zeiten gegeben habe:

»Es könnten ... im Zuge der rapiden Mechanisierung jene frühkapitalistischen und vorgewerkschaftlichen Zustände zurückkehren, wo die Belegschaften zu zwei Dritteln aus billigsten weiblichen Arbeitskräften bestanden, während die Ehemänner brotlos waren und die Haushaltsarbeiten verrichten mußten.« (Ebd., 924)

Einerseits setzte Grünfeld hier die Gewerkschaften als Bewahrer der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ein. Andererseits kam sie zu dem Schluß, daß deren Gefährdung nur durch Erhöhung der Frauenlöhne abzuwenden sei; das aber setze eine bessere Organisation der Frauen voraus, wozu wiederum eine konsequente Aufhebung geschlechtsspezifischer Rollenmuster notwendig sei. Grünfelds Plädoyer für »die rationelle Arbeitsteilung der Geschlechter nach ihrer Leistungsfähigkeit« (917) geriet letztlich zu sich selbst in Widerspruch, wenn sie die »wirtschaftliche und häusliche Gleichstellung« (924) der Geschlechter forderte. Ihre listenreiche Argumentationsführung resultierte wohl aus dem Versuch, im Interesse der berufstätigen Frauen zu sprechen, ohne zugleich in offenen Gegensatz zur Gewerkschaftsmehrheit und deren an den Facharbeiterinteressen orientierten Prioritäten zu geraten. Als Lösung wandte sie die um diese Zeit gängige Unterscheidung zwischen sachgemäßer Rationalisierung und kapitalistischer Fehlrationalisierung auf das Problem der Frauennarbeit an. Mit Hilfe der Unterscheidung zwischen 'echter' und 'künstlicher' Frauennarbeit konnte sie für die grundsätzliche Anerkennung und Förderung der Frauennarbeitsarbeit eintreten und dennoch die 'Wegrationalisierung' der Männer kritisieren. Zugleich manövrierte sie sich damit selbst in eine Sackgasse, indem sie die Frauen auf diejenigen Arbeiten festlegte, die in der Regel gerade die schlecht qualifizierten und wenig anregenden waren. Zudem konnte das Argument von der rationellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auch ebenso gegen die Position der Autorin gekehrt werden, indem, wie in der Doppelverdienerkampagne, schlicht eine andere Teilungslinie für zweckmäßig erklärt wurde. Grünfelds Versuch, die moderne Entwicklung der Frauennarbeitsarbeit als zeitgemäßen Trend zu verteidigen, ohne zugleich in die Offensive zu gehen, d.h. ohne die Forderung nach weiteren grundlegenden Umwälzungen zu vertreten, blieb so letztlich in einer perspektivlosen Defensive stecken. In diesem Sinne hatte Rolf Reventlow bereits 1927 in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung (GFZ) das Konstrukt der 'Frauennarbeit' kritisiert bzw. »den Gemeinplatz von der besonderen Eignung der Frau für mechanische Tätigkeit« (Okt. 1927, 78).

Derselbe Autor wandte sich nochmals 1929 in einem Artikel zur Doppelverdienerkampagne gegen dasselbe, nun mit neuen Variablen bestückte Konstrukt; gegen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Haus- und Lohnarbeit führte er an, daß

»der Haushalt so wenig gottgewollte Fügung oder naturgemäße Bestimmung der Frau ist, wie Elektromontage naturgemäß männliche Arbeit darstellt« (März 1929, 21).

Beide Stellungnahmen Reventlows blieben in der GFZ auffällige Ausnahmen. Im gewerkschaftlichen Gesamtspektrum zählte er ebenso zu einer verschwindend kleinen Minderheit wie Ernst B. Weithaas, der in der BRZ sporadisch

bevölkerungspolitische Artikel veröffentlichte. Im Juni 1929 hatte er dort unter dem Titel 'Die Frauenarbeit und ihre soziale Problematik' die spiegelbildliche Argumentation zu dem bereits vorgestellten Beitrag E. Langenbergs geliefert. Darin erinnerte er an den »Zwang einer ehernen Notwendigkeit« (13/1929, 395), der die Frau »mit elementarer Wucht« und »mit unerbittlicher Faust« (393) aus dem Haus in die Erwerbsarbeit treibe. Diese Entwicklung sei so unumkehrbar wie ihre Ursache, der technische und ökonomische Fortschritt selbst. Der Frau, sei sie verheiratet oder ledig, das Recht auf Arbeit absprechen zu wollen, bedeute nichts anderes als

»die Versklavung des Weibes verewigen und ist nicht unähnlich einem Rückfall in die Zeit der Maschinenstürmer, wo man, in Verkennung des wahren ökonomischen Zusammenhanges, gegen den technischen Fortschritt wütete, anstatt sich solidarisch zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Desorganisation in der Wirtschaftstätigkeit« (13/1929, 394).

Durch die Frauenerwerbsarbeit eröffne sich »für die sozialistischen Gewerkschaften und Parteien ein neuer gewaltiger Aufgabenkreis« (394), zu dessen Bewältigung »es der ganzen Kraft und Reife vollwertiger Menschen brauchen wird, und zwar vollwertiger Menschen beiderlei Geschlechts« (393). Bündnispolitisch forderte er daher:

»Je zweckbewußter die Frauenbewegung sich eingliedert in die internationale Arbeiterbewegung, um so eher werden die proletarischen Organisationen befähigt sein, sich durchzusetzen gegen die sozialpolitische Reaktion auch auf dem Gebiet der Frauenarbeit ...« (Ebd., 394)

Weithaas zog aus der außerhäuslichen Berufstätigkeit der Frauen die Konsequenz, daß das Prinzip der planvollen Ökonomie und Rationalität über die Produktion der Lebensmittel hinaus auf alle Verhältnisse der Geschlechter und die Erzeugung des Lebens selbst ausgedehnt werden müsse. 1928 hatte er dazu formuliert:

»Langsam zwar und vorerst tastend und planlos noch, indes schrittweise und kulturkausal nähert die Menschheit sich dem Sexualzustand einer neuen Liebesauffassung und vernunftbeherrschten Geburtenregelung.« (BRZ 1928, 300)

Das Rationalisierungspostulat erhält bei Weithaas eine emanzipatorische Wendung, indem es die Betriebsgrenzen und damit eine tragende Säule gewerkschaftlicher Rationalisierungspolitik überschreitet: Die Forderungen nach mehr Freizeit- und Konsummöglichkeiten, die den Beschäftigten die Taylorisierung erträglich machen sollten, basierten ja gerade darauf, daß die Lebensgestaltung außerhalb der Erwerbsarbeit nicht nach denselben Grundsätzen wie innerhalb ihrer bestimmt sein sollte. In Darstellungen der letzten Jahren, die sich vom gewerkschaftlichen Technikdeterminismus kritisch distanzieren und demgegenüber vorschlagen, an die Widerstandstradition der renitenten Facharbeiter und Maschinenstürmer anzuknüpfen, geht diese Voraussetzung gewerkschaftlicher Politik häufig ebenso unter wie die historischen Erfahrungen von Frauen. Schließlich richtete sich der Kampf der Facharbeiter zur Verteidigung ihrer herkömmlichen Besitzstände ebenso nachhaltig gegen Frauen als ungelernete Arbeitskräfte wie gegen unternehmerische Eingriffe in Arbeitstechnik und -organisation. Die Sicherung der männlichen Arbeitsfreude ging also erheblich zu Lasten der weiblichen. Indem widersprüchliche Erfahrungen und mit ihnen die realen Problemstellungen, die den ideologischen Verarbeitungsformen zugrundeliegen, ausgeblendet bleiben, verschwinden zugleich wichtige politische

Eingriffspunkte. So erscheint, ideengeschichtlich betrachtet, der Siegeszug des lebensfeindlichen technokratischen Denkens, der in der rationalisierten Massenvernichtung des Nationalsozialismus gipfeln (Freyberg 1989, 392; Neusüß 1984, 44), wie ein Degenduell, in dessen Verlauf 'das Leben' immer mehr und schließlich ausweglos und tödlich in die Ecke gedrängt wird. Von diesem Erzählmuster lebt z.B. die folgende Aussage:

»Das Prinzip technischer Rationalität wird zum beherrschenden Wertmuster, dem alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und schließlich die Individuen selbst sich nachformen sollen.« (Wulf 1987, 200)

Lesen wir sie mit den Augen der Frauen, verliert sie zuerst den Schrecken, den sie uns einjagen möchte: 'Rationalisierung' der weiblichen Individuen, in den zwanziger Jahre verdichtet im Leitmotiv der 'Neuen Frau', bedeutete für sie bequemere Kleidung, selbstbewußteres und eigenständiges Auftreten, mehr Berufsmöglichkeiten und mehr sinnliche Freizügigkeit. Zudem geht in der zitierten Konstruktion verloren, daß die auf Kompensation ausgerichtete Arbeitspolitik der Gewerkschaften gerade auf der Trennung der (Be-)Reiche Arbeit und Freizeit und ihrer gegensätzlichen Bauweise beruhte. Alle Stellungnahmen weisen auf diese Voraussetzung der Gewerkschaftspolitik hin, ohne sich jedoch länger daran aufzuhalten. Es ließe sich versuchsweise aber auch umgekehrt formulieren: aus der gewerkschaftlichen Kompensationspolitik folgt ihre Arbeits- und Technikpolitik (Marr 1924). Dies ist insofern eine folgenreiche Verschiebung der Fragestellung, als sie den Blick über die Konzeption hinaus auf tatsächlich gelebte Trennungen von Arbeit und Leben und die darin eingelassenen Arbeitsteilungen lenkt. So gefragt, ließe sich die These aufstellen, daß sich die Gewerkschaften, in Unterschied zu manchen Unternehmen wie Ford oder Siemens, erstaunlich wenig um die 'Lebenswelt' bekümmerten, und daß sie sich gerade nicht für die Verbreitung technischer oder sonstiger Rationalität im privaten und persönlichen Leben einsetzten. Vielmehr kultivierten sie eine Vorstellung von privater Glücks- und Freizeiterfüllung, die von nüchternem Zweckdenken ebenso weit entfernt war wie von tatsächlichen Lebenserfahrungen. Die Rationalisierung des Haushaltes jedenfalls forderten nachhaltig nur wenige Gewerkschaftsfrauen ein. Insofern bringt uns der zitierte Autor gegen eine Politik der Arbeiterbewegung auf, die sie tatsächlich nie vertreten hat.

Aufrufe zum Schutz des menschlichen und außermenschlichen Lebens vor technischen Fehlentwicklungen werden sich so lange in abstrakten Spiegelfechtereien erschöpfen, wie Gestaltung und Erfordernisse unserer tatsächlichen Lebenszusammenhänge und die Erfahrungen von Frauen darin keine Rolle spielen. Die Herstellung des Sozialen, Produktion und Bewahrung von Leben und Menschlichkeit sind in unserer Kultur vorrangig Frauen zugewiesen. Da gesellschaftlich der Warenproduktion untergeordnet und nicht maßgebend, bleiben ihre Tätigkeiten als Arbeit entnannt und weitgehend unsichtbar. Solange ihr Wissen und ihre Erfahrungen in den herrschenden Diskursen nicht aufgehoben sind, bleibt daher nicht nur unser Begriff von 'Leben' ganz abstrakt. Zugleich bleiben Frauen in den Diskursen, die sie nicht selbst bestimmen, weiterhin solche, über die verfügt wird, d.h. denen ihr gesellschaftlicher Platz angewiesen wird, statt daß sie ihn sich selbst aufgrund ihrer eigenen Geschichte suchen.

Selbst wenn, wie Stichproben in heutigen technikkritischen Ansätzen und Stellungnahmen zeigen, Frauen und ihren Fähigkeiten eine richtungsweisende Avantgardeposition eingeräumt wird, etwa in »Anerkennung der entscheidenden Rolle der Frau auf dem Rückmarsch aus der Katastrophe« (J. Sonn nach Neusüß 1984, 48), bleiben ihre tatsächlichen Erfahrungen, ihre Interessen, Wünsche, Irrtümer und Verstrickungen in diesen Konzepten ganz entannt. Wie gewohnt kommen sie als Verkörperung 'des Anderen' vor, das selbst geschichtslos, d.h. entwicklungslos und auch nicht entwicklungsbedürftig ist. Auch in der Forderung nach Dominanz solcher Kommunikationsformen, »die herzustellen und auszufüllen von jeher weibliche Fähigkeit und Domäne ist« (Emenlauer-Blömers 1989, S.4; Hervorh. AW), erscheinen Frauen weiter als quasi-natürliche Ressource, als Versprechen auf ein besseres Leben, ohne selbst als Lebende und Lebenserfahrene in Erscheinung zu treten. Indem ihnen ihre kommunikative Kompetenz als weibliches Geschlechtsmerkmal »von jeher« zugeschrieben wird, verschwinden mit den gesellschaftlichen zugleich die herrschaftlichen Verhältnisse aus dem Blick: die »Domäne« erscheint selbstbewußt und frei gewählt – ein Eindruck, der sich historisch inzwischen leicht widerlegen läßt. Ein vergleichbarer Effekt tritt deutlicher zutage, wenn z.B. Christel Neusüß die Tatsache, daß Männer in Geschichte und Gegenwart die Produktionsverhältnisse kontrollieren, im wesentlichen aus der etwas neurotischen Beziehung des männlichen Geschlechtscharakters zu Natur und Leben generell erklärt:

»Ja, wo es eigentümlich wird, da wird es auch gefährlich. Was Mann nicht versteht, nicht kontrollieren kann, was sich der oben zitierten Vernunft entzieht, weiß der Himmel, was daraus wird ...« (Neusüß 1984, 41)

Wir können aus solchen Sätzen den Rückschluß ziehen, daß es Frauen wohl nichts ausmacht, wenn sie die Welt um sich herum nicht verstehen und noch viel weniger kontrollieren können. Das tatsächlich erfahrbare Dominanzverhältnis zwischen Männern und Frauen verkehrt sich auf groteske Weise: Frauen haben es einfach nicht nötig, Geschichte zu machen. Worum immer Männer in mühsamen Kämpfen ringen mögen, die Frauen sind schon da – am Quell des 'eigentlichen' Lebens im eigenen Haushalt (ebd., 46ff.). Aber auch umgekehrt gilt in dieser Anordnung das Spiel von Hase und Igel: Frauen brauchen die bitteren Erfahrungen, die Männer bei ihrer vergeblichen Eroberung der Welt etwa am Computer in den Betrieben sammeln, nicht mehr selbst zu machen. Die Männer machen ihre Erfahrungen für sie mit.

So bleibt das Allgemeine, Menschliche, Historische weiter vom männlichen Standpunkt formuliert. Wie bei den geschichtlichen Interpretationen zeigt sich das schnell, wenn Frauen versuchen, die allgemein gehaltenen Sätze aus ihrer eigenen Lebenserfahrung zu verstehen, z.B. diesen:

»Heute müssen wir eine weitere Lektion lernen: *Wir dürfen den Menschen nicht vergessen.*« (IKÖ 1989, 5; Hervorh. im Orig.)

Oder:

»Ein 'Durchbruch' kann hier [bezüglich der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen; AW] keine Hoffnung bieten, nur eine Umkehr, ein neues Lernen von durch die Moderne in Verruf geratenen Fähigkeiten der Menschen wie Ehrfurcht, Scheu, Mitleid, Grenzbewußtsein.« (Ullrich 1985, 23)

Für Frauen, deren Leben sich traditionell um das Leben anderer dreht, und denen Tugenden wie Mitleid oder Grenzbewußtsein auch in der bürgerlichen Moderne stets zu gutem Ruf gereichten, ergeben solche Appelle schlicht keinen Sinn; in dem 'wir' sind sie nicht aufgehoben. Gleichwohl sind sie mitgemeint, da die Autoren die Begründung ihres Standpunktes in geschlechtsspezifischen Praxen offensichtlich nicht erfassen und ihre Erkenntnis als allgemein menschliche präsentieren. Trifft sie als solche auf die – unbegriffenen – Geschlechterverhältnisse, bestätigt sie Frauen in ihren traditionellen Aufgaben und Orientierungen. Auf diese Weise befestigt sie die vorhandenen Arbeitsteilungen und die in ihnen festgeschriebene Unterordnung der lebenserhaltenden Tätigkeiten eher, als sie wie beabsichtigt aufzulösen. Ein solcher Effekt der Appelle ist um so wahrscheinlicher, wenn wir in Rechnung stellen, wie sie sich mit anderen verbreiteten Denkweisen überlagern – z.B. mit der bereits oben erwähnten Vorstellung, daß sich heutige Technik und das ihr gemäße, etwa berechnende, autistische u.ä. Verhalten wie ein Krake ausbreiten: zuerst erdrücken sie das Leben in der Arbeit und von da aus fortschreitend alles übrige Leben bzw. das Leben in der Lebenswelt selbst. Aus solchen Verknüpfungen resultieren dann mit einiger Konsequenz Folgerungsketten wie die, daß der Verfall unserer Lebenskultur um so fortgeschrittener ist, je deutlicher auch die Frauen als traditionelle Hüterinnen der Lebenswelt von diesem unsozialen, sprich: mitleidlosen, egozentrischen und unnachgiebigen Verhalten ergriffen werden. Autoren mit weniger linkem oder emanzipatorischem Selbstverständnis als die zitierten wenden solche Verknüpfungen, die sich hier hinterrücks einstellen, häufig gezielter an. R. Sieferle z.B. führt in seiner Geschichte der 'Fortschrittsfeinde' von der Romantik bis zur Gegenwart die neue Frauenbewegung als Beispiel für den »wesentlich destruktiven Zug der Emanzipationsbewegung« an und dafür, daß es in dem allgemeinen Interessenkalkül der modernen Welt keine »altruistische Moralität«, »Güte, Hilfsbereitschaft und Treue« mehr gebe (Sieferle 1984, 240).

Aber auch in Publikationen mit umfassendem kritischem, darunter auch feministischem Anspruch lassen sich konservative Effekte nicht nur ahnungsweise rekonstruieren, sondern darüber hinaus direkt verfolgen. Bammé u.a. z.B. sprechen in ihrem Grundriß zur sozialen Beziehung zwischen Mensch und Maschine das Mann-Frau-Verhältnis mehrmals an und verbinden darin die oben genannten Elemente in lockerer Folge. Dies sei abschließend knapp skizziert:

Zunächst bescheinigen auch sie Frauen eine größere Distanz zum herrschenden männlichen Maschinensystem, was sie letztlich mit Maria Mies auf die weibliche Gebärfähigkeit zurückführen (31ff.). Heute, da sich in den westlichen Industriegesellschaften deutlich und zunehmend die »Ohnmacht der Männer gegenüber ihrem eigenen System« (183) zeige, eröffneten sich die Frauen mit ihrer Bewegung neue Handlungsräume. Doch sei der Weg nicht eindeutig: »die neue Situation zeitigt zumindest zwei Möglichkeiten« (ebd.), überspitzt gesagt, eine schlechte und eine gute:

»Die Frauen können versuchen, in der Männlichkeitsmaske aufzusteigen (der Thatcher-Effekt) und damit am herrschenden Objektzusammenhang aktiv und bestimmend mitzuarbeiten. Oder unterhalb, außerhalb und innerhalb dieses groben und ja eigentlich in der Denkweise überaus simplen Maschinensystems, in dem die Macht des einzelnen und seine Eigenart in Schräubchen

verdreht ist, ein anderes Lebenssystem zu entwickeln, das der Naturordnung näher kommt. Die Frauen als unterdrückte, andersartige Elemente haben die Chance, den Naturprozessen näher zu sein ...« (183)

Zwar verweisen Bammé u.a. darauf, daß diese 'Nähe zur Natur' nicht nur frei gewählt, sondern zugewiesen ist, in ihren konkreten Ausführungen spielen herrschaftliche Geschlechterverhältnisse aber keine weitere Rolle. Nach ihrer Meinung haben es z.B. Frauen

»erheblich leichter, den Ausgang aus diesem geometrischen Irrgarten zu finden, denn sie werden nicht von der gängigen männlichen Vorstellung behindert, einen Abstieg zu vollziehen« (185).

Den AutorInnen kommt offenbar nicht in den Sinn, daß Frauen bei ihrem autonomen Ausstieg auf hinderliche Weise mit 'gängigen männlichen Vorstellungen' konfrontiert werden könnten: schließlich ist tatsächliche weibliche Autonomie gleichbedeutend mit gesellschaftlichem Aufstieg von Frauen. Auch Sätze wie der folgende gehen davon aus, daß es Männer und Frauen in Geschlechterverhältnissen nicht wirklich gibt:

»Konnte Marx vor hundert Jahren noch sagen, daß der Mensch sich wenigstens in seinen eigentlich tierischen Funktionen wie Essen, Trinken und Zeugen noch als freitätig, als Mensch im eigentlichen Sinne fühlen könne, so scheint nicht einmal mehr das heute noch zu gelten.« (288)

Gegen Ende aber können wir dem Buch entnehmen, daß es wohl auch Frauen vor hundert Jahren noch besser gegangen sein muß, da zwischen ihnen und den Maschinen noch die Männer standen:

»Was die Frau als aktives Objekt im Pakt und in der Symbiose mit dem Mann erfuhr, erfährt sie nun unmittelbar durch die Maschine selbst: einen massiven Druck zur Erzeugung genereller Unterwerfungsbereitschaft. *Doch die Maschine ist unerbitlicher als der Mann.* Weibliche Versuche zur synthetischen Konditionierung und Instrumentalisierung schlagen am 'toten Partner' fehl. Anders als das Herrschaftsverhältnis zum Mann enthält das zur Maschine keine Ambivalenz, die kompensatorisch nutzbar wäre.« (316; Hervorh. AW)

Wer vor solch massiver Drohung nicht lieber die Nähe der Natur sucht, muß sich selbst nicht gut gesonnen sein. Daß nach allen bisherigen Erfahrungen die erbarmungslose Maschinenwelt in erster Linie erbarmungslos männlich, statt unerbitlich maschinell ist (z.B. Cockburn 1988), scheint weniger relevant zu sein. Welche Auswege aus dem maschinellen Herrschaftssystem aber halten Bammé u.a. am Ende für gangbar, was schlagen sie vor?

»Die Krise dieser [mechanistisch-wissenschaftlichen; AW] Denkweise bewirkt einen Rückzug. Weg von den exakten Wissenschaften hin zu Mythen, Religion und 'natürlicher' Lebensweise. Es wäre die Frage zu stellen, ob es nicht auch einen Weg nach vorne gibt. Ob es möglich ist, die reduzierte zweiwertige Denkweise zu überwinden, ohne ihre Eigenschaft der Zuverlässigkeit und Präzision zu verlieren und ohne alle Wissenschaft in völlige Beliebigkeit aufzulösen. Es ist die Frage nach einer Logik ...« (323)

Ich denke, die Feststellung oder Mutmaßung darüber, wer sie entwickeln wird, während die Frauen ihre und anderer Natur pflegen, erübrigt sich. Die reale Trennung von Produktion des Lebens und der Lebensmittel ist am Ende wieder in schönster Ordnung.

Literaturverzeichnis

- Bammé, Arno, u.a., *1986: Maschinen – Menschen Mensch – Maschinen. Grundrisse einer sozialen Beziehung. Reinbek
- Bönig, Jürgen, 1989: Fließarbeit und Bandarbeit in der deutschen Rationalisierung der 1920er Jahre. In: Massenproduktion und Rationalisierung. Theorie und Praxis in historischer Perspektive. Themenheft der Zeitschrift Technikgeschichte, Bd.56 (1989), H.3, 237ff.
- Burawoy, Michael, 1983: Fabrik und Staat im Kapitalismus und im Sozialismus. In: Das Argument 140, 508-524
- Cockburn, Cynthia, 1988: Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und technisches Know-How, Berlin
- Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.), 1930: Die Frauenarbeit in der Metallindustrie, Stuttgart
- Emenlauer-Blömers, Eva, 1989: Bericht über die Vorstellung des IKÖ. In: Frauen in Naturwissenschaft und Technik 15. Bundesweiter Kongreß, 4.-7. Mai 1989, Bonn, 3f.
- Freyberg, Thomas v., 1989: Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Frankfurt/M., New York
- Grünfeld, Judith, 1931: Frauenarbeit im Lichte der Rationalisierung. In: Die Arbeit 8, 1931, 911-924 dies., 1934: Frauenarbeit, Rationalisierung und Frauenlöhne. In: Internationale Rundschau der Arbeit 12, 1934, 523-545
- Hoff, Andreas, 1978: Gewerkschaften und Rationalisierung. In: Mehrwert 15/16, 167-208
- IKÖ, 1989: Institut für Informations- und Kommunikationsökologie. In: Frauen in Naturwissenschaft und Technik 15. Bundesweiter Kongreß, 4.-7. Mai 1989, Bonn, 5f.
- Marr, Heinz, 1924: Von der Arbeitsgesinnung unserer industriellen Massen. In: Frankfurter gelehrte Reden und Abhandlungen. Frankfurt/M.
- Martens, Renate, 1989: Das Dilemma des technischen Fortschritts. Metallarbeitergewerkschaften und technologisch-arbeitsorganisatorischer Wandel im Maschinenbau bis 1914. Wiesbaden
- Neubauer, Günter, 1981: Sozioökonomische Bedingungen der Rationalisierung und der gewerkschaftlichen Rationalisierungsschutzpolitik. Vergleichende Untersuchung der Rationalisierungsphasen 1918 bis 1933 und 1945 bis 1968, Diss., Berlin
- Neusüß, Christel, 1984: ... aber was ist denn das, der 'irrationale Rest'? Zur Rationalisierungsdiskussion in der Weimarer Republik und heute. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 7.Jg., 12/1984, 37-51
- Radkau, Joachim, 1989: Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Frankfurt/M.
- Sieferle, Rolf Peter, 1984: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. München
- Stollberg, Gunnar, 1981: Die Rationalisierungsdebatte 1908-1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr. Frankfurt/M., New York
- Ullrich, Otto, 1985: Grüne Technikkritik und Sozialismus. In: Sozialismus passé? Hrsg. v. K.-E. Lohmann, Berlin
- Vahrenkamp, Richard, 1983: Wirtschaftsdemokratie und Rationalisierung. Zur Technologiepolitik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 34.Jg., 11/1983, 722ff.
- Wulf, Hans Albert, 1987: 'Maschinenstürmer sind wir keine'. Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Frankfurt/M., New York

Besprechungen

Philosophie

Nolte, Ernst: Nietzsche und der Nietzscheanismus. Propyläen, Frankfurt/M., Berlin 1990 (303 S., Ln., 34,- DM)

Kirchhoff, Jochen: Nietzsche, Hitler und die Deutschen. Die Perversion des Neuen Zeitalters. Vom unerlösten Schatten des Dritten Reiches. Edition Dionysos, Berlin 1990 (265 S., br., 24,- DM)

Taureck, Bernhard: Nietzsche und der Faschismus. Junius, Hamburg 1989 (222 S., br., 28,- DM)

Nietzsches Verhältnis zum Faschismus ist ein umkämpftes Thema. Die Verehrer (Kaufmann, Montinari, Lutz-Bachmann) sprechen von 'Mißbrauch', oder 'Indienstnahme', die Kritiker zählen ihn zu den 'Vorläufern' des NS (Lukács, Habermas, Sontheimer). Auch Nolte, Kirchhoff und Taureck vertreten im Blick auf verschiedene Zielgruppen und mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen die These, daß Nietzsche ein 'Vorläufer' des Faschismus war.

Nolte geht im ersten Teil seiner an der FU Berlin gehaltenen Vorlesung auf die Biographie ein, um sich im zweiten Teil mit »den Faktoren und Phasen der europäischen Geschichte« (11) zu beschäftigen, »die Nietzsche als ein 'Schlachtfeld' in sich austragen mußte« (89). Thematisch geht es um Platonismus, Moral und Christentum, Aufklärung und Wissenschaft, den Sozialismus, die Deutschen und das deutsche Reich, um das Vernichtungskonzept und die 'Partei des Lebens'. Der dritte Teil untersucht das Phänomen des Nietzscheanismus bis 1914. Dabei wird »Benito Mussolini als Marxist und Nietzscheaner« gesondert behandelt, weil sich an ihm Noltés Vorhaben am besten exemplifizieren läßt. Es geht um den Nachweis, daß es erstens zwischen Marx und Nietzsche »wesentliche Übereinstimmungen« (266) gibt, und daß zweitens »der Marxismus die Grundierung (war), auf der Nietzschescher Einfluß auf die Politik am ehesten sichtbar wurde« (261). Nietzsches Philosophie reduziert sich in Noltés Interpretation auf die Bekämpfung eines ihm »unbekannten« aber »von ihm doch letzten Endes gemeinten Gegners« (76), der 'sozialistischen Lehren' von Marx und Engels (vgl. 157ff.).

Den Sozialismus konstruiert Nolte als »Sozialreligion und Erlösungslehre und damit implizit als gegen 'die Bösen' gerichteter Vernichtungswille« (160). Es handelt sich nicht wie bei Nietzsche um »die Vernichtung von Millionen Mißbratener« (269), sondern um die »Wegschiebung oder Indienstnahme einiger weniger Kapitalmagnaten durch die ungeheure Majorität der Ausgebeuteten« (ebd.). In Nietzsches Forderung zur 'Ausrottung' des »jüdisch-christlichen Sozialismus« (166) sieht Nolte die »formale Übereinstimmung« mit der Marxschen Vorstellung »der Vernichtung des Kapitalismus und mithin auch des Bürgertums als soziale(r) Klasse« (ebd.). »Marx und Nietzsche entwickelten also gegensätzliche Konzeptionen, die an den gesellschaftlichen Zustand der Epoche zwischen Industrieller Revolution und 'Wohlfahrtsgesellschaften' gebunden waren«, die aber »beide nicht eigentlich Bürgerkriegskonzeptionen sein wollten« (277). Sie nahmen »eine 'unreine' Gestalt« (ebd.) an, als der Versuch unternommen wurde, sie in die Praxis umzusetzen. »Dieser entscheidende Schritt war der Putsch der Bolschewiki innerhalb der Russischen Revolution, der zwar unter ganz anderen als den von Marx ins Auge gefaßten Bedingungen erfolgte, der aber doch den Beweis erbrachte, daß eine marxistische Partei imstande war, allein die Macht zu ergreifen und jene umfassende soziale Vernichtung zu

bewerkstelligen, die zu vollziehen nach Marx die Aufgabe der Geschichte gewesen wäre.« (276) Die »Bürgerkriegssituation« (ebd.) wurde Wirklichkeit, »als in einem mit Rußland gleichrangigen Staat die Gegen-Bürgerkriegspartei zum Siege kam, die sich auf Nietzsche berief« (ebd.). Erst ab diesem Moment dürften Nietzsche und Marx »Ideologen jenes zur kriegerischen Entscheidung gelangten Bürgerkriegs, des 'europäischen' der Zeit von 1917 bis 1945« (277), genannt werden.

Nolte vergleicht sein vereinseitigtes Nietzsche-Bild mit einer Verzerrung des Marxschen Denkens. Während er das Denken Nietzsches auf den »Vernichtungsgedanken« reduziert (vgl. 76ff.), liegen der Marx-Interpretation die ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844 zugrunde, die Nolte ausschließlich hegelianisierend liest (vgl. 157ff.). Diese Verkürzungen stehen im Dienst seiner rechtskonservativen Thesen zum Faschismus.

Für Kirchhoff ist der NS »die Perversion einer Revolte gegen den Nihilismus und die lebensfeindliche Grundtendenz des modernen Industriesystems, ein verhunzter und darum gescheiterter Versuch, den Ausrottungsfeldzug gegen die Natur zu stoppen, der sich schon damals abzeichnete« (26). Der Autor geht mit C.G. Jung auf archetypische »Urbilder in überindividuellen Tiefenschichten der Psyche« zurück (29), die zu einem gegebenen Zeitpunkt zur 'Geschichtswirksamkeit' gelangten, um die 'Krise des 19. Jahrhunderts' (ebd.) und den 'Nihilismus' zu überwinden. Nietzsche habe durch 'Zwischenträger und Mittler' wie Ernst Bertram, Alfred Baeumler und Alfred Rosenberg auf Hitler Einfluß ausgeübt (vgl. 115f.). Zu den von ihm ausgehenden »Impulsen«, die als »Beeinflussungsfaktoren des Zeitgeistes« (ebd.) wirksam wurden, rechnet der Autor a) die Ablehnung der christlich-moralischen Werte, die notwendig zum 'Nihilismus' führt; b) die antihumanistische und antidemokratische Haltung; c) die Relativierung der Vernunft; d) die Verherrlichung von Gewalt und Krieg und die damit verbundene Bekämpfung der christlichen Mitleidsmoral; e) eine bestimmte Form von 'Anti-Judentum', die nicht mit Antisemitismus zu verwechseln sei (vgl. 116). Kirchhoff will aber, obwohl er »unverkennbar präfaschistische Einzelemente« (188) entdeckt, die Philosophie Nietzsches nicht darauf reduzieren (vgl. 189). »Nur: herausgelöst aus dem Gesamtzusammenhang seines Denkens, eindimensional verzerrt und vulgarisiert (und damit eben nicht mehr eigentlich 'Nietzschesch'), lassen sich einzelne Aussagen in Beziehung setzen zum Hitlerismus.« (Ebd.)

Die Arbeit wendet sich dagegen, jede Form der Vernunftkritik als potentiell faschistisch anzusehen. Die »Archetypen und Mythologeme« (145), die im NS und in der Philosophie Nietzsches zur Wirksamkeit gelangten, führen nicht notwendig zur Barbarei (vgl. 23ff.), sie lassen sich auch zur Überwindung des »technokratischen Nihilismus und das mechanistische Denken« (18) artikulieren, und »um die Natur zu erlösen« (ebd.). Kirchhoff hat aber keine Antwort auf die Frage, wie sich diese Kräfte vor einer Instrumentalisierung zum »Zwecke der Machterhaltung und Unterdrückung« (145) bewahren lassen und wie eine wirksame antifaschistische Politik zu gestalten wäre. Es bleibt bei der Hoffnung, daß dem Mythos in der Krisensituation mit der »besonderen Wachheit und Verantwortung« (140) begegnet wird, die das Versinken in »Trance- und Rauschzuständen« (138) verhindert.

Taureck geht im ersten Teil der Frage nach, »ob es gedankliche Analogien zwischen Nietzsche und dem Faschismus gibt« (22). Die Rezeption im Faschismus selbst ist nicht der Gegenstand seiner Untersuchung. Sie wird kurz im zweiten Teil berücksichtigt, der die verschiedenen Positionen in Bezug auf Nietzsches Rolle im NS behandelt. Taureck findet eine starke Strömung (Lukács, Adorno, Mussolini, Evola, Baeumler, Oehler), »die Nietzsche und den Faschismus eng miteinander in

Beziehung setzt, sei es lobend, sei es anklagend« (84). Die andere Strömung (E. Jünger, Montinari, Chr. Steding, C.v. Westernhagen) wird dadurch gekennzeichnet, daß sie in ihm »einen potentiellen Gegner von Faschismus erblickt« (ebd.). Im dritten Teil des Buches wird Nietzsches Vernunftkritik diskutiert. Taureck unterscheidet zwei Stimmen in Nietzsches Philosophie, die unvermittelt nebeneinander existieren: die Stimme Machiavellis folgte »dem Lockruf zu hyperpolitischen Phantasien von Macht, Herrschaft, Krieg, Kastenordnung«, die Stimme Montaignes sprach »von der Instabilität der Welt und alles Menschlichen, vom Ja zum Leib, von natürlichen Tugenden, von einer politikfernen, aber zutiefst sozialen Individuation« (12). Die erste Stimme bildet den Untersuchungsgegenstand der Arbeit.

Die von Lukács an Nietzsche gerichteten Fragen will Taureck noch einmal stellen. Er gibt zu diesem Zweck den bei Lukács »zur Weltanschauung abgesunkenen« (114) Vernunftbegriff auf und ersetzt ihn durch den Vernunftbegriff von Habermas. Seine Leitfrage: »Inwiefern führt Nietzsches Irrationalismus ihn zu, Gewalt und Macht anstelle von Vernunft und Rationalität?« (Ebd.) Für Taureck ist Nietzsche 'Protofaschist', weil er an einer Vernunftkritik arbeitet, die zu »einer *dauernden Teilung* der Gesellschaft mittels Gewalt« (178) führt. Zu den entsprechenden Elementen seiner Philosophie gehört die Forderung nach Vernichtungskriegen und nach Massenausrottungen sowie die Einheit von Macht- und Zweckstaat, »die die Züge platonistischer Politästhetik, sakralisierter Politik und die Einheit von Staatsmann und Künstler enthält« (177) und »die Sprengung der nationalen Grenzen für eine neue politische Kasten- und Rangordnung durch Züchtung einer gesamteuropäischen oder globalen Herrenkaste« (ebd.). Beim Versuch, Nietzsche als eindeutigen 'Protofaschisten' einzustufen, werden aber diejenigen Elemente in seiner Philosophie heruntergespielt, die mit der Ideologie der Volksgemeinschaft inkompatibel sind – z.B. sein elitärer Volksbegriff, seine Verherrlichung des Individualismus oder seine Staatskritik.

Daß Nietzsches Philosophie für die ideologischen Praxen im NS besonders geeignet war, läßt sich nicht bestreiten. Gerade deshalb darf aber die konkrete Untersuchung der Nietzsche-Rezeption vor und nach 1933 und ihre Funktion im ideologischen Geflecht nicht vernachlässigt werden. Charakteristisch für alle drei Publikationen ist demgegenüber die Auffassung des Faschismus als ein rein geistesgeschichtliches oder gedankliches Phänomen. Die Reduktion der Problematik auf die Beantwortung der Frage: 'Denker Nietzsche – Täter Hitler?' (Taureck, 187; Kirchhoff, 190) dokumentiert eher die Tabuisierung des realen Faschismus und der tatsächlichen Rolle der Philosophie als den Willen, diese Vergangenheit wissenschaftlich und politisch aufzuarbeiten.

Martha Zapata (Berlin)

Bidet, Jacques: Théorie de la Modernité. Suivi de Marx et le Marché. Presses Universitaires de France, Paris 1990 (313 S., br., 172 FF)

Vor dem Hintergrund des gescheiterten Realsozialismus werden zwei aktuelle Problemkomplexe des Marxismus aufgerollt: das Fehlen einer Politik- bzw. Demokratietheorie bei Marx und die Möglichkeit eines marktförmigen Sozialismus. Ausgehend von der Überlegung, daß Kapitalismus und Sozialismus Teile ein- und derselben Welt sind, geht es dem Autor um die analytische Freilegung einer den verschiedenen Sozialstrukturen zugrundeliegenden »Metastruktur der Moderne«. Notwendig sei die Grundlegung des Marxismus durch eine allgemeinere politische Philosophie, genannt »Metamarxismus«.

Bidet deduziert die moderne »Metastruktur« aus einer Reflexion über die Vertragstheorien des klassischen Liberalismus. Im Descartes'schen Cogito sieht er den »Vertrag« als »Kernelement« einer neuen Gesellschaftsordnung impliziert (19). In der

»Vertragsform« (*forme contrat*) entdeckt er eine »Antinomie« zwischen dem Prinzip der inter-individuellen Übereinkunft, das den freien Markt entfesselt, und dem Sozialvertrag, der die staatliche Souveränität konstituiert. Beide Prinzipien sind widersprüchlich, zugleich aber komplementär, weil die Reziprozitätsbeziehung im Tausch staatliche Rechtsgarantien voraussetzt. Bidet läßt daraus die drei Strukturelemente hervorgehen, die allen »modernen« Sozialbeziehungen zugrundeliegen sollen: 1) Intersubjektivität (*interindividualité*); 2) Zentrität (*centricité*), d.h., die sozialvertragliche Komponente setzt mit der *volonté générale* auch die Zentralgewalt voraus; 3) Assoziativität (*associativité*), sofern die Vertragsbeziehungen tendenziell schrankenlos sind und den Zusammenschluß beliebig vieler Individuen ermöglichen.

Die »moderne« Entwicklung und ihre Perspektiven stellen sich als Kombinatorik dieser Elemente dar, wobei Bidet defiziente Realisierungsweisen der Modernitätsstruktur unterscheidet. Kapitalismus ist dadurch charakterisiert, daß die sozialvertragliche Komponente auf die politische Sphäre beschränkt bleibt; in der Ökonomie geht das Prinzip der Wechselseitigkeit mit Ungleichheit und Herrschaft einher. Der (Neo-)Liberalismus naturalisiert den Markt in dieser kapitalistischen Form, obwohl er nicht notwendigerweise antagonistisch strukturiert sein muß. Der »Kommunismus« (Bidets Terminus für befehlsadministrativen Sozialismus) vergißt umgekehrt die mögliche »Modernisierung« der Politik und naturalisiert den »Plan« in seiner despotischen Form, obwohl auch eine kontraktuelle Planung denkbar wäre. Eine »postkommunistische Politik« (13) liefe also auf die Forderung hinaus, daß einerseits die ökonomischen Marktverhältnisse sozialvertraglich strukturiert werden, und daß andererseits bei der politischen Artikulation einer *volonté générale* auch die, wenn man so will, marktförmig-egalitären Potenzen zur Geltung kommen. Die ideologischen Antinomien von »Freiheit« und »Gleichheit« sollen sich in einer »Gleich-Freiheit« (*égalité*) aufheben. In der Auseinandersetzung mit Rawls und Habermas werden diese Überlegungen weitergeführt.

Die Auseinandersetzung mit Marx füllt den zweiten Teil. In seiner Sozioanalyse sei der Marxismus bislang nicht überholt (deshalb kein Postmarxismus, sondern »Metamarxismus«). Marx »verfehle« aber die Modernitätsstruktur, indem er mit der kapitalistischen Form des Marktes auch diesen selbst verwirft (in dieser Hinsicht bessere Noten für Hegels Theorie der »bürgerlichen Gesellschaft«). Konsequenz: Er könne sich die »Assoziation« freier Mensch nicht richtig vorstellen, weil sie die allgemeine Vertragsform voraussetzt. Dieser Teil des Buches arbeitet, im Gegensatz zum philosophisch-deduzierend angelegten ersten Teil, etwas stärker philologisch. In den *Grundrissen* habe Marx die Marktverhältnisse noch als bloße Oberflächenerscheinung einer durch Klassen konstituierten Gesellschaft betrachtet. Im *Kapital* sieht Bidet hingegen die begrifflichen Ansätze, den Markt auch unabhängig von kapitalistischen Formen zu fassen und auf Sozialismus zu beziehen. Es fehle aber eine entsprechende Differenzierung in der Analyse des »Überbaus«. Marx habe versäumt, zu klären, inwieweit politische oder juristische Formen kapitalismusspezifisch sind, und inwieweit sie in einer formationsübergreifenden Weise »modern« und der Möglichkeit nach sozialistisch sind.

Bidet entwirft so etwas wie einen normativen Begründungshorizont für sozialistische Politik, in dem Fragen der Realisierung (welche Akteure? wie politisch durchsetzbar?) außer Betracht bleiben. Auch die nicht theoretisch vorhersehbaren, sondern praktisch auftretenden Probleme, vor allem die tatsächlichen Antinomien einer Verknüpfung von Marktwirtschaft und politischer Planung (Perestrojka), wurden nicht studiert. Ruft man die Marxsche Absage an ein In-Ordnung-Bringen der Welt

ausgehend von ideellen Prinzipien in Erinnerung, ist die Differenz im Herangehen grundsätzlicher, als sie sich hier darstellt. Das Buch berührt aber eine im Marxismus zentral werdende Problematik und verdient gründliche Diskussion.

Thomas Laugstien (Berlin)

Schaefer, Alfred: Der Staat und das Reservat der Eigenheit: Hegel, Marx, Stirner. Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1989 (220 S., br., 30,- DM)

Schäfers Schrift – eine überarbeitete Fassung des bereits 1968 in Meisenheim veröffentlichten Buches »Macht und Protest« – versteht sich in Anlehnung an Max Stirner als ein Plädoyer für das Recht auf Nonkonformität und Eigenheit des Menschen. Durch die versuchte Aufklärung der zugrunde liegenden Denkmuster ist die Arbeit speziell gegen jene Form des Totalitarismus gerichtet, die unter J.W. Stalin zur vollen Entfaltung kam und deren welthistorisches Scheitern wir in der Gegenwart erleben.

Den Keim für die dogmatische Erstarrung der Theorie und die Entartung sozialistischer Praxis sieht der Autor bereits im Werk von Marx und Engels angelegt, vor allem in ihrer Staatstheorie und Revolutionsauffassung. Schaefer unterscheidet drei Varianten der Marx'schen Staatstheorie. Die erste lokalisiert er im Fragment »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« von 1843. Sie zeichne sich dadurch aus, daß Marx zu dieser Zeit noch von den Klassengegensätzen abstrahiere und den nationalen und demokratischen Gedanken als Hebel des Umsturzes der alten Gesellschaft nach dem Muster von 1789 betrachte. Die Festigkeit des preußischen Staatswesens und die Friedfertigkeit des Bürgertums führten jedoch zu einer fundamentalen Änderung seiner Strategie, die bereits 1844 in den Artikeln der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« begann. Die Ausarbeitung einer zweiten Staatstheorie kulminiert schließlich im »Manifest der kommunistischen Partei«, in welchem ein alle demokratische Prinzipien mißachtender Staatsfetischismus als Doktrin der »kommunistischen Machtergreifung« konzipiert werde (25ff.). Der *coup d'état* des Louis Bonaparte vom 2. Dezember 1851 erschütterte Marx' Glauben an einen starken, zentralisierten, proletarischen Klassenstaat als geeignetes Mittel zur Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise. Die zunächst negative Bestimmung der Notwendigkeit einer Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie (1852) führte in Auswertung der Pariser Kommune (1871) zum Konzept vom Absterben des Staates und der Übernahme seiner Funktionen durch kommunale Selbstverwaltung. Hierin sieht Schaefer den Ansatz zu einer dritten Staatstheorie, die im Spätwerk von Engels mit der Orientierung auf den sozialdemokratischen Weg parlamentarischer Reformen abschließt und eine grundlegende Revision der bisherigen Taktik beinhaltet. Lenin übernimmt zwar den Gedanken der Zerschlagung des alten Staatsapparats, ignoriert jedoch den grundlegenden Wandel in den Auffassungen von Marx und Engels nach 1851 und knüpft wesentlich an die totalitäre Staatskonzeption von 1848 an. In der Lesart Schaefers erscheinen die Verbrechen des Stalinismus schließlich als konsequente Umsetzung der Ideen aus der zweiten Staatstheorie von Marx und Engels.

Im zweiten Teil des Buches (149ff.) diskutiert der Autor die Auseinandersetzung von Marx mit Max Stirners Schrift »Der Einzige und sein Eigentum« in der »Deutschen Ideologie« und versucht, die Inadäquatheit der Marx'schen Kritik nachzuweisen.

Der mit den Texten von Marx und Engels vertraute Leser wird den Ausführungen sowohl in der Grundtendenz wie in vielen Einzelfragen nicht zustimmen können. Der Autor liefert uns nicht nur eine grob vereinfachende Interpretation, welche reale Widersprüche in der Textgrundlage ausblendet und nur jene Seite festhält, die in die eigene Sichtweise paßt; seine Lesart entstellt auch häufig den Text und verkehrt die

zugrunde liegenden Intentionen in ihr Gegenteil. So sind Schaefer's Hauptkritikpunkte an Marx, er opfere das private Schicksal einem »Allgemeinen« (6), die individuelle Existenz werde lediglich als Mittel zum Zweck begriffen und der gesellschaftlichen Tätigkeit subordiniert (121f.), der Einzelne habe sich dem »Gattungswesen« zu opfern (151), schlechterdings falsch. Einer solchen Interpretation widerspricht der von Marx bereits 1843/44 formulierte kategorische Imperativ, wonach alle Verhältnisse umzuwerfen sind, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, 385). Die Erforschung der Bedingungen für die Möglichkeit einer »freien Individualität« ist ein Grundzug im Marxschen Werk, der von Schaefer durchgehend ignoriert wird. Selbst dort, wo er auf diesbezügliche Äußerungen von Marx zu sprechen kommt, liest er das Gegenteil in den zu interpretierenden Text hinein (z.B. 169ff.). Absurd ist die andeutungsweise vorgetragene Unterstellung, persönliche Machtgelüste von Marx und Engels seien eine der Ursachen für die zweite totalitäre Staatskonzeption (vgl. 108, 135, 191).

Die Gedankenführung des Buches ist insgesamt wenig systematisch und deshalb auch von Wiederholungen nicht frei. Die benutzten Textausgaben entsprechen in keiner Weise dem Standard wissenschaftlicher Forschung und erschweren das Auffinden der herangezogenen Zitate. Es ist unverständlich, warum A. Schaefer mit keinem Wort auf die Vielzahl von Publikationen eingeht, die eine von ihm nicht nur abweichende, sondern vielfach entgegengesetzte Interpretation des Werks von Marx und Engels geben. Auf zwei sachliche Fehler muß aufmerksam gemacht werden: Auf Seite 24 wird aus den »ökonomisch-philosophischen Manuskripten« falsch zitiert: »Um den Gedanken des Privateigentums aufzuheben, dazu gehört eine wirkliche kommunistische Aktion«. Richtig lautet das Zitat: »Um den Gedanken des Privateigentums aufzuheben, dazu reicht der gedachte Kommunismus vollständig aus. Um das wirkliche Privateigentum aufzuheben, dazu gehört eine wirkliche kommunistische Aktion.« (MEW Ergänzungsband I, 553) Der auf Seite 36f. zitierte Brief von Marx an Ludwig Kugelmann datiert nicht vom 12. März, sondern vom 12. April 1871.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Publikation ein »Reservat der Eigenheit« ihres Autors ist.
Werner Dießner (Leipzig)

Schwemmer, Oswald: Die Philosophie und die Wissenschaften. Zur Kritik einer Abgrenzung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (190 S., br., 18,- DM)

Die Kritik an der neuzeitlichen Rationalität als Wurzel der die Menschheit und den Planeten aufs Spiel setzenden Mitweltzerstörung gehört inzwischen zum guten Ton der Philosophie. Doch die Suche nach Alternativen zur derzeitigen Entwicklung von Naturwissenschaften, Technik und Gesellschaft wird meist zur Diagnose von Reibungsverlusten und Akzeptanzproblemen heruntergespielt oder ins unverbindlich Allgemeine verflüchtigt. Der Düsseldorfer Philosophie-Professor Oswald Schwemmer kritisiert in diesem Zusammenhang die Gleichgültigkeit der Wissenschaften gegenüber der Philosophie, die sie ihnen ihrerseits anbietet oder unbekümmert über sie hinweggeht. Dabei ist, wie er zeigt, die spezifisch neuzeitliche Philosophie in Auseinandersetzung mit den »neuzeitlichen Wissenschaften« entstanden (18). Im Versuch, diese gegen die scholastische Tradition zu begründen, stieß sie – idealtypisch etwa bei Descartes und Kant – auf das Problem der Selbstgewißheit des Denkens und eröffnete sich damit einen Bereich, der »nur ihr zusteht«, der sie aber von der realen Entwicklung der Wissenschaften wegführte (27). Um so unbehelligter konnten die Wissenschaften – und das meint vor allem die Naturwissenschaften – »durch eine isolierende und fokussierende Wahrnehmungs- und Denkweise« (22) die

»fraktionierte Natur« in »begradigten Laborverläufen« untersuchen (23) und so schon methodisch Nebenwirkungen allenfalls als Nebenwirkungen, aber nicht als Totalität eines Beziehungsgefüges begreifen (164). Die Frage nach dem Ganzen wird von der Philosophie nicht mehr in Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Fachwissenschaften gestellt, und umgekehrt kommt es zu »Problemverlusten und Erkenntnisbeschränkungen« auch innerhalb der Fachwissenschaften (22).

Für einen Neuansatz im Verhältnis zwischen Philosophie und Wissenschaften werden dem Verfasser Philosophen wichtig, »die ihre Philosophie als eine Reflexion auf den Prozeß der Symbolisierung, Repräsentation oder Verbegrifflichung verstanden haben«: Peirce, James, »in gewissem Sinne auch« Nietzsche, Whitehead, Cassirer, Wittgenstein, »und wiederum in einem gewissen Sinne« Heidegger (54). Er hebt die Bedeutung der Alltagserfahrung, ihren stetigen, fließenden, emotionalen Charakter und ihren Praxisbezug hervor und gibt zu bedenken, daß die Wissenschaften, wenn sie ihr gegenüber an Genauigkeit und Vertiefung der Erkenntnisbereiche gewinnen, zumeist leichtfertig diese Qualitäten opfern. Im Gegensatz zu einer in der Erfahrungswelt des Individuums und der Kultur verankerten Symbolverarbeitung könnten z. B. auf dem Computer Symbolisierungen vorgenommen werden, die sich nicht mehr vor der Realität verantworten müssen, denen gegenüber also »die alltägliche Erfahrung ... ihr Vetorecht verloren« hat (90).

Im Blick auf die Philosophie wendet sich Schwemmer gegen die in der Tradition dominierenden »Regel- und Prinzipien-Ethiken« (131), die aus den realen Handlungsgefügen entweder ein oberstes Prinzip (Universalismus) oder die beabsichtigte Folge (Utilitarismus) herauslösen. Die Steigerung eines dieser Aspekte auf ein Höchstmaß (allgemeinstes Prinzip im einen Fall, eindimensionale Maximierung der bezweckten Wirkungen im anderen) begründet den moralischen Vorzug einer Handlung, obwohl – im Beispiel des Utilitarismus – maximale Produktivitätssteigerung (etwa der Landwirtschaft) zum Umkippen des Beziehungsgefüges, zur Verkehrung der Folgen ins Gegenteil des Beabsichtigten führen. Gegen die universalistische Konzeption begreift der Verfasser Moral als Teil der Identitätsbildung einer Kultur. Es geht ihm um einen »rationalen Pluralismus« (153), wobei den Menschenrechten, die das jeweilige historische Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft ausbalancieren, und der Sicherung der »Lebensbedingungen« der »konkreten Menschen« (183) besondere Bedeutung zukommt. Gegen den Utilitarismus fordert Schwemmer, die »Totalität der Wirkungsdimensionen« (171) zu bedenken (Imperativ der »Extrapolation der potentiellen Totalität«, 172f.).

Am Ende verweist Schwemmer auf den Übergang von »Fragen der Gerechtigkeit« zu Fragen der »Macht« (184). Eben diese Fragen der »Macht«, aus denen sich doch erst die ethischen Probleme ergeben, stellt der Autor nicht. Die eingangs angesprochenen politisch-gesellschaftlichen Probleme behandelt er fast nur unter ethischem Aspekt. Dabei hätten schon seine eigenen Zielvorstellungen der Interdisziplinärität (45) und des Praxisbezugs verlangt, auch auf die realen Wirtschafts- und Herrschaftsmechanismen hinzuweisen, die der geforderten Umorientierung von Wissenschaft und Ethik entgegenstehen.

Markus Jensch (Berlin)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Meyer, Theodor A.: *Das Stilgesetz der Poesie* (1901). Mit einem Vorwort von Wolfgang Iser. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (284 S., br., 20,- DM)

»Anschaulichkeit«, so formuliert Adorno in seiner *Ästhetischen Theorie* (150), »ist keine *characteristica universalis* der Kunst. (...) Davon haben die Ästhetiker wenig Notiz genommen; eine der seltenen Ausnahmen ist der so gut wie vergessene Theodor Meyer, der nachwies, daß den Dichtungen keinerlei sinnliche Anschauung dessen, was sie sagen, korrespondiert und daß die Konkretion der Dichtungen in ihrer Sprachgestalt besteht anstatt in der höchst problematischen optischen Vorstellung, die sie in Gang bringen sollen.« Wäre nicht die prominente Einschätzung des *Stilgesetzes der Poesie* auf dem Umschlag der Neuausgabe abgedruckt, würde man kaum auf sie aufmerksam.

Die immerhin schon 1968 einmal durch die Wissenschaftliche Buchgesellschaft nachgedruckte Abhandlung des Gymnasialprofessors Theodor A. Meyer (1859-1936), der 1914 Professor für Deutsche Literatur und Ästhetik an der Technischen Hochschule Stuttgart wurde, stand quer zur herrschenden Ästhetik ihrer Zeit. Meyer setzte sich hauptsächlich mit dem in der Nachfolge Hegels stehenden Werk von Friedrich Theodor Vischer (1853) auseinander, dem das Schöne noch als »sinnliches Scheinen der Idee« galt. Ihm gegenüber berief er sich auf Lessings »Laokoon«-Schrift von 1766 und bezeichnete sein Buch als »eine Behandlung des *Laokoon*problems auf moderner Grundlage« (24). Lessing hatte Malerei und Dichtung nach dem Kriterium der Gleichzeitigkeit und Folge unterschieden, während Meyer nun das Wesen der Sprache in der »Wiedergabe des Simultanen durchs Sukzessive« (28) sah.

Grundlage der modernen Sprachauffassung Meyers ist seine Trennung der anschauenden sinnlichen Wahrnehmung von der Vorstellung, die immer in einem »Zertrümmern der lebendigen Erscheinung« (55) besteht. »(D)aß bei dem Wort 'Baum' ein Baum (...) vor uns steht, ist einfach nicht wahr.« (60) Statt Vehikel für das Sinnliche ist die Sprachvorstellung ein »eigenes Vermögen unseres Geistes« (74), das in einem »eigentümliche(n) Wissen« (62) um den Inhalt besteht. Es orientiert sich an der Struktur des Satzes, wobei die ihr wesentlichen Bestimmungen wie Verneinung, Zeit oder Prozeß völlig unanschaulich sind. Aber gerade durch ihre vermeintliche Beschränkung auf Relationen kann die Dichtung das darstellen, was Leben ausmacht, nämlich dessen »innere Zusammengehörigkeit« (93). Nicht mehr die Idee ist Gehalt des Schönen, sondern es ist »Wesen und Inhalt jeder Kunst, Leben als solches zur Darstellung zu bringen« (32). Nur der »durch Beziehung erborgten Lebendigkeit« (153) gelingt eine »Anteilnahme an fremdem Leben« (152). Die Frage, wie denn in der Sprache lebendige Beziehungen anders als durch die bloße Nachahmung ihrer »Gehaltseindrücke« (199) zum Ausdruck kommen können, reflektiert Meyer nicht mehr. Sie wird später zu einem zentralen Problem der Adornoschen Ästhetik. Dabei zeugt schon die Rede vom »Stilgesetz« von der Ausrichtung auf den Sprachcharakter, auf das »Formgesetz« (Adorno) von Dichtung. Ohne die Betonung der Form hätte eine Autonomie des Kunstwerks, wie sie um die Jahrhundertwende der französische Symbolismus gegen die »Schilderungswut« (283) des auch von Meyer abgelehnten Naturalismus vertrat, gar nicht verkündet werden können.

Das *Stilgesetz* besaß nicht die Radikalität der gleichzeitig erschienenen Husserlschen Phänomenologie, die, statt noch von einem »Wahrnehmungsinhalt« zu sprechen, ein intentionales Bewußtsein auf intentionale Gegenstände treffen ließ, nicht die Radikalität der sprachskeptischen Philosophie, die statt vom »sinnfälligen

Gegenstand« von der sprachlichen Konstitution der Wirklichkeit ausging. So stellt in seinem Vorwort der Konstanzer Anglist und Rezeptionsästhetiker Wolfgang Iser fest, daß das *Stilgesetz der Poesie* folgenlos blieb, da es im Vergleich zu den damals sich ausprägenden Theorien spezifische Mängel aufwies. Von den Blickwinkeln der Phänomenologie, der Semiotik und des Formalismus her gesehen fehlen ihm jeweils eine Systematik der Beschreibung, eine Zeichentheorie und eine Analyse poetischer Verfahren. Eher hat Meyers Untersuchung durch ihre »Aspektmannigfaltigkeit« (18) am »Umschlag zwischen Klassik und Moderne« (17) teil. Man fragt sich, welches Interesse ausgerechnet ein Theoretiker der Rezeptionsästhetik einem Werk mit »ausgebliebene(r) Rezeption« (20) entgegenbringt. Einige Elemente in Meyers Analyse der Vorstellungsbildung beim Lesen passen aber durchaus in den Kanon der Konstanzer Schule, weil diese sich neben der historischen Wirkung von Texten auf den »Akt des Lesens« (Iser, München 1976) konzentriert. Die an der Phänomenologie Husserls und Ingardens geschulte Ausarbeitung der Rolle des Lesers, der sich mit seiner Phantasie an der ästhetischen Wirkung von Literatur beteiligt, findet bereits eine Vorformulierung durch Meyer. Seine Theorie des Nachvorstellens als des Lesers »Selbsttätigkeit im Beziehungsakt« (46) hob schon den performativen Charakter der Sprache gegenüber ihrem mimetischen hervor und bereitete den für die Gadamer-Schüler so wichtigen Horizontbegriff vor. Sie deswegen aber in einen angeblichen Zusammenhang »latente(r) Wirkungsästhetik seit der Renaissance« (17) zu stellen, scheint mir eine Vereinnahmung für eine Literaturtheorie zu sein, die sich selbst stark auf die von Meyer abgewiesene Anschaulichkeit beruft.

Die Neuherausgabe des Buches wider die Anschaulichkeit fällt in eine Zeit, in der diese wissenschaftlich wieder hoch im Kurs steht. Eine kürzlich erschienene Untersuchung (Gottfried Willems, *Anschaulichkeit*, Tübingen 1989) überrascht den Leser nicht nur mit der Aufbereitung der Frage: »Was ist Literatur?«, sondern auch mit der prompten Antwort darauf: »Ist Literatur nicht zunächst und vor allem anschauliche Rede?« Schlimmer als diese Unbekümmertheit ist der neuerdings erhobene religiöse Ton der Unmittelbarkeit. Gegen die als »sekundär und parasitär« denunzierte Literaturkritik zieht der Genfer Literaturwissenschaftler George Steiner zu Felde. Sein von Botho Strauß in der *Zeit* gefeierter Essay *Real Presences* (London 1989; dt.: *Von realer Gegenwart*, München/Wien 1990) will die Anschaulichkeit von Sprache im Sinne der christlichen Eucharistie restaurieren: »Das Wort Baum ist der Baum.« Einer solchen Vormoderne trat Meyers *Stilgesetz* schon am Jahrhundertanfang entgegen.

Carsten Feldmann (Berlin)

Trabant, Jürgen (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Romanischen Philologie in Berlin. Colloquium Verlag, Berlin/W. 1988 (312 S., Ln., 68,- DM)

Der Band, der seine »unerwartet rasche« Realisierung dem Geldsegen der Berliner 750-Jahr-Feier verdankt (Vorwort, VII), versammelt Bausteine zur Geschichte der romanischen Sprachwissenschaft in Berlin. Diese Bausteine sind nach Status und Materialwert außerordentlich heterogen. Der Reprint eines 1910 erschienenen Textes von Alfred Risop, der die Entwicklung im 19. Jahrhundert behandelt, nimmt ein gutes Drittel des Bandes ein. Jakob Malkiel behandelt den Zeitraum von 1910 bis 1945. Malkiel konnte, »weil er kein deutscher Staatsangehöriger war« (ebd.), als jüdischer Student noch 1938, ein halbes Jahr vor der »Kristallnacht«, an der Berliner Universität promovieren. Beide Texte müssen als wissenschaftsgeschichtliches Dokument bzw. als Zeitzeugnis gelesen werden; sie können eine kritische Rekonstruktion der Fachgeschichte nicht ersetzen. Der Herausgeber weiß, daß eine »umfassende Darstellung der Berliner Romanistik in der Nazizeit« (XII) noch

aussteht. Kurt Baldingers Beitrag über den »Wiederaufbau nach 1945« ist wesentlich Erlebnisbericht: die Weihnachtsfeier der Romanisten 1948 war »einfach und nett, mit Klavier-, Violin- und Gesangsvorträgen« (86). Eine Beobachtung ist freilich von ungeahnter Aktualität: »Ein Professor im Osten verdient 1000 Mark Ost, ein Professor im Westen 1000 Mark West. (...) In Wirklichkeit verdient der Westprofessor 1000 Mark, der Ostprofessor ... 450 Mark.« (89) Beiträge zum literaturwissenschaftlichen Zweig der Berliner Romanistik fehlen ebenso wie eine »Darstellung der Romanistik an der Ost-Berliner Humboldt-Universität« (XII). Der Herausgeber ist sich dieser Lücken bewußt. Die grundlegenden Forschungen u.a. zur Literatur der französischen Aufklärung, die von Werner Krauss und seinem Kreis an der Akademie der Wissenschaften der DDR so erfolgreich betrieben wurden, hat er vergessen zu erwähnen.

Brigitte Schlieben-Lange und Harald Weydt befassen sich mit der Antwort Daniel Jenischs auf die Preisfrage der Berliner Akademie zur »Vergleichung der Hauptsprachen Europas« von 1794, und Jürgen Trabant stellt Wilhelm von Humboldts Forschungen zu den romanischen Sprachen vor. Der Zerfall des »kulturellen und politischen Modells Frankreich« (4) nach der Französischen Revolution und damit auch der bisherigen Vormachtstellung des Französischen schafft der Sprachwissenschaft in Deutschland ihren un/politischen Aktionsraum. Das ist der Hintergrund, vor dem Jenisch und Humboldt den Gedanken einer »prinzipiellen Gleichheit« (10) aller Sprachen entwickeln. Aber diese Gleichheit ist zugleich die Form, in der die Gegnerschaft zum republikanischen Frankreich sprachwissenschaftlich eingekleidet auftritt – ein Zusammenhang, dem die Autoren kaum Beachtung schenken. Indem die Sprachen nunmehr als spezifischer Ausdruck des Charakters einer Nation (Humboldt spricht von »geistigen Individualitäten«, 33) gelten, deren privilegierte Repräsentanten die »genievollen Schriftsteller« sind (Jenisch, 15), wird die Sprachwissenschaft aufnahmefähig für die verschobene Artikulation nationaler Gegensätze. Schon bei Jenisch wird die »Darstellung des Französischen ... vom Gegensatz zum Deutschen beherrscht« (19). So ist der Sprachwissenschaftler politisch, ohne in der Politik zu sein. Humboldts Theorem von der »geistigen Individualität« (33) jeder Sprache, die ihre »Ausbildung« – ihren »Charakter« – in den kulturellen und literarischen Blütezeiten erhalte, lieferte einer aus der Vormundschaft der Klassischen Philologie sich befreienden Romanistik das Stichwort, indem es die Eigenständigkeit der romanischen Sprachen gegenüber dem Lateinischen postulierte. Zugleich war es nicht gefeit vor der späteren Inanspruchnahme durch eine völkerpsychologisch verfahrenende Sprachwissenschaft, die den antirepublikanischen Kräften Echo gab.

Alfred Risops faktenreiche Darstellung von 1910 macht deutlich, daß die Genese des »Faches« auch im Zusammenhang mit dem rasch sich vertiefenden Gegensatz zu Frankreich begriffen werden muß. Dieser Gegensatz artikuliert sich in der Trennung zwischen einer als wünschenswert anerkannten praktischen Sprachbeherrschung und der Ablehnung einer »wissenschaftlich philologischen Behandlung« (22), der allein die alten Sprachen zugänglich seien. Die Verweigerung des Wissenschafts-Status wird 1837 in einem offiziellen Schreiben damit begründet, daß der französischen Sprache keine »innere Vortrefflichkeit und bildende Kraft« zukomme (38). Komplementär dazu wird der Fremdsprachenerwerb durch »äußere Zweckmäßigkeit« definiert (59), wodurch sich die Fachvertreter in die Stellung eines bloßen »Sprachmeisters« versetzt sehen, gleichrangig mit dem Tanz- und Fechtmeister. Der einzige Weg zur Erlangung der Wissenschaftsfähigkeit führt daher über die Abkehr von der lebendigen Gegenwart der gesprochenen Sprache und die Hinwendung zur historisch-vergleichenden Sprachwissenschaft. So beginnt für Risop die eigentliche

Fachgeschichte mit der Berufung Adolf Toblers 1867, einem Schüler von Friedrich Diez, der wiederum mit seiner *Grammatik der romanischen Sprachen* (1836-44) als Gründungsvater der Romanischen Philologie in Deutschland gilt. Risop bemerkt, daß die Entgegensetzung von praktischem Spracherwerb und »philologisch-wissenschaftlichem Betrieb des Faches« überlagert ist von einer epochalen geistigen Konjunktur: Mit Humboldts Orientierung auf das »höchste 'Allgemein-Menschliche'« (53) sei ein Bildungsbegriff verbunden, der Bildung und »äußere Zwecke« schroff einander entgegensetzt. Zum »Wesen des Gelehrten« gehört es, daß er »in stolzer Verachtung abgekehrt von den Bedürfnissen des täglichen Lebens, nicht rechts noch links blickend, sein ganzes Sein in den Dienst der Idee zu stellen bereit sein muss« (53). Die Ideologie der Nicht-Einmischung war mit gegensätzlichen Politiken kompatibel: Sie mündete – in der großen Mehrzahl der Fälle – in die friedliche Koexistenz mit dem Faschismus an der Macht, konnte aber auch, vor allem wenn die Belange des Faches berührt schienen, zur Basis widerständiger Haltungen werden.

Es ist, als wollte Yakov Malkiel mit der Darstellung des Lebenswegs von Ernst Gamillscheg (1887-1971) das Bild eines solchen Gelehrten zeichnen. »Gamillscheg, seit seiner Jugend ein politisch konservativer Mann und Anhänger großdeutscher Gedanken, war selbstverständlich mit der Rückkehr der Rechten an die Macht zufrieden.« (76) Aber als »Vertreter der alten akademischen Garde« habe er geglaubt, »daß die reine Wissenschaft nicht von der Politik entweiht werden dürfe. Er verbannte geschickt politische Propaganda aus seinen Vorlesungen – ja wählte sogar Themen, die für derartige Gefahren unempfänglich waren.« (77) Als 1937 ein Werk erschien, das die These vertrat, »daß ganz Nordgallien zu einer gewissen Zeit vollkommen von fränkischen Eroberern germanisiert worden und später mittels eines langsamen Prozesses der Reromanisierung seiner Zugehörigkeit zu Zentraleuropa wieder entfremdet worden sei« (77f.), schrieb Gamillscheg eine Gegendarstellung. »Die Bedeutung des germanischen Einflusses wurde natürlich nicht geleugnet, sondern auf ein vernünftiges Maß, das von genau analysierten Fakten gestützt wurde, reduziert.« (78) Warum reagiert Gamillscheg ausgerechnet auf dieses Buch? Warum gelingt es ihm gerade an diesem Punkt, seine sonstige »Ängstlichkeit« (78) zu überwinden? Das Buch bewegt sich auf einem Feld, in das er selbst ein Jahrzehnt lang Arbeit investiert hat, deren Ergebnisse in dem dreibändigen, wie Malkiel meint, »nicht politisch ausgerichteten Werk« *Romania Germanica* (1934-36) vorliegen. Gamillschegs Eingriff hält sich strikt an die Regeln des fachlichen Diskurses. Die Fähigkeit des Sich-Heraushaltens aus »politischen« Fragen konstituiert geradezu den Fachmann – eine Haltung, die nach 1945 zur Widerstandshaltung stilisiert werden sollte. Auch Malkiel bemerkt, daß Widerstand und Anpassung sich keineswegs ausschließen. Aber indem er die beiden Seiten auf Werk und Person, auf den Wissenschaftler und den Menschen verteilt, geht die Anpassung immer aufs Konto der Psychologie und entlastet die Wissenschaft. In dem von den notorischen Nazis verbreiteten grellen Licht verschwindet die Gamillschegs eigenem Werk innewohnende Politik im Dunkel.

Peter Jehle (Berlin)

Hijiya-Kirschnerreit, Irmela: Was heißt: Japanische Literatur verstehen? Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (210 S., br., 14,- DM)

Die im Titel gestellte Frage beantwortet Irmela Hijiya-Kirschnerreit schon auf den ersten Seiten ihres neuen Buches und bekundet damit die hermeneutisch reflektierte Ausgangsposition. Verstehen japanischer Literatur heißt für die Autorin, die fernöstlichen Texte weder auf das schon Vertraute zu reduzieren noch sie als ganz Fremdes

von sich zu weisen. Verstehen gelingt demnach nur auf dem »Mittelweg zwischen Eurozentrismus und Exotisierung«, als ein »gemäßiger Relativismus« (20f.). Es ist die Vermittlung von Kenntnissen über die anderen historischen Bedingungen japanischer Literatur mit der probeweisen Anwendung europäischer Maßstäbe auf sie.

Die Kategorien des Fremden und Vertrauten bleiben auch in den folgenden neun Arbeiten zur japanischen Prosa und Literaturwissenschaft des 20. Jahrhunderts präsent. Versammelt sind damit Aufsätze und Vorträge der Trierer Japanologin aus den letzten dreizehn Jahren. In drei Abschnitten zu je drei Beiträgen macht die Autorin eingangs bekannt mit Wohlvertrautem in japanischer Literatur, um uns im weiteren zunehmend mit deren Eigentümlichkeiten zu konfrontieren.

Der »West-östliche Wahlverwandschaften« überschriebene erste Teil geht in Texten von Tayama Katai, Mishima und Abe Kobo den Bezügen nach, die sich jeweils zu Gerhart Hauptmann, Thomas Mann und Michel Butor herstellen lassen. Überzeugend wird dargelegt, daß die japanische Moderne zwar – gemäß geläufiger Ansicht – zu Beginn dieses Jahrhunderts in Anlehnung an den europäischen Naturalismus einsetzte, sich jedoch mit literarischen Elementen weiterentwickelte, die wiederum der eigenen japanischen Tradition entstammen. »In dem Maße nämlich, in dem das reflektierende, vor allem aber das fühlende Subjekt in das Zentrum des Werks rückt, greift auch eine betont subjektiv-lyrische Schilderung Raum, die sich literarischer Muster bedient, wie sie sich in Jahrhunderten japanischer Tagebuch- und Miszellenliteratur ausprägten.« (48f.) Hier wie in allen anderen Beiträgen plädiert Irmela Hijiya-Kirschner für methodologisches Bewußtsein und Differenzierung – die sie selber in einem klaren Argumentationsstil pflegt, der ohne überflüssige Terminologie auskommt. Fragen nach traditionell Japanischem und europäischen Einflüssen mit ad-hoc-Etikettierungen zu beantworten, wirkt doppelt fatal. Literatur erschiene nicht nur entstellt; den verschiedenen Nationen wäre es darüber hinaus unmöglich, »sich gegenseitig zu begreifen, damit, wenn schon keine wechselseitige Zuneigung daraus entstünde, sie doch einander wenigstens dulden lernten« (25), wie die Autorin mit Goethe die Idee der Weltliteratur im Blick auf Japan reformuliert.

Die letzten drei Beiträge vermitteln einen Eindruck von japanischer Japanologie. Irmela Hijiya-Kirschner hat keine hohe Meinung von dem Fach in Japan und attestiert ihm ironisch eine »hermeneutische Unschuld« (161 u.ö.), in der doch alle jene Sünden zwischen rastlosem Etikettieren und vager Einfühlung begangen werden, zu denen sich auch die europäische Hermeneutik fähig zeigte. Ein exemplarischer Bericht über die 1977 geführte Debatte der beiden namhaften Literaturwissenschaftler Tanizawa und Miyoshi soll zeigen, wie schwer es letzterer bei seinem Versuch hat, in einem Klima künstlerisch ambitionierter Intuitions-Interpretation, gleichsam als »Häretiker« (204) methodologisches Bewußtsein zu schärfen. Wenn Hijiya-Kirschner auch beteuert, nicht polemisch sein zu wollen, wird hier doch das Unbehagen einer Beobachterin deutlich spürbar, die ihren europäischen Maßstab einer streng rational orientierten Wissenschaft anlegt.

Damit komme ich zu einigen Mängeln vor allem im mittleren der drei Abschnitte. Im Beitrag über Metapherngebrauch erstaunt, daß ein sehr herkömmliches Substitutionskonzept zugrundegelegt wird – Metaphern erlauben jedoch eigenständige Erkenntnisweisen und sind nicht nur ersetzbare rhetorische Alternativen zur »eigentlichen« Begriffssprache. Die Untersuchung zum Traditionsbegriff moderner japanischer Literatur stellt ein abstraktes Schema vor, um das Verhältnis eines literarischen Werkes zur Tradition zu analysieren – für den vorliegenden Band wäre eine konkrete Analyse der normativen Kraft traditioneller Bestände in der Literatur – zumal im

Lyrischen – instruktiver gewesen. Und daß wir von der Autorin, die auch übersetzt, kein Wort zu dieser Tätigkeit hören, an der doch Verständnis- und Vermittlungsprobleme exemplarisch aufzuzeigen wären, ist bei einem so wohldurchdachten Buch bedauerlich.

Dennoch: isseki ni cho, zwei Vögel mit einem Stein zu treffen, ist der japanische Ausdruck für das, was Hijiya-Kirschner mit dem neuen Buch gelungen ist. Ihre durchgängige Neigung zur Theoriebildung sowie die letzten Beiträge zur japanischen Forschung machen es insbesondere für wissenschaftlich Interessierte lohnenswert. Dem Laien auf diesem Gebiet – den meisten von uns – kann es ein praktischer Wegweiser durch ein weitgehend fremdes Feld sein. En passant erfahren wir noch etwas über japanische Publikationsbedingungen und darüber, in wie hohem Maße beim Shishosetsu – eine Art autobiographisch inspirierter Bekenntnisroman – die dem Autor nahestehenden Personen am Verfassen teilhaben können. Ob über derartige aktuelle Hintergründe in Japan, über die Literatur selbst oder ihre Rezeption auch jenseits der Grenzen des Entstehungslandes: in jeder Hinsicht zeigt sich Irmela Hijiya-Kirschner tief informiert und bietet so mit ihrem neuen Buch eine verlässliche Einführung in die japanische Literatur und die Probleme ihrer Lektüre.

Burghard Damerau (Berlin)

Meyer, Stephan: Kunst als Widerstand. Zum Verhältnis von Erzählen und ästhetischer Reflexion in Peter Weiss' »Die Ästhetik des Widerstands«. Niemeyer, Tübingen, 1989 (320 S., br., 94,- DM)

Der »Ästhetik des Widerstands« hat sich seit einiger Zeit die zuständige Fachwissenschaft bemächtigt und zwingt sie in ihren Diskurs. Meyers Untersuchung, orientiert an hermeneutischen und rezeptionsästhetischen Paradigmen, richtet sich auf die ÄdW als Kunstwerk. Ein Hauptverdienst seiner Arbeit liegt darin, ihre komplizierte selbstreflexive Struktur aufzuweisen. Exemplarisch zeigt er am Pergamonfries, dem er eine inhaltliche und formale »Leitfunktion« (15) für die ÄdW zuspricht, wie dessen Anlage mit der des Romans zusammengeht. Hier wie dort findet sich der Aufbau in Blöcken, die zu Sequenzen zusammengefaßt werden können. Beide Werke handeln vom Kampf der Unteren gegen die Oberen. Mit der Auslegung des Frieses durch die drei Protagonisten wird die Darstellungsstruktur des Romans aber komplizierter, denn sie können nur Fragmente des Kampfes wahrnehmen. Erst retrospektiv setzen sie das Ganze in der Interpretation zusammen. Analog kann auch der Leser die ÄdW erst von ihrem Ende her in ihrer Gesamtheit erfassen. Da mehrere Personen den Fries interpretieren, ist eine polyperspektivische Anlage gesetzt, die sich hauptsächlich als das Nebeneinander widerstrebender Argumente darstellt. Dies geschieht im Medium eines gedoppelten Ichs, dem Ich-Erzähler und dem Ich-Protagonisten, durch »die beständige Einbindung des Erzählten in den 'präsentischen Bewußtseinshorizont des Erzählers'« (78). So durchdringen sich erlebendes und erzählendes Ich, und der reflexive Akt findet sich in jeder Romanpassage in die Konstruktion des Textes eingeschrieben.

Trotz der Fülle treffender Beobachtungen zum Montagebegriff, zum Verhältnis von Dokument und Fiktion und zur lebenserschließenden sowie handlungsbegründenden Funktion der Kunst in der ÄdW (vgl. 163) verkennt Meyer jedoch ein inhaltliches und politisches Zentrum des Romans. Dies bewirkt seine These von der »mythische(n) Schreibkonzeption« (155) der ÄdW. Seine Lektüre streicht diejenigen Strukturelemente einseitig heraus, die auch solche des Mythos sind: die Einbindung eines Einzelschicksals in ein es umfassendes Geschehen, das Stilmittel der Wiederholung, die Unterordnung der linearen Handlungsmomente unter die zirkuläre

Struktur des Romans, die in der ewigen Wiederkehr der Motive Unterdrückung und Widerstand bestehe. Er interpretiert das »mythische Schreiben« der ÄdW positiv als »eine qualitative Geschichtsschreibung und Geschichtsdeutung« (252), in der »das stets Gleichbleibende« (253), das Verhältnis Unterdrückung vs. Widerstand, gegenüber seinen jeweiligen Erscheinungsformen das Wesen der Geschichte und daher das Wahre sei: »zwischen dem versuchten Sturz der Götter, dem Aufstand Spartacus', der Auflehnung Engelbrekts und dem antifaschistischen Widerstand besteht ein temporärer, aber kein struktureller Unterschied.« (252) Der Text sei als eine »vorwiegend induktiv angelegte Metaphysik der Geschichte zu begreifen« (253).

Demgegenüber soll hier an die Intention sozialistischen Handelns erinnert werden, die Macht des blinden Mythos brechen und die über sich selbst aufgeklärte Vernunft an seine Stelle setzen zu wollen. Kein neuer Mythos, der in Strukturgleichheit zum alten stünde, kann dieses Desiderat einlösen. Eine Geschichtsschreibung der Unterdrückten muß sich sowohl zur Überlieferung als auch zu den eigenen, von Herrschaft korrumpierten Mitteln kritisch verhalten. Nur negativ kann sie sagen, wo durch das herrschende Geschichtsbild hindurch etwas von ihm Unterschiedenes schimmert. Somit ist es kein Epiphänomen, daß Weiss die Debatten im *sozialistischen* Widerstand verortet, wo an der revolutionären Idee einer Umwälzung der Produktionsverhältnisse noch festgehalten wird. Meyer jedoch deutet Widerstand ins Allgemeinmenschliche, in eine »Zivilisationskonstante« (36) um. Die ÄdW wird durch diesen Zugriff für ein Weltbild vereinnahmbar, das dem vom Kapitalismus produzierten Schein verfällt, das Bestehende sei das ewig Gültige, und in dem die Idee einer grundsätzlichen Wandlung keinen Platz findet. Inwieweit Tendenzen zur Ontologisierung des Verhältnisses Herrschaft – Widerstand allerdings schon bei Weiss angelegt sind, oder inwieweit sie durch die komplizierte reflexive Struktur der ÄdW immer mit einer historisch spezifischen Situation verbunden werden, bleibt im Lichte dieser provokanten These eingehender zu diskutieren.

Sven Kramer (Hamburg)

Hörisch, Jochen und Michael Wetzel (Hrsg.): Armaturen der Sinne. Literarische und technische Medien 1870 bis 1920. Wilhelm Fink Verlag, München 1990 (312 S., br., 68,- DM)

Trügerisch sind nicht erst die menschenleeren Feuerwerksbilder des Golfkrieges; die Arbeiten aus dem Umkreis des Kasseler DFG-Projekts zur »Metadisziplinären Literaturanalyse« konstatieren »Irrungen, Wirrungen der Wahrnehmung« (15) schon in der »durch neue Medientechniken« (13) geprägten Literatur Victor Hugos, Fontanes, der Symbolisten und der Futuristen. Die aus aktuellem Anlaß erneuerte Streitfrage nach der Realität *hinter* den medienerzeugten Simulakren kann anhand dieses Materials, mitunter gegenläufig zur eher distanzlosen Präsentationsform, in eine historische Perspektive gerückt werden. An der Entwicklung optischer Medien, die Klaus Bartels vom Guckkasten über die Landschafts- und Großstadtpanoramen bis zur »filmisch inszenierten« (37) Stadtlandschaft verfolgt, läßt sich – quer zur erzeugten Illusion – auch der technische wie soziale Aufwand besichtigen, den die Realisierung psychischer Traumwelten durch immer perfektere mediale »Innerlichkeitsprothesen« (20) erforderte. Das Interesse von Medizin und Kriminalistik an medientechnisch lesbaren Duplikaten des menschlichen Körpers ließ bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts Fingerabdrücke und Phantomphotographien zu operativ einsetzbaren Simulakren und damit 'real' wirksam werden (185). Charles Grivel kennzeichnet die zwiespältige Reaktion der symbolistischen Autoren Huysmans und Villier de l'Isle-Adam auf die ihnen durch den »Eindringling« (189) Photographie erwachsende

ästhetische Konkurrenz: In eine Gesellschaft, die sie als von technischen Fiktionen beherrschte wahrnehmen, intervenieren die Literaten mit ihren spezifischen Mitteln, also gleichfalls fiktiv, indem sie die Künstlichkeit »der mediatisierten Welt« durch »unmögliche Fiktionen« (189), durch phantastische technische Erfindungen noch übersteigern. Wie aber reagieren hundert Jahre später die Literaturwissenschaftler auf die Marginalisierung jener Bestände, auf deren Unvergleichlichkeit das Selbstverständnis ihres Faches gründete? Villiers de l'Isle-Adams *Eva der Zukunft* wird hier als Phantasmagorie einer »künstlichen Frau« (38) zur vielfach beschworenen Leit-Ikone. Überbieten solche literarischen Visionen den medientechnischen Entwicklungsstand ihrer Zeit, so bezieht das Gros der versammelten Analysen noch den Impuls zur energischen Abkehr von geisteswissenschaftlichen Positionen aus diesem ästhetischen Surplus ihrer literarischen Gegenstände.

Von stoffgeschichtlichen Darstellungen zur Technik in der Literatur grenzt sich der Zugriff dieser Arbeiten ab durch die produktive Hypothese eines je »historischen Apriori der Medialität« (13), das nicht nur die Schreibweise, sondern bereits die Wahrnehmung determiniere: Die Aus- und Aufrüstung der Sinne durch Photographie, Film, Telekommunikation unterläuft die Trennungslinien einer bloß mechanischen Mensch-Technik-Verzahnung und »entäußert« Sinnlichkeit »an die Armaturen medientechnischer Perzeption« (11). Die Herausgeber knüpfen damit an Benjamins These von der produktiven 'Repräsentation des Menschen durch die Apparatur' (11) an, die sie jedoch funktionalistisch verkürzen; die »ästhetischen und theoretischen Avantgardebewegungen« gelten ihnen lediglich als Trainingseinheiten in »armierter« Wahrnehmung, als »choc«-artige »Einübung in die politmediale Kinetik der Neuzeit« (sic! 12).

Programmatische Verbindlichkeit der zunächst disparat wirkenden Sammlung entsteht durch die Kombination mediengeschichtlicher Beiträge mit Analysen literarischer Texte zu einer Medien-Ästhetik, die Kooperation und Konkurrenz synchroner Praxen untersucht. So zeigt Frank Haases Beitrag die Dialektik von kommunikativem Zeitgewinn und Zeitverlust an zwei Romanen des 19. Jahrhunderts. Das im Frankreich der Revolutionskriege aufgebaute Telegraphensystem steht bei Alexandre Dumas für die zentrale Konfliktlinie zwischen Ancien Régime und Bonapartisten. Der Rachezug des *Grafen von Monte Christo* gegen die (noch) mit gefälschter Handschrift und abgefangenen Briefen intrigierende Restauration bedient sich seinerseits eines gefälschten Telegramms: Nicht mehr die auf das Medium Schrift gerichtete Wahrheitssuche, sondern die Exklusivität des Zugangs zur Telekommunikation führt zum Erfolg. Fontanes Roman *Cécile* dagegen gründet das Anknüpfen zarter Liebesbände auf telekommunikativen Verzicht. Briefe als Medium des Aufschubs ermöglichen dem Protagonisten Leslie-Gordon, einem nach der Figur Werner von Siemens' gestalteten Nachrichtentechniker, die »Kapitalisierung von Zeit«, um »im zwischenmenschlichen Bereich Verbindungen aufrechtzuerhalten« (57). Den medialen Determinanten des Schreibens gelten ferner Jean Maurels in Derrida'schem Manierismus vorgetragene (und durch die Übersetzung potenzierte) Assoziationsketten zu »Victor Hugos Traum von der Telekommunikation« (63) und Michael Wetzels Beitrag über den viktorianischen Dichter und Mädchenphotographen Lewis Carroll. Die These der doppelten »Entblößung des Blicks« (165), in der Carroll nicht nur die abgelichteten kleinen Mädchen, sondern auch das eigene Begehren »im Schutz der optischen Armatur« (159) exhibiert, macht das Konzept von den »Armaturen der Sinne« plausibel als Wechselspiel von Medium und 'Mediatisierten'. »Schreiben wie Photographie« (173) folge bei Carroll dem Impuls der Enthöhung und Entstellung von Wahrnehmungs- und Sprachkonventionen; den auf

Photoplatten fixierten »Nymphchen« entspricht die im Märchenton angehaltene Zeit, literarische Ausgestaltung jener abenteuerlichen Manipulationen und Deformationen, die Benjamin an den Mickey-Mouse-Trickfilmen als Ablösung der Wahrnehmung von realer Erfahrbarkeit analysierte.

Einen Gegenakzent setzt Avital Ronells Vorstellung ihres *Telephone-Books* (Nebraska 1989), indem sie den (quasi-literarischen) Passionen bei der »Geburt« (79) des Telephons nachspürt. Statt als geniales Individuum erscheint A.G. Bell als Teil eines Paares, »am empfangenden Ende einer Leitung« (77), an deren Anfang sich ein Assistent befand, der nur Watson heißen konnte. Der erste vom neuen Medium übertragene Satz: 'Watson, come here! I want you!' suggeriere, »daß Begehren in der Leitung sei.« (78) Durch Aufspaltung und Distanz der beiden Teilnehmer schafft das Telephon jenen Mangel, dem seine Übertragungsleistung abzuhelpen verspricht. Auch die von Wolfgang Scherer dargestellten musikpsychologischen Versuchsreihen um 1900 produzieren bei ihren Probanden erst, was sie zu entdecken vermeinen. Als »Musikalitätstests« (113) getarnte Abrichtungsmaßnahmen bei Kindern, seit dem Fortschritt der Siemens-Stromwähler auch die »galvanische Reizung« (126) von Nervenkranken wecken nicht das gewünschte »Tonbewußtsein« (109), sondern 'Gehörshallucinationen' (130). Unter dem Zugriff elektroakustischer Experimente zieht sich »Musikalität«, etwa in den Komponistenbiographien, ins opake Innere der »Seele«, in den Wahn und die Taubheit zurück.

Mit den Beiträgen von Bolz und Hörisch rastet der Band auch historisch wieder beim theoretischen Ausgangspunkt ein. Aus dem Dreigestirn seiner *Theorie der neuen Medien* (München 1990) hat Norbert Bolz hauptsächlich den Mittelteil zu Benjamins Film- und Technik-Analysen extrahiert; die These vom 'Verfall der Aura' wird – beleuchtet durch die »Fröhliche Medienwissenschaft« (Theorie der neuen Medien, 111) der Eckfiguren Nietzsche und McLuhan – als »Schwelle zwischen Gutenberg-Galaxis und neuer Medienwelt« (151) reformuliert. In das von Benjamin nur geschaute Land »einer vollends ästhetisierten Welt« (151) übernimmt Bolz das avantgardistische Plädoyer für ästhetische Opulenz auf der Höhe der technischen Produktivkräfte. Hinter sich läßt er dagegen Benjamins Projekt einer medial wirksamen Demokratisierung, dessen Hoffnung, Film und Revolution könnten zu Synonymen werden. Dem kritischen Einspruch wird in dieser Lesart eine anachronistisch-asketische Position zugewiesen, die zur Gegenidentifikation mit den Apologeten des »interplay of senses« (154) einlädt, damit aber das medienpolitische Terrain preisgeben würde.

Die »kritischen Bewußtseine« (146) erscheinen – von übergeordneter Warte? – als Spätgeborene der obsoleten Gutenberg-Galaxis bei Bolz, als rationalistische Erben des monotheistischen Schriftmonopols bei Jochen Hörisch. Dessen Beitrag beschreibt Georg Trakl als Gestalter einer 'Schwellenerfahrung' (213; Begriff von Benjamin): Das Werk des vom Kriegstrauma in den Suizid Getriebenen habe den krisenhaften Erfahrungsverlust der Moderne durch den poetischen Rückgriff auf »vromoderne Bestände« artikuliert (203). Das Abendmahlsmotiv Trakls knüpft an die »ästhetische Kunstreligion« (207) der Hölderlin und Novalis an, deren poetische In-Eins-Bildung von Sein und Sinn in Trakls Gedichten von Brot und Wein nurmehr »disseminativ« (206), »im Zeichen gesprengter Einbildungskraft« (203) aufgerufen werden kann. An der Mobilmachung einer Gesellschaft, die 'nicht reif war, die Technik sich zum Organ zu machen' (Benjamin; 149), scheiden sich die ästhetischen Geister: Das auftrumpfende »Schon da« (217) der Futuristen, das Manfred Moser am rabiatischen Tonfall ihrer Manifeste verfolgt, gewinnt der Schulung an Krieg und Fliegerei die marktgerechte Ästhetik von Knalleffekt und Skandal ab, ebenso die Obsession

explosiv gesteigerter Geschwindigkeit bis hin zum proklamierten 'Weltenbrand' (224). Daß in Kafkas »die Aporien der solipsistischen Existenz« (291) umkreisender Erzählung *Der Bau* zugleich die Erfahrungen des Grabenkriegs mitsprechen, zeigt Wolf Kittlers Vergleich mit Bernhard Kellermans Kriegsreportagen. Aus ihnen bezieht der vom 'Landsturmdienste' freigestellte Kafka das Diskursmaterial der 'Kreuz- und Quergänge', des 'Zickzackwerks' und der 'Verschüttung' (297), die in Kittlers symptomaler Lektüre als Spuren einer vom Erfahrungsmangel angetriebenen traumatischen Wiederholungsarbeit transparent werden.

»Der Traum der Medien gebiert Ungeheuer« (215), hinter denen die Schrecken des Krieges lauern: Vom common sense und Fluchtpunkt dieser Analysen, die medientechnischen Entwicklungsschübe nur als allumfassende Expansion des Militärischen abzubilden (12), nährt sich nicht nur die aktuelle, undifferenzierte Diagnose des Krieges als Simulation. »Von Informationen, Botschaften und Nachrichten umzingelt« (308), betreiben diese Szenarien selbst stilistische Mimikry an den Lakonismus militärischer Lageberichte – in der vergeistigten Perspektive eines Partisanenkampfes der Theorie. Was aber bleibt, stiften die Medien – als Sinn- oder Brandstifter.
Alexander Honold (Berlin)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Berking, Helmuth, und Richard Faber (Hrsg.): Kultursoziologie – Symptom des Zeitgeistes? Königshausen & Neumann, Würzburg 1989 (307 S., br., 58,- DM)

Auf die im Titel gestellte Frage gibt das Buch keine definitive Antwort, sondern münzt sie in einer Reihe von Beiträgen um, in eine Frage nach Zeitbezug und Selbstverständnis einzelner namhafter Soziologen und Kulturtheoretiker sowie der Erörterung von Fachgeschichte im historischen Kontext. Dabei geht es in den Aufsätzen, die aus einer Ringvorlesung der FU Berlin hervorgegangen sind, nicht, wie Berking in seinem Beitrag schreibt, um die Ausleuchtung eines Arbeitsfeldes »Kultursoziologie« als einer »Bindestrich-Abteilung« (15) der Soziologie, sondern um eine problem- und erkenntnisbezogene Untersuchung zentraler Ansätze und Positionen. Einbezogen wurden dabei auch benachbarte Fächer wie die Volks- und Völkerkunde.

Berking visiert in seinem Beitrag am deutlichsten die sich verändernde Kultur vor allem der siebziger und achtziger Jahre an, hat also Kultur auch immer selbst mit im Blick, wo die anderen sie im Zirkel der metatheoretischen Überlegungen leicht aus dem Blick verlieren. Damit gewinnt auch das von ihm vorgestellte Konzept der »Lebensstile« größere Anschaulichkeit. Als »Lebensstil« versteht er, über Simmels Stilbegriff hinausgehend, sowohl »veränderte Individualisierungsformen der Subjektivität« als auch »veränderte Formen der Vergesellschaftung« (31).

Im Zentrum der meisten Beiträge stehen jedoch weniger solche auf Gegenwart und Weiterentwicklung kultursoziologischer Arbeit ausgerichtete Entwürfe, sondern Kritik und Debatte kulturtheoretischer Positionen großer Theoretiker. Die Reihenfolge des Abdrucks meidet jeden Anschein einer historischen Ordnung. Von der Kritischen Theorie (Detlev Claussen) über Jacques Derrida (Rüdiger Hentschel) geht der Bogen zu Max Weber (H.D. Kittsteiner), Georg Simmel (Urs Jaeggi), Walter Benjamin (Rudi Thiesen), Siegfried Kracauer (Sigrun Anselm) und Jean Paul Sartre (Alfred Krovoza). So anregend einzelne Beiträge auch sind, etwa Kittsteiners Versuch, Max Weber und Aldous Huxleys »Brave New World« in einem Zusammenhang zu sehen und daraus einen Ansatz zur Beschreibung bürgerlicher Kultur zu entwickeln, so überwiegt doch der Eindruck disparater Zielrichtungen der Beiträge.

Was Kulturosoziologie betreibt, wie sie sich versteht, wird allenfalls implizit vermittelt, wenn man die Prämisse akzeptiert, daß alles, was in den Beiträgen vorgestellt wird, auch Kulturosoziologie sei. Der gemeinsame Focus »Kultur« ist offenbar so unbearbeitet, daß er das Licht der Reflexion eher zerstreut als daß er es bündelt.

Dazu stehen dann einige Beiträge quer, die sich mit der Völkerkunde und hier besonders mit dem bis in die fünfziger Jahre an der Frankfurter Universität verfolgten Ansatz einer »Kulturmorphologie« (Bernhard Streck) und der Entwicklung der Volkskunde zur »Empirischen Kulturwissenschaft« (Hermann Bausinger) beschäftigen.

Überhaupt stellt sich mit Fortgang der Lektüre verstärkt die Frage nach den Beziehungen zwischen den großen, hier dargestellten Theoretikern und der Disziplin Soziologie, der als Universitätsfach sie offenbar doch mehrheitlich nicht angehören. Diese Beziehung hätte ein einleitender, übergreifender Beitrag darstellen können. Er fehlt jedoch; statt dessen hat Manfred Lauer mann am Ende des Buches in einem Dossier über die Sektion »Kulturosoziologie« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf pfiffig-ironische Weise einen Einblick in das Wissenschaftsgefüge gegeben. So fügt sich schließlich mit den Beiträgen von Lauer mann, Perangelo Schiera (über das Kulturstaatskonzept Karl Lamprechts) und Carsten Colpe (zur Historischen Religionssoziologie) der Band dann doch noch zu einer auch die Disziplinfrage berührenden Problemschau. Mehr von den schon bei Berking erkennbaren Gegenständen, Problemfeldern und gegenwärtigen Konzepten, die dann auch für Dynamik kultureller Prozesse stehen, hätte man sich dennoch vorstellen können.

Knut Hickethier (Berlin)

Frank, Rainer: Kultur auf dem Prüfstand. Ein Streifzug durch 40 Jahre kommunaler Kulturpolitik. Minerva Publikation, München 1990 (Beiträge zur Kommunalwissenschaft; 34) (374 S., br., 48,- DM)

Titel und Untertitel untertreiben: Dies ist eine in weiten Teilen gültige Darstellung der Entwicklung kommunaler Kulturpolitik-Programmatik (ohne Bildungspolitik), mit breiter interdisziplinärer Basis (fast 50 Seiten Bibliographie), mit intimer Kenntnis der Aktionsfelder und Akteure. Die Arbeit ist hervorgegangen aus einer Konstanzer Dissertation im Rahmen »verwaltungs- und politikwissenschaftlicher Kommunalforschung«. Darin liegen Schwerpunkte und (unvermeidbare) Begrenzungen.

In der Nachkriegsphase führte das vorhandene »Theoriedefizit« zunächst zum Anknüpfen an die Kulturpolitik der Weimarer Zeit (55). Als die Städte der BRD sich 1952 in den »Stuttgarter Richtlinien« als die Nachfolger der Mäzene definierten (61f.), bedeutete dies affirmative Bestätigung bildungsbürgerlicher Kultur. Die folgende Reformära wurde in den sechziger Jahren mit der Bildungsdiskussion vorbereitet (68). In diesen Jahren erhielt Kultur für die Stadtentwicklungsdiskussion zunehmend Bedeutung. Für die neuen Inhalte und Formen der Reformära entscheidend war jedoch die Entwicklung des erweiterten (bald ausufernden) Kulturbegriffes, die in ihrer Diffusität, nachgezeichnet wird (20f.). Frank weist hin auf die nicht eingelöste »Reformrhetorik« (15) der siebziger Jahre und die inneren Widersprüche der Reformpolitik – aber, und das fällt beim Vergleich mit aktuellen Entwicklungen auf, damals hatte die Kulturpraxis eine beträchtliche soziale Reichweite und konnte vielen glaubhaft als Bestandteil demokratischer Programmatik gelten, trotz aller auch integrationistisch ausnutzbarer Widersprüche. Wenn später nur noch privilegierte Interessen (und seien es die neuer »Lebensstile«) bedient werden, dann ist dies etwas anderes. Frank kann der Kultur im kommunalen Bereich einen »bescheidenen Bedeutungsgewinn« (8, 302) bescheinigen – mangels aussagekräftiger Statistiken

bezieht er sich dabei auf die Haushalte, bei denen leichte Zugewinne und Umschichtungen erkennbar sind (310).

Neuere Entwicklungen werden in der 1987 abgeschlossenen Arbeit nur angedeutet: Wenn die in den Siebzigern begonnene »Rückgewinnung eines Emotionen, Phantasie weckenden, auf affektiv-lebendiges Engagement abhebenden Großstadtfluidums als zentrales Postulat kommunaler Kulturpolitik« (298) sich in den Achtzigern zur Stütze für eine kommunale Gentrifikations- und »Stadtkronen«-Politik entwickelt, dann wird dies nicht mehr zum Thema. Ob aber die optimistische Zukunftsprognose für die Kultur (102, 313), auch gestützt auf deren Sekundärwirkungen, sich halten läßt, oder ob nicht die Kosten der Wiedervereinigung und der Golfkrise neben veränderten Prioritäten in der Stadtpolitik, wo Wohnen und Umwelt wichtiger geworden sind, zu einem Verlust der »zivilen« Charakteristika der BRD (wie Thomas Schmid befürchtet) und damit zu einem Bedeutungsverlust von Kultur beitragen, bleibt zu fragen.

Eine der Thesen Franks ist, daß auch in der Reformphase die Kulturpolitik noch stark vom Eigengewicht von Traditionen geprägt war (16), und daher trotz demokratischer Reformansätze eine starke Interessenheterogenität den Reformen Grenzen gesetzt habe. Diese Traditionen, das wird nicht diskutiert, sind jedoch als »Eigensinn« des Kulturellen gleichzeitig ein Garant gegen »Instrumentalisierung«. Dieser Begriff wird unscharf verwendet: Geht es um politische oder wirtschaftliche Zwecke – oder um Kultur als Bestandteil gemeinschaftlicher Gestaltung der Lebenswelt? Zu wenig wird auch, weil die Gesellschaftspolitik im Vordergrund steht, die Eigendynamik der autonomen kulturellen Kräfte zum Thema. Über die eigentlich notwendigen, aber nicht realisierten neuen Kooperationsformen in der Verwaltung (z.B. zwischen Kultur und Sozialem) hätte man gerade von verwaltungswissenschaftlicher Seite gerne mehr gehört.

Die Reformprogrammatik war nie Ergebnis der Analyse gesellschaftlicher Prozesse, sondern folgte politischer Opportunität – deshalb die Schwammigkeit ihrer Begriffe und die Ambivalenz ihrer Praktiken. Auch Frank gelingt es nicht, die »Determinanten« der Kulturpolitik aus der Analyse der Strukturen abzuleiten – insofern teilt die Arbeit die Schwächen der Kulturpolitik-Diskussion.

Wichtig sind die Passagen über die SPD (die neben den Programmatiken von CDU, DGB, Deutschem Städtetag, UNESCO und Europarat dargestellt wird): Es gibt bei ihr zu wenig ernsthafte Zuwendung zur kommunalen Kulturpolitik, trotz der Dominanz ihrer Repräsentanten in der Reformphase. Es gibt keinen »Kulturwillen« als prägende Idee – freilich müßte man die Frage nach diesem auch im Kontext des Etatismus-Vorwurfes (239) und der unzureichend entwickelten Formen des Umganges mit freien kulturellen Kräften (237) diskutieren. – Zu den Qualitäten dieser Arbeit gehört es, daß sie weiterführende Fragen, wie sie hier angedeutet sind, auf der Grundlage einer profunden Darstellung zum Teil erst möglich macht und dazu anregt.

Dieter Kramer (Frankfurt/M.)

Wehling, Hans G. (Red.): **Kulturpolitik**. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1989 (140 S., br., 20,- DM)

Kulturpolitische Gesellschaft, Kulturpädagogische Kooperative Köln (Hrsg.): **Kulturlandschaft Stadt**. Neue Urbanität und kulturelle Bildung. Kulturpolitische Gesellschaft, Dokumentation 35, Hagen 1990 (208 S., br., 18,- DM)

Münkler, Herfried, und Richard Saage: **Kultur und Politik**. Brechungen der Fortschrittsperspektive heute. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989 (218 S., br., 39,- DM)

Kulturpolitik als eigenständiger Gegenstandsbereich hat – Dieter Kramer berichtete im *Argument* 182 darüber – inzwischen eine stattliche Zahl von Publikationen hervorgebracht, denen allerdings bei weitem nicht solche Aufmerksamkeit zuteil wird, wie Büchern zu kulturellen Themen, die mit wohlfeilen Begriffen wie »Kulturgesellschaft«, »Postmoderne Kultur« u.ä. im Titel reüssieren. Unter dem schlichten Titel »Kulturpolitik« ist in der Redaktion von *Hans-Georg Wehling* ein kleiner Sammelband mit acht Beiträgen zu kulturpolitischen Fragen erschienen. Ort (Taschenbuchreihe »Bürger im Staat«), Herausgeber (Bundeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) und Art der Beiträge (zwischen 12 und 23 Taschenbuchseiten) verweisen auf die Intentionen des Sammelbandes, eine Einführung in das Thema zu bieten. In einem einleitenden Beitrag versucht *Wolfgang Lipp* zu klären »Was heißt eigentlich Kultur und wozu ist sie gut?« Für ihn ist Kultur vor allem gekennzeichnet durch »Mehrwertigkeit« und »Spannung«, in einer zweifachen Aufgabenbestimmung ist Kultur zum einen »Pflge« (colere) und zum anderen »Steigerung, dramatisch-kathartische Tat«. Mit dieser etwas eigenwilligen kultursoziologischen Bestimmung ist allerdings noch überhaupt nichts über Kulturpolitik gesagt, bzw. Lipp setzt einfach da, wo er auf die Kultur-Mittler zu sprechen kommt, Kultur und Kulturpolitik gleich und verwischt damit zentrale Probleme im Verhältnis beider Bereiche zu einander. Drei Beiträge kommen von den Verfassern der IfO-Studie »Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur«. *Marlies Hummel* gibt in ihrem gleichnamigen Beitrag eine kurze Zusammenfassung der methodischen Voraussetzungen und Ergebnisse der Studie. *Manfred Berger* (»Lohnt sich Theater eigentlich?«) referiert die im Rahmen der IfO-Untersuchung durchgeführte Theaterstudie mit Vergleichen der Einnahmen, Ausgaben und sonstigen wirtschaftlichen Effekten der Theater in München, Essen und Kassel. Unter dem Titel »Wie brotlos ist die Kunst« berichtet *Marlies Hummel* über die Beschäftigungs- und Einkommenssituation von Künstlern.

Neben diesen direkt ökonomischen Fragen gegenwärtiger Kulturpolitik ist seit einigen Jahren in kulturpolitischen Begründungszusammenhängen die Rede vom »Standortfaktor Kultur«. Neben der allgemein einsichtigen Bedeutung kultureller Infrastruktur für den Wohnwert der Stadt gibt es (im Unterschied zu Untersuchungen zur ökonomischen Umwegrentabilität von Kulturausgaben) hierzu kaum fundierte wissenschaftliche Analysen. In *Manfred Weilepps* Beitrag »Kunst und Kultur als Standortfaktor« werden zusammenfassend einige Ergebnisse betriebswirtschaftlicher Standortuntersuchungen der letzten zwanzig Jahre erläutert. Zu deren wesentlichen Faktoren zählten die kulturellen Rahmenbedingungen nicht. Allerdings handelte es sich dabei um Standortentscheidungen von traditionellen Industrieunternehmen, und erst am Schluß wird auf eine Untersuchung zur Medienwirtschaft in Hamburg eingegangen. Neuere Umfragen, etwa von verschiedenen Wirtschaftszeitschriften, die Dienstleistungsbetriebe und Unternehmen für und mit neueren Technologien/Medien einbeziehen, wurden in dem Artikel nicht berücksichtigt.

In drei weiteren Beiträgen werden nichtökonomische Aspekte der Kulturpolitik dargestellt. *Markus Hug* gibt unter der Überschrift »Kommunale Kulturpolitik im

Wandel?« eine Kurzfassung seiner Untersuchung über die Entwicklung der Kulturpolitik in Tübingen und Reutlingen, ohne dabei allerdings verallgemeinerbare Aussagen so herauszuarbeiten, daß ein Nichtkenner der Materie ein Bild der Entwicklungen kommunaler Kulturpolitik bekommt. *Gerd Mielke* skizziert Komponenten und Kennzeichen der Soziokultur, und *Gustav Schöck* beschreibt Vereine und Bürgerinitiativen als Kulturträger. Als Einführungsband in den Problembereich »Kulturpolitik« ist der Band unzureichend, da wesentliche Aspekte (etwa die inhaltliche Veränderung von der »Kultur für alle« zum »neuen Interesse an der Kultur«, die veränderte Gewichtung im Rahmen kommunaler Politik und des Kommunalhaushaltes, neue politische Funktionen etc.) fehlen und bis auf die Beiträge der Mitarbeiter des IfO-Instituts die Artikel nur sehr eingeschränkt den Stand der gegenwärtigen Diskussion reflektieren.

Einen guten Einblick in den Diskussionsstand eines Teilbereichs der Kulturpolitik, den Umbruchprozeß der Städte und den dadurch bedingten neuen Aufgaben der Kulturpädagogik, gibt dagegen der von *Eva Krings* und *Wolfgang Hippe* herausgegebene Band »Kulturlandschaft Stadt. Neue Urbanität und kulturelle Bildung«. Dabei handelt es sich um die Dokumentation der vierten kulturpädagogischen Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft, die im Februar 1989 in Zusammenarbeit mit der Kulturpädagogischen Kooperative Köln in Köln stattfand. *Wolfgang Zacharias* von der Pädagogischen Aktion München fordert in seinem einleitenden Beitrag ein Sich-Öffnen der Kulturpädagogik für den eigensinnigen Erfahrungs- und Lebensraum Stadt und belegt die Wichtigkeit des Verlassens bisheriger kulturpädagogischer Spielorte an vielen Beispielen aus Literatur, Künsten und Alltagsleben. Um zwei zentrale, einander zumindest teilweise widersprechende Grundpositionen der gegenwärtigen theoretischen Diskussion kulturpolitischer Strategien geht es in den Beiträgen von *Hermann Schwengel* und *Karl Homuth*. Schwengel (»Neue Urbanität und Politik der Lebensstile«) – sieht in den »Lebensstilen« und der darin implizierten »Kultur des Wählens« die Verkörperung einer zivilgesellschaftlichen Integration jenseits von Nation und Klasse und eine neue Stufe der Individuierung, wodurch auch bisherige Konflikte zwischen kulturellen, infrastrukturellen und sozialen Zielen in einer »Politik der Lebensstile« hinfällig werden. Homuth (»Der soziokulturelle Markt als Medium gesellschaftlicher Integration«) kritisiert den Kulturbetrieb als neuen zentralen Neutralisierungsmechanismus von differierenden kulturellen und gesellschaftlichen Werten und als neuartiges Regulierungsinstrument gesellschaftlicher Hegemonie. Der grundlegende Umbruchprozeß des Städtischen ist Gegenstand der Beiträge von *Irmgard Zepf* und *Rainer Nachtwey*. Bei Zepf (»Zwischen Container-Supermarkt-Straßen«) steht die zunehmende Immaterialität der Stadt und ihr ambivalenter Charakter im Mittelpunkt. Die Stadt ist der exponierte Ort des Fortschritts und des Verlustes von Traditionen, Ort des Zusammenschlusses und der Auflösung. Für Nachtwey (»Im Dickicht der Städte. Kulturelles und ästhetisches Lernen und Lehren im Umfeld der Städte«) ist der Wandel der Verhaltens- und Kommunikationsformen in der Stadt vor allem durch die Veränderung der Zeitrhythmen und die zunehmende Visualisierung bedingt. Die Beschleunigung der Zeit läßt den Raum schrumpfen, und die Fülle der Visualisierung erschwert die Entschlüsselung der Bilder, mit denen allerdings die Jugendkulturen der sechziger bis achtziger Jahre rasch umgehen konnten und deren Verbreitung sie immens vorgetrieben haben. Mit den Studien von *Karl J. Pazzini* (»Der Riß, aus dem die Bilder fluten«) zur Visualisierungsübermacht, der Zentralperspektive und der Bedeutung des Spiegels und von *Alexandra Pätzold* zum »Geschlechterverhältnis im Paradigma des Blicks« wird dieser Diskussionsstrang vertieft und in dem abschließenden Beitrag von *Vilem Flusser*

nach einmal in einen theoretischen Rahmen gestellt. Für Flusser (»Das Wellental in der Bilderflut – die Stadt«) fließen bisher getrennte Stadträume (wirtschaftliche, öffentliche und sakrale) zunehmend zusammen, und mit dem traditionellen Stadtbild verschwindet auch der Mensch als Individuum, die Stadt immaterialisiert sich und verkommt zu einer Maskenverleihanstalt.

Als Bindeglied zwischen diesen theoretischen Studien zur Stadt sowie den Umbruchprozessen der Gesellschaft und den eher praxisorientierten Beiträgen stehen die Aufsätze von *Rainer Treptow* und *Max Fuchs* zur Kultur in der Sozialarbeit und den neuen Bildungskonzeptionen, in denen die bisherige Verbindung von kultureller Bildung und sozialer Hilfe wie der Zusammenhang von Bildungsvorstellungen und Kulturpädagogik nachgezeichnet und die neue Situation dargestellt werden. Beiträge zur künstlerischen Arbeit mit jugendlichen Banden und Inhaftierten in Los Angeles (*Ellen Lampert*), zur Stadtteil- und Kinderkultur in München (*Heimo Liebich*) und Köln (*Stefan Peil*) sowie zu Modellen kulturpädagogischer Kooperation (*Dagmar von Kathen* und *Peter Vermeulen*) decken die praktisch-kulturpädagogische Seite des Buches ab, das so eine gelungene Verbindung von theoretischen und konkret-praktischen Artikeln darstellt.

Unter dem Titel »Kultur und Politik« haben *Herfried Münkler* und *Richard Saage* einen Band herausgegeben, der bis auf einen kurzen Beitrag von Hilmar Hoffmann nichts mit Kulturpolitik zu tun hat. Es handelt sich dabei um eine Festschrift zum 65. Geburtstag von Iring Fetscher und versammelt Beiträge, die im Rahmen eines gleichnamigen Kolloquiums im März 1987 in Frankfurt gehalten wurden. Der Band besteht aus vier Abteilungen. Unter der Überschrift »Linke Grundströmungen in der Literatur und ihre Perspektive heute« findet sich ein Beitrag von *Frank Benseler* (»Literatur als Kompensationshelfer gegen lebensweltliche Verluste«), der gegen die vordergründige Einbeziehung von Literatur in Kompensationsaufgaben auf den Eigensinn der Literatur setzt: »Literatur ist nicht Mittel, sondern Zweck, insofern das, wovon sie spricht und schreibt, identisch mit dem ist, was sie selber enthält.« (12) Die zentrale Aufgabe von Literatur als »erzählende Vergegenwärtigung« historischer Erlebniswelt beschreibt er an Christa Wolf und Peter Weiss. *Iring Fetscher* unternimmt einen Streifzug durch die politische Satire in der BRD, und *Hans Grünberger* untersucht die Darstellung von Form und Hierarchie des Katholizismus bei Carl Schmitt und in Schriften von Thomas Bernhard, in denen er auf seine Jugendzeit in Salzburg (im »deutschen Rom«) eingeht.

Den wichtigsten Teil nehmen die Beiträge zur »Ästhetik der kritischen Theorie« ein. *Herfried Münkler* (»Vom Verlust des revolutionären Subjekts«) faßt in kurzen Abschnitten zentrale Aussagen der Ästhetiken von Gehlen, Benjamin, Lukács, Marcuse und Lyotard zusammen und weist auf Differenzen zu Adornos »Ästhetischer Theorie« hin. Bei Adorno betont er, gegen eine verbreitete Lesart, den Doppelcharakter der Kunst als *Autonom* und *fait social*, als »promesse de bonheur« (Stendhal) und Darstellung »comment c'est« (Beckett). *Otwin Massing* und *Hauke Brunkhorst* gehen vor allem auf Adornos Vorstellung vom »Wahrheitsgehalt des Kunstwerks«, ihre Erkenntnisfunktion und das dadurch mögliche Potential an Freiheit ein. *Bernd Feuchtnier* setzt sich kritisch mit Adornos Fortschrittsbegriff in der Musik und den dadurch bedingten ungerechten Beurteilungen und Fehlurteilen bei anderer Musik als der »bürgerlichen im engeren Sinne« auseinander.

Unter der nicht gerade zur Präzision zwingenden Themenstellung »Schriftsteller und politische Willensbildung in der Demokratie« sind Beiträge zusammengefaßt von *Harry Pross*, der sich mit den Auswirkungen einer zur »Signalökonomie« verkürzten Kommunikationsweise auseinandersetzt, von *Wolfgang Michael*, dem es,

anknüpfend an Enzensberger, um die zunehmend bedeutungsloser werdende Rolle von Politikern und Schriftstellern geht, und von *Ralph-Rainer Wuthenow*, der historische Aspekte zu dem Thema beisteuert. Hier ist auch ein kurzer Beitrag des Kulturtheoretikers Hilmar Hoffmann abgedruckt, der vor einer kulturpolitischen Praxis warnt, wie er sie als Kulturdezernent in Frankfurt zumindest teilweise mitzuverantworten hatte.

Im letzten Teil geht es um »konservative, neokonservative und postmoderne Zeitdiagnosen«: *Kurt Lenk* skizziert wichtige Komponenten konservativer Politikkonzepte, vor allem deren Ablehnung einer inhaltlichen Demokratiebestimmung und einer breiteren Demokratisierung; *Hans-Gerd Schumann* verneint die Frage, ob es sich in der neokonservativen Politik um eine Wende handelt, und sieht in ihr nur eine Bestätigung des status quo, und *Eike Hennig* geht ein auf die Kritik an normativen Verfassungsgrundsätzen und offenen Verfahrensregeln durch konservative Wertgemeinschafts-Vorstellungen. *Helmut Dubiel* referiert im wesentlichen Becks »Risikogesellschaft«, und *Richard Saage* diskutiert noch einmal drei zentrale Kritiken am Aufklärungsdenken durch die »Postmoderne«, deren Bedeutung er damit zu relativieren versucht, daß er auf entsprechende selbstkritische Aussagen und Warnungen der Aufklärer selbst hinweist.

Nur in wenigen Beiträgen bietet dieser Sammelband mehr als eine Neufassung von andernorts schon Publiziertem. Wegen der vier recht weit auseinanderliegenden Themengebiete wird außer dem mit der Festschrift Geehrten und den dort abgedruckten Autoren kaum einer mit dem Buch zufrieden sein.

Bernd Wagner (Frankfurt/M.)

Raphael, Max: Tempel, Kirchen und Figuren. Studien zur Kunstgeschichte, Ästhetik und Archäologie. Herausgegeben von Hans-Jürgen Heinrichs. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (533 S., br., 58,- DM)

Das Buch versammelt als einer der letzten Bände der Raphael-Edition des inzwischen in den Suhrkamp-Verlag übergegangenen Qumran-Verlages heterogene »Studien zur Kunstgeschichte, Ästhetik und Archäologie«, so der Untertitel des Herausgebers. Die meisten Texte stammen aus dem Nachlaß, nur wenige wurden bereits publiziert. Dieser Sachverhalt bezeugt die fast monologische Form der Selbstverständigung Raphaels, der, zwischen depressogenen Skrupeln und selbstgewisser Überzeugtheit von der Richtigkeit seiner auf minuziöser Formdeskription aufbauenden Thesen schwankend, offenbar eine Scheu hatte, seine Untersuchungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Kehrseite dieses Solipsismus war Raphaels Sehnsucht nach kollektiven Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Ihrer Rekonstruktion und Proklamation galten zahlreiche seiner Untersuchungen. So auch schon der erste Text dieses Bandes, »Arbeit und Leben in den Bauhütten« aus dem Jahre 1934, der sich mit der Teilung und Organisation der Arbeit im mittelalterlichen Bauhüttenbetrieb befaßt. Im Bauhüttenwesen, in dem rückwärtsgewandte und progressive Tendenzen sich überlagert hätten, nimmt Raphael einen Modus kollektiver Arbeit, ein Handeln unter gemeinsamen Zielvorstellungen wahr, die noch nicht von dem, wie er sagt, der Kunst feindlich gegenüberstehenden, auf separierende Konkurrenz bedachten Individualismus des kapitalistischen Systems korrumpiert gewesen seien. Zugleich gewahrt er im Arbeiter der Bauhütte ein Leitbild für den modernen Werktätigen, der wieder die kulturelle Hegemonie übernehmen müsse.

In einer vom Herausgeber unter der Überschrift »Architekturtheoretische Anmerkungen zu Tempeln, Kirchen und anderen Bauten« zusammengefaßten Sammlung kleinerer Texte finden sich ein Thesenpapier zur idealtypischen Unterscheidung von

griechischem Tempel und christlicher Kirche (89ff.) sowie eine Rezension von M.A. Texiers »Géométrie de l'architecte« (Paris 1934), dessen Thesen Raphael seine theoretische Annahme eines »Maßfeldes« (95), d.h. eines Komplexes mehrerer ein Bauwerk konstituierender Proportionen, entgegensetzt. Die Bemerkungen zu den Architekturtheorien von Perret, Lurçat und Le Corbusier (102ff.) ventilieren die Frage nach der Beschaffenheit des vom Architekten zugrundezulegenden Materials und der künstlerischen Aufgabe des Bauens. Lurçats und Le Corbusiers »Radikalismus« in der Verwendung des industriell produzierten Eisenbetons als primärem Baustoff wird von Raphael noch keine revolutionäre Qualität zugesprochen. Raphael geht sogar soweit, Le Corbusier in einem Analogieschluß zur Sozialenzyklika des Papstes Pius XI., die eine »Entproletarisierung des Proletariats« gefordert hatte, als dessen Parteigänger und nicht des Bolschewismus zu bezeichnen (107).

Der Artikel »Die Aufgabe einer neuen Architektur«, der sich auf B. Jofans Entwürfe zum Sowjetpalais bezieht, ist ein Konzentrat von Raphaels längerer Abhandlung »Das Sowjetpalais. Eine marxistische Kritik an einer reaktionären Architektur«, die bereits in dem Band »Für eine demokratische Architektur« (1976, 53-131) publiziert wurde. Diesem von Jutta Held herausgegebenen Band sind auch, freilich ohne Nennung der Quelle, die unter großen Forschungsschwierigkeiten wiederentdeckten Fotos (hier 110f.) entnommen worden. (Eine Strategie der Qumran-Edition war es, die bereits in den siebziger Jahren erschienenen Raphael-Texte mit Stillschweigen zu übergehen oder nur marginal zu erwähnen, um den Eindruck einer geschlossenen Werkausgabe zu erzeugen, die sie, in vielem unvollständig und torsohaft, nicht ist; vgl. *Das Argument* 168, 1988, 286-288). Raphael kritisiert an Jofan den Eklektizismus und die unzureichende Anwendung dialektischer Prinzipien des Marxismus auf die Architektur. Gleichwohl schließt er sich nicht der trotzkistischen These an (114), daß dieser Bau Ausdruck eines bürokratisch-staatskapitalistischen Systems in der Sowjetunion sei. Vielmehr versucht er, die widersprüchlichen Strukturen und die Diskrepanzen zwischen ökonomisch-sozialer und ideologisch-künstlerischer Entwicklung historisch zu erklären.

»Der dorische Tempel«, 1930 bei B. Filser in Augsburg erschienen, bildet eines der Kernstücke der vorliegenden Edition (119-291). Der griechische Tempel wird verallgemeinernd bestimmt als »endlicher, konstanter, geometrischer Körper im Gegensatz zur christlichen Kirche, die ein Weg ins Unendliche« sei (193). In einer schier unendlichen Beweiskette mathematisch-proportionsanalytischer Hypothesen versucht Raphael diese Behauptung zu untermauern. Die Faszination für diese Maßverhältnisse rührt noch von Raphaels positivistischer Phase in den zwanziger Jahren her, als er, im Mathematikstudium festen theoretischen Halt suchend, sich von den lebensphilosophisch-idealistischen Anschauungen seiner schriftstellerischen Anfänge zu lösen begann. Wie sehr selbst 1930 dieser Ausgangspunkt noch nicht überwunden war, wird aus seinen Ausführungen zur »Idee« deutlich. Er supponiert noch ein »Absolutes im Kunstwerk«, das als Symbol, endliche Unendlichkeit und als System erscheine (213). Die dorische Architektur sei eine Methexis des Bedingten am Unbedingten (215). Raphael projiziert eleatische (Parmenides), aber auch heraklitische Prinzipien in das »Sein« des Baus, das durch den Gegensatz von Kraft und Last zu definieren sei. Dieser Text ist für Raphaels intellektuelle Biographie insofern interessant, als er den graduellen Übergang von der idealistischen zur materialistischen Theorie dokumentiert. Die Rezeption von Georg Simmels Soziologie der Vergesellschaftungsformen (vgl. 244, Anm. 17) spielte dabei eine vermittelnde Rolle.

Dem Gebiet der Archäologie zuzurechnen ist Raphaels größere zweiteilige Studie (begonnen 1941) über den »klassischen Menschen«, eine aus Analysen antiker

Plastik konstruierte Hypostasierung, die er mit besonderer Emphase belegte, diene ihm doch dieses angeblich auf Dialektik gegründete Leitbild als »Waffe gegen den reaktionären Irrationalismus der Phänomenologen, Existentialphilosophen, Expressionisten und Surrealisten« (298).

Der letzte in diesem Band abgedruckte Text erörtert die »Monumentalität der Bildhauerkunst am Beispiel eines Kopfes von der Osterinsel« (463- 526). Begonnen wurde diese Abhandlung, wie aus einer versteckten Anmerkung des Herausgebers zu ersehen ist (die chronologischen Daten muß sich der Leser leider gelegentlich unter einigen Schwierigkeiten zusammensuchen), im Jahre 1951, also ein Jahr vor Raphaels Freitod. Die Studie belegt Raphaels vielseitige Interessen, die – wie schon die Untersuchungen zur Wiedergeburtsmagie in der Steinzeit – sowohl vom historischen Rahmen her als auch geographisch über den Kanon der »abendländischen« Kunst, auf den die akademische Kunstgeschichte fixiert ist, weit hinausgingen. Raphael bemüht sich hier um eine Klärung der weltanschaulichen Grundlagen der Monumentalität dieser Köpfe (die nichts Äußerliches sei wie bei den modernen Denkmälern) und, eng damit zusammenhängend, um die Rekonstruktion der Prinzipien ihrer plastischen Gestaltung. Seine letztlich von der psychoanalytischen Symboldeutung angeregte Identifizierung der Nase als Phallus und des Mundes als Vulva, mithin des Kopfes als Vereinigung und Aufhebung der Geschlechterpolarität (485) dürfte bei Ethnologen gewiß auf Widerstand stoßen. Gegen manche auf eindrucklichen Formbeobachtungen basierende Deutungen Raphaels hat es Widerspruch bereits in seinem engeren Freundeskreis gegeben.

Norbert Schneider (Osnabrück)

Erziehungswissenschaft

Oelkers, Jürgen: Die große Aspiration. Zur Herausbildung der Erziehungswissenschaft im 19. Jahrhundert. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989 (270 S., br., 64,- DM)

Hansmann, Otto, und Winfried Marotzki (Hrsg.): Diskurs Bildungstheorie I: Systematische Markierungen. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1988 (478 S., br., 38,- DM)

Hansmann, Otto, und Winfried Marotzki (Hrsg.): Diskurs Bildungstheorie II: Problemgeschichtliche Orientierungen. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989 (590 S., br., 64,- DM)

Kutscha, Günter (Hrsg.): Bildung unter dem Anspruch der Aufklärung. Zur Pädagogik von Herwig Blankertz. Beltz Verlag, Weinheim 1989 (254 S., br., 46,- DM)

Fischer, Wolfgang, und Dieter-Jürgen Löwisch (Hrsg.): Pädagogisches Denken von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989 (285 S., br., 69,- DM)

Kupffer, Heinrich: Pädagogik der Postmoderne. Beltz Verlag, Weinheim 1990 (142 S., br., 22,- DM)

Wer sich die erziehungswissenschaftlichen Veröffentlichungen im Ausklang der achtziger Jahre betrachtet, für den entsteht – nach der praktischen, theorieintegrierenden und politisch orientierten Entwicklung noch in den sechziger und siebziger Jahren – eine große Ernüchterung. Die Erziehungswissenschaft ist – zumindest in dem, was sich in den meisten ihrer Publikationen ausdrückt – Anfang der neunziger Jahre in eine Sackgasse geraten, die sich durch hohe Praxisunwirksamkeit,

Spezialisierung ohne hinreichende Integration, Auflösung klassischer Paradigmen ohne kritische Beerdigungsarbeit, Entpolitisierung der Diskussion und Historisierung der Forschung ohne größeres Zusammenhangsdenken – dies besonders im Blick auf den Forschungsstand der Nachbarwissenschaften – auszeichnet. Diese Aussage kann gewiß nicht für alle Erziehungswissenschaftler gelten, aber sie trifft die anhaltende Flut von Veröffentlichungen, die auf dem Hintergrund des Karriere-druckes und der Profilierungswünsche einzelner Fachvertreter als ein Ergebnis des Zusammenschreibens längst bekannter Aussagen zu interpretieren sind. Von solchen ärgerlichen Zeugnissen wollen wir hier nicht im Detail handeln, wenngleich es in den zu besprechenden Büchern durchaus Anlässe hierzu gibt. In dieser Übersicht über einige pädagogische Neuerscheinungen geht es uns nur um eine knappe Übersicht über Inhalte und Methoden sowie potentielle Leserkreise.

In der pädagogischen Geschichtsschreibung gab es schon einige Versuche, die Konstituierung der Disziplin aus Vorgängen des 19. Jahrhunderts zu rekonstruieren. Naheliegend dabei war ein Blick auf die gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse, um aus einer sozialgeschichtlichen Sicht die Einbindung des Faches in allgemeinere Zusammenhänge zu reflektieren.

Einen anderen Weg geht *Jürgen Oelkers*, der die Herausbildung der Pädagogik im 19. Jahrhundert zu beschreiben unternimmt. Dabei wählt er Rousseau und Pestalozzi, Philantropen wie Basedow, Trapp und Campe, schließlich Kant als Ausgangsstationen, die sich über Herbart, Schleiermacher und empirische Pädagogen »konturieren«, zu denen Alternativen in der Schulpädagogik (vor allem Diesterweg), der Kinderpsychologie und der christlichen Pädagogik entstehen, um als »Steigerung und Krise« der Bewegung am Ende seiner Arbeit als experimentelle Pädagogik, als Reformpädagogik und Kulturpädagogik diskutiert zu werden. Was an diesem Buch erstaunt, das ist insbesondere der Umstand, daß es in seiner ideengeschichtlichen Ausrichtung eigentlich nicht sehr viel wesentlich Neues zusammentragen kann, was der kundige Forscher nicht auch in anderen Quellen und vor allem älteren Publikationen finden würde. Was hingegen fehlt ist das, was Norbert Elias treffend als Langzeitperspektive der Forschung beschreibt, die sich aus dem engeren ideengeschichtlichen Kontext so zu lösen versteht, daß die Dialektik von Ideenwelten und sozialen Bindungen in der Vermittlung mit unseren Erkenntnisinteressen in Form einer Erklärung auf hohem Syntheseniveau erscheint. Was Elias an vielen soziologischen Theorien als Mangel an ungenügender Breite der Herleitung kritisiert, das gilt hier in übertragener Weise. Eine Grammatik eigener Begriffe kann niemals ohne gravierende Verzerrungen bloß aus einer engen Fachperspektive erfaßt werden. Die entscheidende Verzerrung bei Oelkers ist der Maßstab, in dem er das 19. Jahrhundert abzubilden versucht, indem er sich auf das gemeinhin in Fachpädagogenkreisen bevorzugte Thema der Herausbildung engerer pädagogischer Theorien beschränkt und so den Blick für fundamentale Entwicklungen, die – um Hauptbezugspunkte zu nennen – mit Namen wie Fichte, Hegel, Marx und Nietzsche verbunden sind, verliert. Beachtet man diese Einschränkungen, dann wird sein Buch vor allem für diejenigen interessant sein, die sich mit einigen pädagogischen Akzenten des 19. Jahrhunderts in einer gut lesbaren Zusammenfassung beschäftigen wollen, die sowohl vom Aufwand als auch Nutzen her über die üblichen zusammenfassenden Pädagogikgeschichtsschreibungen hinausgeht.

Eine recht umfangreiche Rekonstruktion erziehungswissenschaftlichen Denkens findet sich in insgesamt systematischer und als Einführung geeigneter Form in den von *Hansmann* und *Marotzki* herausgegebenen Diskursen zur Bildungstheorie.

Im *ersten Band* wird an Hand der Kontexte Arbeit, Wissenschaft und Politik,

Subjektivitätskonstitution und Wirklichkeitsverarbeitung, Wertorientierung, Ethik und Religion versucht, systematische Bezugspunkte von Bildung aufzuweisen und unterschiedliche Zugänge zu dokumentieren. Dazu konnte ein großes Autorenspektrum gewonnen werden. Im thematischen Bezug steckt der Reiz, aber auch die Problematik dieser Aufsatzsammlung, die nur Einstieg in bestimmte und recht heterogen unterbreitete Methodologien sein kann. Der erste Band kann hier immerhin auf Grund seiner sinnvollen thematischen Setzungen vor allem als Einführung in erziehungswissenschaftliche Fragestellungen mit dem Schwerpunkt Bildungstheorien empfohlen werden.

Der *zweite Band* wendet sich historischen Begründungen zu, wobei der Bereich der Philosophie nicht ausgespart wird. Neben für die Pädagogik bekannten Klassikern wie Rousseau, Herbart, Humboldt, Dilthey, Nohl, Flitner und Weniger kommen auch klassische philosophische Ansätze nach Kant, Hegel und Nietzsche zum Tragen. Zudem finden sich Beiträge, die in systematischer Form die Reformpädagogik (A. Rang), die Kritische Theorie (B. Claußen), die Positionen von Heydorn (G. Koneffke und H. Sünker) und Blankertz (C. Lüth) aufnehmen. Neben anderen Beiträgen erscheinen auch Frauenprobleme im Blick auf bürgerliche Theorien zur weiblichen Bildung um 1800 (P. Schmid) und Fragen der Koedukation (H. Faulstich-Wieland). Alle Beiträge sind Interpretationen, so daß besonders bei den philosophischen Ansätzen deutlich bleiben muß, daß es sich hier keinesfalls um Einführungen in die jeweiligen ursprünglichen Theorien handelt. Der Band ist allen zu empfehlen, die sich einen Überblick über die genannten Richtungen in der gegenwärtigen Diskussion verschaffen wollen.

Eine ganz andere Art der Einführung gewährt der von *Günter Kutscha* herausgegebene Band zu den Arbeiten von Herwig Blankertz, dessen Werk »Bildung im Zeitalter der großen Industrie« zu den Klassikern einer pädagogischen Geschichtsschreibung zählt, die sich bewußt dem Zusammenhang von Pädagogik und Gesellschaft widmet. Der Band enthält neben zahlreichen Aufsätzen auch eine wertvolle Bibliographie der Arbeiten Blankertz'. In diesem Band wird am Beispiel eines der namhaftesten Pädagogen der Nachkriegszeit zugleich viel von der Entwicklung des Faches aus einem Auslegungshorizont deutlich, was in anderen Überblickseinführungen in die neuere Erziehungswissenschaft meist zu sehr ins Allgemeine verflüchtigt ist. Ich empfehle die Arbeit all denen, die einen Einblick in ein erziehungswissenschaftliches Denken nehmen wollen, das Pädagogik und Gesellschaftsentwicklung als Problem zu begreifen versucht, das nicht nur theoretisch beschrieben, sondern auch praktisch gelöst – und dies nicht in bloß affirmativer Absicht – werden muß. Besonders der Beitrag von Peter Zedler, der dem Verhältnis von Kritischer Theorie und pädagogischen Theorietraditionen bei Blankertz gewidmet ist, und der von Dieter Lenzen über das geschichtsmethodische Vorgehen, verdeutlichen das Blankertzsche Anliegen einer Idee der Mündigkeit, die mit den funktionalen Erfordernissen der heutigen Gesellschaft in Einklang zu bringen versucht wird. In anderen Beiträgen wird auf spezifische Arbeiten zum Verhältnis von Allgemeinbildung und beruflicher Bildung, auf Fragen des Kantianismus bei Blankertz, auf seine didaktischen Arbeiten, auf Probleme der Kollegscheule eingegangen. Die Arbeiten spiegeln insgesamt Reflexionen auf Denkanstöße eines Autors, der nicht nur theoretisch, sondern auch in praktischen Versuchen Aufklärungsideen umzusetzen versuchte.

Das Buch von *Fischer* und *Löwisch* gibt einen Überblick über Klassiker des pädagogischen Denkens von der Antike bis zur Gegenwart, von Sokrates bis Theodor Litt. Die Auswahl ist – wie immer in solchen Fällen – nicht unproblematisch. Daß aber ausgerechnet Marx einer Streichung zum Opfer fiel und John Locke ganz

und gar nicht behandelt wurde, erscheint unverzeihlich, wengleich es den Umstand spiegelt, daß gerade die Begründung und Kritik bürgerlicher Erziehung in ihren gesellschaftlichen Kontexten hier zu wenig beachtet wird. Die Beiträge sind als erster Einstieg neben dem Standardwerk »Klassiker der Pädagogik«, das von Scheuerl herausgegeben wurde, aber dennoch sehr gut geeignet, weil sie die Ideengeschichte komprimiert nachzeichnen. Allerdings werden nur kurze biographische Angaben zu den einzelnen Autoren gemacht, und die geistesgeschichtliche Betrachtung überwiegt vor einer aus sozialgeschichtlichen Kontexten herrührenden Interpretation. Positiv an diesem Versuch ist, daß die Enge der bloß pädagogischen Autoren zu überwinden versucht wird. Wäre das Buch in den sechziger Jahren erschienen, so hätte sein geistesgeschichtlicher Horizont Anerkennung gefunden. In den siebziger Jahren hätte die Kritik an der mangelnden gesellschaftlichen Einbindung der Analyse im Vordergrund gestanden. Anfang der neunziger Jahre ist das Erscheinen ein Symptom für Rückbesinnungen auf die Geistesgeschichte, aber auch für die Entpolitisierung des Faches, die sich in der Art und Weise der Darstellungen dokumentiert.

Betrachtet man viele neuere pädagogische Veröffentlichungen, dann ist man schnell geneigt, mit *Heinrich Kupffer* zu dem Fazit zu gelangen, daß die Pädagogik längst hinter das gesellschaftliche Sein zurückgefallen ist. Für Kupffer meint dies, daß erst die Rückbesinnung auf die Lebensstile im ganzen uns Aufschluß darüber zu geben vermag, was Pädagogik ist oder sein könnte. Dabei bezieht er sich auf die Postmoderne, ein Begriff, dessen schillernde Unklarheit zwar zugestanden, aber durch sein Buch keineswegs präzisiert werden kann. Man mag mit Kupffer darin keinen Mangel sehen, wenn man wie er behauptet, daß es gegenwärtig mehr Fragen als Antworten gibt. Antworten, die aus den Lagern »progressiv« oder »konservativ« kommen, haben ihren Sinn für ihn verloren, in einer Art systemischen Denkens gerät alles in Zirkularität. Kupffer stellt fest, daß sowohl die alten Kausalketten ihre Gültigkeit als Begründung von Erziehungsnormen verloren haben, als auch überhaupt der feste Boden den Pädagogen unter den Füßen weggezogen ist, weil sie weder die Echtheit ihrer Empfindungen noch eine verlässliche Realebene ausmachen können. An die Stelle der Frage nach Machbarkeit, nach Zielbezogenheit pädagogisch-funktionalen Tuns rückt daher für ihn eine Art Meta-Fragen nach gesellschaftlichen Funktionen, Assoziationen und Erwartungen, nach Spielräumen, die bleiben. Getreu dem Vorbild des Begründers der Postmoderne, Lyotard, erscheint hier die Heterogenität von Diskursarten, eine Pluralität von Aussagearten, die interessante, neuartige Fragestellungen aufwerfen hilft, um gleichzeitig die Vernunft, die nicht nur Ordnungen sucht, sondern gewiß auch in ihrer Realitätsabarbeitung massiv vorfindet, zu verwirren. Der kognitive Relativismus wird von Kupffer allerdings nicht auf die Spitze getrieben, sondern artikuliert sich mit dem alten Ziel der Mündigkeit in einer Aufklärungsgemeinschaft. Sein postmoderner Anspruch will, daß nicht besser, effektiver und schöner gelernt wird, sondern untersucht werde, »wie der offiziell angebotene Bildungstoff assimiliert wird« (17); er will herausfinden, wie sich Einstellungen bilden, welchen Ordnungen auf welche Weise geglaubt wird, um dann antizyklisch gegen das so Gelernte anzugehen, es als Teilwahrheit zu enthüllen. Damit erscheint allerdings kein neuer Anspruch, denn die »Theorie der Halbbildung« nach Adorno hätte bereits von Kupffer Jahre zuvor als ein Ansatz aufgefaßt werden können, der nicht nur die fremden Mächte der Verdummung, sondern auch die eigene Beteiligung dabei anführt.

Kupffer entwickelt sein Anliegen in vier Schritten. Zunächst geht er von den Beziehungsfallen des Familienalltags aus, um zu den Befunden zu gelangen, daß Familienprobleme tiefer liegende gesellschaftliche Probleme ausdrücken und es

gegenwärtig eine Suche der Menschen nach Sinngebung und Geborgenheit gibt. Dann erweitert er seinen Horizont auf Kultur und Gesellschaft, wobei er assoziativ Problemfragen zur Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrautheit und Verfügbarkeit in der Dialektik von Wirklichkeit und medialer Wirklichkeitsabbildung zum Ausgangspunkt kritischer Fragestellungen nimmt, die in dem Problem gipfeln, ob es in einer Massengesellschaft noch persönliche Erfahrung gibt. Der dritte Bearbeitungsschwerpunkt ist die Jagd nach dem Lebenssinn, nach moralischer Orientierung. In einfachen Worten beschreibt Kupffer Gegensätzlichkeiten normativer Ansprüche, wie sie einer der Moral nie sehr fernstehenden Pädagogik vertraut sind. Er zieht gegen Dogmatismus, Stereotypen, geschlossene Weltbilder zu Felde, um dann im vierten Bearbeitungsschritt, den Zukunftsperspektiven, die eigenen kritischen Gedanken dadurch zu relativieren, daß er immer wieder gesellschaftliche Voraussetzungen zugeben muß, die die Pluralität der möglichen Zugangsweisen einschränken. Damit zeigt sich ein Spannungsfeld, das Kupffer in einer sehr einfachen Einführung auf den Begriff bringt, ohne sich selbst darin stringent begrifflich auszuweisen: die Pluralität der Wertsetzungen wird nämlich in jeder einzelnen inhaltlichen Bewertung von jenen Implikationen des eigenen Weltbildes eingeholt, die es in sich selbst zu überwinden trachtet. Trotz dieser Einschränkungen scheint mir sein äußerst locker geschriebenes Buch gerade für diejenigen wichtig sein zu können, die in der Pädagogik immer noch die Nähe zu einer Gefangenschaft in liebenswerter Ordnung suchen, um eigene Sicherheit zu finden. Kupffer gehört zu den Pädagogen, die solche Gefangenschaften als Widerspruch zu politischem Engagement sehen, und seine Beispiele sind anregend genug, um hier manches Selbstverständnis zu erschüttern.

Kersten Reich (Köln)

Bracht, Ulla, D. Keiner und Hasko Zimmer (Hrsg.): Intelligenz und Allgemeinbildung 1848-1918. Biographische Zugänge zur Wirkung und Krise gymnasialer Bildung. Waxmann Verlag, Münster 1990 (219 S., br., 38,- DM)

Mit Recht weisen die Herausgeber darauf hin, daß in der Erziehungswissenschaft ein Mangel an Untersuchungen darüber herrsche, wie die exemplarisch mit dem Gymnasium verkoppelte Allgemeinbildung sich im öffentlichen Leben ausgewirkt habe. Dieser Mangel ist um so mehr zu bedauern als entscheidende Geschichtsabschnitte davon betroffen sind, in denen weitreichende bildungspolitische Entscheidungen zustandekamen. Über sie müssen wir weiteren Aufschluß gewinnen, um die Gegenwart zu verstehen. Die beiden gescheiterten Revolutionen der jüngeren deutschen Geschichte wurden als Eckpunkte fixiert: 1848 und 1918. Innerhalb dieser Spanne mußte sich herausstellen, ob und gegebenenfalls wie die damals herangezogene Intelligenz sich auf eine republikanische Zukunft einstellen konnte, wie sie auf Industrialisierung und Imperialismus reagierte, d.h. aber auch, in welcher Weise die Allgemeinbildung in ihr Gestalt gewonnen hatte. Mithin dürfte das Gymnasium als Pflanzstätte der bürgerlichen Intellektuellen wiederum ein ergiebiges Objekt für Nachforschungen bieten, zumal dieser Schultyp in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine Krise geriet, die mit der Kontroverse über den Vorrang von humanistischer oder realistischer Bildung gekennzeichnet ist. Mit anderen Worten: die Konstitution des bürgerlichen Subjekts kommt in jenem Zeitabschnitt auf dem Hintergrund erbitterter Auseinandersetzungen über die richtige Anleitung und Ausbildung des Menschen zustande. Diese Frage ist bekanntlich am Ende des 20. Jahrhunderts nicht weniger strittig als damals, da für unsere Epoche zusätzlich eine Empathie unter globalen Umständen aufgebaut werden soll, sofern an das Überleben der Gattung gedacht ist.

Ein Kreis von elf Autoren – darunter eine Frau – hat sich zu diesem Sammelband vereinigt. Bis auf Georg Hansen, der an der Fernuniversität Hagen lehrt, wirken die Autoren in Münster und sind mit Anneliese Mannzmann verbunden, deren inzwischen dokumentiertes Projekt »Geschichte der Unterrichtsfächer« Anregungen bot, dem Problem der inhaltlichen Analyse von Allgemeinbildung näherzutreten. So ist ein Sammelwerk entstanden, an dem sich studieren läßt, wie das Wissen zur Abgrenzung führte, die »gebildeten Stände« keineswegs an der Überwindung der Abreihheit (= Ungebildetheit) der Zeitgenossenschaft arbeiteten, sondern sich im Gegenteil lediglich von ihnen abgrenzten. Nur so wird die spezifisch deutsche Nomenklatura verständlich, eine Funktionselite, die unter wechselnden Regimen dienstbar blieb. Vielleicht läßt sich als deren Produkt Otto Meißner benennen, der ohne Unterbrechung als Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler tätig war, die Geschäfte zur vollen Zufriedenheit der drei Staatsoberhäupter besorgte und sich nach der Befreiung vom Faschismus als unpolitischer, d.h. als loyaler Beamter erklärte.

Der Sammelband wird eröffnet durch eine Abhandlung von Ulla Bracht: »Allgemeine Bildung und die erste Krise der bürgerlichen Gesellschaft – Lorenz von Stein«. Die Verfasserin stellt diesen Rechtswissenschaftler und Sozialhistoriker im Spannungsfeld von Rechts- und Linkshegelianismus vor. Stein läßt sich auch als einer der ersten Gesellschaftstheoretiker kennzeichnen, denn er bot eine Lehre von den Klassen, aus der sich der Antagonismus der industriellen Gesellschaft herleitet. So sah Stein die Erhebung von 1848 als soziale Revolution und forderte die Entwicklung einer Wissenschaft von der Gesellschaft, »die deren Bewegungsgesetze und Widersprüche begreift«. Dazu ist er der erste Gelehrte des 19. Jahrhunderts, der die Entwicklung und Struktur der Allgemeinbildung aus dem Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft erklärt; ferner ist ihm die Bedeutung des Berufsbildungssystems bereits klar. So kann die Verfasserin mit Recht fragen, warum das Werk des Lorenz von Stein so wenig rezipiert worden ist, ob dies mit der »hegemonialen Schwäche des deutschen Bürgertums zwischen 1850 und heute« zu tun habe.

Matthiessen bietet den Beitrag: »Der Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff. Bildungsgeschichte und Bildungspolitik«. Neben dem Theologen Adolf von Harnack war dieser Altphilologe der berühmteste Gelehrte der Berliner Universität und repräsentierte sozusagen die deutsche Wissenschaft des Kaiserreichs. Da er eine Tochter Theodor Mommsens geheiratet hatte, war die intellektuelle Konzentration perfekt. Matthiessen arbeitet eindrucksvoll heraus, wie der Gelehrte in die Richtungskämpfe um die Neugestaltung der Bildung eingriff, nämlich als Klassischer Philologe etwa bei der Reichsschulkonferenz von 1890 gegen seine Zunftgenossen im Humanistischen Gymnasium als hochmütiger Spitzengelehrter, der auch mit dem Zubringerdienst des Realgymnasiums zur Universität einverstanden war, weil diese ohnehin für das Studium der Klassischen Philologie neue Grundlagen aufzubereiten hatte. An Wilamowitz wird aber auch die nationale Verhaftung der Professorenschaft exemplarisch deutlich, so die Bejahung des Krieges 1914, das Bekenntnis zur Wissenschaft und gleichzeitig zum Militarismus sowie die nachfolgende Skepsis gegenüber der Weimarer Republik.

Hasko Zimmer stellt den Germanisten Rudolf Hildebrand vor, der 1894 verstarb und dessen Buch »Vom deutschen Sprachunterricht in der Schule« (1867, ²⁷1962) unzweifelhaft das Bild einer Epoche bestimmte. Hildebrand nämlich gewann den Streit mit den Altphilologen um das Gymnasium. Ihm gelang es, den Deutschunterricht gegenüber den alten Sprachen erheblich zu verstärken. Dabei kam ihm das kaiserliche Interesse entgegen, denn Wilhelm II. hatte gefordert, nicht länger junge Griechen, sondern junge Deutsche zu erziehen, das heißt, der Imperialismus

wünschte Hilfe durch die Schule, weltzugewandte Bildung war gefordert, die Flotte wurde ausgebaut. Deutsche Ingenieure waren gefragt. Der Germanistenverband verstand die Signale, der Deutschunterricht sollte auch die »unteren Schichten« einbinden, die Agitation der Sozialdemokratie stilllegen. Ein solcher Nationalismus ließ sich ohne Mühe in den Nationalsozialismus verlängern.

Die anschließenden Aufsätze über »Bildung als Gegennatur« (Norbert Rath), über den Pädagogen Georg Kerschensteiner (H.-J. Olberg), über einen deutschen Kolonialoffizier (Ted Norris) und über den Neukantianer Paul Natorp (Wolfgang Sander) bieten weitere Akzente zum Problem von Intelligenz und Allgemeinbildung zwischen 1848 und 1918.

Hervorzuheben bliebe noch der Beitrag von Annegret Jürgens-Kirchhoff und Martin Jürgens über »Künstlerische Intelligenz. Lebenspathos und Kriegserfahrung – Otto Dix und Max Beckmann« sowie der abschließende Beitrag von Georg Hansen über »Die Produktion von Marginalität« an Hand preußisch-deutscher Polenpolitik im Kaiserreich.

Von diesem Buch waren keine systematisierbaren Ergebnisse über die generelle Befindlichkeit der Intellektuellen zwischen 1848 und 1918 zu erwarten, dazu ist der Bereich zu groß. Doch ist es den Herausgebern gelungen, ein Problemgefüge zu umreißen, das als Krise der bürgerlichen Gesellschaft richtig gekennzeichnet ist. Die dargestellten Personen haben ihre Allgemeinbildung im humanistischen Gymnasium empfangen und sind, durch Lebensumstände bedingt, in Schlüsselstellungen gelangt, haben Entscheidungen treffen müssen. Schulische Herkunft, politische Option und nationale Bindung gehen darin eigentümliche Verschmelzungen ein. Die Frage nach den Zusammenhängen zu stellen, ist für eine Erziehungswissenschaft wichtig, die über die Genese des bürgerlichen Subjekts in der gesellschaftlichen Konstellation Erkenntnisse gewinnen möchte. Dafür schlägt diese Münsteraner Studie eine bemerkenswerte Schneise.

Hans-Jochen Gamm (Darmstadt)

Soziale Bewegungen und Politik

Evers, Hans Dieter, und Tilman Schiel: Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt. Dietrich Reimer Verlag, West-Berlin 1988 (279 S., br., 29,50 DM)

Der Untertitel dieses Buchs trifft den Inhalt nur ungenau. Das Anliegen der Verfasser ist theoretischer Art: die Theorien der gesellschaftlichen Entwicklung, die aus der Auseinandersetzung mit Marx' (und Max Weber) entstanden sind, sollen kritisch aufgegriffen und auf einer neuen paradigmatischen Grundlage weitergeführt werden, die theoretischen Eurozentrismus vermeidet. Angesichts der Variabilität, der »lockeren Strukturen«, der »floating mass« usw. (vgl. 21) als Merkmale der südostasiatischen Gesellschaften, angesichts der Tatsache, daß das »einzig Beständige ... die beständige Fluktuation von einer Tätigkeit zu einer anderen« ist (63), ist das Thema des Buchs die Phase der Entstehung von Klassengesellschaften.

Das Marxsche Klassenkonzept wird als abstraktes Modell aufgegriffen, jedoch mit einer »Sequenzanalyse strategischer Gruppen« auf einer mittleren theoretischen Ebene verbunden. Als »strategische Gruppen« werden Personen verstanden, »die durch ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung oder Erweiterung ihrer gemeinsamen Aneignungschancen verbunden sind.« (10) Sie bilden sich dort, wo sich neue Aneignungschancen in bezug auf materielle Güter, Macht, Prestige, Wissen oder religiöse Ziele ergeben. Ihr strategisches Handeln ist auf Erhaltung oder Verbesserung

ihrer Chancen gerichtet, aber – auf Grund der Einbettung in die Gesamtheit der strategischen Kämpfe und der objektiven Gegebenheiten- nur teilweise erfolgreich. Geschichte wird so als Prozeß »des Zusammenwirkens der objektiven Bedingungen mit bewußtem Handeln von Subjekten« gesehen (83). Sobald in diesem strategischen Prozeß bestimmte gesellschaftliche Positionen monopolisiert werden, entsteht Klassenherrschaft (117ff.). Evers/Schiel unterscheiden zwei Typen von Strategien: die Hybridisierung (zusätzliche Erschließung neuer Aneignungsquellen) und die Koalition bzw. Symbiose mit anderen strategischen Gruppen (10f.). Die erste strategische Gruppe, die auf Grund neu auftretender Aneignungschancen entsteht, gibt den weiteren strategischen Gruppen den Rahmen ihres Handels damit bereits vor. Für die südostasiatischen Länder spielen dabei die Weltmarktbedingungen eine besondere Rolle (vgl. die Fallschilderungen 181ff.). Das Konzept der strategischen Gruppen wird zunächst ausschließlich als theoretische Erfassung der herrschenden Gruppen in einer Gesellschaft verstanden. »Nicht-strategisch handelnde Teile einer Gesellschaft, d.h. eine »schweigende Mehrheit«, können von einer Theorie strategischer Gruppen einsichtigerweise nicht erfaßt werden« (13).

Die Verfasser analysieren auch die südostasiatischen Länder mit dem Klassenbegriff, stellen jedoch fest, daß es nicht sinnvoll ist, von nationalen Klassengesellschaften zu sprechen, da die Klassen nicht aufeinander bezogen sind, die Dialektik der Klassen »aufgelöst« ist (130). Aber auch als Teil einer Welt-Klassengesellschaft sind sie nach Evers/Schiel nicht zu verstehen, ja sie bezweifeln sogar, ob man überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt eine Welt-Gesellschaft denken kann (130ff.). Die Theorie der strategischen Gruppen soll auch für die Metropolen die Marxsche Klassentheorie nicht-ökonomistisch re-interpretieren (101ff.): Die Wertrelation ist ein komplexes gesellschaftliches Verhältnis, das die Zugänge zu den gesellschaftlichen Ressourcen (also Naturprodukte/Arbeitsmittel sowie die Arbeitskraft, 114f.), und das Verhältnis von individueller Reproduktion und »sekundärer Reproduktion« der Gesamtgesellschaft in einer Weise festlegt, die das Ausbeutungsverhältnis verdeckt, die gesellschaftlichen Beziehungen durch dinglich-unpersönliche Normen regelt; die sekundäre Reproduktion wird durch den auch gegen die herrschenden Gruppen unabhängigen Staat gewährleistet usw. Die Preisbildung ist ein sozialer Prozeß auf dieser Grundlage, also eine Folge strategischen Handelns bestimmter Gruppen. Gleiche Revenuequellen entstehen so als Folge gleicher Klassenpositionen (und sind nicht ihre Grundlage, wie in den unterschiedlichsten marxistischen Schulen).

Die Notwendigkeit des kapitalistischen Staates, repräsentiert durch die Bürokratie, leiten Evers/Schiel aus der Notwendigkeit der Funktion des »neutralen Schiedsrichters« (111) ab. Im Zusammenhang der separatistischen Privatinteressen muß deren Kampf gegeneinander begrenzt und die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gesichert werden (109ff.). Im nicht-kapitalistischen Staat sind dagegen Aufgaben der gesellschaftlichen Reproduktion mit der Aneignung von Mitteln für eigene Zwecke unter Umständen gekoppelt (103). Der Staat ist nicht Instrument der herrschenden Klasse, sondern Organisationsform der herrschenden Klassen selbst (123). »Privat« und »öffentlich« sind nicht unterscheidbar, individuelle Aneignung und »offizielle« Funktionen der gesellschaftlichen Reproduktion sind untrennbar verbunden, die bürgerliche Vorstellung, Gesellschaftlichkeit werde durch den Staat geschaffen, ist sinnlos (113).

Für den südostasiatischen kolonialen Kapitalismus unterscheiden Evers/Schiel persönliche, korporative und kollektive Aneignungsweisen der neu entstehenden strategischen Gruppen (nach den Einkommensquellen: Honorar/Miete/Pacht von 'professionals'/ Landbesitzern, Profit eines Unternehmens bzw. Steuern/Abgaben

an Bürokratie und Militär), die das *strategische Feld* (mit Poulantzas, 79) für einen langen Zeitraum prägen (45f. und 50f.). Aus der Dominanz kollektiver Aneignungsformen in der Entstehungszeit erklären die Verfasser die Entwicklung zu einem *bürokratischen Kapitalismus*, in dem die gesellschaftliche Mehrarbeit von den herrschenden Gruppen kollektiv angeeignet wird, mit Phasen »galoppierender Bürokratisierung« nach Revolutionen als Besitznahme der strategischen Ressourcen durch die siegreiche herrschende Gruppe. Dabei »galoppiert« nach Evers/Schiel das rein zahlenmäßige Anwachsen des Regierungsapparates (*Parkinsonisierung* der Bürokratie), was nicht notwendig mit einer zunehmenden bürokratischen Kontrolle (*Orwellisierung*) und in der Regel nicht mit der Durchsetzung rationeller Organisationsprinzipien (*Weberisierung*) verbunden ist (230ff.). Die »Bürokratie« in der Dritten Welt kann also nicht als kapitalistische Bürokratie aufgefaßt werden.

Eine theoretische Lücke des Konzepts haben die Verfasser in der Einleitung selbst angegeben: Notwendig wäre ein Konzept »konterstrategischer Gruppen« (139), also der Gruppen, die Gegenstrategien zum Angriff der herrschenden Gruppen entwickeln. Schärfere kann man sagen: Die Theorie der strategischen Gruppen ist ausschließlich eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung durch herrschende Gruppen. Sobald jedoch die Frage ihrer Legitimation angesprochen wird, ist schon die Frage danach gestellt, wie die beherrschten Gruppen die Gesellschaft aktiv mit reproduzieren. Muß deshalb nicht das *Feld* der Handlungen *aller* beteiligten Gruppen theoretisch gefaßt werden? Vielleicht hängt die Lücke an dieser Stelle mit dem eingegengten Verständnis von strategischem Handeln als langfristig angelegtem, geplantem Handeln (81) zusammen. Muß nicht dagegen jeder Diskurs in einer beherrschten Gruppe als (konter-)strategische Handlung gesehen werden? Außerdem möchte ich eine weitere Ausdehnung des Konzepts des »strategischen Feldes« vorschlagen: Ist nicht auch der kapitalistische Staat ein »strategisches Feld«, auf dem jedoch der politische Kampf in einer spezifischen Art begrenzt wird (in Westeuropa z.B. durch die Parteienspaltung), genauso wie der ökonomische Kampf in einer spezifischen Art (»untrennbare Einheit von notwendiger und Mehrarbeit«, 161) begrenzt wird? Mit einem solchen Ansatz käme die Analyse über die bloß funktionale Beschreibung (der bürgerliche Staat muß »neutral« sein) hinaus zur Untersuchung der Strukturen des strategischen Kampfes. Jörg-Michael Vogl (Marl)

Senghaas, Dieter (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Fremdbestimmung. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 21. Nomos Verlag, Baden-Baden 1989 (358 S., br., 25,- DM)

Die Dritte Welt, schreibt Dieter Senghaas in der Einleitung des von ihm herausgegebenen Readers, befindet sich in einer »Umbruchsituation«, die ihr innerhalb der Strukturen des internationalen Systems ein größeres Gewicht gibt und dem Hegemoniestreben der Weltmächte entgegensteht. Dieser »Abbau der herrschenden Struktur internationaler Beziehungen« (12) wird vor allem an Form und Verlauf regionaler Konflikte deutlich. Zwei allgemeine Trends lassen sich dabei erkennen: Zum einen gibt es einen Prozeß »relativer Autonomisierung der Dritten Welt und des dort zu beobachtenden Konfliktgeschehens« (20), der an Faktoren wie der Zunahme von Rüstungsproduktion, regionalem Waffenhandel und an bilateralen oder regionalen Rüstungswettläufen innerhalb der Dritten Welt, der Intervention einzelner Drittwelt-Staaten in Konflikte anderer, der Entstehung regionaler Vormächte und der Herausbildung von Doktrinen nationaler Sicherheit zur Untermauerung solch regionaler Vormachtansprüche deutlich wird. Zum zweiten entsteht mit unangepaßten Entwicklungsprozessen und dem dadurch bedingten Konfliktpotential in vielen

Staaten der Dritten Welt dort eine »Chaos-« oder »Verhinderungsmacht«, die der gezielten Einmischung von außen, also Versuchen der Kontrolle und Manipulation, entgegenwirkt.

Das vorliegende Buch sammelt 13 Fallstudien zu verschiedenen regionalen Konfliktfeldern. Es fällt auf, daß eine einleitende Klärung zentraler Begriffe genauso wenig stattfindet wie es eine einheitliche Fragestellung gibt. Die Autoren – mit wenigen Ausnahmen Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen – behandeln mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung die historische Genese einzelner Konflikte, die Interessen der Großmächte, regionaler Vormächte und anderer Konfliktbeteiligter und deren Einfluß auf Konfliktverlauf und Konfliktlösungsversuche, sowie die Frage nach Autonomie oder Fremdbestimmung des Konfliktgeschehens. Autonomie meint, in der Definition von Gudrun Krämer, dabei »die Fähigkeit regionaler Akteure, innerhalb ihres regionalen Umfelds inner- und überstaatliche Konflikte eigenständig zu regeln, ohne ungewollte Einmischung äußerer Kräfte. Die gezielte Einmischung externer Kräfte ist damit nicht ausgeschlossen.« (161)

Auf Grund unterschiedlicher Fragestellung und methodischer Ansätze – ein Teil der Autoren ist eher der kritischen Dritt-Welt- und Konfliktforschung, ein anderer eher der »strategical studies«-Orientierung zuzurechnen – kann von einer vergleichenden Untersuchung regionaler Konfliktfelder allenfalls ansatzweise gesprochen werden. Nichtsdestoweniger geben die einzelnen Studien überwiegend aufschlußreiche Einblicke. Da auf alle Beiträge nicht eingegangen werden kann, sollen drei Einzelstudien hervorgehoben werden.

Sehr wichtig ist Johannes Reissners Analyse des irakisch-iranischen Krieges, eines Krieges, der, so Senghaas, im Rückblick vielleicht »als ein frühes klassisches Beispiel für viele nachfolgende, weitgehend selbstbestimmte Kriege zwischen den souveränen Staaten der Dritten Welt interpretiert werden« wird (19). Reissner analysiert den Krieg als Teil eines »umfassenden Emanzipationsprozesses beider Seiten« (186) – und widerspricht damit der westlichen Perzeption von der besonderen Sinnlosigkeit dieses Krieges. Der relativ hohe Autonomiegrad des Krieges, so Reissner, beruhte zum einen darauf, daß Iran und Irak sich »Auf einem Höhepunkt nationaler Dritt-Welt-Emanzipation (befanden) und ... sowohl über die notwendigen materiellen Ressourcen als auch über ausreichende ideologische Mobilisierung (verfügten), um den Krieg als selbstdefinierten Konflikt durchführen zu können« (200), zum anderen am geteilten Interesse der Großmächte und der Golfanrainer, die durch den Landkrieg der Gegner ihre eigenen Interessen nicht bedroht sahen und lediglich, als der Krieg auf die Golfregion übergriff, diesen »einzudämmen«, nämlich ihn auf dem Niveau einer irakisch-iranischen Auseinandersetzung zu halten versuchten (201). Reissners Beitrag hätte zusätzliches Gewicht bekommen, wenn er neben der politischen und ideologischen auch die ökonomische Rationalität des Golfkriegs untersucht hätte – die im Golfkonflikt 1990 so offensichtlich zu Tage tritt.

Ökonomische Faktoren von Dritt-Welt-Konflikten und Dritt-Welt-Autonomie werden insgesamt nur am Rande behandelt. Lediglich der Beitrag von Bernhard Weimer über den Konflikt im südlichen Afrika unterscheidet bei der Frage nach dem Zuwachs bzw. Verlust an Autonomie regionaler Akteure zwischen deren ökonomischer Autonomie und der Autonomie im außen- und sicherheitspolitischen Bereich. So gilt nach Weimers Einschätzung für die Frontlinienstaaten, daß deren durch tiefe Entwicklungskrisen eingeschränkte ökonomische Autonomie letztlich auch Rückwirkungen auf ihr Verhalten im Regionalkonflikt hat, so daß insgesamt für diese Staaten von einem Verlust an Autonomie zu sprechen ist. Weimers Beitrag ist auch

insofern interessant, als er die gängigen Begriffe der internationalen Politik von Krise und Konflikt um einen Ansatz ergänzt, der Konflikte als Kommunikationsstörungen, als Fehlen von Dialog begreift. Autonomie, so Weimer, setze Dialogfähigkeit voraus. Für den Konflikt im südlichen Afrika heißt das, daß die Unfähigkeit Südafrikas zum Dialog mit seiner eigenen Bevölkerung wie auch mit der internationalen Gemeinschaft dessen Autonomie soweit eingeschränkt habe, daß es schließlich an den Verhandlungstisch gezwungen worden sei – und daß die Dialogoption der Frontlinienstaaten zumindest Teillösungen ermöglicht habe wie in Namibia.

Über die Frage der Autonomie von Konflikten oder ihre Fremdbestimmung durch Großmächte hinaus diskutiert Heinrich Krumwiede in seiner Studie über die zentral-amerikanische Konfliktkonstellation Inhalt und Chancen regionaler Beiträge zur Konfliktlösung. Trotz der Hegemonie der USA in der Region, so Krumwiede, gebe es offenbar eine »relative Autonomie« der zentralamerikanischen Staaten, die sich insbesondere in der Contadora-Initiative und dem Arias-Plan zeige; »wohl bei keinem anderen Regionalkonflikt (haben) relevante Akteure der Region und regionale Mittelmächte derartig umfassend Pläne zur Konfliktregulierung vorgelegt.« (31f.) Es wäre erfreulich gewesen, wenn auch in anderen Studien des Buches mehr über die Beiträge lokaler Akteure zur Lösung oder zu Lösungsversuchen von regionalen Konflikten zu erfahren gewesen wäre. Dies um so mehr, als aus fast allen Beiträgen, die den Großmachteinfluß auf Regionalkonflikte thematisieren, deutlich wird – und dies ist zweifellos eines der wichtigsten Ergebnisse des Buches –, daß dieser Einfluß verheerend ist – obwohl die Konfliktursachen lokal und die Großmächte für das Aufbrechen der Konflikte nicht verantwortlich sein mögen. Was Volker Matthies über das Konfliktfeld am Horn von Afrika sagt, gilt auch für andere Regionen: »Insgesamt haben beide Supermächte ... mehr zur Militarisierung der Politik und Verschärfung der Konflikte beigetragen als zur politischen Konfliktlösung, wirtschaftlichen Entwicklung und Befriedung der Region.« (146)

Dieter Senghaas stellt sicherlich zu Recht fest, daß, wengleich »die Chancen, hegemoniale Bestrebungen in verlässliche Kontrolle zu übersetzen«, zunehmend schwinden, dies »zumindest für eine Übergangszeit« nicht das Ende von Großmachtinterventionen bedeutet (23). Die fortgesetzte Intervention von Großmächten in regionalen Konfliktfeldern kann aber – und dies zeigen sicher auch 1990/91 die Ereignisse am arabisch-persischen Golf – im allgemeinen nur konfliktverschärfend wirken. Voraussetzung einer Entspannung regionaler Konflikte, und – wie der Beitrag von Krumwiede deutlich macht – des Erfolgs regionaler Konfliktlösungsanstrengungen ist, so Senghaas und sinngemäß auch andere Autoren (vgl. Will: Südostasienkonflikt, 120; Matthies, 146), ein »discommitment« der Großmächte, eine »Abkopplung der geopolitischen Rivalitäten (der Großmächte) von Regionalkonflikten« und eine angemessene Entwicklungspolitik (27). Volker Perthes (Moers)

Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Bd. 20. Verlag Haag & Herchen, Frankfurt/M. 1990 (225 S., br., 28,- DM)

Gibt es einen linken Antisemitismus? Von dieser Ausgangsfrage läßt sich Klokes Darstellung leiten. Sie will das linke Bild vom Zionismus in einen historischen und geistesgeschichtlichen Kontext stellen, der eine zusammenfassende Würdigung und Kritik erlaubt, und dabei auch tagespolitisch bedingte Kurzsichtigkeit und ideologische Verblendung in manchen Äußerungen bundesdeutscher Linker zum Nahostkonflikt aufdecken.

Schon die Schriften der Klassiker der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert waren nicht frei von den antijüdischen Klischees ihrer Umgebung. Sie wollten die »Judenfrage« durch den Klassenkampf lösen, hielten die nationalstaatlichen Ambitionen der Zionisten für bürgerlich und reaktionär. Demgegenüber wurde durch den Ersten Weltkrieg vielen Sozialisten der Glaube an den proletarischen Internationalismus genommen, so daß nun eine positivere Sicht der Siedlungsbewegung in Palästina möglich wurde (23ff.). Nach dem Zweiten Weltkrieg führte die bewußtseinsmäßige Zäsur auf Grund des Holocaust zu einer weithin positiven Einstellung zu Israel (33ff.). Besonders diejenigen Gruppen, die der Bonner Republik in der Adenauer-Ära die mangelnde Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorwarfen, setzten sich zunächst für die sogenannte »Wiedergutmachung« an den Opfern, später für die diplomatische Anerkennung Israels ein (43ff.). Klokes Verdienst besteht darin, aufgezeigt zu haben, daß die Nahostpolitik der (bundes)deutschen Linken hier wie in späteren Situationen im Zusammenhang mit innenpolitischen Frontstellungen zu sehen ist. Hing der oppositionelle Pro-Israelismus der frühen Jahre mit einer erbitterten Restaurationskritik zusammen, so entstand nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und vollends nach dem Sechs-Tage-Krieg eine andere Konstellation. Nun stellte sich die Springer-Presse an die Spitze der philosemitischen Kräfte und feierte den »Blitzkrieg« Israels, während die linken Studentengruppen sich von dem zionistischen Staat immer mehr distanzieren (65ff.). Kloke belegt die sozialpsychologischen Hintergründe dieser Wende durch aufschlußreiches Material aus dem Nachlaß des SDS und Zitate aus journalistischen Berichten und Kommentaren des Jahres 1967. In der Folge kam es im Bereich der Neuen Linken zu einer immer stärkeren Identifizierung mit den Anliegen der Palästinenser. Die Solidaritäts-Komitees aus dem Umfeld der K-Gruppen gingen so weit, den direkten Schlußschluß mit den kämpfenden Fedajin zu suchen. Die spannend geschriebene Darstellung des radikalen deutschen Antizionismus ist mehr als ein Beitrag zur politischen Sektenskunde der siebziger Jahre. Die beunruhigende Ausgangsfrage nach einem »linken Antisemitismus« mußte spätestens hier wieder auftauchen und den Leser auch während der Lektüre des Abschnittes über die Reaktionen auf den Libanonkrieg beschäftigen. Wenn Israel von deutschen Journalisten vorgeworfen wurde, ein »faschistischer Staat« zu sein und die »Endlösung der Palästinenserfrage« zu betreiben, so lag doch wohl die Frage nahe, ob mit einer derartigen Qualifizierung – bewußt oder unbewußt – nicht eine späte eigene Entlastung vorgenommen werden sollte. Und wenn besonders eifrige »Solidaritäts-Kämpfer« in ihrem antiisraelischen Zorn auch noch gleich die Juden im allgemeinen mitattackierten oder judenfeindliche Stereotype verwandten, so war die Grenze vom Antizionismus zum offenen Antisemitismus überschritten (103ff.). Klokes Buch versteht sich als ein Appell, den Nahostkonflikt von seinen tragischen historischen Wurzeln her zu verstehen und eine vorschnelle Parteinahme für eine der beiden Seiten zu vermeiden. Mit seiner soliden Verarbeitung der Quellen und einer umfangreichen Bibliographie schließt es eine Lücke auf dem Forschungsgebiet zur deutschen Nahostpolitik.

Matthias Morgenstern (Tübingen)

Leif, Thomas: Die strategische (Ohn)macht der Friedensbewegung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1990 (355 S., br., 58,- DM)

Leif untersucht in seiner Frankfurter Dissertation die Binnenstruktur der Westdeutschen Friedensbewegung und fragt nach den Gründen, die ihren politischen Niedergang beschleunigten. Er versucht dabei, die partizipatorischen Leistungen und Öffentlichkeitserfolge der größten sozialen Bewegung der Bundesrepublik zu

bilanzieren und in Verbindung mit möglichen Perspektiven und anderen sozialen Bewegungen zu bringen. Sein Hauptaugenmerk gilt dem Organisationszentrum der Friedensbewegung, dem sogenannten Koordinationsausschuß, der sich am 29. September 1989 aufgelöst hat. Dieser, von etwa 30 sehr heterogenen Gruppen getragene Ausschuß prägte entscheidend die Entwicklung der Friedensbewegung. Er akzentuierte die Themen und war für die Strategiebildung verantwortlich. Leif konzentrierte seine Analyse u.a. deshalb auf den Koordinationsausschuß, weil er an diesem Beispiel die in den neuen sozialen Bewegungen viel beschworene Basisdemokratie als politischen Mythos beschreiben kann.

Vor dem Hintergrund moderner soziologischer Erklärungsmodelle zur Deutung sozialer Bewegungen diskutiert Leif die Organisationsstruktur, Geschichte und konkrete Politik des Koordinationsausschusses sowie dessen Entscheidungsstrukturen. Er beschreibt ihn als einen konkurrenzlos wirkenden, abgeschotteten, effektiven Kommunikations- und Arbeitszusammenhang, der die Kreativität und Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung mit der professionellen Arbeitsweise traditioneller politischer Organisationen verband.

Trotz aller Erfolge der Friedensbewegung sieht Leif auch ihre strukturellen Schwächen, die für ihn u.a. in ihrem reaktiven Charakter liegen. Will die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ein politischer Zukunftsfaktor bleiben, so müsse sie ihren Charakter als Veränderungsmacht in den einer Gestaltungsmacht verändern.

Das Buch lehrt, daß zwischen dem Anspruch einer egalitär strukturierten Basisdemokratie und der Organisationslogik von Massenbewegungen strukturelle Diskrepanzen bestehen, die allein durch gut gemeintes Engagement und friedenspolitische Emphase nicht zu lösen sind.

Ein fast 50seitiger kommentierter Anhang dokumentiert die Geschichte der Aktionskonferenzen der Friedensbewegung zwischen 1982 und 1986.

Peter Dudek (Frankfurt)

Kiper, Manuel, und Jürgen Streich: Biologische Waffen: Die geplanten Seuchen. Gene, Gifte und Mikroben gegen Menschen. Rowohlt Verlag, Reinbek 1990 (160 S., br., 9,80 DM)

Vielleicht sogar gefährlicher als die atomaren und chemischen Waffen sind die biologischen, die »B-Waffen«: Tausende tödlicher Substanzen, von »herkömmlichen« Pest- oder Milzbranderreger über gentechnisch manipulierte Schlangengifte bis hin zu im Labor völlig neu entwickelten »Super-Viren«. Das Buch des Molekularbiologen Kiper und des Journalisten Streich gibt einen guten Überblick über dieses wenig beachtete Thema. Biologische Kriegführung, also die gezielte Verbreitung von Krankheitserregern, gab es schon im Altertum – Stichwort Brunnenvergiftung. Wegen der Gefährlichkeit solcher Versuche für die Angreifer selbst blieben sie aber – auch in den Kriegen unseres Jahrhunderts – seltene Ausnahmen. In verschiedenen internationalen Verträgen (z.B. dem »Genfer Protokoll« von 1925 oder der »B-Waffen-Konvention« von 1972) haben sich die meisten – längst nicht alle – Staaten zum Verzicht auf B-Waffen verpflichtet. Welche Staaten tatsächlich über solche Waffen verfügen, ist nicht bekannt und unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nicht kontrollierbar. Vertraglich erlaubt blieb die Forschung zur Abwehr biologischer Waffen. Solche Forschung wird, wie das Buch ausführlich dokumentiert, in vielen Staaten, auch in der Bundesrepublik, in großem Maßstab betrieben. In der Praxis ist freilich die »defensive« Forschung nur schwer von »offensiver« Forschung und der B-Waffen-Produktion selbst zu unterscheiden. Zur Entwicklung von Medikamenten

oder Impfstoffen muß man unvermeidlich mit den Bio-Kampfstoffen experimentieren oder sie sogar selbst herstellen. Da für den B-Waffen-Krieg nur relativ kleine Mengen von Mikroorganismen oder Giften benötigt werden, wäre ein Übergang von der »Abwehr-Forschung« zur Produktion einsatzfähiger Waffen rasch möglich.

Dank der Fortschritte der Gentechnik haben die B-Waffen – die ja schon immer den Vorzug hatten, »nur« Menschen zu töten, aber keine Sachwerte zu zerstören – in den achtziger Jahren unerwartet wieder das Interesse der Militärs gefunden. Der biologische Krieg ist zum ersten Mal für den Angreifer kalkulierbar geworden. So könnten neuartige, durch Genmanipulation entwickelte Krankheitserreger zugleich mit entsprechenden Impfstoffen für die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Zudem sind moderne biologische Waffen billig zu produzieren, von zivilen Stoffen nicht ohne weiteres zu unterscheiden und daher unauffällig zu lagern. Schließlich ist ihr Einsatz nur schwer nachweisbar, da es sich ja immer auch um eine »natürliche« Seuche handeln könnte. In die »Nähe der Machbarkeit« gerückt (wenn auch noch keine akute Bedrohung) sind darüber hinaus Kampfstoffe, die nur bestimmte »genetisch definierte« Menschengruppen – etwa mit anderer Hautfarbe – infizieren bzw. töten würden. Auch von einer ausschließlich »zivil« orientierten B-Waffen-Abwehr-Forschung geht, so zeigt das Buch, ein erhebliches Risiko aus. Vor allem die unbeabsichtigte Freisetzung neugeschaffener, sich selbst vermehrender Krankheitserreger könnte katastrophale Folgen haben. Ohnehin ist Abwehr-Forschung längst sinnlos geworden, da wegen der zahllosen möglichen Kampfstoffe ein wirksamer Schutz der eigenen Bevölkerung durch Impfstoffe oder Medikamente nicht mehr vorstellbar ist.

Hauptproblem einer Rüstungskontrolle bei B-Waffen sind die fließenden Grenzen zwischen ziviler und militärischer Biotechnologie. Selbst bei einem weitgehenden Verzicht auf die jetzige »defensive« Forschung und umfassenden internationalen Kontrollen, wie Kiper und Streich es fordern, bliebe immer eine »Grauzone«. Verdienst des Buches ist es, auf ein allzu lange übersehenes militärisch-technologisches Risiko aufmerksam zu machen – nicht nur auf die schreckliche Perspektive eines biologischen Krieges. Auch vom Alltag der B-Waffen-Abwehr-Forschung zur Katastrophe ist es nur ein kurzer Schritt.

Winfried Roth (Berlin)

Borchert, Jürgen: Innenweltzerstörung. Sozialreformen in die Katastrophe. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (149 S., br., 12,80 DM)

Mit der These, »daß die Probleme der Umwelt und der Innenwelt dieselben Ursachen haben und nur gemeinsam gelöst werden können« (7), leitet Borchert, Richter am Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt, sein Buch ein und weckt die Erwartung, auf den folgenden 142 Seiten würden diese Ursachen offengelegt und das aus ihnen resultierende Gesamtproblem gelöst. Um es vorwegzunehmen: diese Erwartung wird enttäuscht. Im Kern geht es um die Kritik der Rentenversicherung und ihrer laufenden Reformierung, wobei das Zusammenfallen ökologischer und sozialpolitischer Probleme sich in der Titulierung der Rentenreform als »'Buschhaus' der Gesellschaftspolitik« (91) und dem das Verursacherprinzip in bezeichnender Weise neufassenden Vorschlag der Koppelung von Altlastenaufwand und Rentenalter erschöpft: »wenn erster steigt, muß die erhöhte Belastung durch Anhebung des Rentenalters kommunizierend ausgeglichen werden.« (117)

Borchert beklagt die wachsende Asymmetrie der gesellschaftlichen Wert- und Verteilungsordnung, wobei das Verhängnis mit der Rentenreform von 1957 beginnt: »Der Nutzen von Kindern – ökonomisch gesehen, der Ertrag ihrer Arbeitskraft – wurde seit 1957 vergesellschaftet, während die Kindererziehung weiterhin Privatsache blieb.« (21) Sodann folgt ein ausführliches Referat der auf Adam Smith zurück-

geführten These von Gerhard Mackenroth (1952), wonach aller Sozialaufwand aus dem laufenden Volkseinkommen zu bestreiten ist, Kapitalansammlung und/oder interperiodische Übertragung zur Rentenfinanzierung somit realitätsferne Fiktionen sind (26ff.). »Fazit: Das einzige Deckungskapital auch für die gesellschaftlich organisierte Altersversorgung sind Kinder – im Grunde genau so wie in der vorindustriellen Epoche.« (29) Hieraus folgt wiederum die Frage nach der Charakteristik des notwendigen Generationenvertrages, in dem, so Borchert, Rentenbeiträge die »Abtragung unserer Jugendschulden an die Elterngeneration« (33) darstellen. Statt der Aufrechterhaltung einer symmetrischen Drei-Generationen-Solidarität zwischen Kindern, Aktiven und Alten findet nun immer mehr »Transferausbeutung« (36) seitens der Kinderlosen zu Lasten der »richtigen« Familien statt, wobei das gesamte Sozial(versicherungs)- und Steuerrecht noch problemverschärfend wirkt (62f.). Die Lösung soll nun – wiederum per Rekurs auf den von Mackenroth u.a. 1957 vorgelegten »Deutschen Sozialplan« – das Konzept »ökosozialer Symmetrie« (110ff.) bringen: eine Umstrukturierung zu Lasten Kinderloser, die mit »Familienausgleichskassen« (119) und einem dualen, Produktions- und Reproduktionsleistungen bei der Altersversorgung gleichwertig berücksichtigenden Rentensystem (120) eine »Vollversorgung für Elternpaare ab 2 Kindern« (121) liefern soll, wobei bestehende Rentenansprüche halbiert werden.

So richtig die von Borchert selbst mehrfach geäußerte Einschätzung des Rentenversicherungssystems als ein »vergesellschaftetes« ist, so wenig ist die Umsetzung dieser Erkenntnis in der Problemanalyse und dem Lösungsvorschlag erkennbar. An keiner einzigen Stelle werden die wichtigsten Verursacher sowohl der ökologischen Probleme, Katastrophen und Altlasten als auch der Finanzierungskrise der Rentenversicherung genannt: auf maximalen Profit und somit geringstmögliche Umweltschutz- und »Lohnnebenkosten« bedachte Unternehmen sowie ein »Sozialstaat«, der sich seiner ordnungspolitischen wie finanziellen Verantwortung in beiden Problemfeldern mit Hilfe neoliberaler Markt- und Freiheitsideologien entzieht. Und so richtig einzelne Problembefunde Borcherts zum Steuer- und Sozialsystem sind, die Zusammensetzung und die Konsequenz des »Puzzles« zeugen letztlich – exemplarisch hervortretend in dem Vorschlag, Rentner für die während ihrer Erwerbsphase von anderen angerichteten Schäden zu bestrafen (117) – davon, daß der Autor die gesamten Dimensionen »seines« Problems nicht erfassen konnte oder wollte. Allerdings läßt Borchert auch wenig Hoffnung auf Umsetzung seiner Lösungsvorschläge erkennen, wenn er seinen Hoffnungsträger verrät: »nur ein Machtwort des Bundesverfassungsgerichts könnte das Ruder also noch herumreißen« (128), jedoch »betont die staatliche Institution, die das ethische Gewissen unseres Gemeinwesens darstellen soll, diese als gemeingefährlich identifizierten Strukturen und verleiht dem Besitzstandsdenken neue Schubkraft« (133). Dagegen seien die »grün-alternativen Konzepte der Sozialreform von der Lösung der wirklichen Probleme am weitesten entfernt« (11). Näher dran erscheint Borchert das »Schwarz-Schilling-Modell« (Rentenbeiträge nach Kinderzahl, Wiedereinführung des Kapitaldeckungsverfahrens, 102ff.). Wenn uns als gesellschaftlicher Akteur der Durchsetzung ökologischer und sozialer Reformen bzw. der Verhinderung falscher »Reformen« nur eine staatliche Institution als ethisches Gewissen bleibt, dann ist es um Um- und Innenwelten schlecht bestellt.

Peter Gitschmann (Hamburg)

Filmer, Werner, und Heribert Schwan: Norbert Blüm. Econ Verlag, Düsseldorf, Wien, New York 1990 (352 S., Ln., 39,80 DM)

Norbert Blüm, der CDU-Politiker des linken Flügels, der von seiner Werkzeugmacher-Vergangenheit zehrt und die ganz normale Interessenpolitik der CDU mit religiös-sozialen Werten zu schmücken sucht, der Widerstandslinien verteidigt, wenn es um Menschenrechte geht und der als Arbeitsminister in den achtziger Jahren entsprechend liberaler Angebotspolitik nichts wesentliches gegen die Massenarbeitslosigkeit, dafür aber etliches bei der rigiden Umverteilung von unten nach oben und an der Beschneidung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten auf den Weg gebracht hat, hätte andere Bearbeiter verdient als diese beiden Fernsehjournalisten.

Keine Begebenheit im von Blüm eigens für die Medien ausgedachten Lebenslauf wird genau geprüft, sei es die vom explodierenden Weihrauchkessel bei der Beerdigung (für Nicht-Katholiken: Kaum eine am Stammtisch erzählte Meßdienerbiographie kommt ohne diese Geschichte aus), seien es seine angeblich radikalen und mutigen kurzen Jahre als Gewerkschafter und Jugendvertreter. Ein Zeitzeuge, auf den Filmer und Schwan nicht gekommen sind, schrieb vor Jahren in der Mitgliederzeitschrift der IG Metall von Blüms damaligem Schaffensdrang: So entpuppte sich der sich später als auf den Barrikaden kämpfender Interessenvertreter stilisierende Blüm als jemand, der mangels Streikteilnahme auch kein Streikposten sein konnte. Im übrigen hätte er sich damals bei der Betriebsleitung um die Förderung von Seifenkistenrennen bemüht und zum 1. Mai mit seinem komödiantischen Talent das »Beiprogramm« erfolgreich gestaltet.

Die Autoren geben sich keine Mühe, wenigstens an einem Sachverhalt über die Hintergründe, Rahmenbedingungen, Folgen, Begleitparolen sowie Interessenbezüge des Handelns von Blüm, seiner Partei und seiner Koalition gründlich zu informieren. Blüms Position zur Massenarbeitslosigkeit z.B. und sein Verniedlichen und Subjektivieren des Problems hätte da nahegelegen. Oder der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, bei dem dann auch die unrühmliche Rolle von Blüms Sozialausschüssen deutlich geworden wäre. Ein dutzendmal wird der § 116 von politischen Mitstreitern und Gegnern erwähnt, nirgendwo kann sich der Leser über die Einzelheiten dieser von Unternehmerintessenten eingebrachten und von der CDU und Blüm willfährig durchgeführten Verschlechterung der Streikbedingungen der Gewerkschaften informieren (skizzenhaft noch am besten in den Beiträgen von Farthmann und Fuchs). Allerdings ist Filmer und Schwan klar, daß es auch bei Blüm um Macht für seine Gruppe und für ihn selbst geht. Und daß das Instrument dafür weniger die behauptete vorausschauende und Gerechtigkeit anstrebende Politik ist, sondern die oberflächliche Akzeptanz beim Publikum, wo Späße besser ankommen als Arbeit, wobei im Falle Blüm bei zeitweiliger Ernsthaftigkeit der Verdacht, daß das eigens einstudiert worden ist, nicht von der Hand zu weisen ist.

Fazit: Für Sammler von Blüm-Anekdoten bringt das Buch einige Ergänzungen. Für Theoretiker der hiesigen Staatsgesellschaft, die von der Dominanz von Wirtschaftsinteressen, der Illuminationsfunktion des linken Flügels der CDU und einer relativ harmonisch miteinander auskommenden politischen Klasse der Bundesrepublik ausgehen, finden sich etliche Belege.

Hans-Dieter Bamberg (Berlin)

Ellwein, Thomas, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*. Band 2. Nomos Verlag, Baden-Baden 1989 (494 S., Ln., 79,- DM)

Mit dem Jahrbuch ist der anspruchsvolle Versuch unternommen worden, die auf unterschiedliche Disziplinen verteilten Diskussionen zu bündeln und in ein verwaltungswissenschaftliches »Paradigma« zu integrieren. Die Gliederung des zweiten Bandes umfaßt längere Abhandlungen, Berichte aus dem Ausland, ein (Diskussions-) Forum, Forschungsberichte und Literaturübersichten. Die 21 Beiträge verbinden methodische und theoretische Überlegungen mit empirischem Material sowie praktischen Problemen.

Substanzielle Fragen der Staats- und Verwaltungsforschung werden in Untersuchungen zur Entwicklung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland (Becker), staatliche Institutionenpolitik im internationalen Vergleich (Hesse/Benz), Theorie und Empirie des »Dritten Sektors« (Ronge) und zur Neuorientierung des Führungsbegriffs (Siedentopf) behandelt. So überprüft Becker den Gemeinplatz, daß die öffentliche Verwaltung ein Produkt historischer Entwicklung sei. Dazu greift er auf organisations- und innovationstheoretische Erkenntnisse zurück und stellt die Entwicklung institutioneller Muster der Verwaltungen von Bayern, Preußen, Hamburg und auf nationaler Ebene dar. Daraus gewinnt er eine Typologie von historischen Entwicklungen (31ff.), die zwischen radikaler Neukonstruktion, graduellen Reformen und Zerstörung ein breites Spektrum an Ausprägungen erfaßt. Dabei ergibt sich, daß Neukonstruktionen meist am Anfang von Entwicklungslinien stehen, oder dann auftreten, wenn der Verwaltungszustand bzw. ein institutionelles Merkmal ein hohes Alter erreicht hat; mit beiden Fällen korreliert das Vorhandensein eines Innovators. Evolutionäre Innovationen sind dagegen verbunden mit: »Schlechterfüllung als Auslöser und dem Nichtvorhandensein eines Innovators und ambivalenten Kultur- und Support-Zuständen und nicht wahrnehmbaren Kostenfolgen und kriegslosen Zuständen und einem relativen Alter der jeweils veränderten Verwaltungszustände von unter 20 Jahren« (61). Hesse/Benz vergleichen die »public sector politics« (75) in Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik; im Mittelpunkt steht die Modernisierung der territorialen Komponente der Staatsorganisation. Dabei entdecken sie divergierende Dezentralisierungsverständnisse: In Frankreich geht es um eine erweiterte politische Selbstverwaltung der dezentralen Gebietskörperschaften, in den USA und Großbritannien eher um die Förderung nicht-staatlicher Formen der Selbsthilfe; »in der Bundesrepublik vermischen sich beide Interpretationsrichtungen zu einer kaum greifbaren, abstrakten Formel« (81). Solche Modernisierungsansätze sind vor dem Hintergrund institutioneller Ausgangsbedingungen (hier: Unitarismus versus Föderalismus) zu sehen, und sie stehen im Kontext von unterschiedlichen politischen Auseinandersetzungen und Strategien. So hat in Großbritannien die Regierung Thatcher eine Machtstrategie verfolgt, um besonders die Kommunen an die Kandare zu nehmen, während in den drei anderen Ländern eine stärkere Konsensorientierung aufzufinden ist (89ff.).

Im Mittelpunkt des Forums steht die »Ökologische Modernisierung des Industriestaates«. Die Beiträge der Umweltminister Töpfer und Matthiesen beschreiben die wichtigsten politischen Maßnahmenbündel und Instrumente, während von Lersner auf rechtliche und verwaltungspraktische Aspekte eingeht. Von Fürst/Henke wird die Fragestellung verallgemeinert zu einer »Auseinandersetzung mit dem Staat« (305), die über die Umweltproblematik hinausreicht. Die Voraussetzungen und Herausforderungen staatlicher Politik haben sich grundlegend gewandelt: Neue Knappheiten, Ängste, die Notwendigkeit neuen Denkens (in systemischen, vernetzten und

synergetischen Kategorien) sowie Organisationsbedarfe in komplexen Handlungsfeldern kennzeichnen das Terrain (306ff.). Dabei reicht eine Modernisierung des Staates in Anlehnung an die Privatwirtschaft nicht aus, denn für den »politisch-administrativen Bereich haben immaterielle Faktoren wie Vertrauen, Motivation zur Mitwirkung von Betroffenen, Erwartungssicherheit, symbolisches Problem-Management etc. eine kaum zu überschätzende Bedeutung« (310). Die sich abzeichnenden Steuerungsformen wie kooperativer Staat, Selbststeuerungssysteme und neue Kontroll- und Ordnungsfunktionen sind vor allem durch Dialog und Kommunikation gekennzeichnet, situativ angelegt und erzeugen keine generellen Problemlösungen; sie sind allerdings auch nicht frei von Widersprüchen und Problemen. Insgesamt betrachtet, stellt nach Ansicht der Autoren der Wandel zum »Orientierungsstaat« (318) nicht nur die Praxis, sondern auch die Staatstheorie vor neue Herausforderungen.

Die weiteren Beiträge des Jahrbuchs gehen auf die längerfristigen Wirkungen der Reformen unter Präsident Reagan (Heclo), der Verwaltungspolitik Margaret Thatchers (Rose) und die politisch-administrativen Veränderungen des Jahres 1987 in Polen (Letowski) ein. Ebenso werden das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Scharpf), das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (Kocka/Sprenger) vorgestellt. In Form von Sammelbesprechungen wird schließlich versucht, den Ertrag von Politikbereichsanalysen zu sondieren. Behandelt werden wichtige Neuerscheinungen in den Feldern Wirtschafts- und Industriepolitik (Schlieper), Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik (Keller), Infrastrukturpolitik (Roters), Umweltpolitik (Zimmermann), Sozialpolitik (Murswieck), Informations- und Kommunikationspolitik (Lückefett) sowie Kulturpolitik (Pankoke).

Das Jahrbuch informiert über wichtige Arbeiten und Ansätze in der Verwaltungsforschung; es bietet Anknüpfungspunkte für Politologen und Soziologen, die sich mit Staat und Politik beschäftigen. Die Gliederung und das präsentierte Themenspektrum des zweiten Bandes sind repräsentativ für den Forschungszweig.

Josef Schmid (Bochum)

Georges Labica
**DER MARXISMUS-
 LENINISMUS**
 Elemente einer Kritik

ARGUMENT

Georges Labica
Der Marxismus-Leninismus
Elemente einer Kritik

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

144 Seiten, br., 18,- DM

VerfasserInnen

A: = Arbeitsgebiete, V: = Veröffentlichungen, M: = Mitgliedschaften

Anderson, Benidect, 1936; Professor für Government und Asian Studies und Direktor des South-East Asian Program an der Cornell University, New York. V: *Die Erfindung der Nation* (1988)

Auernheimer, Georg: siehe *Argument* 185

Bialas, Wolfgang, 1954; Dr. sc.phil., Wiss. Mitarbeiter beim Institut für deutsche Geschichte an der Akad. d. Wiss. der DDR. Redakteur des *Argument*. A: Kritische Theorie, Klassische deutsche Philosophie, Geschichtsmethodologie

Bidet, Jacques, 1945; Maître de conférences (Philosophie) an der Universität Paris-X, Mithrsg. der Zeitschrift *Actuel Marx*. V: *Que faire du Capital?* (1985); *Théorie de la modernité* (1990)

Bamberg, Hans-Dieter, 1942; Prof. Dr., Hochschullehrer für Sozialwiss. an der FH für Sozialarbeit und Sozialpäd. Berlin. V: *Der Muntermacher. Aufstieg und Aussichten, Aktivitäten und Ansichten des Norbert Blüm* (1987)

Damerau, Burghard, 1961; Studium der Literaturwiss. und Philosophie an der FU Berlin. A: Erkenntnistheoretisches und ethisches in der Literatur

Dießner, Werner, 1957; Dr. phil., Wiss. Assistent an der Univ. Leipzig, Sektion Philosophie. V: *Einige Aspekte der Gesellschaftstheorien von Kant und Hegel* (Mitautor, 1988); *Einige Bemerkungen zur Formel von der Ausdehnung des Materialismus auf das Gebiet der Gesellschaft im Prozeß der Herausbildung des Marxismus* (1989).

Feldmann, Carsten, 1962; M. A. A: Moderne französische Literatur, Adorno

Frank, Andre Gunder, 1929; Dr. Dr., Prof. f. Entwicklungsökonomie und Sozialwissenschaften an der Univ. van Amsterdam. V: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika* (1961); *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie* (1978); *Widerstand im Weltsystem* (1990). A: Dritte Welt, Lateinamerika (»Entwicklung von Unterentwicklung«); Geschichte des Weltsystems; Krisentheorie

Galander, Ehrenfried, 1949; Dr. sc., Prof. f. Politische Ökonomie an der Univ. Halle. A: Marx-Engels-Forschung. M: GEW

Gamm, Hans-Jochen, 1925; Dr.phil., Prof. f. Erziehungswiss. an der TH Darmstadt. V: *Allgemeine Pädagogik* (1979); *Das pädagogische Erbe Goethes* (1980); *Materialistisches Denken und pädagogisches Handeln* (1983). A: Allgemeine Pädagogik/Historische Pädagogik

Gehrmann, Thomas, 1952, M. A., Volkskundler im Faunprojekt Frankfurt a. M.. A: Sportethnologie, Psychohistorie. M: Deutsche Gesellschaft für Volkskunde

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, 1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, 1975); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur* (1980); *Der Zeitungsroman* (Realsatire, 1980); *Pluraler Marxismus* (1985/87); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986); *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt* (1987); *Gorbatschow – Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken* (1989); *Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen: Das Perestrojka-Journal* (1990)

Hickethier, Knut, 1945; PD Dr., Hochschullehrer f. Medienwiss. an der Philipps-Univ. Marburg. V: *Filmgeschichte schreiben* (Hrsg., 1988); *Fernsehtheorien* (Hrsg., 1991); *Medien/Kultur* (Mithrsg., 1991). A: Medienwissenschaft

Honold, Alexander, 1962; M. A., Wiss. Mitarb. an der FU Berlin. V: *Diskursanalytische Überlegungen zu Musils »Der Mann ohne Eigenschaften«* (1988); *Auf Spurensuche im Medienmüll: Thomas Pynchons Roman »Die Versteigerung von No. 49«* (Mitautor, 1991). A: Literaturtheorie, Geschichtsdarstellung im Roman

Jehle, Peter: siehe *Argument* 185

Jensch, Markus, 1968; Studium der Philosophie und der Romanistik an der FU Berlin

Kaldor, Mary, 1946; Friedensforscherin an der Science Policy Research Unit, University of Sussex. V: *The Imaginary War. Understanding the East West Conflict* (1990)

Kramer, Dieter, 1940; Dr., Univ. Doz., Oberkustos am Museum für Völkerkunde Frankfurt/M., Privatdozent in Wien. V: *Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft* (1975); *Theorien zur historischen Arbeiterkultur* (1987); *Tourismuspolitik* (1990). A: Kulturtheorie und -politik, europäische Ethnologie, Tourismus

Kramer, Sven, 1961; M.A. V: *Ästhetik Revolte Widerstand* (Mithrsg., 1990)

Laugstien, Thomas: siehe *Argument* 185

Morgenstern, Matthias, 1959; wiss. Ass. an der Univ. Tübingen. V: *Kampf um den Staat – Religion und Nationalismus in Israel* (1990); *Syrien zwischen Golfkrise und Perestrojka* (1991); *Arabischer Antijudaismus* (1991). A: Judaistik, jüdisch-christl. Dialog, Nahostkonflikt, Staat und Religion in Israel

Perthes, Volker, 1958; Dr.sc.pol., V: *Staat und Gesellschaft in Syrien, 1970-1989* (1990). A: Naher Osten, Dritte Welt

Reich, Kersten, 1948; Prof. Dr., Prof. f. Allgemeine Pädagogik an der Univ. Köln. V: *Häuser der Vernunft – Gespräche mit Philosophen des Abendlandes* (1988); *Zweifeln bis zum Tor der letzten Herrschaft – Chinas Intellektuelle zwischen Demokratie und Despotismus* (Mitauteur/Mithrsg., 1989). A: Philosophie der Erziehung, Vergleichende Pädagogik (China), Allg. Pädagogik

Roth, Winfried, 1952; Dipl.-Volkswirt, freier Journalist. V: *Orlando Wardones: »Mensch, du lebst noch!« Ein Chilene erzählt* (Hrsg., 1989). A: Politik, Wirtschaft, Kulturgeschichte

Schmid, Josef, 1956; Dr.rer.soc.; wiss. Ass an der RU Bochum. V: *Die CDU* (1990); *Aufbrüche: Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen* (Mithrsg., 1990). A: Parteien, Verbände, Vergleichende Politikforschung, Neue Technologien

Schneider, Michael, 1943; Dr. phil., freier Schriftsteller und Publizist. V: *Den Kopf verkehrt aufgesetzt* (1981); *Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom* (1985); *Das »Unternehmen Barbarossa«* (1990). A: Geschichte des 2. Weltkrieges, sowjet. Geschichte, deutsche Literatur (u. Kritik). M: Deutsches PEN-Zentrum, Deutsche Gesellschaft, Deutsch-Sowjetische Gesellschaft

Schneider, Norbert, 1945; Dr. phil., Prof. f. Kunstgeschichte und ihre Didaktik an der Univ. Münster. V: *Jan van Eyck, Der Genter Altar* (1986); *Studien zum Werk des Petrarcameisters* (1986); *Stilleben, Realität und Symbolik der Dinge* (1989). A: Kunstgeschichte, Ästhetik, Kulturtheorie

Suny, Ronald, Professor für Geschichte an der University of Michigan, USA. V: *The Baku Commune, 1917-1918. Class and Nationality in the Russian Revolution* (1972)

Vogl, Jörg-Michael, 1954; Gesamtschullehrer. A: Parteientheorie

Wagner, Bernd, 1948, Journalist. A: Kulturpolitik, Kulturtheorie

Weberling, Anja, 1965; Studium der Geschichte und Psychologie. V: *Politik der Frauen in der Französischen Revolution*, in: *Argument* 176 (1989)

Willing, Gunter, 1953; Dr. sc., wiss. Oberass. an der Univ. Halle. A: Marx-Engels-Forschung. M: GEW

Zapata, Martha Isabel, 1957; Lehrerin, z.Zt. Studium der Philosophie an der FU Berlin

blätter des iz3w

171 '91

Probleme und Perspektiven Südostasiens

Bundesdeutsche Soliarbeit für Südostasien

Japan und Südostasien

Die Rolle des Militärs auf den Philippinen

Länderporträt Laos

Malaysias wirtschaftliche Zukunft

Bücher zur Kultur und Politik in Asien

Libanon: Der Lohn für Asads Golfpolitik

Palästina: Die arabische Linke muß stärker werden

Paraguay: Landprobleme nach dem Ende der Diktatur

Frauen: Die Ideologie von der fremden Frau

Südafrika: Für ein neues Bildungssystem

Nordkorea: Nordkorea und die Großmächte der Region

Solidaritätsbewegung: 20 Jahre blätter des iz3w

Religionen und Politik: Sekten in Lateinamerika

Kino: Syrische und palästinensische Filme

Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (ermäßigt 40 DM). Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 7800 Freiburg i. Br.

links

Sozialistische Zeitung

3 '91

L. Lodovico: Der Krieg in den Köpfen

C.-W. Macke: Große Worte und kleine Zweifel. Über merkwürdige Bündnisse an der »Heimatfront«

AG Wissenschaftskritik Mainz: Der Krieg, die Vernunft und die Linke

F. Langer: »Zeit ist Blut«. Redebeitrag auf der Bonner Friedensdemonstration

J. Beck: Zur Logik des Krieges. Vorläufige Fragen auf fragwürdige Antworten

Deutsch-israelischer Arbeitskreis: Offener Brief an die israelischen Friedenskräfte

M. Massarrat: Krieg der Kulturen

E. Senghass-Knobloch: Bewährungsprobe für die Weltgemeinschaft

F. Reusswig: Versuch, den Westen zu verstehen. Zur Bedeutung des Krieges bei Kant und Hegel

Th. Ferguson: Ökonomische Anreize des Krieges

J. O'Connor: US-amerikanische Kriegspolitik am Golf

L. Miracle/A. Gresh: Europa gehört zu den Verlierern. Die Polle Europas im Golf-Konflikt

21. Jg. 1991

Redaktion: N. Apostolidou, D. Behrens, P. Bonsvita-Lindloff, H. Burgwinkel, D. Claussen, D. Diner, J. Esser, C. Görg, H. Grün, J. Hirsch, P.-E. Jansen, P. Kern, H.-D. Köhler, E.-M. Krampe, T. Kunz, L. Lodovico, R. Pusch, S. Reinfeldt, F. Schneider, R. Studhammer, A. Werle. – AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenbach 1. – Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahresabo 62 DM, incl. Verand. – Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach 1

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

2 '91

Aktuelles

Th. Krapf: Israel zwischen Intifada und Golfkrise

D. Boden: Der KSE-Vertrag

T. Lessing: Rrrausverkauf im Ostladen

H. Kern: Die Transformation der östlichen Industrien

Die gefährdete Modernisierung – Parteien '91

Gespräch mit W. Zhierse: »Dolmetscher zwischen West- und Osteuropa«

Gespräch mit H. Wiczorek-Zeul: Solidarität und Zivilität

D. Roth: Ein Parteiensystem im Wandel?

P. Lapp: die ehemalige DDR-CDU – die »Abteilung Christen« der SED?

K. Schacht: Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft

Th. Schiller: Die FDP nach dem Beitritt: Gestärkt auf wackligen Beinen

G. Nowakowski: Wer schützt die Grünen vor sich selbst?

Kontrovers

H. Brücker: Im Osten nichts Neues?

Kultur

R. Weiland: Naturrecht und Rechtsstaat

N. Rähzel/R. Miles: Migration und Nationalstaat

D. Castner: Ein Prediger des Fleischesliebe

38. Jg. 1991

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Hans-Jochen Vogel. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90 DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

kultuRRRevolution

zeitschrift für angewandte diskurstheorie

1 '91

Historische Analogien

J. Link: Historische Analogien: Strukturen und Funktionen

J. Schulte-Sasse: Saddam Hussein als Hitler
R. Parr: Bismarck-Mythen – Bismarck-Analogien

R. Faber: Zur Rekonstruktion des Brechtschen »Cäsar«-Romans

M. Schuller: Wiederholen, Vergessen. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte von Karl Marx. Randnotizen

D.S. Milo: Für eine experimentelle Geschichte oder Die fröhliche Geschichte

N. Wagner: Teufliche Geschichte(n). Zur politischen Logik der Wiederkehr der Weimarer Republik

Th. Illscheid: Völkische Germanistik in Deutschland 1933-45 und ihr Bild der Goethezeit

L. Schulte-Sasse: Friedrich der Große und Hitler

Materialien: Die Bundeswehr vor dem Durchbruch in die Dritte Welt. Ein Lehrstück über Operativität und Prognostische Kapazität der »kultuRRRevolution«

Plädoyer für eine neue Friedensbewegung
»No Germans to the front« in 9 Thesen

J. Link: Vorschlag zu Handlungsmöglichkeiten beim Problem Bundeswehr in die Dritte Welt

M. Schuller: Zeitmaschine. Zum Ende der DDR

F. Becker: Sachlichkeit und Sport. Politische Kulturforschung am Beispiel der Weimarer Republik

Hrsg.: Jürgen Link und Ulla Link-Heer. Redaktion: ruhr-VALK (= Ruhr-Verband angewandte Literatur- und Kulturtheorie). - Erscheint zweimal jährlich. Einzelheft 15 DM, Jahresabo 27 DM. - Redaktion: Kampfstraße 11, 4320 Hattingen 16 - Klartext Verlag GmbH, Viehofer Platz 1, 4300 Essen 1

★ PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK



Zeitschrift für
Sozialistische
Politik & Wirtschaft

4 '90

I. Eberfeld: Alterssexualität oder 78 Jahre Sexualität einer Frau. Eine Fallgeschichte

W. Mader: Der Mythos des Narziß und das Altern

H. Dießenbacher/M. Wambach: Sollen wir unserer Pflicht, gehorsam zu sterben, in jedem Falle nachkommen? Ein Dialog über Sterbevarianten

G.A. Straka/Th. Fabian/J. Will: »Berufsverbot« mit 65? Plädoyer für flexible Altersgrenzen

Th. Fabian/G. Straka/K. Karayilmaz/J. Will: Rückkehr in die Heimat oder Verbleib in der Bundesrepublik? Deutschland als zentrales Lebensthema älterer Türken

1 '91

G. Zurhorst: Die Erneuerung der philosophisch-anthropologischen Grundlagen der Psychologie

H. Leggewie: Krise der Psychologie oder Psychologie der Krise?

E. Jaeggi: Der kritisch forschende Praktiker

J. Körner: Für eine Rückkehr der Psychoanalyse in die Psychologie!

P. Mattes: Institutionelle Bedingungen paradigmatischen Beharrens

G. Rexilius: Theoretische Grundlagen und Perspektiven einer kritischen Psychologie

Herausgeber: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V. – Redaktion: Ruth Großmaß, Siegfried Grubitzsch, Peter Mattes, Frank Nestmann, Christiane Schmerl. – Erscheint mit 4 Heften im Jahr. Einzelheft we DM, Doppelheft 18 DM, Jahresabo 40 DM (Stud. u.a. 34 DM) – Redaktion: Bürgerbuschweg 47, 2900 Oldenburg

1 '91

U. Briefs: Herausforderungen für die Linke und die PDS?

R. Krämer: Opportunismus gegenüber neo-konservativem Zeitgeist

J. Schuster: Startschuß für eine neue Qualität der EG-Integration?

O. Brosch: Die Rock 'n 'Roll-Populisten Bericht zum Vereinigungskongreß

Interview mit E. Fehrmann: Können Yuppies solidarisch sein ?

Debatte

K. Dörre: Zivilgesellschaft und demokratische Frage

S. Kebir: Die Internationalisierung der »Zivilgesellschaft«

K.H. Tjaden: Wir brauchen eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme

D. Albers: 1989-1917: Diesseits des Sozialismus

O. Brosch: Replik zu Hilgers/Sauer in *spw* 56

Interview mit W. Janka

14. Jg. 1991

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Oliver Bosch, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Josef Hindeis †, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Susi Möbbeck, Ursula Pausch-Gruber, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann, Birgit Zoerner. – Redaktion: Ingo Arend, Florene Guesnet, Uwe Kremer, Mathias Machnig. – Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM. Redaktion und Verlag: Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

6 '90

Zeitfragen, Kommentare

- A.-A. Guha: Die Golf-Krise oder die Unzulänglichkeit des politischen Denkens
K. Naumann: Können Völker glücklich sein? Von der demokratischen Revolution zum demokratischen Alltag
M. Furet/J. Holzapfel: Die Eingliederung der ostdeutschen Landwirtschaft in die EG
K.-D. Hoffmann: Kokainproduktion und Unterentwicklung
A. Pfahl-Traugber: Der Rechtspopulismus des Jörg Haider
P. Ciupke/N. Reichling: »Neuaufbau deutschen Geisteslebens«? Stationen historischen Bewußtseins und politischer Bildung nach Auschwitz

Essay

- C.-W. Macke: Wegräumen und vergessen. Über nachwirkende Kindheitsmuster

Thema: Theorie am Scheideweg?

- J. Seifert: Fragmentierte Politik. Ein Entwurf
W.-D. Narr: Klimmzüge der Ethik
D. Runze: Theorie ohne Perspektive?
S. Papcke: Gesellschaft ohne Subjekt? Über die Systemästhetik von Niklas Luhmann
M. Buckmiller: Sozialismus – das Ende einer Utopie?

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. – Redaktion: Dieter Hoffmann. – Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zuzgl. Versand. – Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

Berliner Debatte
INITIAL

Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs

2 '91

Umstrittene Geschichte. Beiträge zur Vereinigungsdebatte der Historiker

Hrsg. für den Heftschwerpunkt: W. Geßner

- K.H. Jarausch: Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus
G.G. Iggers: Geschichtswissenschaft und autoritärer Staat
J. Kocka: Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise
C. Kleßmann: DDR-Historiographie aus bundesrepublikanischer Sicht
W. Küttler: Zum Platz der DDR-Historiographie in der »Ökumene der Historiker«
B. Florath: Mnemosyne war die Pille verschrieben oder über die Schwierigkeiten der Historiker, sich selbst zu begreifen
P. Hübner: Zur zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in den neuen Bundesländern
P. Schäfe: USA-Geschichte in der früheren DDR
R. Possekkel: Strategien im Umgang mit dem Dogma: Die geschichtstheoretische Diskussion in der DDR
F. Hauer: Max Weber-Rezeption und Kritik in der DDR-Geschichtswissenschaft
J. Peters: Über Historiker-Verhalten
Erklärung des Verbandes der Historiker Deutschlands
S. Wölle: Das Versagen der Historiker
R. Eckert/J. John: Über Anpassungs- und Veränderungstendenzen in der DDR-Geschichtswissenschaft
F. Klein: Ist Zerschlagung Erneuerung?
J. Rösen: Gedanken zum Umgang der Historiker miteinander

Hrsg. vom Verein Berliner Debatte INITIAL e.V., Otto-Nuschke-Str. 10/11, O-1086 Berlin. Erscheint zweimonatlich. Jahres-Abonnement 7,- DM pro Heft. Redaktion INITIAL: Postfach 1333, O-1086 Berlin

Z.

Zeitschrift für marxistische Erneuerung

2 '90

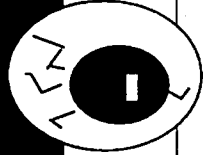
- H.J. Sandkühler: Marxismus?
- G. Labica: Kritische Bilanz
- K. Peters: Theorie der Befreiung
- G. Fülberth: Radikale Linke
- J. Hetscher: DKP: Hängen im Schacht?
- F.O. Wolf: Grüne Politik
- G. Hesselbein: Erkundungen und Optionen
- H. Zander: Die Nacht der Bleistifte
- H. Jung: Die DDR und wir
- W. Jantzen: Subjekt und Kollektiv

Marxismus: Erneuerung und Aktualisierung

- J. Reusch: Golf-Krieg und deutsche Linke
- J. Reusch/A. Leisewitz: Zusammenbruch des »realen Sozialismus« und marxistische Theorie
- F. Deppe: Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der marxistischen Theorie
- H. Sandkühler: Zum Status marxistischer Theorie heute
- J. Bischoff: Sozialistische Vergesellschaftung: Markt statt gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion?
- W. Goldschmidt: Vergesellschaftung
- M. Menard: Gesellschaftliche Steuerung und Privatinteresse
- K.H. Tjaden: Marx, der Müll und der Fortschritt
- Th. Mies: Die Kategorie der doppelten Produktion des Lebens
- U. Beer: Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität
- L. Peter: Marxismus und Subjektfrage
- H. Jung: Gorbatschowismus, »neues Denken« und die Realität

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden). Redaktion: A. Engelhardt, H. Jung. Erscheint viermal jährlich. Einzelheft 15 DM, Jahresabo 45 DM. Redaktion und Vertrieb: Z. - Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1

Heften
Sie
Ihr



auf
diese
Seite

AN.SCHLÄGE

Feministisches Magazin für Politik,

Arbeit und Kultur

Unser Blick auf die Welt ist eindeutig, aber vielseitig. Ihr Auge erblickt diese Seite und Sie möchten mehr erfahren. AN.SCHLÄGE kosten nicht Welt, aber Sie haben die Welt im Auge.

Jeden Monat. Schwarz auf Weiß. Mit ein bißchen Rot. In der guten Frauenbuchhandlung. Oder im Abo, pünktlich mit der Post.

Jahres-Abo (11 Hefte) zu öS 330,- oder ins Ausland zu DM 65,-

Schnupperabo (3 Nummern) zu öS 50,- (nur Inland!)

Abo-Bestellungen an
AN.SCHLÄGE
A-1080 Wien, Postfach 172

Kunst und Antifaschismus



Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste

Hrsg. von Jutta Held
Schriften der
Guernica-Gesellschaft
Bd. 1

Dieser Band ist der erste einer Schriftenreihe der Guernica-Gesellschaft im Argument-Verlag.

Antifaschistische Kunst und Antikriegskunst werden an keinem Ort der BRD systematisch gesammelt oder dokumentiert. Deswegen sind viele Künstler vergessen, die im Widerstand gegen den Faschismus oder im latenten Konflikt zu ihm leben und arbeiten mußten. Ziel der Guernica-Gesellschaft ist es, sich der in Vergessenheit geratenen oder in Vergessenheit gebrachten antifaschistischen Kunst anzunehmen, sie zu erforschen

und zu dokumentieren. Gilt es doch, die Traditionen und Erfahrungen eines Kunstschaffens lebendig zu halten, das aus dem Widerstand gegen Krieg und Faschismus hervorgegangen ist.

In diesem Verständnis hat der erste Band der Reihe programmatischen Charakter: Der Spanische Bürgerkrieg, Guernica zumal, signalisierte weltweit die drohende Gefahr des Faschismus. Wohl kaum ein anderes Ereignis des 20. Jahrhunderts hat die Künstler deswegen so herausgefordert.

Erst aufgrund sehr genauer Rekonstruktionen lassen sich Fragen sinnvoll stellen, beispielsweise die nach einer Logik der Reaktionen auf die Bedrohung durch Faschismus und Krieg, danach, in welcher Weise die Künstler diese Bedrohung reflektierten und ihr gegenüber Widerstand leisteten.

Der vorliegende Band kann hierbei nur einen Anfang markieren. Versammelt sind Forschungen unterschiedlicher Richtung. Einen Schwerpunkt bilden neue Analysen und Materialien zu Picassos Werken zum Spanischen Bürgerkrieg, insbesondere zu seinem »Guernica«-Bild.

Autoren des Bandes sind — neben der Herausgeberin — u. a. Reinhard Kühnl, Harald Olbricht, Peter H. Feist, Reiner Rumold, Walther L. Bernecker.

67 Abb., ca. 250 S., DM 34,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Summaries

Mary Kaldor: War of Imagination

The cold war was a way of organising global relations. The Fordist variant of capitalism and the stalinist, or post-stalinist, variant of socialism nurtured each other by means of an imaginary war. The military technology and the concepts developed within this era (and used in the Gulf war), reflect the style and missions of the second world war, yet the balance of the world economy and, with the collapse of communism, the political regulation of global relations has changed dramatically. Thus, the Gulf war can be described as a struggle to establish a form of political regulation of the post-Fordist world economy that retains Fordist political institutions.

Andre Gunder Frank: Political Economy of the Gulf War

The United States rushed into War in the Gulf in a probably vain attempt to shore up its declining power on the world stage one last time by the only means it has left and knows how to use – its military power. However, without an adequate economic base, military power is insufficient to keep a great super power afloat. It is not for nothing that Paul Kennedy became a bestseller when he wrote that foolish military overextension beyond the economy's means to support it is the basis of *The Rise and FALL of the Great Powers*.

Benedict Anderson: The Making of Nations by the Colonial State

The modern nation states in Southeast Asia derived their models of nationalism not so much from Europe but from certain ideological institutions of the colonial states which were their predecessors. Consensus, map and colonial archaeology formed a pattern which dissolved traditional categories and boundaries of the precolonial era and guaranteed the imaginary identity of the emerging modern nation states.

Ronald Suny: Socialism and Ethnic Conflict in Transcaucasia

In the early part of this century both Bolshevism and Menshevism had many thousands of adherents in the Transcaucasus. Revolutionary opposition to the Tsars channelled the aspirations both of a vigorous young worker's movement and of the region's mosaic of various oppressed nationalities. Nearly seven decades of Soviet rule have forged a militant sense of nationhood. Partly in consequence, the former strongholds of proletarian cosmopolitanism have now been buried by increasingly homogeneous national groupings.

Thomas Gehrmann: Soccer and Nationalism

Soccer in its political expressions often is nationalist and racist. But the idea of rightwing political ideology being brought into the football-scene from outside misses the essential link between both. The key of understanding the hidden contents of football in general and particularly its nationalist political expressions is to watch out for the most obvious: the fact, that football supporters are a male peergroup.

Michael Schneider: From the State Enterprise to the Deutschmark Colony

The author compares the official political lies about the German reunification with their obscene results: The precipitated »Economic and Financial Union« leads to a destruction of East German industry. While an increasing number of East Germans, who have lost their jobs, is menaced by pauperisation, the property and real estate »owned by the People« of the former GDR is expropriated by West German banks and big corporations.

Wolfgang Bialas: GDR National Identity in Turmoil

Even after it ceased to exist, the GDR continues to live on in the biography of its people. Fundamental change and reunification are symptomatically traced through the psycho-social effects of the upheaval. The article focuses on various ways of confronting one's own history and the consequences thereof. The discussion includes the identity crises characteristic of East-German sociologists.

Anja Weberling: Criticizing Technology and The Relationship Between the Sexes

Analyzing the debate on rationalization during the Weimar Republic the article focuses on how both the collapse of the euphoria surrounding rationalization and the absolute faith in technology were dealt with at the time of a worldwide economic crisis. It raises the question of how women's aspirations and experiences have found their way into distinct forms of technology criticism even today.

Soziale Bewegungen und Politik

Scholl-Latour, Peter: Das Schwert des Islam (*G.Auernheimer*) 190
Evers, Hans Dieter, und Tilman Schiel: Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt (*J.M.Vogl*) 315
Senghaas, Dieter (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt (*V.Perthes*) .. 317
Kloke, Martin: Israel und die deutsche Linke (*M.Morgenstern*) 319
Leif, Thomas: Die strategische (Ohn)Macht der Friedensbewegung (*P.Dudek*) 320
Kiper, Manuel, und Jürgen Streich: Biologische Waffen: Die geplanten Seuchen (*W.Roth*) 321
Borchert, Jürgen: Innenweltzerstörung. Sozialreformen in die Katastrophe (*P.Gitschmann*) 322
Filmer, Werner, und Heribert Schwan: Norbert Blüm (*H.-D.Bamberg*) 324
Ellwein, Thomas, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft. Bd.2 (*J.Schmid*) . 325

<h1 style="margin: 0;">PERSPEKTIVEN</h1> <p style="margin: 0;">ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE</p>		
<p>Nr. 8</p> <p>Gewendete Rechte: ewiggestrig oder visionär</p>		
<p>Herrschaftsverhältnisse im Faschismus (Albert Scharenberg), Modernisierung und westeuropäischer Rechtsextremismus (Volker Finthammer/Jörg Neumann), Das Frauenbild der neuen Rechten (Sabine am Orde), Soziale Basis und Ideologie der REP (Franz-Josef Paulus), Multikulturelle Gesellschaft? (Sabine Lingelbach), Erfolgreicher Antifaschismus (Niels Lange u.a.)</p> <p>Außerdem aktuelle Debatten: Die PDS und westliche Linke (Christiane Reymann), Golfkrieg und Friedensbewegung (Claudia Berndts/Niels Petring)</p> <p style="text-align: right;">ca. 72 Seiten; 6,- DM</p>		
<p>Noch erhältlich:</p> <p>Sonderheft 1: Antonio Gramsci (3. Auflage; 68 Seiten; 6,- DM)</p> <p>Sonderheft 2: Walter Benjamin (76 Seiten; 6,- DM)</p> <p>Nr. 4: Feminismus-Marxismus (2. Auflage; 64 Seiten; 6,- DM)</p>	<p>Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Der Umfang beträgt jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen an: Thorsten Schulten, Weidenhäuser Str. 44, W-3550 Marburg.</p>	